REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 410 · 15.1.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 38 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Kanther diktiert Europas Hausordnung
2. Zahnloser Wolf beißt CSU - A.M.
3. Redakteurin gesucht! - ak-Redaktion
4. Spendenaufruf: Noch fehlen etliche Scheine - ak-Redaktion
5. Tötet Schengen? Vom Scheinriesen und vom Phantom - Beat Leuthardt
6. Der Trend geht zum autoritären Strafrecht. Der "Kinderschänder" als Lieblingsfigur der Kriminalpolitik - Wolfgang Rentzel-Rothe
7. Großer (Lausch-)Angriff auf die Verfassung - Rolf Gössner
8. Neuer Hinrichtungstermin droht. Solidaritätsaktionen für Mumia Abu-Jamal in den USA - mi.
9. Neujahrsbotschaften "98: Alles wird gut! Leistungsträger aus Wirtschaft und Politik zum "Jahr der Entscheidung" - Js.
10. Krieg im Nato-Land Türkei: 1997 mehr Opfer als je zuvor - Thomas W. Klein
11. Chiapas: Chronik eines angekündigten Massakers - Al., Nürnberg
12. Massaker in Chiapas. Anhänger der PRI massakrieren 45 Tzotzil-Indianer - Dazio Azzelini und Miriam Lang, Polho
13. Zum Sammeln geblasen. Vor der Bundestagswahl: Gründerzeit bei der extremen Rechten - Volkmar Wölk
14. Alte und "Neue" Rechte in Aufbruchstimmung. Wiederbelebung der "Sababurgrunden" u. Suche nach der "Systemalternative" - Jean Cremet
15. Rühe stellt sich vor seine Männer - Kt.
16. BRD weiterhin Spitze beim Rüstungsexport (Interview mit Otfried Nassauer) - Thomas W. Klein
17. "Keine Mark für neue Minen" - Thomas W. Klein
18. 10 Jahre "Out of area". Ursprung und Verlauf einer Debatte - Wolfram Rittmeyer
19. Boat-People aus Kurdistan. Abschottung der EU ist kein Sandkastenspiel mehr - Büro Ulla Jelpke
20. Kriminalität ist keine Frage des Passes, sondern der gesellschaftlichen Integration - Mark Holzberger
21. Sterilisation im Handumdrehen. Mit Chinacrin feiert die Bevölkerungspolitik neue Erfolge - Annette Will
22. Direktive: Abschieben! Wie der Abschiebestopp für irakische Kurden aufgehoben wird - ch.
23. Migrationsbewegungen und Grenzregime in der Ukraine - Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Berlin
24. Der Antikommunismus lebt. Frankreich debattiert über "85 Millionen Opfer des Kommunismus" - Bernhard Schmid
25. Abrechnung mit der Revolution. Stéphane Courtois und das Schwarzbuch des Kommunismus - Bernhard Schmid
26. Aufruhr im Schrebergarten. Die Debatte im und ums Hamburger Schanzenviertel - Dirk Hauer
27. Allzu einfache Wahrheiten. Ein Bildband der Initiative "Kunst und Kampf" - Ul., Nürnberg
28. Reinrassige Arier mediterranen Typs. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 4: Rassismus, Antisemitismus und Judenverfolgung - Js.
29. Gehilfen des Völkermordes. Ein Nachtrag zum italienischen "Historikerstreit" - Interview mit Michele Sarfatti
30. Das Massaker von Kragujevac. Das Gedenkmuseum "21. Oktober" zeigt eine Ausstellung in Deutschland - Franz-Karl Hitze
31. Taxifahrer als "Schlepper" kriminalisiert - ch.
32. Quelldatei 01bu.htm
33. Quelldatei 05.htm
34. Quelldatei 27.htm
35. Quelldatei 31.htm
36. Einfach, schnell, billig:Chemische Sterilisation
37. Die Rechten blasen zum Sammeln

38. Großer Lauschangriff

1. Kanther diktiert Europas Hausordnung

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/kurden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:kurden

Und wieder gilt es, mit Härte und Entschlossenheit einer Katastrophe entgegenzutreten: "Flutwellen", "Ströme" bedrohen das deutsche Gemeinwesen - wer jetzt nicht Dämme errichtet, dem wird bald das Wasser bis zum Halse stehen. Die volksverhetzende Flut-Metaphorik, ein Stereotyp rassistischer Agitation gegen Armutsflüchtlinge, richtet sich aktuell gegen eine genau eingegrenzte Gruppe von "Eindringlingen": Vor dem Grauen des Krieges geflohene Kurdinnen und Kurden sind es, die sich, auf dem Seeweg nach Italien eingereist, (angeblich) dauerhaft in Deutschland niederlassen wollen. Kurden - für die täglich ins rechte Bild gesetzte Masse der Bevölkerung sind das: Terroristen, Drogenhändler und andere Berufsverbrecher.

Der besser informierte deutsche Innenminister sieht sich persönlich herausgefordert: Die Fluchtbewegungen aus der Türkei nach Italien seien von "Gangstern" geplant; auf deren Bekämpfung müsse man sich einstellen, erklärte Kanther. Den "Schleppern", die sich mit der Not der Flüchtlinge eine goldene Nase verdienen, wäre leicht beizukommen: Die Öffnung der europäischen Grenzen würde ihrem Geschäft die Grundlage entziehen. Tatsächlich geht es Kanther und seinesgleichen aber nicht um die Verfolgung der auch vor Mord nicht zurückschreckenden "Fluchthelfer". Deren Opfer, die kurdischen Flüchtlinge, sind es, die eingesperrt und dann auf schnellstem Wege aus Europa hinausbefördert werden sollen.

Das zur Stimmungsmache lancierte Gerücht, weitere 10.000 kurdische Flüchtlinge seien im Anmarsch auf die Festung Europa, hat keine konkrete Grundlage. Doch die humanitäre Organisation Kurdischer Roter Halbmond hält Berichte über weitere kurdische Flüchtlingsgruppen, die nach Europa einreisen wollen, für glaubwürdig. Die Kampfhandlungen der türkischen Armee in der Osttürkei und im Nordirak, die Zerstörung vieler kurdischer Dörfer zwingen täglich Menschen zur Flucht.

Die deutsche Mitverantwortung für den Vernichtungskrieg der Türkei gegen Kurdistan ist bekannt, Kinkels Appell an die türkische Regierung, "den Konflikt politisch zu lösen", nicht nur pure Heuchelei, sondern auch völlig nutzlos. Wirkung hatte dagegen der fortgesetzte deutsche Druck auf Italien, sich durch hermetische Abriegelung "europa-würdig" zu zeigen: Vor der albanischen Küste zwang die italienische Marine am 9. Januar 200 kurdische Flüchtlinge zur Rückkehr. Am selben Tag einigten sich die Polizeiexperten der Schengen-Staaten in Rom auf weitere Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr: u.a. die verstärkte Überwachung der Außen-, aber auch der Binnengrenzen und erkennungsdienstliche Behandlung "illegaler" Zuwanderer.

Immerhin sollen die schon nach Italien eingereisten Kurdinnen und Kurden politisches Asyl erhalten - auf Antrag und nach "Einzelfallprüfung". Damit könnten sie auch legal zu Verwandten und Freunden nach Deutschland einreisen - als Touristen ohne dauerhaftes Niederlassungsrecht.

Positiver Nebeneffekt der Affäre: In Italien hat Kanthers Kommandoton massive Vorbehalte gegen die deutsche Bevormundung hervorgerufen.

Seite 2 und Seite 17

2. Zahnloser Wolf beißt CSU

Autor: A.M. · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:30

"Nur wer sich ändert, bleibt sich treu". Mit diesem Lied spielte Wolf Biermann seinen Gastgebern auf der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth auf. Daß Biermann selbst sich verändert hat, weiß nicht nur die CSU. Tatsächlich zeigte sich CSU-Chef Theo Waigel denn auch begeistert von dem Treffen mit dem Künstler, und Landesgruppenvorsitzender Michael Glos sprach von einem "vergnüglichen Abend". Dieses Vergnügen wurde auch nicht durch kritische Bemerkungen Biermanns zur Ausländerpolitik der CSU geschmälert. Denn der Barde, der sich sonst gern kompromißlos gibt, zeigte durchaus auch Verständnis für den harten Kurs der Partei: "Ich möchte nicht in Ihrer Haut stecken", relativierte er seine Kritik. Er könne das Problem nur beschreiben, nicht lösen. "Mir macht meine Humanität Probleme", soll Biermann laut taz vom 9.1.98 geklagt haben.

Biermann ist bei der CSU vor allem wegen seiner Tiraden gegen die SED so beliebt (vgl. ak 396). Der Liedermacher, der nach 1989 die DDR-Bonzen "à la lanterne" wünschte und das "betrogene Volk" aufforderte, die "rotgetünchten Parasiten" zu verprügeln, ließ auch im Kaminzimmer in Wildbad Kreuth wieder einmal verlautbaren, daß man die Verbrechen der SED nicht vergessen dürfe. Natürlich nicht, fanden die CSU und ihr Landesgruppenchef Glos.

A.M.

3. Redakteurin gesucht!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/red.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:red

Wenig Geld und viel Arbeit bieten wir einer Frau, die schreiben und Artikel bearbeiten kann. Die Halbtagsstelle in unserem Redaktionskollektiv soll möglichst bald besetzt werden. Zum Aufgabenbereich der künftigen Redakteurin gehören das Verfassen und Bearbeiten von Artikeln, die Teilnahme an unseren Redaktionssitzungen, die Betreuung von AutorInnen und Bürodienste. Daß dazu zunächst eine Anlern- und Einarbeitungsphase gehört, ist völlig klar.

Unsere künftige Kollegin muß nicht unbedingt in Hamburg wohnen, aber während der Produktionswoche (sechs Tage) und bei unseren Redaktionssitzungen anwesend sein.

Wir freuen uns auf interessierte Rückmeldungen. Sicherlich habt Ihr noch Fragen. Ruft doch einfach an, dann können wir telefonisch weitere Auskünfte geben.

ak-Redaktion

Redakteurin gesucht!

4. Spendenaufruf: Noch fehlen etliche Scheine

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:28

Spendenaufruf: 40.000 DM für ak!

Noch fehlen etliche Scheine

Das Zwischenergebnis der Spendensammlung zeigt, daß die Hälfte des Geldes schon eingegangen ist. Nun fehlt noch die andere Hälfte. Um die Herausgabe von ak auch ein weiteres Jahr ohne Preiserhöhung finanziell abzusichern, brauchen wir auch dieses Jahr wieder Eure Hilfe in Form von Überweisungen, Schecks, Scheinen und klingender Münze.

Unser 25jähriges Jubiläum im Dezember 1996 hatte die Spendenfreudigkeit unserer Leserinnen und Leser auf Hochtouren gebracht. Dieses Jahr können wir nicht schon wieder ein Jubiläum anbieten, um Eure Spendenbereitschaft anzukurbeln, aber wir bieten Euch als Gegenleistung ein weiteres Jahr ak - analyse & kritik.

Neben dem Überleben der Zeitung sichert die Spendenaktion auch den Preis der Zeitung für ein weiteres Jahr. Die Zeitung, die von den entstehenden Kosten her, eigentlich für 11 DM verkauft werden müßte, kann über diese "Umverteilung" weiter für den immerhin etwas sozialeren Preis von DM 7,50 angeboten werden.

Auch dieser Ausgabe sind wieder unsere praktischen Überweisungsträger beigelegt. Also rafft Euch auf, Euer Geld zusammen und helft mit, daß die Herausgabe von ak ein weiteres Jahr gesichert wird.

ak-Redaktion

Spendeneingang

vom 12.12.97 bis 12.1.98

W.F., Köln 250,00

U.S., Hamburg 200,00

P.L-A., xy 150,00

K.H., Neubiberg 100,00

A.C., Münster 100,00

D.St., Herdecke 50,00

B.Sch., München 100,00

E.K., Landesbergen 100,00

R.K., Heidelberg 100,00

H.B., Kiel 20,00

F.W., Berlin 90,00

R.B-W.+S.W., Hamburg 50,00

M.S., xy 500,00

H.R., Dortmund 100,00

M.H., Göttingen 500,00

G.B., Frankfurt 100,00

G.Sch., Berlin 60,00

D.B., Hamburg 50,00

P.Sch., Moerfel 20,00

K.R.P., Berlin 100,00

R.M., Oldenburg 50,00

H.E.W., Sankt Augustin 50,00

M.Sch., Köln 100,00

M.L., xy 20,00

U.B., Lahntal 100,00

J.G., Berlin 200,00

B.R., Biberach 100,00

J.H., Lichtenau 60,00

W.Sch., Aurich 50,00

St.M., Kaiserslautern 200,00

M.Sch., Berlin 50,00

G.K., xy 1000,00

P.S., Tübingen 250,00

R.Sch., Amberg 100,00

V.M., Kusterdingen 100,00

A.L., Bielefeld 50,00

Ph.R., xy 50,00

E.A, Hamburg 500,00

J.R., Hamburg 250,00

E.F., Hamburg 200,00

H.K., Hamburg 30,00

J.Ch.B., Bonn 50,00

K.M., Hamburg 20,00

N.W., Berlin 300,00

M.+J., Köln 200,00

U.B., Unna 90,00

W.Z., xy 50,00

C.T., Dortmund 100,00

R.R., St.Ingbert 100,00

EM, Jena 150,00

M.S., München 100,00

G.W., Berlin 50,00

R.H., Berlin 21,00

R.K., Wetzlar 50,00

J.N., Hamburg 2000,00

CH, Hamburg 800,00

T.Sch., Freiburg 200,00

N.G.S., Nürnberg 50,00

F.B., Bochum 50,00

J.H., Nürnberg 900,00

V.B., Bremen 150,00

Summe seit ak 409 11681,00

insgesamt 20938,00

Spenden-Konto:Robert Gatermann, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto: 464584204

Am einfachsten: den beiliegenden Überweisungsträger verwenden!

5. Tötet Schengen? Vom Scheinriesen und vom Phantom

Autor: Beat Leuthardt · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:34

Mit den Flüchtlingen vor den Küsten Italiens, Spaniens nd Griechenlands ist es wie mit dem Herrn Tur Tur in Michael Endes bekanntestem Jugendbuch. Herr Tur Tur war ein Scheinriese, dessen Gestalt meterhoch alles überragte, und seine Erscheinung wirkte grimmig. Selbst Jim Knopf, einer der Helden des Buches, fürchtete ihn auf den Tod. Doch als Lukas der Lokomotivführer dem Scheinriesen in vollkommener Normalität gegenübertrat, verlor jener alles Bedrohliche, und er schien beim Näherkommen kleiner und kleiner zu werden, bis beide einander in ähnlicher Größe gegenüberstanden. Die Riesenhaftigkeit hatte sich als bloßer Schein erwiesen. Die Flüchtlinge sind gar nicht die Gefährlichen, als die sie die "Schengen"-Lobby quer durch Europa ständig hinstellt.

Dies erkannte auch Italiens Innenminister Napolitano. Wie Lukas der Lokomotivführer benahm er sich dieser Tage. Er und die gesamte Linksregierung blieben erstaunlich gelassen, als in der Silvesternacht der Flüchtlings-Frachter "Ararat" vor der Küste Apuliens im Ionischen Meer auftauchte. Angesichts von zwei- bis dreitausend in Italien eingetroffenen Kurden von "Invasion" zu sprechen sei absurd. Dies hielt Napolitano jenen verantwortungslosen Politikern Europas und den gedankenlosen Zeitungstextern entgegen, die wie stets Begriffe wie "Flüchtlingsströme" und "Flüchtlingswellen" verwendet hatten.

So geht das nun schon seit dem 19. Juni 1991, dem Inkrafttreten des Übereinkommens, dessen Bezeichnung "Schengen" überall herumgeistert: Bonn, Paris und Brüssel mahnen die übrigen Schengen-Staaten, den "Geist von Schengen" zu respektieren und die Außengrenzen gegen alle Verfolgten und Unerwünschten der Welt abzuschotten. Dem offen formulierten ersten Absatz des "Schengen"-Vertrages: "Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden", folgen 366 Absätze, die ganz auf die Einschränkung von Persönlichkeitsrechten zielen und es verbieten, Drogen, geschützte Pflanzen und Hunde sowie unerwünschte Menschen nach Westeuropa einzulassen.

Dennoch ist Schengen mehr als eine leere Worthülse, ein Begriff zur Betäubung der auf Law and Order getrimmten Bevölkerungen. "Schengen" ist das Gegenteil des Scheinriesen: ein Phantom. Es ist für gewöhnlich nicht sichtbar und nicht greifbar. Die Politiker lassen es gezielt auftauchen, wenn es eine Repressionsmaßnahme durchzusetzen gilt oder wenn ein Land zu maßregeln ist. Schengen wird zum Joker, wie der gleichnamige Bösewicht in Batman.

Diese Taktik beruht auf langer Aufbauarbeit. Bonn und Paris haben Spanien gefügig gemacht. Der von Madrid 1991 verhängte Visumszwang verschafft seinen Nachbarn aus dem Maghreb bloß noch per Tropfenzähler Einlaß. Der Preis dafür: Jährlich mehrere hundert Tote, die in der Meerenge von Gibraltar aufschwimmen. Dutzende weiterer Flüchtlinge sterben dank Schengen-mäßig aufgerüsteter griechischer Küstenflotte in der Ägäis. Die Niederlande verzichteten nach wiederholtem Auftauchen des Phantoms Schengen auf ein Stück Liberalität in ihrer Drogenpolitik. Und Frankreich nutzte Schengen zum Ausbau rassistischer und antiarabischer Ausländergesetze.

Neuestens hat auch Österreich sich seinen Beitritt zu Schengen (Ende 1997) mit Härte gegen alles Fremde erarbeitet. Der Propagandaapparat der bayerischen Grenzpolizei hat Rechte wie Linke im Land mürbe gemacht; heute kann der Kärntner Rechtsaußen Jörg Haider das Land pflücken wie eine reife Pflaume. Vorauseilender Gehorsam wie in Wien findet sich auch in Bern. Erst das "Phantom Schengen" und der dadurch geweckte europaweite Ruf nach dem Sicherheitsstaat ermöglichte es 1997 dem Bund, Festungswächter an die Südgrenze zu Italien zu entsenden. Angesichts der paar sogenannten illegalen Einreisen pro Monat mehr als im Vorjahr war wieder einmal die Sicherheit der Schweiz in Gefahr, ohne daß es jemand bemerkt hätte.

Bleibt die Frage, wer oder was sich nun hinter diesem Phantom Schengen verbirgt. Es sind PolitikerInnen, die um das laut EU-Statistik fremdenfeindliche Drittel der europäischen Bevölkerung buhlen. Und es sind Konzerne, die den legalen Arbeitsmarkt abschotten wollen und zugleich den Profit mit illegalisierten und darum billigen Schwarzarbeitern, etwa auf Berliner Baustellen, benötigen. Und nicht zuletzt auch eine Person wie

Deutschlands Innenminister Kanther, ein Besessener, der, einem Sektenführer gleich, ständig die Kraft der Familie gegen alle Unbilden der Welt beschwört, ein Kleinbürgereuropa anstrebt und zu dessen Schutz eine Art informatisierten europäischen Nachtwächterstaat aufbaut. Wie sehr dieses von Kleinbürgertum und Ausbeutung geprägte Europa auf Leichen aufgebaut ist, läßt sich mit Zahlen belegen. Seit 1993 hat das Europäische Netzwerk "United" mit Sitz in Amsterdam 910 Tode von Flüchtlingen dokumentiert, die sich auf die Festung Europa zurückführen lassen. Die Dunkelziffer dürfte mehrere Tausend weiterer Toter umfassen. Denn selten werden, wie jetzt in Italien die KurdInnen, Flüchtlinge wenigstens ordentlich zum Asylverfahren zugelassen. Viele jener "Scheinriesen" aus allen Verfolgerstaaten der Welt sterben in den Bergen, Tälern und Flüssen der grünen Grenzen oder in den Wellen der blauen Grenzen. Das Phantom Schengen hat sie getötet.

Beat Leuthardt

6. Der Trend geht zum autoritären Strafrecht. Der "Kinderschänder" als Lieblingsfigur der Kriminalpolitik

Autor: Wolfgang Rentzel-Rothe · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:10

Der Bundestag hat Mitte November eine Reihe von einschneidenden Änderungen im Strafrecht verabschiedet. Diesmal ging es nicht um die Bekämpfung des "Terrorismus" oder der "organisierten Kriminalität", sondern um die schärfere Verfolgung von "Triebtätern" und "Kinderschändern", d.h. die Verschärfung des Sexualstrafrechts. Vorausgegangen war eine monatelange Kampagne der Medien, aufgehängt am belgischen "Fall Dutroux" und der Tötung zweier Mädchen in Bayern und Niedersachsen durch einschlägig vorbestrafte Täter. Beerdigungen und Gerichtsverhandlungen wurden als massenmediale Großereignisse inszeniert. Forderungen nach Wiedereinführung der Todesstrafe oder der Kastration waren nicht mehr nur auf der Ebene der Stammtische zu hören; Bürgerinitiativen sammelten massenhaft Unterschriften für härtere Strafen; ProzeßbesucherInnen riefen offen zur Lynchjustiz auf. Unser aller Bundespräsident steuerte ein Lamento über eine sich vom Bürger immer mehr entfernende Justiz bei.

Mehr noch als bei der Bekämpfung der "organisierten Kriminalität", die vor allem als Legitimation für kurzfristig zusammengestoppelte Maßnahmen im strafprozessualen Bereich herhalten mußte, manifestiert sich in den aktuellen gesetzlichen Maßnahmen eine kriminalpolitische Trendwende von ziemlicher Tragweite. Die Angriffe zielen auf

- eine angeblich zu lasche, zu liberale Justiz;

- eine angeblich vorherrschende Überbetonung des Resozialisierungsgedankens in Rechtsprechung und Strafvollzug;

- die rechtsstaatlichen Garantien des Strafrechts, die nur dem "Täterschutz", nicht aber dem notwendigen "Opferschutz" dienten.

Alles schon mal dagewesen

Diese Töne sind nicht neu. Wie so oft fördert ein Blick in die deutsche Rechtsgeschichte interessante Gesichtspunkte zutage. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik waren einige wichtige Reformen im Strafrecht verwirklicht worden. Hervorzuheben ist das Jugendgerichtsgesetz von 1923, das unter anderem die Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre heraufsetzte - auch eine Errungenschaft, die heute massiv in Frage gestellt wird. Im Erwachsenenstrafrecht wurde durch das Geldstrafengesetz ermöglicht, kurze Freiheitsstrafen durch Geldstrafen zu ersetzen. Die Reformen standen bald im Kreuzfeuer der reaktionären Kritik.

1928 wetterte Adolf Baumbach gegen die "Knochenerweichung" der Justiz. Wenig später begannen die Rechtswissenschaftler der "Kieler Schule", die akademischen Stoßtrupps des "neuen" Rechts, ihren Feldzug gegen den Zerfall des Strafrechts und das Zurückweichen der Staatsgewalt unter der Losung "Autoritäres oder liberales Strafrecht?" Dabei war die Weimarer Justiz alles andere als zart besaitet. So wurden in den 25 Jahren ihres Bestehens rund 1.600 Todesurteile gefällt. Beginnend mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.1933 beseitigten die Nazis dann rasch die Reste des liberalen Strafrechts, die von den Notverordnungsdiktaturen der Endphase der Weimarer Republik noch übrig gelassen worden waren. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum neuen völkischen Strafrecht war das Gewohnheitsverbrechergesetz vom 24.11.1933, über das noch zu sprechen sein wird. Einen Höhepunkt, der gerade aktuell nicht unerwähnt bleiben sollte, brachte dann die Regelung des Strafrechtsänderungsgesetzes vom 4.9.1941, in der es heißt: "Der gefährliche Gewohnheitsverbrecher ... und der Sittlichkeitsverbrecher verfallen der Todesstrafe, wenn der Schutz der Volksgmeinschaft oder das Bedürfnis nach gerechter Sühne es erfordern."

Deshalb sollten alle Alarmglocken klingeln, wenn aktuell Politiker mit Sprüchen über eine zu lasche Verfolgung von "Triebtätern" und "Kinderschändern" um die Lufthoheit über den Stammtischen kämpfen. Das Thema ist allerdings so beschaffen, daß eine rationale Diskussion nur schwer möglich ist. Stimmen, die zu Mäßigung und differenzierter Diskussion aufrufen, haben sich stets des Vorwurfs der Kumpanei mit den "Kinderschändern" zu

erwehren. Die Sache wird noch dadurch verkompliziert, daß die aktuellen Gesetzesänderungen von einer Allianz getragen wurden, die von dem populistischen Lager der Schröder und Stoiber bis hin zu den Resten der Frauenbewegung und den Kinderschützern reicht. Die "Emma" etwa wird nicht müde, gegen die Tendenz, "sehr viel Verständnis für die Täter aufzubringen", anzuschreiben, wobei diese nicht nur in der Justiz, sondern auch - ausgerechnet - in den Medien vorherrschen soll. Wer unter dem Banner der "Opferorientierung" in die kriminalpolitische Arena tritt, sollte aber zumindest darüber nachdenken, daß noch so gute Absichten nicht vor Vereinnahmung durch diejenigen schützen, die unter Berufung auf die Opferinteressen nur ein schärferes Strafrecht und einen "starken Staat" durchsetzen wollen. Strafrecht taugt nicht als Vehikel emanzipatorischer gesellschaftlicher Veränderungen. Die These von der moralbildenden Kraft des Strafrechts ist eine Schimäre.

Gigantische Bedrohungsszenarien

Die Herrschenden in der BRD waren noch nie verlegen, einen zum Ausbau des Repressionsapparats notwendigen Feind im Inneren zu definieren oder zu konstruieren. "Terroristen", "Drogendealer", "kriminelle Ausländer", "organisierte Kriminelle" und "gewalttätige Jugendliche" waren oder sind, nacheinander oder gleichzeitig, von den jederzeit willigen Medien zum jeweils gebrauchten Feindbild aufgebaut worden. Mit der Realität der Kriminalitätsentwicklung hat das niemals viel zu tun gehabt. Es handelte sich faktisch um Desinformation mit dem Ziel, Bedrohungsängste zu schüren und auszuschlachten.

"Sex and crime" verkauft sich dabei besonders gut. Hier lassen sich leicht massenhaft Emotionen mobilisieren; Sexualtäter eignen sich ausgesprochen gut als Sündenböcke, weil sich eigene sexuelle Ängste und Aggressionen leicht auf sie projizieren lassen. Bei allen Vorbehalten gegenüber dieser Einrichtung zeigt aber schon die Kriminalstatistik keinen Anstieg der Sexualdelikte. Diese sind vielmehr seit den sechziger Jahren kontinuierlich zurückgegangen und stagnieren aktuell. Vorsätzliche Tötungen mit sexuellem Bezug sind zum Bespiel nach wie vor äußerst seltene Delikte. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat errechnet, daß pro 100.000 Einwohner alle 56 Jahre mit einer Verurteilung wegen einer vollendeten Tötung mit sexuellem Bezug gerechnet werden muß.

"Verschärfung der Verbrechensbekämpfung" ist gegenwärtig nicht nur ein punktuell eingesetztes Wahlkampfthema. Vielmehr ist ein Zusammenhang mit der sozio-ökonomischen Entwicklung unverkennbar. Der Obrigkeitsstaat ist die notwendige Konsequenz des Neoliberalismus. In dem Maße, wie der Staat als Regulativ der Marktwirtschaft zurückgedrängt wird, müssen seine repressiven Apparate ausgebaut und effektiviert werden, um die sozialen Folgen der Deregulierung im Griff behalten zu können.

Mit dem Schutz der Kinder hat der Kreuzzug gegen die "Triebtäter" nur wenig zu tun. Daß die BRD alles andere als eine kinderfreundliche Gesellschaft darstellt, ist eine Binsenweisheit. Daß die Belange der Kinder kein Maßstab gegenwärtiger Rechtspolitik sind, zeigt ein Blick über den Bereich des Strafrechts hinweg. Im Straßenverkehr werden hundertfach mehr Kinder getötet als durch Sexualstraftäter. Die innerstädtischen 30-km-Zonen, die ja auch dem Schutz der Kinder im Straßenverkehr dienen sollen, werden gegenwärtig aber nicht etwa ausgebaut, sondern eingeschränkt. Und etwa das sogenannte Züchtigungsrecht endlich aus dem elterlichen Sorgerecht zu verbannen, weigert sich die CDU/CSU immer noch standhaft.

Verschärfung der Sicherungsverwahrung

Künftig soll für Sexualstraftäter schon nach der ersten Wiederholungstat Sicherungsverwahrung angeordnet werden können. Diese soll jetzt auch über zehn Jahre hinaus möglich sein. Bisher konnte Sicherungsverwahrung nur angeordnet werden, wenn mindestens zwei Vorverurteilungen von mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe vorlagen. Die erste Anordnung war auf zehn Jahre begrenzt.

Sicherungsverwahrung bedeutet Freiheitsentzug allein aufgrund eines Verdachts, nämlich eines aufgrund der Vorstrafe vermuteten "Hanges" zu erheblichen Straftaten. Sicherungsverwahrung ist zuerst von den Nationalsozialisten im Rahmen des schon erwähnten Gewohnheitsverbrechergesetzes verankert worden, auch wenn die entsprechenden Forderungen älter sind. Die Vorschrift entspringt den sozialdarwinistischen Lehren der sogenannten Kriminalbiologie. Gefährliche, d.h. anlagebedingte Gewohnheitsverbrecher sollten im Anschluß an die Strafe mittels neu eingeführter "Maßregeln der Sicherung und Besserung", wozu auch Kastration und Sicherungsverwahrung gehörten, "unschädlich" gemacht werden.

Das Institut der Sicherungsverwahrung hat die Niederschlagung des Faschismus leider überdauert, wie so vieles im Strafrecht, denn nur "typisch nationalsozialistische Auswüchse" wurden nach dem Kriege beseitigt. Das Problem dabei ist: originär nationalsozialistisch war weniges, vieles war vorher diskutiert und gefordert worden, aber erst die NS-Diktatur hatte die Voraussetzung für die vollständige und reibungslose Umsetzung geboten. Im Bereich der Unterbringungsmaßregeln wurde allerdings stärker betont, daß diese von der Prognose erheblicher neuerlicher Taten abhängt.

1957 sah sich der NS-Staatsanwalt und Strafrechtskommentator Dreher angesichts schwindender Bedeutung in der Justizpraxis zu einem Appell zur Rettung der Sicherungsverwahrung genötigt: das Volk rufe nach stärkerem Schutz vor Einbrechern, Räubern und Sittlichkeitsverbrechern. In den sechziger Jahren - der Tauwetterperiode der Strafjustiz - wurde die Forderung nach Abschaffung oder mindestens restriktiverer Anwendung immer lauter. Die Kritik entzündete sich vor allem am Problem der Gefährlichkeitsprognose, d.h. der Vorhersage, ob der Betreffende rückfällig werden wird oder nicht. Dies ist nach wie vor ein ungelöstes Problem. Wird fälschlicherweise eine günstige Prognose gefällt, ist bei einem Rückfall der Skandal gewiß. Wird fälschlicherweise eine ungünstige Prognose getroffen, kann der als "gefährlich" Eingestufte seine Ungefährlichkeit unter den Bedingungen der fortdauernden Haft aber nicht beweisen. Der Gutachter steht also immer auf der sicheren Seite, wenn er restriktiv entscheidet. Alle bisherigen Untersuchungen haben ergeben, daß die Anzahl der fälschlich als "gefährlich" Klassifizierten immer um ein Vielfaches höher war als die der richtigerweise als "gefährlich" Eingestuften.

Eben wegen dieser Unsicherheiten ist die Maßregel der Sicherungsverwahrung nicht zu legitimieren. Ein zumindest liberal-rechtsstaatlicher Standpunkt dazu müßte auch heute noch etwa so formuliert werden: "So wäre es verfehlt, wenn man eine bestimmte Maßregel damit begründen wollte, daß sie notwendig sei, um schwersten Rechtsgutverletzungen zu begegnen, wenn ihre Voraussetzungen aber sodann so bestimmt würden, daß auch minder gefährliche Täter von ihr getroffen werden. Dieselbe Begründung wäre auch dann wertlos für die Rechtfertigung, wenn zwar das Gesetz die Gefährlichkeit des Täters zur Voraussetzung ihrer Anordnung erheben würde, wenn aber zu erwarten wäre, daß aufgrund von Fehlbeurteilungen auch Ungefährliche oder minder Gefährliche der Maßregel unterworfen würden." (Grünwald, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 1964, S. 633).

Anläßlich einer Anhörung des Rechtsausschusses im September äußerten die befragten Rechtswissenschaftler durchweg schwerwiegende Bedenken gegen die Verfassungsgemäßheit der Sicherungsverwahrung. Im parlamentarischen Raum sprach sich allerdings allein die PDS für deren Abschaffung aus. Gegen die jetzige Regelung, Sicherungsverwahrung schon nach der ersten Wiederholungstat anzuordnen, hatte drei Wochen vor Verabschiedung selbst die Bundesregierung noch verfassungsrechtliche Bedenken.

Das Prognoseproblem stellt sich ebenfalls bei der Entscheidung über eine vorzeitige Haftentlassung. Wenn jetzt die Hürden für Sexualstraftäter auch hier höher gelegt werden, so bedeutet dies zwangsläufig, daß die Zahl derjenigen ansteigt, die fälschlicherweise als "gefährlich" eingestuft und zu Unrecht festgehalten werden.

Zwangstherapie

als Sicherheitsrisiko

Zwar ist, wie vielfach gefordert, die Kastration nicht wieder in den Katalog der sogenannten Maßregeln der Besserung und Sicherung aufgenommen worden. Sie hatte ebenfalls 1933 im Rahmen des Gewohnheitsverbrechergesetzes Eingang in das Strafgesetzbuch gefunden. Aber Sexualstraftäter müssen sich künftig - auch gegen ihren Willen - einer Therapie unterziehen, wenn ihre Freiheitsstrafe über zwei Jahre beträgt. Dies erscheint zunächst gegenüber der Forderung nach Wiedereinführung der Kastration als relativ harmlose Neuerung, die zudem den Betroffenen helfen könnte. Gegen die Zwangstherapie spricht trotzdem vieles. Sie bleibt notwendigerweise oberflächlich, denn es mangelt ihr an dem Vertrauensverhältnis, das den Menschen erst zur gemeinsamen Erarbeitung von Veränderung befähigt. Wenn Lockerungen und bedingte Entlassung an die Teilnahme an einer Psychotherapie geknüpft werden, wird nur Verstellung und Anpassung gefördert. Das ist etwa für das Komitee für Grundrechte Anlaß, die Zwangstherapie als Sicherheitsrisiko zu bezeichnen.

Mehr Schutz werden auch die erhöhten Strafrahmen nicht bieten, auch wenn die Erhöhung als Präventions-Maßnahme verkauft wird. Schwerer sexueller Mißbrauch wird künftig als Verbrechen eingestuft, wobei die Obergrenze des Strafrahmens von 10 auf 15 Jahre angehoben wird. Wissenschaftlich ist die These von der Präventions-Funktion hoher Strafen längst widerlegt. Strafschwere hat allenfalls symbolische Funktion; zur Abschreckung taugt sie jedenfalls im Bereich der hohen Freiheitsstrafen nicht.

Wolfgang Rentzel-Rothe

Zum Nachlesen:

Komitee für Grundrechte und Demokratie, Zur aktuellen Debatte über Strafschärfungen für Sexualstraftäter, Köln Januar 1997.

7. Großer (Lausch-)Angriff auf die Verfassung

Gutachterliche Stellungnahme zur "Elektronischen Wohnraumüberwachung"

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:04

Beim Großen Lauschangriff handelt es sich um die heimliche elektronisch-akustische Ausforschung des nichtöffentlich gesprochenen Wortes sowie von Lebensvorgängen bzw. -äußerungen aller Art in oder aus einer Wohnung, einem Büro oder Hotelzimmer etc. zum Zwecke der Strafverfolgung. Das Abhören und Aufzeichnen kann entweder durch heimlich in der Wohnung versteckte Abhörgeräte (Wanzen), durch hochempfindliche Richtmikrophone oder per Laserstrahl von außen erfolgen. In der bisherigen Debatte wird kaum thematisiert, daß es dem Staat bzw. staatlichen Bediensteten künftig auch erlaubt werden soll, in Wohnungen einzubrechen oder aber sich per Täuschung Zutritt zu verschaffen ("Ich komme von den Stadtwerken...") - obwohl für einen solchen Einbruch im Dienst an sich keine spezielle gesetzliche Grundlage existiert, er wird lediglich denknotwendig vorausgesetzt. Die Betroffenen - ob beschuldigt oder in ihrer Mehrheit unverdächtig - haben keine Ahnung davon, daß ihr Privatraum möglicherweise bereits heimlich betreten worden ist, um elektronische Abhöreinrichtungen, wie etwa Wanzen hinter Schränken oder unter Betten zu installieren oder daß sie mit hochempfindlichen Richtmikrophonen oder Laserstrahlen in ihren intimsten Lebensbereichen überwacht und ausgeforscht werden.

All dies soll künftig in Privaträumen und Büros geschehen können, in denen die BürgerInnen bislang relativ sicher sein durften, daß Gespräche (oder Selbstgespräche), die sie führen, nur die von ihnen bestimmten Adressaten erreichen. Der "Große Lauschangriff" stellt einen Grundrechtseingriff dar, der mit seiner besonderen Eingriffsintensität über bisherige schwere Eingriffe in die Unverletzlichkeit der Wohnung - Durchsuchung, Telefonüberwachung, Einsatz verdeckter Ermittler - noch weit hinausgeht.

"Durch eine Verbesserung des Ermittlungsinstrumentariums soll es den Strafverfolgungsbehörden ermöglicht werden, in den Kernbereich der kriminellen Organisationen einzudringen" - fast wortgleich war dieses Ziel bereits 1991 im Gesetzentwurf zur "Bekämpfung der Organisierten Kriminalität" (OrgKG) formuliert worden. Mit dieser Argumentation wurden seinerzeit der verdeckte Ermittler, die akustische und optische Überwachung außerhalb von Wohnungen, die Rasterfahndung und polizeiliche Beobachtung in die Strafprozeßordnung (StPO) eingeführt - und damit höchst problematische nachrichtendienstliche bzw. geheimpolizeiliche Mittel und Methoden für die Strafverfolgung legalisiert.

Seit Inkrafttreten des OrgKG (1992) sind fast sechs Jahre vergangen. Und es scheint sich bewahrheitet zu haben, was ich damals anläßlich der Anhörung im Bundestag zusammen mit anderen Sachverständigen voraussagte: "Bislang ist es kaum jemals gelungen, mit klandestinen Polizeimitteln etwa in den Kern von kriminellen Organisationen vorzustoßen. Auch diese Methoden werden wieder bei den kleineren Kriminellen hängen bleiben, die nur selten wirklich professionell arbeiten ...".

Keine Prüfung der Effizienz und Risiken

Obwohl die Betreiber von Gesetzesverschärfungen und Grundrechtseinschränkungen prinzipiell darlegungs- und beweispflichtig sein sollten was die Effizienz, Verfassungsverträglichkeit und die Kontrollierbarkeit der zu legalisierenden Befugnisse anbelangt, sind sie dieser Pflicht jedoch bislang nicht nachgekommen, auch und gerade nicht im vorliegenden Fall. Seit Verabschiedung des OrgKG ist jedenfalls keines der in den vergangenen Jahren eingeführten Fahndungsmittel auf seine Wirksamkeit und seine bürgerrechtlichen Kosten hin überprüft worden. Nur eines ist gewiß: Die objektive Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen hat jedenfalls keinen Jota zugenommen - geschweige denn deren Sicherheitsgefühl, auf das immer wieder Bezug genommen wird. Wie die vorliegende Gesetzesinitiative zum Großen Lauschangriff nicht deutlicher belegen könnte, sind auch mit dem neuen, Anfang der 90er Jahre geschaffenen geheimpolizeilichen Mitteln keine durchgreifenden "Erfolge" gelungen. Selbst der vorliegende Begründungstext zum GG-Änderungsentwurf geht von der Ineffektivität des verdeckten Ermittlers im OK-Zusammenhang aus, "da auf Grund der straffen Organisation eine Einschleusung Dritter nur selten möglich ist" und darüber hinaus bei Einsätzen im Bereich der OK "wegen der Gewaltbereitschaft der Täter regelmäßig erhebliche Gefahren für Leib und Leben der verdeckt arbeitenden Personen zu befürchten sind".

Eigentlich ein schlechtes Zeugnis für die Tauglichkeit des verdeckten Ermittler im OK-Bereich, für den er legalisiert worden ist. Aber keiner der Verantwortlichen kommt offenbar auf die Idee, dieses prekäre Instrument wieder abzuschaffen. Nach dem Motto: "Was man hat, das hat und nutzt man." Jetzt verspricht man sich vom Großen Lauschangriff den großen Durchbruch. Doch es gibt bislang noch nicht einmal eine schlüssige Vermutung, daß der Große Lauschangriff überhaupt für den angestrebten Zweck erforderlich, tauglich, angemessen, kurz: verhältnismäßig ist. Es ist wieder einmal gewissermaßen ein Gesetzesvorstoß ins Blaue ohne gesicherte Datenbasis, für den allenfalls das populistische Signal an die Bevölkerung "spricht", deren Mehrheit auf den "starken Staat" hofft. Doch auch die Möglichkeit zum Großen Lauschangriff wird die objektive Sicherheit der einzelnen Bürger in keiner Weise verändern, und schon gar nicht das überschießende Gefühl der Unsicherheit, das sich bei gründlicher Nachprüfung eher aus sozialer Unsicherheit aufgrund der ökonomischen Krise, der Massenarbeitslosigkeit und aus einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik speisen dürfte.

Heute läßt sich aus bürgerrechtlicher Sicht wenigstens noch etwas Positives zu den vorliegenden Gesetzentwürfen anmerken: Der Große Spähangriff in und aus Wohnungen soll nicht legalisiert werden, also die optische Wohnraumüberwachung durch Anfertigen von Lichtbildern und Bildaufzeichnungen zu Zwecken der Strafverfolgung. Und in fünf Jahren? Wird es dann heißen: Auch die visuelle Überwachung von "Gangsterwohnungen" ist unabdingbar, um ein "Eindringen in die Kernbereiche der kriminellen Organisationen" zu ermöglichen ... Eine effektive Strafverfolgung der Drahtzieher und Hintermänner scheitere an der professionellen Abschottung. Die Profis der anderen Seite wußten sich nämlich zu schützen, zu tarnen, ganz professionell abzuschotten. Und so dürfte sich auch hier die alte Erfahrung bestätigen, daß jedes neuartige Ermittlungsinstrument auch wirksame Abschottungsmethoden nach sich zieht.

So wird etwa die Tendenz des OK-typischen Kriteriums der Abschottung bzw. der Konspiration verstärkt durch die vermehrten polizeilichen Versuche, mit geheimen Polizeimethoden in die kriminellen Szenen einzutauchen bzw. diese auszuforschen. Die Täter werden künftig entweder ihre Wohnungen meiden, um Taten zu planen und zu besprechen, schließlich gibt es noch andere Orte auf weiter Flur; oder sie werden sich mit abhörsicheren Räumen, elektronischen Spürgeräten oder Störmanövern (Wasser/Musik, Sprachverschleierung etc.) zu schützen wissen.

Wo soll das alles enden? Kann es eine staatliche "Waffengleichheit" mit dem "Organisierten Verbrechen", wie sie immer wieder angestrebt wird, überhaupt geben? Eine wahrlich bange Frage, wenn man bedenkt, daß ein demokratischer Rechtsstaat nicht alles können dürfen soll, was denkbar und machbar erscheint, es sei denn um den Preis, mit einer solchen Eskalation in ein illiberal-autoritäres Regime abzugleiten, das der Sicherheit und dem Strafanspruch des Staates absolute Priorität gegenüber den individuellen Freiheitsrechten der BürgerInnen einräumt.

Voraussetzung für die Entfaltung des Individuums und seiner freien Entwicklung ist die Aufrechterhaltung eines privaten Raumes, in dem sich der Mensch vollkommen unbeobachtet bewegen kann und nicht befürchten muß, dort vom Staat überwacht und kontrolliert zu werden. Die Absicherung privater Räume vor staatlicher Überwachung war historischer Grund für die verfassungsrechtliche Verankerung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Die freie Kommunikation - ohne Angst vor staatlichen Mithörern - ist eine der wesentlichen Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie.

Der Zweck heiligt nicht jedes Mittel

Nach Art. 79 Abs. 3 GG ist eine Grundgesetzänderung dann absolut unzulässig, wenn die in Art. 1 und Art. 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden. Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 GG) ist seinem Ursprung nach ein echtes Individualrecht, das dem einzelnen im Hinblick auf seine Menschenwürde (Art. 1 GG), im Interesse seiner freien Persönlichkeitsentfaltung und seiner körperlichen und psychischen Integrität (Art. 2 GG) einen "elementaren Lebensraum" gewährleisten soll. Das bedeutet: Mit der Demontage des Art. 13 werden auch Grundsätze des Art. 1 GG berührt bzw. beeinträchtigt, was gem. Art. 79 Abs. 3 GG unzulässig ist.

Die Wesensgehaltsgarantie des Art. 19 Abs. 2 GG garantiert den Kernbestand der Grundrechte. Das heimliche Belauschen des privaten Wohnraums mit technischen Mitteln ist ein Eingriff in das Grundrecht aus Art. 13 Abs. 1 und das "informationelle Selbstbestimmungsrecht" (Art. 2), deren Wesensgehalt in keinem Fall angetastet

werden darf. Mit der Zulassung des Großen Lauschangriffs ist der Wesensgehalt dieser Grundrechte jedoch tangiert, weil die geplante Befugnis tief in die Privat- und Intimsphäre des Einzelnen, aber auch eines kaum eingrenzbaren Kreises unverdächtiger BürgerInnen eingreift. Aus der Wesensgehaltsgarantie zu Art. 13 und 2 leitet sich nach der Rechtsprechung des BVerfG ein "letzter unantastbarer Bereich" der Privatsphäre ab, welcher der öffentlichen Gewalt schlechthin entzogen ist. Selbst überwiegende Interessen der Allgemeinheit können einen Eingriff in diesen Kernbereich privater Lebensgestaltung nicht rechtfertigen. An dieser Stelle endet nach dieser Auffassung jeder Spielraum für Normgestaltungen des Staates.

Unabhängig von der Beurteilung der vorgenannten Garantien müßte die Grundrechtseinschränkung nach dem verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz notwendig, geeignet und angemessen sein. Ich möchte mich - vor dem Hintergrund einer mehr als zweifelhaften Erforderlichkeit und kaum gegebenen Geeignetheit - auf die Angemessenheit konzentrieren. Die Frage ist, ob der Große Lauschangriff überhaupt angemessen sein kann im Verhältnis zur damit verbundenen Einschränkung zentraler Grundrechte.

Strafverfahrensrechtliche Prinzipien

Niemand braucht sich selbst zu belasten. Selbstbelastende Aussagen dürfen nicht verwertet werden, wenn eine Belehrung nach § 136 StPO ausgeblieben ist (Recht zu Schweigen, Hinzuziehung eines Anwalts). Diese Belehrungspflicht wird aber umgangen, wenn sich jemand im Gespräch innerhalb seiner Wohnung, gegenüber seiner Familie oder seinen Angehörigen offenbart und ein Geständnis ablegt und dabei gezielt abgehört wird - evtl. sogar, nachdem er zuvor von der Polizei oder Staatsanwaltschaft vernommen worden ist, aber nach Belehrung die Aussage verweigerte.

Aushebelung besonderer Vertrauensverhältnisse: Im Fall von Lauschangriffen werden Zeugnisverweigerungsrechte von BerufsgeheimnisträgerInnen, etwa AnwältInnen, ÄrztInnen, JournalistInnen, Abgeordneten, Geistlichen, DrogenberaterInnen etc. praktisch zur Makulatur - selbst dann, wenn der Angriff nicht gezielt auf Wohnung oder Büro der Berufsgeheimnisträgerin ausgeübt wird (was m.E. mangels verfassungsfester Regelung in den vorliegenden Entwürfen nicht ausgeschlossen ist). So wird etwa der freie Verkehr der Beschuldigten mit seiner Verteidigerin (§ 148 StPO) auch dann beeinträchtigt, wenn diese mehr oder weniger zufällig in der abgehörten Wohnung der Überwachten anwesend ist. Selbst ein Verwertungsverbot in solchen Fällen würde nicht die bereits eingetretenen Nachteile beseitigen können - denn dann hätte die Polizei bzw. Staatsanwaltschaft u.U. schon Kenntnis erlangt etwa von der besprochenen Verteidigungsstrategie. Auf solche Weise einmal erlangtes Wissen ist praktisch nicht mehr zu löschen.

Die Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG wird mit dem Großen Lauschangriff - entweder vorübergehend oder auch auf Dauer - ausgehebelt. Daran ändert auch die - mit etlichen Ausnahmen versehene - Benachrichtigungspflicht gegenüber Betroffenen nicht viel. Denn wer von der heimlichen Überwachung nichts erfährt oder erst sehr spät, kann sich nicht mehr angemessen und rechtzeitig gegen diesen Eingriff (gerichtlich) zur Wehr setzen, allenfalls, wenn die gesamte Aktion längst vorüber ist.

Fazit: Die notwendige Abwägung von Vorteilen (der "erleichterten" Strafverfolgung) und Nachteilen fällt zu Lasten des Großen Lauschangriffs aus. Das heißt: Eine solche Grundgesetzänderung würde auch gegen den verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verstoßen. Diese Änderung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung berührt direkt die Qualität fundamentaler Freiheitsrechte der BürgerInnen.

Der Teufel steckt im Detail

Die Ausformulierung der Grundgesetzänderung und der strafprozessualen Umsetzung orientiert sich - ihre grundsätzliche, verfassungsrechtliche Zulässigkeit entgegen dem bisherigen Befund einmal vorausgesetzt - nur ungenügend an den Erfordernissen der Normenklarheit, einer engen Begrenzung, wirksamer Verfahrenssicherungen und effektiver Kontrollmöglichkeiten.

In den Gesetzesentwürfen wurden weder Ausnahmeregelung für Wohnungen und Büros von BerufsgeheimnisträgerInnen normiert noch Verwertungsverbote für den Fall, daß Zeugnisverweigerungsberechtigte in Abhörmaßnahmen involviert wurden. Daher drohen die auf die vorliegenden Gesetzestexte gestützten Abhörmaßnahmen zumindest den Informantenschutz und das Redaktionsgeheimnis sowie das Mandats- und Arztgeheimnis zu zerstören und damit das Vertrauensverhältnis zwischen Journalist und Informant, zwischen Anwalt und Mandant sowie zwischen Arzt und Patient nachhaltig

zu erschüttern. Allein das Wissen darum, daß abgehört werden könnte, kann hilfesuchende Menschen bereits enorm verunsichern.

Nach den Gesetzesvorlagen ist noch nicht einmal ein dringender Tatverdacht gegenüber dem Abzuhörenden erforderlich, sondern es reicht schon ein einfacher Verdacht.

Zwar dürfen Abhörmaßnahmen grundsätzlich nur in Wohnungen und Geschäftsräumen des Beschuldigten oder in von ihm angemieteten Hotelzimmern etc. durchgeführt werden. Aber auch in Wohnungen anderer Personen - also auch vollkommen unbeteiligter und unverdächtiger Dritter - sind solche Maßnahmen zulässig, wenn sich der Beschuldigte vermutlich darin aufhält.

Beispiel: Die Wohnung eines völlig unbescholtenen Ehepaars kann abgehört werden, wenn deren Kinder dort etwa ein Fest feiern und möglicherweise jemand mitfeiert, der des Drogenhandels verdächtigt wird. Dabei werden Gespräche und sonstige Lebensäußerungen von einer Vielzahl von Personen erfaßt: von Lebensgefährten, Freunden, Bekannten und sonstigen möglichen Kontaktpersonen des Verdächtigen.

Die offizielle Sprachregelung, der Große Lauschangriff betreffe ausschließlich "Gangsterwohnungen", ist also falsch und bewußt irreführend. Denn auch Wohnungen vollkommen unbeteiligter und unverdächtiger Personen können nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf abgehört werden.

Untaugliche Versuche

der Begrenzung

Auf den Einschränkungsversuch in Art. 13 Abs. 3 S. 1,daß der Verdacht eine "durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat" betreffen muß, ist kein Verlaß. Denn zum einen reicht es aus, daß nur "bestimmte Tatsachen" den Verdacht begründen müssen, zum anderen entspricht der Deliktkatalog im neuen § 100c Abs. 1 Nr. 3 StPO-E weitgehend dem des § 100a StPO mit seinen über 70 Anlaß-Straftatbeständen. Neben Kapitalverbrechen, wie Mord, Totschlag oder Völkermord, gehören dazu auch Delikte des politischen Strafrechts (Friedensverrat, Hoch- und Landesverrat, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats, Verstoß gegen Vereinigungsverbote - ggf. rein verbale Taten -, Offenbaren von Staatsgeheimnissen), Drogenhandel, (einfacher) Bandendiebstahl, gewerbsmäßige Hehlerei, Geldfälschung, die Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung, die Unterstützung oder Werbung (also grundsätzlich auch rein verbale Delikte) für eine solche, bestimmte Straftaten nach dem Ausländergesetz und die illegale Einschleusung von Menschen nach Deutschland (insgesamt über 50 Anlaß-Delikte und rund 100 mögliche Begehungsformen). Danach wären also selbst jugendtypische Delikte Anlaß für Große Lauschangriffe, wenn der Verdacht besteht, daß sie etwa bandenmäßig durchgeführt worden sein sollen. Schwere Delikte aus dem Bereich der Oberweltkriminalität - der Wirtschafts-, Korruptions-, Steuerhinterziehungs- und Umweltkriminalität - sucht man hingegen vergebens. Viele der genannten Anlaßdelikte passen noch nicht einmal zur geplanten grundgesetzlichen Formulierung der "besonders schweren Straftat" - wären also von vornherein als verfassungswidrig anzusehen. Im übrigen kann der ohnehin schon viel zu umfangreiche Straftaten-Katalog jederzeit mit einfacher Mehrheit per Gesetz ausgeweitet werden, ist also nicht verfassungsfest (nur mit 2/3-Mehrheit zu verändern).

Der Versuch, den schwerwiegenden Eingriff in die Privat- und Intimsphäre verfahrenssichernd abzufedern, ist beachtlich. Solche Sicherungen würde man sich bei manch anderen polizeilichen bzw. strafprozessualen Eingriffen wünschen. Doch der verfahrenssichernde Versuch bezüglich des Großen Lauschangriffs ist - gerade wegen der Intensität dieses Grundrechtseingriffs - ungenügend, teilweise untauglich. Insgesamt ist jedenfalls zu befürchten, daß auch die "rechtsstaatlichen Hürden", mit denen für den Großen Lauschangriff geworben wird, nur wenig bewirken werden, außer den Einstieg in eine neue deutsche Olympia-Disziplin: "Hindernislauf der Wanzen."

Ungenügende

richterliche Kontrolle

Die Gesetzesentwürfe sehen vor, daß bei "Gefahr im Verzug" ein einzelner Richter (Vorsitzender) für die Anordnung genügen soll. Diese Regelung könnte - wie die Erfahrung mit solchen Eilkompetenzen zeigt - zur Regel werden, so daß dann drei Tage lang in der betreffenden Wohnung per Wanze gelauscht werden kann,

bevor die Anordnung entweder außer Kraft tritt oder von der Strafkammer bestätigt wird. In dieser Zeit - etwa am Wochenende - kann die elektronische Ausforschung bereits schwerwiegenden Grundrechtsschaden angerichtet haben, ohne daß die mit Bedacht gewählte Sicherung eines anordnenden Richterkollegiums den Sachverhalt überprüft hat. Im Falle der Nichtbestätigung der Eilanordnung des Einzelrichters durch eine Strafkammer ist noch nicht einmal - soweit ich sehe - die unverzügliche Löschung der Aufzeichnungen vorgesehen.

Gemäß Art 13. Abs. 5 GG-E kann eine Abhörmaßnahme auch vollkommen ohne Richter angeordnet werden, wenn sie "ausschließlich zum Schutze der bei einem polizeilichen Einsatz in Wohnungen tätigen Personen" vorgesehen ist - also zum Schutz von verdeckten Ermittlern (oder auch beauftragten und verpflichteten V-Leuten). In einem solchen Fall soll eine "gesetzlich bestimmte Stelle" - also die Polizei selbst oder die Staatsanwaltschaft - die Maßnahme anordnen dürfen. Nur für den Fall, daß die hierbei erlangten Erkenntnisse anderweitig - also für andere Zwecke - verwendet werden sollen, muß zuvor die "Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt" werden - bei "Gefahr im Verzug" ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

Der praktische Umgang mit sogenannten Richtervorbehalten zeigt, daß solche verfahrenssichernden Maßnahmen den Betroffenen keineswegs mehr Rechtssicherheit bringen. Denn an der Effektivität richterlicher Vorabprüfungen sind auch dann, wenn ein mit drei Richtern besetzter Spruchkörper tätig werden soll, generell erhebliche Zweifel angebracht.

- Auch diese Richter werden ausschließlich auf die Darlegungen der Polizei angewiesen sein.

- Häufig werden ihnen - das zeigen die Erfahrung bei Telefonabhöraktionen - "ausgezehrte" Akten präsentiert.

- In aller Regel werden die Richter den zugrundeliegenden Sachverhalt, der ihnen aus der einseitigen Strafverfolger-Perspektive präsentiert wird, nicht ausreichend und abwägend überprüfen können, zumal sie nicht die Möglichkeit haben, eigene Ermittlungen anzustellen.

Daß der Richtervorbehalt als rechtsstaatliche Sicherung bei verdeckten Maßnahmen immer Gefahr läuft, zu versagen, belegt in aller Deutlichkeit der exzessive Umgang mit der Telefonüberwachung (TÜ) in Deutschland, die trotz richterlicher "Kontrolle" jährlich über 8.500mal durchgeführt wird (1996). Die Bundesrepublik ist trotz Richtervorbehalts das westeuropäische Land mit den meisten abgehörten Telefonanschlüssen. Die TÜ-Zahlen sind in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen: Sie haben sich von 1989 bis 1993 nahezu verdoppelt auf knapp 4.000, um 1996 - nach zwischenzeitlichen leichten Rückgängen - auf über 8.500 anzuwachsen. Es ist zwar eine zeitliche Befristung der einzelnen Abhörmaßnahme auf höchstens vier Wochen vorgesehen, nicht aber eine Höchstfrist für den zulässigen Fall, daß Verlängerungen um jeweils nicht mehr als vier Wochen beantragt und angeordnet werden.

Die Abhörmaßnahme kann immer wieder um jeweils vier Wochen verlängert werden, so daß letztlich Wohnungen - mangels einer Höchstfristregelung - auch monatelang, ja über ein Jahr lang ununterbrochen abgehört werden könnten.

Durchlöcherter Datenschutz

Es werden keine wirklich begrenzenden Pflichten, wie sie etwa in den USA bestehen, geregelt: keine persönlich von den anordnenden Richtern verantwortete Verlaufs- und Erfolgskontrolle, kein öffentlicher Begründungszwang. Eine absichtsvolle Unterlassungssünde, wo man sich doch bei der Zulassung des Großen Lauschangriffs gerne auf die USA beruft?

Was die Befugnisse des neu zu wählenden parlamentarischen Gremiums anbelangt, so erfährt man über dessen Kompetenzen lediglich, daß es "auf der Grundlage dieses Berichtes" der Bundesregierung "die parlamentarische Kontrolle" ausübt. Und wie soll diese Kontrolle genau aussehen? Hat das Gremium aktive Informationszugangsrechte, wie Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht (über den Bericht hinaus), Zugangsrechte, Anhörungs- bzw. Vernehmungsrecht, eigenes Berichtsrecht, Beanstandungsrecht, eigenständige Öffentlichkeitsarbeit ...? Lauter offene Fragen.

Die Nichtbeachtung verfahrenssichernder Maßnahmen hat gesetzlich keine Folgen (keine strengen Verwertungsverbote für die erlangten Beweismittel).

Fazit: Die einschränkende Wirkung des geplanten "Hindernislaufs der Wanzen" wird schon dadurch entwertet, daß bereits ein einfacher Tatverdacht ausreicht, daß eine nicht vorhersehbare Vielzahl von Menschen betroffen bzw. involviert werden, und daß auch ein Richterkollegium letztlich bei seiner Vorabkontrolle ausschließlich auf die Darlegungen der Polizei angewiesen sein wird, die Sachverhaltsdarstellung also allein der Definitionsmacht der Polizei unterliegt. Mit den geplanten "verfahrenssichernden" Maßnahmen läßt sich die festgestellte Verfassungswidrigkeit nicht beseitigen. Sie sind nicht geeignet, den elementaren Eingriff in den Rechtsstaat und die Grundrechte zu verhindern. Die Belastung einer Vielzahl von Unverdächtigen durch Lauschangriff und heimliche Aufzeichnung von Gesprächen in und aus Wohnungen - möglicherweise von Gesprächen mit BerufsgeheimnisträgerInnen - bleibt so schwerwiegend, daß eine den Lauschangriff auf Wohnungen zu strafprozessualen Zwecken gestattende Grundgesetzänderung gleichwohl als unverhältnismäßig und damit verfassungswidrig zu gelten hat.

Sicherheitspolitisches Umfeld

Die permante Nachrüstung, die geradezu hilflos erscheinende Einfallslosigkeit des "more of the same" im Bereich der "Inneren Sicherheit" ist längst schon kläglich gescheitert - schließlich ist trotz dieser Aufrüstungspolitik die (Massen- und Gewalt-)Kriminalität in bestimmten Bereichen und Regionen weiter angewachsen, und es haben sich Phänomene herausgebildet, die heute als sogenannte Organisierte Kriminalität die neue Legitimation abgeben für das beharrliche Weiterschrauben an der Rüstungsspirale. Solange nicht die sozialen und ökonomischen Ursachen und Bedingungen von Kriminalität und Gewalt bekämpft werden, sondern mit Scheinlösungen ausschließlich an den Symptomen angesetzt wird, solange wird sich nichts zum Positiven ändern.

Im Zuge der herrschenden Sicherheitspolitik kommt es schon längst zu Grenzüberschreitungen jenseits der Verfassung: Die Polizei bekam nachrichtendienstliche Befugnisse zugestanden, den Geheimdiensten werden (im Bereich der OK) z.T. polizeiliche Aufgaben übertragen, das verfassungsgemäße Gebot der Trennung von Polizei und Geheimdiensten - die längst durchlöchert ist - wird offen zur Disposition gestellt und eine verfassungswidrige Geheimpolizei billigend in Kauf genommen.

Seit Beginn der 90er Jahre wurde der Schutzstandard für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung drastisch verschlechtert. Mit dem OrgKG (1992), dem sogenannten Verbrechensbekämpfungsgesetz (1994), der Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, dem Ausländerzentralregistergesetz (1994), dem BGS- und BKA-Gesetzes (1994 resp. 1997) sowie mit diversen Ergänzungen der StPO wurden u.a. folgende staatlichen Befugniserweiterung eingeführt bzw. legalisiert: der verdeckte Ermittler, die Rasterfahndung, die polizeiliche Beobachtung, der Lausch- und Spähangriff (heimliches Filmen und Belauschen) außerhalb von Wohnungen, die Ausweitung der Delikte, die eine Telefonüberwachung rechtfertigen, Vermehrung abhörberechtigter Dienststellen (z.B. das Zollfahndungsinstitut), die flächendeckende Kontrolle der Auslandstelefonate durch den BND nach dem "Staubsaugerprinzip", On-line-Anschlüsse der Polizei und Nachrichtendienste an das Ausländerzentralregister, Europol und die europäische Vernetzung von Teilen der polizeilichen Datensammlungen. Hinzu kommen: Telefonüberwachung, Postkontrolle, präventiver Lausch- und Spähangriff, anlaß- und verdachtsunabhängige Kontrollen, Schleppnetzfahndung usf.

Die Zahl der gesetzlich legitimierten polizeilichen Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten und damit die Kontrolldichte in der Bundesrepublik haben in den vergangenen Jahren dramatisch zugenommen. Demokratie, Bürgerrechte und liberaler Rechtsstaat vertragen keine weiteren Ausforschungsinstrumente, die derart tief in die individuelle Privat- und Intimsphäre eingreifen, wie es beim Großen Lauschangriff der Fall wäre.

OK als Legitimationsformel

Das (in einzelnen Deliktfeldern und Regionen tatsächlich vorhandene) Gefahrenpotential der "Unterwelt"-OK ist in den vergangenen Jahren politisch dramatisiert und für eine angsterregende Sicherheitskampagne instrumentalisiert worden. Die OK - als neuer "Staatsfeind Nr. 1" - wurde zu einem politischen Kampfbegriff, mit dem (noch) liberale Kräfte (und die SPD) unter massiven politischen Druck gesetzt werden konnten. Die OK wurde zur populären Legitimation für staatliche Aufrüstungsmaßnahmen und Gesetzesverschärfungen - vergleichbar den anderen großen Legitimationsformeln der vergangenen Jahrzehnte: der "Gefahr des Kommunismus" in den 50er und 60er Jahren, des "Linksextremismus und insbesondere des

(Links-)Terrorismus" in den 70er und 80er Jahren, mit dessen politischer Dramatisierung ebenfalls innere Angst- und Aufrüstungspolitik betrieben worden ist.

Diese Politik führte seinerzeit in den 70er und 80er Jahren zu einem höchst problematischen "Anti-Terror"-Sonderrechtssystem, das den liberalen Rechtsstaat erheblich demontierte (bis heute ist keines der damaligen "Ausnahmegesetze" aufgehoben worden). Mit dem OrgKG, dem "Verbrechensbekämpfungsgesetz" und den neuen Länderpolizeigesetzen ist in den 90er Jahren der Grundstein für ein neues, ausbaufähiges "Anti-OK"-Sonderrechtssystem gelegt worden, mit dem im wesentlichen geheimpolizeiliche bzw. nachrichtendienstliche Mittel und Methoden der staatlichen Überwachung, Konspiration und Infiltration weit im Vorfeld von strafbaren Handlungen legalisiert worden sind: verdeckte Ermittler mit falscher Identität (Legenden), Tarnnamen und Tarnpapieren; V-Leute aus kriminellen Milieus, Lausch- und Spähangriffe mit Wanzen, Richtmikrophonen, Peilsendern, Videokameras etc., Rasterfahndung und langfristige polizeiliche Beobachtung mit der Möglichkeit, Persönlichkeitsprofile und Bewegungsbilder von Verdächtigen, Kontakt- und Begleitpersonen zu erstellen; die bislang nur für den Drogen- und "Terrorismus"-Bereich geltende, höchst umstrittene Kronzeugenregelung sowie der Zeugenschutz, d.h. die Ermöglichung der Geheimhaltung der Identität und des Wohn- bzw. Aufenthaltsortes eines gefährdeten verdeckten Ermittlers oder einer V-Person vor Gericht - mit der Folge tendenzieller Geheimprozesse. Der Einsatz geheimer polizeilicher bzw. nachrichtendienstlicher Methoden führt zwangsläufig zu geheimjustitiellen Folgen.

Die Rolle der Polizei hat sich im Laufe dieser Entwicklung erheblich verändert. "Verdeckte Ermittler und verdeckte Ermittlungen mit technischen Mitteln verwischen die Grenze zwischen Polizei und Nachrichtendienst und verletzen das auf Grund der Erfahrungen mit Gestapo und Stasi in Deutschland notwendige Trennungsgebot." (Jürgen Seifert) Eine nicht zu unterschätzende Gefahr der "Organisierten Kriminalität" ist m. E. gerade in ihrer Bekämpfung mittels solcher Spezialermächtigungen zu sehen. Denn mit ihrer Hilfe wird in Grundprinzipien der Verfassung, des Strafprozesses und des Datenschutzes eingegriffen - zu Lasten der Beschuldigten, aber auch einer Vielzahl gänzlich unbeteiligter oder unschuldiger Dritter.

Bürgerechte und neue "Geheimpolizei"

Was die "Bekämpfung" der "Organisierten Kriminalität" anbelangt, so kann sich dieses Land keine staatlich organisierte "Gegen-Mafia" leisten, die mit der "Organisierten Kriminalität" Schritt hält und sie bis zur Verwechselbarkeit zu durchdringen versucht. Dieses Land verträgt - schon aus historischen Gründen - keine "Geheimpolizei", die in der Lage ist, gesellschaftliche Bereiche zu infiltrieren und die sich der öffentlichen Kontrolle mehr und mehr entziehen kann. Denn: Im Rechtsstaat kann es keine "Waffengleichheit" mit dem organisierten Verbrechen geben, es sei denn um den Preis von staatlich (mit-)organisierter Kriminalität (was es teilweise schon gibt), von staatlicher Machtkonzentration zu Lasten der Bürgerrechte, um den Preis einer nicht mehr kontrollierbaren Polizei und einer partiellen Geheimjustiz. Der Staat muß sich nicht nur in der Zielsetzung, sondern auch in den Methoden von der OK unterscheiden.

Kriminalität und Gewalt gibt es in jeder Gesellschaft - mehr oder weniger, je nachdem, welche Definition zugrunde gelegt wird, je nach den systemimmanenten krimininalitätsverursachenden bzw. -fördernden Bedingungen, Strukturen und Faktoren. Kriminalität und Gewalt können auch mit noch so viel und einer noch so mächtigen und geheimen Polizei nicht aus der Welt geschafft werden. Dieser Erkenntnis folgend, bedarf es zum einen endlich einer deutlichen Absage an die herrschende Dominanz polizeilicher bzw. strafrechtlicher Lösungsversuche, zum anderen des Muts zu sozialpolitischen und verfassungsverträglichen Lösungsansätzen, die geeignet sind, der sozialschädlichen Kriminalität den Nährboden zu entziehen.

Der befürchtete negative Einfluß der "OK" auf die Politik, auf die öffentliche Verwaltung und die Sicherheitsorgane wurde möglicherweise mit dem OrgKG und den Folgegesetzen bereits in die Wege geleitet und könnte nun mit der Legalisierung des Großen Lauschangriffs besiegelt werden.

Rolf Gössner

Dr. Rolf Gössner (Bremen), Rechtsanwalt, Publizist und parlamentarischer Berater. Er war auf Vorschlag der PDS Gutachter bei der öffentlichen Anhörung vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages am 21. November 1997. Der Artikel wurde in der Geheim 4/97 veröffentlicht und ist für den Abdruck in ak redaktionell überarbeitet und gekürzt worden.

8. Neuer Hinrichtungstermin droht. Solidaritätsaktionen für Mumia Abu-Jamal in den USA

Autor: mi. · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:18

Vermutlich schon in wenigen Wochen wird der Gouverneur des US-Staates Pennsylvania einen neuen Hinrichtungsbefehl gegen Mumia Abu-Jamal unterschreiben. Damit rechnen die Rechtsanwälte des zum Tode verurteilten US-amerikanischen Journalisten. Der genaue Zeitpunkt hängt davon ab, wann der Pennsylvania Supreme Court (Oberster Gerichtshof) eine Entscheidung darüber bekannt gibt, ob Abu-Jamals Gerichtsverfahren von 1982 neu aufgerollt werden muß oder nicht. Nachdem der Supreme Court seit kurzem wieder komplett ist (ein Richter mußte neu gewählt werden), dürfte die Entscheidung über Abu-Jamals Wiederaufnahme-Antrag jetzt bald anstehen. Aller Voraussicht nach wird sie negativ ausfallen. Unmittelbar danach wird Gouverneur Thomas Ridge den Hinrichtungsbefehl unterschreiben (siehe auch ak 405).

Zur Erinnerung: Mumia Abu-Jamal wurde nach einem Skandalprozeß im Sommer 1982 wegen angeblicher Polizistenmorde zum Tode verurteilt und sitzt seither in der Todeszelle. Nach aufwendigen Recherchen, dem Auftauchen neuer entlastender Indizien und mehrerer angeblich "verschollener" Entlastungszeuginnen beantragten Abu-Jamals Anwälte im Sommer 1995, das Todesurteil von 1982 aufzuheben und einen neuen Prozeß anzusetzen. Darüber muß nun der Pennsylvania Supreme Court entscheiden.

Bereits im August 1995 hatte Gouverneur Ridge einen Hinrichtungsbefehl unterschrieben, der angesichts des Wiederaufnahme-Antrags und einer internationalen Protestwelle allerdings wieder abgesetzt wurde. Auch dieses Mal gibt es noch eine "Notbremse": Vor einem Bundesgericht kann Abu-Jamal dagegen klagen, daß die "unteren" Gerichte von Pennsylvania seine Grundrechte und bestimmte Prozeßregeln mißachtet haben. Bis darüber entschieden ist, wird der Hinrichtungsbefehl vermutlich erneut ausgesetzt. Allerdings ist es in den letzten Jahren immer seltener geworden, daß ein Bundesgericht ein Einzelstaats-Todesurteil wieder aufhebt. Deswegen wird ein staatlicher Mord an Abu-Jamal wohl nur auf politischem Wege verhindert werden können.

Am 6. Dezember 1997, fast genau 16 Jahre nach Abu-Jamals Verhaftung, organisierten verschiedene Gruppen (vor allem die "International Concerned Friends and Family of Mumia Abu-Jamal", sowie etliche linke Kleinstparteien und Organisationen) zwei große Veranstaltungen in den USA: Ein ganztägiges "Tribunal" in Philadelphia (mit rund 1.000 Zuhörenden) und eine Demonstration in San Francisco (mit mehreren tausend Menschen). Die unerwartet starke Beteiligung zeigt, daß der "Fall Mumia" in den USA weiterhin mobilisierungsfähig ist - trotz des mittlerweile über zwei Jahre dauernden Abwartens auf das nächste Gerichtsurteil.

Die Veranstaltung in Philadelphia wurde als "Internationales Tribunal" aufgezogen, mit einer "Anklageschrift" gegen verschiedene Politiker und Institutionen (u.a. Gouverneur Ridge und die Polizei von Philadelphia) und einem 23-köpfigen "Gericht" mit Vertretern aus sechs verschiedenen Ländern (darunter der Hamburger Rechtsanwalt Ulf Panzer). Zahlreiche AnwältInnen (u.a. Abu-Jamals Verteidiger Len Weinglass), AktivistInnen (u.a. der langjährige politische Gefangene Geronimo Pratt, siehe ak 404, und Ward Churchill vom American Indian Movement) und Kulturschaffende traten als "ZeugInnen" vor das Tribunal. Sie sprachen über Abu-Jamals Biographie als Mitglied der Black Panther Party Ende der 60er Jahre und als kritischer Radio-Journalist in den 70er Jahren, über den Skandalprozeß von 1982, sowie über die Todesstrafe und den rassistischen Repressionsapparat in den USA. Das wenig überraschende "Urteil" des Tribunals: Abu-Jamal ist sofort freizulassen.

Trotz des großen Publikumsinteresses ignorierten die regionalen Massenmedien das "Tribunal" praktisch komplett. Damit wurde die wichtigste politische Zielgruppe leider nicht erreicht - die Öffentlichkeit von Pennsylvania, die über die Wahl des Gouverneurs und der zuständigen Richter entscheidet.

Auch mal eine gute Nachricht: Albert Sabo, der berüchtigte "Blutrichter" von Philadelphia, ist endlich im Ruhestand. Sabo war der Richter, der Abu- Jamal 1982 zum Tode verurteilte. Insgesamt hat Sabo über mehr Menschen die Todesstrafe verhängt (insgesamt 31) als jeder andere Richter (oder Richterin) in den USA. 1991 erreichte Sabo das Pensionsalter (70), war aber weiter als "Teilzeit-Richter" tätig (Aufwandsentschädigung: 600 Mark pro Tag). In dieser Funktion durfte Sabo 1995 selbst darüber entscheiden, ob sein 1982er-Urteil

gegen Abu-Jamal wegen mehrerer Formfehler und neuer Entlastungsbeweise wieder aufgehoben werden sollte (Antrag abgelehnt).

Ende November versetzte das Oberste Gericht von Pennsylvania den inzwischen 76jährigen Sabo endgültig in den Ruhestand. Von insgesamt 14 "Senior Judges" in Philadelphia wurden vier pensioniert. Mehrere andere Richter, die noch älter als Sabo waren, bleiben dagegen im Amt. Diese Tatsache deutet darauf hin, daß der Supreme Court zu guter Letzt doch Zweifel an Sabos Amtsführung hatte. Für Abu-Jamal ist damit zumindest die Gefahr ausgeräumt, daß eine etwaige neue Verhandlung wiederum von Sabo geführt worden wäre.

Während Abu-Jamals Todesurteil seit nunmehr bald 16 Jahren durch die juristischen Instanzen wandert, nimmt landesweit die Zahl der Exekutionen dramatisch zu. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in den USA 74 Menschen hingerichtet - so viele wie seit 40 Jahren nicht mehr. Nachdem in den 70er Jahren die Todesstrafe vorübergehend ganz ausgesetzt wurde, gab es in den 80er Jahren durchschnittlich etwa eine Hinrichtung im Monat. Unter Präsident Clinton wurden jedoch die Berufungsmöglichkeiten für zum Tode Verurteilte drastisch eingeschränkt. Dadurch kommt es in den letzten Jahren zu immer mehr Hinrichtungen (siehe ak 383).

Genau die Hälfte aller Todesurteile wurde in einem einzigen Staat vollstreckt: in Texas wurden im vergangenen Jahr 37 Menschen mit der Giftspritze getötet. Dort ist der Trieb zur Blutjustiz mittlerweile fast völlig enthemmt. Nur ein einziger Fall hat in der letzten Zeit in Texas zu einer öffentlichen Kontroverse geführt: Anfang Februar soll dort eine Doppelmörderin hingerichtet werden, als erste Frau seit über 130 Jahren. Weil sie inzwischen zur bekennenden Christin geworden ist, setzen sich selbst reaktionäre Fernsehprediger wie Pat Robertson (der sonst als Erster nach "Sühne" schreit) für die Verurteilte ein. Ob dies für eine Begnadigung durch den texanischen Gouverneur George Bush (ein Sohn des ehemaligen US-Präsidenten, der im Jahr 2000 eventuell selbst für das Weiße Haus kandidieren will) ausreicht, ist freilich nicht sicher.

Immerhin enthält die Statistik auch einen - matten - Lichtblick: Außerhalb von Texas wurden 1997 weniger Menschen hingerichtet als noch 1996. Die Todesstrafe gibt es in 38 (von insgesamt 50) US-Bundesstaaten. "Nur" 17 davon führten sie im vergangenen Jahr auch aus. Um ein Haar wäre das relativ liberale Massachussetts der 39. Todesstrafen-Staat geworden. Ein entsprechender Gesetzentwurf scheiterte allerdings im Landtag durch ein Abstimmungspatt. Ein ursprünglicher Todesstrafen-Befürworter stimmte im letzten Moment mit "Nein". Der Auslöser: Das vieldiskutierte "Mord"- Urteil gegen die 19jährige britische Au-Pair-Frau Louise Woodward, das unter dem neuen Gesetz zur Todesstrafe hätte führen können.

Die Alternative zur Todesstrafe ist allerdings kaum weniger grausam: Lebenslänglich ohne Bewährung ("life without parole"). Diese Strafe wird in immer mehr Bundesstaaten (und immer öfter) verhängt. Die Gefangenen werden selbst dann nicht mehr entlassen, wenn sie bereits todkrank sind. Sie sterben im Knast.

Die US-Anwaltskammer, verschiedene Bürgerrechtsorganisationen und religiöse Gruppen haben in der letzten Zeit Appelle für ein "Moratorium" verabschiedet: bis auf weiteres sollen keine weiteren Todesurteile mehr vollstreckt werden. Insgesamt sitzen in den USA über 3.100 Verurteilte in den Todeszellen und "warten" auf ihre Hinrichtung. Begründet wird diese Minimalkonsens-Forderung meist mit der "ungerechten" Anwendung der Todesstrafe: Es ist unstrittig, daß überproportional viele Verurteilte ethnischen Minderheiten angehören bzw. zu arm sind, um sich gute AnwältInnen leisten zu können. Mumia Abu-Jamals erster Prozeß war dafür nur ein Beispiel unter vielen.

mi.

Infos zu Abu-Jamal: Solikomitee Mumia Abu-Jamal, Yorckstraße 59, 10965 Berlin.

Infos zur Todesstrafe im Internet: www. essential.org/dpic oder www.igc.org/ quixote/ej

amnesty international interveniert

Nachdem amnesty international (ai) in den vergangenen Jahren keine Stellungnahme zu Mumia Abu-Jamals Fall abgegeben hat (außer einer allgemeinen Ablehnung der Todesstrafe), besuchte ai-Generalsekretär Pierre Sane Ende November Abu-Jamal und Scott Blystone, einen weiteren Todestrakt-Insassen in Pennsylvania. Anschließend kritisierte Sane die "rassistische und ungerechte Anwendung der Todesstrafe" in dem US-Bundesstaat:

"(...) Ich fordere Gouverneur Tom Ridge, Oberstaatsanwalt Mike Fischer und den Landtag von Pennsylvania dazu auf, (...) ein Moratorium für alle Hinrichtungen zu verhängen, eine umfassende Untersuchung über das offensichtliche rassische Ungleichgewicht einzuleiten, mit dem die Todesstrafe in diesem Staat angewendet wird, und sicherzustellen, daß alle Angeklagten, ob reich oder arm, einen angemessenen Rechtsbeistand erhalten, wenn sie um ihr Leben vor Gericht stehen. Diese Mittel sind notwendig, um sicherzustellen, daß alle Menschen in Pennsylvania vor dem Gesetz gleich sind. Gestern besuchte ich eine Lagerhalle (warehouse) voller Männer, die darauf warten, vom Staat Pennsylvania getötet zu werden. Der Todestrakt von Pennsylvania sieht so aus und fühlt sich so an wie eine Leichenhalle. Vom Moment ihrer Ankunft an werden die verurteilten Gefangenen dort langsam und systematisch umgebracht - erst spirituell, dann körperlich (...). ai hat ernsthafte Zweifel an der Gerechtigkeit von Mumia Abu-Jamals Gerichtsverfahren und prüft gegenwärtig, ob der Prozeß mit internationalen Justizstandards vereinbar war. (...) ai befürchtet, daß Mumia Abu-Jamals ursprünglicher Prozeß von dem tiefverwurzelten Rassismus vergiftet worden sein könnte, der die Anwendung der Todesstrafe in Pennsylvania zu beflecken scheint. (...) Angesichts des gegenwärtigen Pro-Todesstrafen-Klimas befürchtet ai eine Lawine des Tötens durch den Staat. Und die Körper werden zum großen Teil die von armen und schwarzen Männern sein."

ai-Generalsekretär Pierre Sane,

Philadelphia, 26. November 1997

(Quelle: Socialist Action, Dezember 1997, Übers.: mi.)

9. Neujahrsbotschaften "98: Alles wird gut! Leistungsträger aus Wirtschaft und Politik zum "Jahr der Entscheidung"

Autor: Js. · Rubrik: Sozialpolitik; Wirtschaft, Rationalisierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:16

In den Staatsparteien des realen Sozialismus war es üblich, Resolutionen über "die Lage und unsere Aufgaben" verabschieden zu lassen. Die waren verbindlich und Voraussetzung dafür, daß die Partei und in ihrem Gefolge die Massen "wie ein Mann" den Weg des Fortschritts beschreiten konnten. Im Kapitalismus zählt bekanntlich das Individuum; hier kann jeder nicht nur sagen, was er will, sondern es sogar drucken lassen - wenn er genügend Geld und/oder "Medienzugang" hat. Die zum Jahreswechsel publizierten Grußworte der sog. Leistungsträger aus Wirtschaft und Politik lassen allerdings den Verdacht aufkommen, sie stammten allesamt von irgendeinem sehr kleinen Ständigen Ausschuß beim ZK der Bourgeoisie, wenn nicht aus einer einzigen Feder. Ihr Inhalt läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen:

"Wir" müssen weitermachen wie bisher, Sozialleistungen kürzen und insgesamt die Staatsausgaben senken, den "Reformstau" überwinden, Großunternehmen und Mittelstand entlasten, eine "maßvolle" Tarifpolitik betreiben etc.; dann, aber nur dann, ist der Wirtschaftsstandort zu sichern und der eine oder andere neue Arbeitsplatz in Aussicht - wenn es den Unternehmern gut geht, geht es "uns allen" gut; die Europäische Währungsunion bietet "uns" die Chance, im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Dies auch so zu schreiben, würde zwar viel Platz sparen, widersprüche aber dem Gebot der Meinungsvielfalt. Das Publikum verlangt nach schmückendem Beiwerk, und so machen sich die Redenschreiber und Referenten unserer Entscheidungsträger auf die Suche nach einprägsamen Formulierungen und Schlüsselwörtern. Zu welchen Leistungen sie dabei fähig sind, zeigt die "Jahresschlußausgabe" des Düsseldorfer Handelsblatts. Zum Thema "Währungsunion/ Das Comeback Europas: Countdown für den Euro" äußern sich auf zehn Seiten 5 deutsche Politiker (Kohl, Kinkel, Waigel, Rexrodt, Lafontaine) 5 Wirtschaftsbosse (Hundt, Henkel, Tietmeyer, Stihl, Philipp) und 1 Gewerkschafter (Schulte). Im folgenden Beispiele für die Wortgewalt der Herren Tietmeyer, Henkel, Hundt, Lafontaine, Schulte und ihrer persönlichen Referenten; die Urheberschaft an den einzelnen Formulierungen (im folgenden kursiv) ist hier ohne Belang; sie sind, wenn nicht völlig identisch, zumindest austauschbar:

Zur Lage. 1998 ist das Jahr der Entscheidung, das Jahr von sehr weitreichenden Entscheidungen, das Jahr der Prüfung und Entscheidung. Vor uns liegen Herausforderungen, Herausforderungen des Wandels, aber auch Chancen, große Chancen, historische Chancen, Vorteile und Chancen, die größte Chance.

Zu den Aufgaben. Um die Herausforderungen zu meistern, brauchen wir: Aufbruchstimmung, Augenmaß, Ausgewogenheit, Flexibilität, Mobilität, Glaubwürdigkeit, Kreativität, erhöhte Verantwortung, globales Denken, Neuorientierung, Stetigkeit, Berechenbarkeit, einen klaren Kurs, Entschlossenheit, eine entschlossene Politik, eine wirtschaftliche Stabilitätskultur, Effizienz, Effizienzsteigerungen, Innovationen, Reformen, Reformwillen, Deregulierung, Liberalisierung, Eigeninitiative, Eigenverantwortung, Eigenvorsorge, die notwendigen Anpassungen.

Überwunden werden müssen: Blockade, weinerliche Selbstblockade, Stillstand und Selbstblockade, strukturelle Mängel, Reformdefizite, Reformstau, die Steuer- und Abgabenlast, der Wohlfahrts- und Sozialstaat, überholte und überlebte Vorstellungen. Der Aufbruch muß beherzt und entschlossen in Angriff genommen werden, zügig vonstatten gehen und nachhaltig wirken.

Sozialdemokratische Innovationen

Wer noch minimale Hoffnungen in einen "Politikwechsel" nach der Bundestagswahl setzt, wird die Zitatensammlung vielleicht unfair finden. Ist es angemessen, die Sozialdemokraten Lafontaine und Schulte mit dem Scharfmacher Henkel und dem Kampf-Hundt des Kapitals in einen Sack zu stecken? Leider ja. Das Besondere an Lafontaines Beitrag ist nicht die etwas häufigere Erwähnung des Wortes Arbeitsplätze, sondern vielmehr die Beflissenheit, mit der er sich dem Kapital als der bessere Wirtschaftspolitiker andient: So verspricht er "mehr Zielgenauigkeit (!) bei den Leistungen" der Sozialversicherungen, "eine gut ausgerüstete

Polizei", "eine offensive Nutzung der neuen Technologien, die Modernisierung des Staates und den Abbau überflüssiger Bürokratie, wirksame Hilfen für Mittelstand und für Existenzgründer". Auch seien allzu niedrige Löhne nicht gut für das Geschäft - sie vermindern nicht nur "die Absatzchancen und die Gewinnaussichten der Unternehmen" sondern auch "die volle Kreativität und Motivation der Beschäftigten".

Von besonderer Armseligkeit ist der Beitrag des DGB-Vorsitzenden Schulte. Nun müßten aber die "Versprechungen", betreffs "aktive Beschäftigungspoli- tik", endlich mal "in die Tat umgesetzt" werden, nörgelt er und droht: "Wir Gewerkschaften werden darauf achten", daß jetzt mal ein bißchen Arbeitsförderung betrieben wird. Nicht unterschlagen werden soll eine exklusive Kreation aus dem Hause Schulte, die "dialogorientierte Industrie- und Dienstleistungspolitik" - eine vermutlich teuer bezahlte Phrase, deren Zweck darin besteht, "eine technologiepolitische Offensive und eine europaweite Modernisierungsoffensive" als Ergebnis gewerkschaftlichen Drucks zu verkaufen. Brav, Herr Schulte, nicken Hundt & Henkel, das mit der doppelten Offensive könnte von uns sein.

Das Kanzlerwort

an ungewohnter Stelle

Während die Handelsblatt-Leser zehn einschläfernde Seiten vorgesetzt bekamen, begrenzte die taz ihre Zumutung auf die Titelseite der Sylvester-Ausgabe: "Gott segne unser deutsches Vaterland. Die Neujahrsansprache von Bundeskanzler Kohl" - im Wortlaut und keineswegs (wie ich zunächst vermutete) eine Parodie. Die kann nur auf der Kabarett-Bühne gelingen, wo schon Kohls Schlüsselwort Zuversicht, in authentischer Aussprache ("Zufferssicht") wiedergegeben, ausreicht, um den Saal zum Kochen zu bringen.

Aber die taz-Redaktion wollte offenbar, daß wir uns dem Text der in ARD und ZDF ausgestrahlten Botschaft an die "lieben Landsleute " (Nicht-Deutsche, mal weghören!) in aller Ruhe zuwenden. Also dann: "Zuversicht bewahrt uns vor Lebensangst"; "unsere Soldaten" geben "ermutigende Beispiele von Gemeinsinn und Zivilcourage"; "jeder wird gebraucht" (das freut die Arbeitslosen) und soll seine "Pflicht" tun, am besten "ehrenamtlich" und in Anwendung der deutschen Tugenden "Erfindergeist, Gewissenhaftigkeit, Fleiß und Sorgfalt". Bis zum nächsten Jahr, liebe Landsleute (wenn Rot-Grün nicht dazwischenkommt): "Gott segne unser deutsches Vaterland." Das alles, ungelogen und unkommentiert, in der taz vom 31.12.1997. Mit der gleichen Übung könnte sich die taz in einem Jahr, nach einem rot-grünen Wahlsieg im September, demonstrativ als Quasi-Regierungsorgan etablieren.

Die FAZ, die bis dahin diese Rolle innehat, begnügte sich damit, Kohls Ansprache im Aufmacher zu verarbeiten. Das hat den Nachteil, daß die (dünn-)flüssige Rede immer wieder durch "Kohl sagte" bzw. "sagte der Kanzler" unterbrochen werden muß.

Versöhnt wird der FAZ-Leser durch den direkt daneben plazierten Artikel "Freundlicher Ausklang eines großen Börsenjahres". Die wichtigsten Geleitworte zum neuen Jahr hatte die Zeitung für Deutschland ohnehin schon am 16. Dezember gedruckt: In einer zwölfseitigen Redaktionsbeilage "Chancen 1998" wurde das "neue Anlagejahr" analysiert, das "spannend, aber schwierig" werde und "Mut zum Risiko" verlange. Als verdienter Lohn winken "steigende Unternehmensgewinne und moderate Kursgewinne an den Aktienbörsen." Alles wird gut.

Js.

10. Krieg im Nato-Land Türkei: 1997 mehr Opfer als je zuvor

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:12

Nach einer am Wochenende veröffentlichten Statistik kamen im Jahr 1997 im Krieg zwischen der kurdischen Guerilla und türkischen Regierungstruppen fast 6.700 Menschen um. Nach den amtlichen Angaben haben seit Sommer 1984, dem Beginn der militärischen Auseinandersetzungen, nahezu 37.000 Menschen ihr Leben verloren. Nach diesen Zahlen hält das zu Ende gegangende Jahr den bisherigen "Rekord" an Toten.

Die "Verschlimmerung der Menschenrechtssituation in der Türkei", wie sie beispielsweise von Hüseyin Aygül vom Menschenrechtsverein (IHD) Istanbul bei einer Veranstaltung zum Tag der Menschenrechte in Frankfurt a.M. Ende 1996 bilanziert wurde und die sich auch in den jetzt vorliegenden Zahlen widerspiegelt, sind Ergebnis einer Entwicklung, die sich seit Anfang der 90er Jahre deutlich abgezeichnet hat: Eine staatlich betriebene Eskalation der Gewalt, die sogar offiziell angekündigt wurde und deshalb keineswegs überraschend kommt. Zwar wurde der Wahlsieg des konservativen Politikers Süleyman Demirel bei den Parlamentswahlen 1991 von vielen als Hoffnungsschimmer gewertet: Immerhin hatte Demirel im Wahlkampf "gläserne Polizeistationen" und die Anerkennung der "kurdischen Realität" versprochen. Doch schon Ende März 1992 offenbarte das gewaltsame Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte gegen Zivilisten während der kurdischen Neujahrsfeiern, daß die Hoffnungen getrogen hatten. Demirel hatte seine Wahlversprechen schnell gegen andere Ankündigungen eingetauscht: "Wir werden keinen von ihnen übriglassen, die sollen mal sehen, daß wir das, was Saddam gemacht hat, auch können." Solche markigen Sprüche von Demirel waren zu Beginn des Jahres 1992 in der türkischen Presse immer wieder zu lesen.

Im Frühjahr 1993 sprach die Spitze der Armee davon, daß sie das "Terroristenproblem" bis zum Herbst desselben Jahres "lösen" und "die PKK vollständig vernichten" werde. Diese vollmündigen Ankündigungen haben in den zurückliegenden Jahren allerdings nur die militärische Eskalation vorangetrieben. Die Folge waren Vertreibungen, Dorfzerstörungen und unzählige Massaker in den kurdischen Provinzen des Landes. An dem Ziel, der "Vernichtung" der kurdischen Guerilla, scheint sich aber bis zum heutigen Tag nichts geändert zu haben. Im Gegenteil: Die Jahresbilanz 1997 zeigt, daß die türkische Armee mehr denn je die militärische "Lösung" sucht. Entsprechende politische Vorgaben hat es in den zurückliegenden Jahren nicht nur von Demirel gegeben. Die ehemalige Ministerpräsidentin und Außenministerin Ciller sprach in der Zeit, als sie an der Spitze der Regierung stand, davon, "die Endlösung" des Problems zu betreiben, eine Formulierung, die besonders in Deutschland aufhorchen ließ, aber dennoch keine offiziellen Proteste verbündeter Länder hervorrief.

Der Krieg in Kurdistan ist trotz seiner Eskalation und trotz der Tatsache, daß er maßgeblich mit deutscher Unterstützung geführt wird - was die öffentliche Beachtung angeht - stark in den Hintergrund getreten. Derzeit gibt es nur sehr wenig öffentlichen Druck auf die Bundesregierung, damit diese gegen die Menschenrechtsverletzungen und die Massaker in Kurdistan protestiert. Vor diesem Hintergrund ist es für die Türkei relativ leicht möglich, die militärische Eskalation beinahe unbehelligt fortzuführen. Düstere Aussichten für das Jahr 1998.

Thomas W. Klein

11. Chiapas: Chronik eines angekündigten Massakers

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:33

Die Massenmedien schlugen Alarm, deshalb schien es der mexikanischen Regierung und deren westlichen Verbündeten taktisch klug, in den Chor der Zerknirschten einzufallen. Sie "verurteilen energisch", fordern und versprechen "vollständige Aufklärung". Aber ihre bekundete Sorge um den Schutz der Menschenrechte in Süd-Mexiko ist pure Heuchelei. Denn sie tun so, als wären sie vom Tod in Chiapas überrascht worden. Dabei ist diese Tat keineswegs außergewöhnlich. Ebensowenig wie es die Täter und Opfer sind. Allein die große Zahl der Toten ist es, die dem Massaker von Acteál den Charakter des Besonderen verleiht. Es handelt sich immerhin um das größte Massaker an Zivilisten seit 1968, als die Armee mitten in Mexiko-Stadt Hunderte niedermähte und unmittelbar darauf sämtliche Spuren verwischte, so daß nicht einmal die exakte Zahl der Toten zweifelsfrei geklärt werden konnte. Was die jüngste Bluttat betrifft, könnte man sie in Anlehnung an einen Romantitel von García Márquez als "Chronik eines angekündigten Massakers" beschreiben. Will sagen, es gibt Hintergründe, Beziehungs- und Interessensgeflechte sowie einen konkreten Tathergang, welche den Tod der 45 Tzotzil-Indígenas erkennbar machen als einen Mosaikstein einer komplexen politisch-militärischen Strategie, deren Wesensmerkmal Mord und Vertreibung von Zivilpersonen ist. Die so isolierten Zapatisten könnten dann ohne Zeugen von der Armee in die Zange genommen werden, so das Kalkül der Militärstrategen.

Obgleich zwischen der Armee und den Zapatisten seit Mitte Januar 1994 offiziell ein Waffenstillstand gilt und die Regierung Verhandlungsbereitschaft bekundet, findet in Chiapas eine Art "geheimer Krieg" statt. Es ist der mexikanische Staat unter Präsident Zedillo, der den Konflikt militarisiert. Nicht nur in Chiapas, sondern auch in anderen Bundesstaaten wie Guerrero und Oaxaca, Hochburgen der EPR-Guerilla. Über 40.000 Soldaten wurden seit 1994 nach Chiapas verlegt, dutzende Feldlager in zapatistischem Gebiet aufgeschlagen, ganze Landstriche von der Außenwelt abgeriegelt, die Bildung paramilitärischer Gruppen forciert, tausende mutmaßliche Zapatisten-Anhänger aus ihren Dörfern vertrieben und hunderte ermordet. Hunderte. Also ein vielfaches der Todesopfer, die nun zuletzt kurz vor Weihnachten zu beklagen waren. Diese Summe kam peu à peu zusammen. Hier wurden einige erschlagen, dort welche erschossen. In den Polizeiberichten heißt es dann, es habe sich um familiäre oder Landstreitigkeiten gehandelt. Menschenrechtsgruppen wie das in San Cristóbal de las Casas ansässige "Centro de Derechos Humanos" und die linke hauptstädtische Tageszeitung "La Jornada" wiesen Punkt für Punkt das Gegenteil nach. Unter dem Titel "Ni Paz, ni justicia" (Weder Frieden noch Gerechtigkeit) wurde im Oktober 1996 eine umfassende und differenzierte Studie über das Hauptkonfliktgebiet vorgestellt, in dem sich auch der jüngste Vorfall abspielte. Aber die Warnungen der Erzdiözese von San Cristóbal oder fundierte Analysen über die Ursachen der Gewalt, die Hauptfaktoren der öffentlichen Unsicherheit und mögliche friedliche Auswege haben weder die Regierung Mexikos noch jene der USA oder der BRD je interessiert. Denn sie leugnen oder verschweigen diesen geheimen Krieg und daß er sich vorwiegend gegen die zivile Unterstützungsbasis der Zapatisten richtet. Und gegen diejenigen, die dafür gehalten werden. Beispielsweise, weil sie sich weigern, mit den rechten Paramilitärs zu kollaborieren, die von lokalen und regionalen PRI-Bonzen geleitet und finanziert werden.

Das offizielle Totschweigen dieses "Krieges niedriger Intensität" geht einher mit der Straflosigkeit der Täter und dem Versuch, unabhängige Stimmen zum Schweigen zu bringen. So wurden im vergangenen Jahr bekannte lateinamerikanische Menschenrechtler unter fadenscheinigen Vorwänden festgenommen und des Landes verwiesen; Aktivisten der Solidaritätsbewegung, die sich als Beobachter in Konfliktgemeinden aufhielten, wurden aus dem Land geworfen; die katholische Kirche von Chiapas und Bischof Ruíz sehen sich anhaltenden Verleumdungen gegenüber, die sie mit der bewaffneten Opposition in Verbindung bringen. Erst im November schlug ein Attentatsversuch auf den Bischof fehl.

Die politische Wirklichkeit Mexikos ist jedoch nicht, wie man die bisherigen Gedanken mißverstehen könnte, eindimensional. Denn die Repression in Chiapas und in anderen Bundesstaaten steht anderen gesellschaftlichen Gruppen und Entwicklungen gegenüber, die auf Demokratie, Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit drängen. Auch die Staatspartei PRI, die bei den Wahlen im vergangenen Juli empfindliche Rückschläge hinnehmen mußte, setzt nicht ausschließlich auf die harte Hand, um weiter an den Schalthebeln der politischen Macht zu bleiben, die auch die Zugänge zu den Fleischtöpfen öffnen. Vielmehr tritt die PRI, sei es verbal oder sei es real, offiziell für Verständigung mit der parlamentarischen Opposition und auch mit den

Zapatisten ein. Vielfach simuliert die PRI den Dialog zwar nur, das ändert jedoch nichts daran, daß die Staatspartei in der Öffentlichkeit das Kriegstreiberimage scheut. Deshalb die Inhaftierung des PRI-Mitglieds und Dorfbürgermeisters als direktem Tatverantwortlichen, deshalb die Absetzung des Innenministers Emilio Chuayffet und des Gouverneurs von Chiapas Julio César Ferro. Deshalb auch die Ankündigung des neuen Innenministers, sich mit dem Subcomandante Marcos treffen zu wollen. All das zeigt, daß die Regierung Mexikos unter Druck steht. Die demokratischen Kräfte sind, anders als etwa in Algerien, immerhin stark genug, daß sie derartige Bluttaten nicht einfach hinnehmen müssen. Ob ihre Stärke jedoch ausreicht, ähnliches in Zukunft zu verhindern, erscheint mir zweifelhaft. ak wies verschiedentlich auf den widersprüchlichen Zusammenhang von politischer Öffnung in den Städten und der zunehmenden Militarisierung in ländlichen Bundesstaaten hin. Dies gilt es weiterhin im Auge zu behalten. Ebenso die potentiellen Gefahren, die vom Niedergang der Staatspartei PRI ausgehen. Denn ein Verlust der Steuerungskapazität der PRI auf gesamtstaatlicher Ebene erschüttert zwar den durch und durch autoritären und korrupten Machtapparat. Dies ist positiv, kann aber in einzelnen Bundesstaaten, vor allem in jenen mit Guerillapräsenz, zur Forcierung ungesetzlicher Gewalt führen, wenn sich einzelne PRI-Fraktionen selbständig machen sollten. Neben der Solidaritätsarbeit mit den demokratischen und revolutionären Kräften Mexikos kommt also der Menschenrechtsarbeit eine entscheidende Rolle zu. Denn nur Lebende können für gesellschaftliche Umwälzungen kämpfen.

Al., Nürnberg

12. Massaker in Chiapas. Anhänger der PRI massakrieren 45 Tzotzil-Indianer

Autor: Dazio Azzelini und Miriam Lang, Polho · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:14

Sie stehen sich direkt gegenüber, keine zwei Meter voneinander entfernt: Die Trauergemeinde mit den drei Gitarristen am Straßenrand, die triste Melodien mit kämpferischem Inhalt singen - über den Aufstand der EZLN 1994, über Kampfflugzeuge und Maschinenpistolen, die sie aufhalten wollen. Und der Lastwagen der "Seguridad Publica", der chiapanekischen Polizei, auf dem rund vierzig Uniformierte genau jene Maschinenpistolen im Anschlag halten. Sie haben den Tzotzil-Indianern des Bezirks Chenalho ihre Toten zurückgebracht - jene 45 Frauen, Kinder und Männer, die am 22. Dezember 1997 von bewaffneten Anhängern der Regierungspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) massakriert worden waren. Nach der Obduktion in Tuxtla Gutierrez, der Hauptstadt des Bundesstaates, sind sie nun wieder hier - aufgeteilt auf drei kleine Lastfahrzeuge der Polizei, verpackt in schwarze Plastiksäcke. Ein leichter, aber unverwechselbarer Leichengeruch liegt in der Luft. Eine ausreichende Kühlung der Leichname bis zur Beerdigung haben die Behörden in diesem Fall wohl für unnötig erachtet.

Vom größten Massaker an Frauen, Kindern und Zivilisten seit 1968 spricht die mexikanische Tageszeitung La Jornada im Zusammenhang mit dem vorweihnachtlichen Überfall auf das Flüchtlingslager von Acteal, Bezirk Chenalho im Hochland von Chiapas. Das etwa 70 Kilometer nordöstlich von San Cristobal de las Casas gelegene Chenalho hat in den letzten Monaten häufig für Schlagzeilen gesorgt: der ländliche Bezirk, in dem 30.000 Menschen auf 61 comunidades verteilt leben, ist seit August 1995 gespalten, in eine Verwaltung der Regierungspartei PRI und eine autonome Gemeinde, die sich dem korrupten Verteilungssystem des mexikanischen Staates entziehen wollte und sich seitdem als zivile Unterstützungsbasis der EZLN versteht.

Die PRI-Verwaltung beruft sich auf die Wahlen vom Oktober 1995, zu deren Boykott die EZLN als Konsequenz aus dem Wahlbetrug von 1994 in Chiapas aufgerufen hatte, und bei denen die Wahlbeteiligung unter 25 Prozent lag. Beide Bezirksverwaltungen agieren seit nunmehr zweieinhalb Jahren parallel, wobei die autonome Verwaltung von Polho jegliche staatliche Hilfe ablehnt. Neben diesen beiden Widersachern lebt auch noch eine dritte Gruppe im Bezirk Chenalho, die sich 1993 aus Protest gegen behördliche Willkür gegründet hat, sich aber nicht der EZLN zuordnen möchte und gegen jede Gewalt ausspricht. Sie nennt sich "Sociedad civil Las Abejas". Dieser Gruppe gehörten ausnahmslos die Opfer von Acteal an.

Das Vorspiel

Mit der Spaltung des Bezirks Chenalho begann auch der Terror: Nach Informationen des Menschenrechtszentrums Fray Bartolome de las Casas in San Cristobal zwingen PRI-Gemeindevorstände die ansässigen Familien, Schutzgelder zu bezahlen, von denen Waffen und Munition gekauft werden sollen. In zahlreichen Gemeinden wurden BewohnerInnen, die derartige Maßnahmen verweigerten, von paramilitärischen Gruppen oder bewaffneten PRI-Anhängern gezwungen, ihre Häuser zu verlassen.

Anfangs pflegten die Aggressoren selbst die verlassenen Hütten zu beziehen und sich als reine PRI-Gemeinden neu zu konstituieren. Doch in den letzten Monaten eskalierte die Gewalt: Auf Plünderungen folgten immer häufiger Brandstiftungen, Einzelne oder kleine Gruppen, die sich nicht explizit zur PRI bekannt hatten, wurden ermordet aufgefunden. Bereits vor dem Massaker von Acteal hatte der Konflikt mindestens 29 Tote gefordert, 6.000 bis 7.000 Menschen, also rund die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft von Chenalho, sind auf der Flucht. Sie leben zu Hunderten in notdürftig errichteten Flüchtlingslagern, unter Sonnendächern aus Bananenblättern oder Plastikplanen, ohne Latrinen, gesundheitliche Versorgung oder ausreichende Nahrung. Manche sind seit Monaten da, manche erst seit ein paar Tagen. Viele sind aufgrund der hohen Luftfeuchtigkeit und der nächtlichen Kälte erkrankt, die unterernährten Kinder graben Wurzeln aus dem weichen Boden, um sie zu essen. Die autonome Gemeinde Polho verteilt die Hilfsgüter, die zuweilen mit LKWs aus der Hauptstadt kommen, so gut es geht, doch einige der Lager sind nur zu Fuß auf langen Märschen durch den Schlamm zu erreichen, und das Dorf Polho, wo üblicherweise wenige hundert Menschen lebten, hat mittlerweile selbst ca. 3.000 Flüchtlinge zu versorgen.

Der Angriff

Eines dieser Lager gleich neben der Gemeinde Acteal war es, das die PRI-Anhänger gemeinsam mit Parteigängern der Frente Cardenista, einer von der PRI aufgebauten Scheinopposition, am 22. Dezember angegriffen haben. Etwa 800 Familien, die zuvor schon aus ihren angestammten Dörfern vertrieben worden waren, lebten hier. Gegen elf Uhr morgens - gerade wurde in der kleinen Holzkapelle Kleidung vom Roten Kreuz verteilt, während einige der sehr katholischen "Abejas"-Mitglieder für den Frieden beteten - ertönten die ersten Schüsse. Auf die Kapelle, in der und um die sich an die 350 Menschen drängten, ging von verschiedenen Seiten ein Kugelhagel nieder.

Als der Trauerzug aus Polho drei Tage später in Acteal zur Beerdigung eintrifft, sind die Spuren des Massakers noch gut zu erkennen: die Kleidungshaufen in der panikartig verlassenen Kapelle, Einschußlöcher in den Holzplanken und Baumstämmen. Nur die Blutspuren an den Bäumen hat das Militär, das den Ort drei Tage lang besetzt und abgeriegelt hielt, zum Teil mit Machetenhieben abgeschält. Doch in einer Mulde am Hang, in der einige vor den Schüssen Zuflucht gesucht hatten, liegt noch blutgetränkte Kleidung, ein Kinder- und ein Frauenschuh, Tüten mit hastig zusammengerafften Sachen.

Hier, so erzählt uns ein Mann, habe er in der Nacht vom 22. auf den 23. September gut dreißig Tote gefunden, die kreuz und quer übereinander lagen. "Ich stand oben an der Kante vor diesem schrecklichen Bild und habe heruntergerufen, ob noch jemand lebt. Eine Frau hatte sich auf ein kleines Mädchen geworfen und es so vor den Kugeln geschützt, und zwei verletzte Frauen habe ich noch aus dem Leichenberg gezogen. Alle anderen waren tot." Die Ärzte berichten nach der Autopsie davon, daß die meisten Opfer Einschußlöcher im Genick und im Rücken aufweisen. Sie müssen aus etwa vier Meter Abstand in der Mulde, in der sie Schutz gesucht hatten, erschossen worden sein. Direkt an der Kante fand man die Patronenhülsen. Nur neun der Opfer waren Männer, alle anderen Frauen und Kinder, darunter ein Neugeborenes.

Bereits um 12 Uhr mittags des 22.12. - also während des Massakers - haben italienische Fotografen aus der Ferne einen Polizeitransporter mitten in Acteal fotografiert. Doch der örtliche Polizeichef, Comandante Jesus Rivas, will mit seinen Leuten erst um vier Uhr nachmittags ins Dorf gekommen sein - zu dem Zeitpunkt also, als die Zeugen aus Polho von einem Ende der Detonationen berichten. Alles sei ruhig gewesen, so Rivas, die Menschen hätten sich bei seinem Eintreffen in den Häusern verschanzt und sich geweigert, mit ihm zu sprechen. Das hat ihn nicht weiter erstaunt: "Diese Indios haben kein Vertrauen zu uns, obwohl wir für ihre Sicherheit zuständig sind." Woran das läge, wisse er auch nicht, gibt der blauäugige Beamte sich ahnungslos. "Vielleicht, weil ich nicht denselben Dialekt spreche wie sie." Erst mitten in der Nacht habe man ihm mitgeteilt, daß es Tote gegeben habe. Wer ihm nicht vertraue, den könne er auch nicht beschützen. Und obwohl die Kaserne der Polizei zwischen Polho - wo alle die Schüsse gehört haben - und Acteal liegt, will die Polizei nichts Derartiges vernommen haben.

Die Überlebenden

Zwei Tage nach dem Überfall auf Acteal sind vierzig Verdächtige festgenommen. Ein Teil davon befand sich auf einem Lastwagen, der dem Trauerzug entgegenkam. Angehörige der Toten erkannten Einzelne, die an dem Massaker beteiligt waren. Um einen Aufruhr zu verhindern, griff die "Seguridad publica" ein und rettete die Verdächtigen vor der aufgebrachten Menge ins Polizeifahrzeug.

Jacinto Arias Cruz, Bürgermeister des Bezirks Chenalho, leugnete am ersten Tag öffentlich, daß es in Acteal Tote oder Verletzte gegeben habe. Seitdem verweigert er jede Information. Doch die Anschuldigungen gegen den PRI-Bürgermeister sind deutlich. Er soll der Drahtzieher des Massakers und der seit Monaten anhaltenden Vertreibungen und Morde im Chenalho sein. Arias Cruz verfügt über hervorragende Verbindungen zu der Regierung des Bundesstaates Chiapas, vor allem zu seinem Cousin Antonio Perez Hernandez, Mitglied der chiapanekischen Regierung und als Hardliner in der ohnehin berüchtigten Führung des südmexikanischen Bundesstaates bekannt. Flüchtlinge und Überlebende berichten von einer Versammlung, die Arias Cruz am Samstag vor dem Massaker einberufen hat und an der die Vorstände von fünf PRI-Gemeinden des Bezirks teilgenommen haben.

Inmitten einer Gruppe von JournalistInnen und Schaulustigen steht auf dem Hauptweg des Dorfes Polho "Luciano", der Repräsentant der autonomen Zapatistengemeinde und örtliche Verbindungsmann zur EZLN. Sein Gesicht spärlich mit einem Halstuch verdeckt, übersetzt er für die Presse immer neue Berichte von Augenzeugen aus dem Tzotzil. Unter Tränen erzählt beispielsweise Maria Perez Perez, der Bürgermeister

habe die fünf Gemeindevorstände angewiesen, jeweils 25 bewaffnete Männer für den Überfall auf Acteal zur Verfügung zu stellen. Der Koordinator der Paramilitärs sei Tomas Mendez, ein ehemaliger Militär aus der Gemeinde Los Chorros, die auch als Zentrale der Paramilitärs bekannt ist. Von dem geplanten Angriff erfuhr Maria Perez Perez noch am Samstag selbst von ihrem Ehemann, der Mitglied des Rates von Chenalho ist. Die ursprünglich aus Acteal stammende, etwa vierzig Jahre alte Tzotzil-Indianerin wollte daraufhin ihre Familie vor dem bevorstehenden Angriff warnen. Doch auf dem Weg wurde sie von der Polizei von Chenalho verhaftet und verbrachte die Zeit bis Mittwoch Mittag im Gefängnis. Das Gesicht der Frau ist eingefallen, es fällt ihr augenscheinlich schwer, sich auf den Beinen zu halten. Das Kind an ihrer Brust schaut ausdruckslos in die sie umringende Menge. Sie zeigt ihre geschundenen Arme und Beine: "Ich bin von der Polizei geschlagen worden, und seit Samstag habe ich weder zu Essen noch zu Trinken bekommen."

Juana Vasquez Perez, eine nicht einmal zwanzigjährige Tzotzil-Indianerin aus Acteal, denunziert ihren eigenen Ehemann als Mörder und Paramilitär. Sie hält ein Foto hoch, wahrscheinlich ihr Hochzeitsfoto, von dem sie ihr eigenes Konterfei abgerissen hat. Zu sehen ist ein junger Mann. "Das ist er, Armando Vasquez Luna aus Quextic, er ist ein Mörder!", ruft sie schluchzend. Sie hat bei dem Massaker ihre Mutter, eine jüngere und eine ältere Schwester verloren und ist nun zu ihrem Bruder nach Polho geflohen. Ihr Mann sei bei der PRI, berichtet sie schluchzend, und auch sie sei bei der PRI gewesen, der Großteil ihrer Familie gehöre zu "Las Abejas", während ihr Bruder in Polho - wie die gesamte Gemeinde - zu der zivilen Unterstützungsbasis der EZLN gehört. Die junge Frau berichtet weiter, daß die Angreifer, die sie erkannt habe, alle Presbyterianer gewesen seien, also von der protestantischen Religionsgemeinschaft, der auch Bürgermeister Arias Cruz angehört. Bereits im schmutzigen Krieg in Guatemala hatte der US-amerikanische Geheimdienst CIA protestantische Sekten gezielt in Strategien zur Aufstandsbekämpfung eingeplant und ihre Verbreitung gefördert. Daß Juana Vazquez Perez die Angreifer erkennt, ist kein Einzelfall. Da die Angreifer aus den Nachbargemeinden rekrutiert wurden, kann "Luciano" noch am selben Nachmittag eine komplette Namensliste der Männer verlesen, die an dem Massaker beteiligt waren. "Alle, die von der Gewalt der Paramilitärs und der Polizei betroffen sind, sind unsere Brüder und Schwestern, auch wenn sie mal bei der PRI waren oder von ‚Las Abejas` sind, wir sind alle arme Campesinos", erklärt "Luciano" auf erstauntes Nachfragen verdutzter Journalisten. "Alle PRI-isten die nicht auf ihre Nachbarn schießen wollen, die sich weigern den Paramilitärs bei den Vertreibungen, Morden und Plünderungen Hilfe zu leisten, befinden sich in der gleichen Situation wie die anderen."

Das Nachspiel

Bereits einen Tag nach dem Massaker von Acteal gibt es wieder Gerüchte, daß Bewaffnete ein weit abgelegenes Flüchtlingslager namens X'Cumumal umzingeln würden. Die Aussagen widersprechen sich: Tzotziles, die nach Polho kommen, berichten von Schüssen und Verletzten, die Polizei behauptet, in X'Cumumal sei alles ruhig und unter Kontrolle. Zu überprüfen ist das kaum, denn das Militär hat die Straße nach X'Cumumal gesperrt, und auf den einsamen Bergpfaden fühlen sich mittlerweile nur noch die Paramilitärs sicher. Unterdessen richtet Präsident Zedillo eine Ansprache an die Nation, in der er die Gewalt verurteilt und eine bedingungslose Aufklärung der Verbrechen fordert. Die Oppositionspartei PRD macht hingegen die Regierung selbst für das Massaker verantwortlich. "Das Massaker von Chenalho ist kein Einzelfall", so die PRD in einer Erklärung. Die paramilitärischen Gruppen seien "vollständig identifiziert und bereits seit längerem den verantwortlichen Behörden bekannt gegeben worden", ohne Konsequenzen. Die PRD fordert den Rückzug des Militärs aus Chiapas und die Entwaffnung der Paramilitärs sowie die sofortige Absetzung der chiapanekischen Regierung. Selbst der Vorsitzende der Generalstaatsanwaltschaft, Jorge Madrazo Cuéllar, spricht von einem durchorganisierten Überfall mit zentraler Leitung.

Die Lage ist auch in San Cristobal gespannt, statt der Polizei patrouilliert dort nun das Militär. Am 25. Dezember, während die Überlebenden von Acteal lediglich von Bischof Samuel Ruiz, der die Messe spricht, ein wenig Trost bekommen bevor die 45 Toten in zwei eilig geschaufelten Massengräbern versenkt werden, fahren zahlreiche Militärkonvois auf der Bergstraße in die Gegend von Polho. Aus zwei mexikanischen Bundesstaaten sind alle Einheiten zur Verstärkung nach Chiapas gerufen worden. Die EZLN gibt bekannt, das Militär nutze die geringe öffentliche Aufmerksamkeit in der Weihnachtszeit, um weiter in Richtung der Stellungen der Aufständischen vorzurücken.

Dario Azzellini und

Miriam Lang aus Polho

Der Artikel wurde am 2.1.1998 im "Freitag" veröffentlicht

13. Zum Sammeln geblasen. Vor der Bundestagswahl: Gründerzeit bei der extremen Rechten

Vor den Bundestagswahlen: Gründerzeit bei der extremen Rechten

Autor: Volkmar Wölk · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:08

Wenn in der Bundesrepublik eine Umfrage über den bedeutendsten Strategen der Neuzeit durchgeführt würde, dann läge der ehemalige Fußball-Bundestrainer Sepp Herberger mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich vor Clausewitz an der Spitze. Dies gilt besonders für die extreme Rechte. Den überlieferten Ausspruch des Preußen Clausewitz, "Getrennt marschieren, vereint schlagen", praktiziert man zwar ungebrochen, lehnt ihn aber in der Theorie zugleich als unsinnig ab. Die Weisheiten Herbergers dagegen, leicht abgewandelt, stehen hoch im Kurs. "Der Ball ist rund" dient als Trost nach Mißerfolgen. Für das gerade angebrochene "Superwahljahr" gilt: "Nach der Wahl ist vor der Wahl" und "Die nächste Wahl ist immer die schwerste".

Seit Monaten sind die der extremen Rechten sich einig, daß eine Sammlung der "konservativen Kräfte" zur Bundestagswahl notwendig sei. Die Zersplitterung sei es, die eine Ausschöpfung des Potentials - das man übereinstimmend bei 15 Prozent ansiedelt - unmöglich mache. Alfred Mechtersheimer, in diesen Kreisen allgegenwärtiger Mentor, erklärte vor der Hamburger Bürgerschaftswahl, daß man danach klarer sehen werde, welche der vorhandenen Parteien am aussichtsreichsten sei. Diese gelte es dann unter Zurückstellung egoistischer Interessen gemeinsam zu unterstützen. Wie alle anderen Wortführer des Lagers hatte er die DVU nicht auf der Rechnung gehabt. Mit ihr ist für das Spektrum, das noch immer auf Reputierlichkeit bedacht ist und nicht in den Verfassungsschutzberichten auftaucht, keine Zusammenarbeit möglich. Gemeint hatte Mechtersheimer unter den zahlreichen konkurrierenden Formationen der extremen Rechten ausschließlich den Bund Freier Bürger und die Republikaner. Beider Abschneiden jedoch war wenig ermutigend. Die Entscheidung war also wieder einmal aufgeschoben, die Zeit bis zu den Bundestagswahlen drohte wegzulaufen.

Gesucht: Führer und Parolen

Das zu schmiedende Bündnis müßte diversen Anforderungen genügen: Es dürfte nicht sofort als rechtsextrem stigmatisiert sein; es müßte über das geeignete Personal verfügen, um die rechten Ränder der Regierungsparteien und deren Wählerschaft zu gewinnen; zugleich müßte es die Mehrheit der Anhängerschaft z.B. der Republikaner magnetisch anziehen. Mechtersheimer, als ehemaliger Offizier mit zumindest rudimentären Kenntnissen in Strategie und Taktik ausgestattet, empfiehlt den Weg der Fundamentalopposition; nur mittelfristig sei eine breite Bewegung zu erreichen, die in allen Spektren des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens wirkt. Im Klartext bedeutet dies die nüchterne Erkenntnis, daß rechte Wahlerfolge in nächster Zeit eine Ausnahmeerscheinung sein werden, da die notwendigen Grundvoraussetzungen fehlen. Denn - so Mechtersheimer in seiner im Herbst 1997 veröffentlichten Studie "Was wählen?" - die Zusammenführung aller Rechtsparteien bis zur Bundestagswahl sei "nahezu aussichtslos". Im Prinzip orientiert er also auf Schadensbegrenzung und plädiert für eine mittelfristige Planung mit Blick auf die Bundestagswahl in vier Jahren.

Dieser Konzeption mögen sich die Wahlparteien in seinem Dunstkreis verständlicherweise nicht anschließen. Sie wollen und müssen kandidieren, und sei es nur um Positionsvorteile gegenüber der Konkurrenz zu erringen und um die für das Überleben notwendige Wahlkampfkostenerstattung einzustreichen. Aber es mangelt ihnen nicht nur an charismatischen Führerpersönlichkeiten, einem qualifizierten Funktionärskader und einer geographisch ausgewogenen organisatorischen Verankerung. Ihr gravierendster Mangel ist politischer Natur: Zwar bestehen mit einer schwachen, zerstrittenen Regierung, einer konzeptions- und alternativlosen Opposition und einer Vielzahl ungelöster gesellschaftlicher Problemlagen eigentlich günstige Voraussetzungen und etliche nutzbare Reizthemen (z.B. Euro, Arbeitslosigkeit), die bereits in der Öffentlichkeit präsent sind. Doch tun sich alle größeren Formationen der extremen Rechten schwer, Alternativen zum vorherrschenden neoliberalen Kurs - geteilt von Schäuble über Schröder bis Schulte - zu entwickeln. Die zum Standardrepertoire der extremen Rechten gehörende Agitation gegen die "Partitokratie" (Parteienherrschaft)

wiederum läuft ebenfalls zunehmend ins Leere, da die etablierten Parteien kontern: Wir kennen keine Parteien mehr, wir kennen nur noch den Standort.

Der Nationalismus als Grundideologie der extremen Rechten wird durch die Bundestagsparteien, auch mit Hilfe einer aggressiven völkischen Nebenaußenpolitik in den ehemals realsozialistischen Ländern, für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ebenso befriedigend abgedeckt wie ein wohlstandschauvinistischer Rassismus, dessen europäisches Dach das Schengener Abkommen darstellt.

Die Addition der Nullen vor dem Komma

Ein einfacher Trick soll für die extreme Rechte die Lösung hervorzaubern: Man definiere eine nationalistische, marktradikale und sicherheitsstaatliche Law-and-Order-Politik zur sozialdemokratischen/sozialliberalen um. Sozial-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik sind danach sozialdemokratisch geprägt, Außen-, Innen-, Ausländer- und Militärpolitik sozialliberal. Die vorherrschende Ideologie sei ein dem Zeitgeist verhafteter individualistischer Liberalismus, der keine andere Ideologie neben sich dulde. In den Worten von Hans-Dietrich Sander, dem Herausgeber der "Staatsbriefe": Die BRD sei seit 1989 ein Staat des "Liberalextremismus" geworden, geschützt durch einen "staatsterroristischen" Verfassungsschutz, in dem bereits der "linksextremistische Samen" (so der Bonner Ministerialdirigent Hans Merkel) aufgegangen sei. Gegen diesen allmächtigen und allgegenwärtigen sozialdemokratisch infizierten (Zeitgeist-)Liberalismus müsse sich nunmehr ein echter Konservatismus konstituieren.

Das einschlägig bekannte Personal ist für ein solches Vorhaben nur eingeschränkt tauglich, da es mit den eigenen Formationen bereits eine nur schwer zu erweiternde Zielgruppe erreicht hat. Dabei ist es egal, ob es sich um einen regionalen Schwerpunkt handelt wie bei der Deutschen Sozialen Union (Ostelbien) oder der Deutschen Partei (Niedersachsen), um einen ökonomischen wie beim Bund Freier Bürger, einen deutschnationalen wie beim Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands oder um einen rassistischen wie bei den Republikanern. Flächendeckende Erfolge in allen sozialen Schichten, die, nach dem Vorbild der (zunehmend kritisierten) FPÖ oder des Front National, eine kleine Volkspartei entstehen lassen würden, sind von keiner der genannten Gruppen zu erwarten.

Die NPD wiederum betätigt sich - nicht ohne Erfolg - als Lumpensammler bei den verbotenen neonazistischen Organisationen und deren Umfeld; Parteivorsitzender Udo Voigt wird dabei nicht müde zu erklären, daß es eine "zweite Entnazifizierung" in seiner Partei nicht geben werde. Dies hat zwar zu einem deutlichen Mitgliederzuwachs geführt, die älteste Partei des deutschen Neofaschismus jedoch zugleich zu einer bei Wahlen zu vernachlässigenden Größe gemacht. Der "Modernisierer"flügel der NPD ist kaltgestellt, die Anhänger Deckerts sind vorläufig durch die Inhaftierung ihres Führers handlungsunfähig. Ein Bündnis mit der DVU des monomanen Gerhard Frey ist nach den üblen Erfahrungen der Vergangenheit und den Zwischenfällen im Hamburger Wahlkampf weniger denkbar als je zuvor. Einziger vorstellbarer Bündnispartner mit Blick auf die Bundestagswahlen wäre das Mitte 1997 in Kassel gegründete seniorenlastige Bündnis für Deutschland, das den am Schwerpunkt Revanchismus orientierten Teil des Neofaschismus zu sammeln versucht und durch die Kleinpartei Bund für Gesamtdeutschland dominiert wird.

Solche Sammlungsversuche sind nicht mehr sind als die Addition von Nullen vor dem Komma. Die Rechten brauchen vielmehr eine Formation, die Abspaltungen an den rechten Rändern der Union erzielen könnte, die bisher noch immer - zähneknirschend - innerhalb der Partei im Christlich-Konservativen Deutschland-Forum gewirkt haben; eine Formation, die den Postenhunger bei den Repräsentanten des rechten Flügels der FDP für sich nutzen könnte. Wenn es möglich wäre, bei relevanten und einigermaßen prominenten Kräften dort eine Stimmung des "Das Maß ist voll" zu erzeugen und sie in ein Bündnis einzubringen, das sich dann natürlich formal deutlich von den REPublikanern distanzieren müßte - dann könnte die Summe tatsächlich mehr ergeben als die Addition der Einzelteile. Ob es allerdings für 5 Prozent bei der Bundestagswahl reichen wird, darf mit Mechtersheimer getrost bezweifelt werden.

Kappel schenkt sich eine Partei

Einer jedoch meint es besser zu wissen. Der hessische Landtagsabgeordnete Heiner Kappel (bis vor kurzem FDP) verkündete am 13. Dezember großsprecherisch: "Ich kämpfe nicht um die 5 Prozent, ich will mehr als 5 Prozent." Kappel bezeichnet sich selbst wahlweise als Konservativen oder als Liberalen. Eine von Kappels Grundthesen ist die von der Ungleichheit der Menschen. In gewisser Hinsicht hat er natürlich recht. So gibt es

z.B. bescheidene und unbescheidene Menschen. Für die bescheideneren ist im Zeitalter der "blühenden Landschaften" schon der sehnlichste Geburtstagswunsch, der nach einem Arbeitsplatz, nahezu unerfüllbar. Unbescheidene Menschen wie Heiner Kappel tun es dagegen nicht unter einer eigenen Partei. Diese soll der Grundstock zu einer breiten konservativen Sammlungsbewegung werden.

Zu seinem 59. Geburtstag erfüllte er sich nun - mittlerweile eingebunden in die Strategie des Lagers rechts von der Union - diesen Wunsch selbst. Allerdings nicht im gewünscht feierlichen Rahmen auf der Wartburg in Eisenach. So seriös, wie Kappel sich gerne darstellen möchte, erschien er der Betreibergesellschaft des dortigen Hotels offenbar nicht. "Man müsse auf das eigene Image achten", erklärte Geschäftsführer Kurz. Zudem fühlte man sich vom Parteigründer arglistig getäuscht. Als er Anfang November, mehrere Wochen vor seinem FDP-Austritt, die Räumlichkeiten angemietet hatte, geschah dies mit der Fax-Kennung der hessischen FDP und mit dem Briefkopf des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Es mußte und sollte wohl auch der Eindruck entstehen, daß es sich um eine FDP-Veranstaltung handele.

Die hessische FDP-Landtagsfraktion allerdings hatte den Offizier der Reserve, Theologen und Lehrer Kappel bereits lange zuvor wegen dessen Kontakten zur extremen Rechten aus ihren Reihen ausgeschlossen. Diese Maßnahme fand bei einer relevanten Minderheit der FDP in Hessen keine Zustimmung. Beim Kampf um einen aussichtsreichen Listenplatz zur Bundestagswahl unterstützte ihn immerhin ein Viertel der Delegierten. Kappel schmiß die Brocken und sein Parteibuch hin, gefolgt von gut zwei Dutzend Anhängern und lokalen Mandatsträgern aus seiner regionalen Hochburg im Taunus und seiner Tochter Julia, die dem Landesvorstand der FDP angehörte.

Der Symbolgehalt der Wartburg (Martin Luther, Wartburgfest der Burschenschaften) stand also nicht zur Verfügung. Man wich ins bescheidenere Motel-Center am Kirchheimer Dreieck aus. Dort warteten rund 250 Gäste, die wie das Geburtstagskind eine "Alternative zur Regierungspolitik" ins Leben rufen wollten. "Offensive für Deutschland - Die Freiheitlichen" heißt das Produkt, das allerdings nach dem Willen der Gründer bereits im Januar wieder vom Markt genommen werden soll. Für diese dann wohl kurzlebigste Partei in der Geschichte der Bundesrepublik war nicht nur der Austritt aus der FDP medienwirksam im Vorfeld organisiert worden, sondern ebenso der zeitlich abgestimmte Parteiaustritt des ehemaligen hessischen CDU-Landtagsabgeordneten Heiner Hofsommer (Hünfeld), der Unterstützung aus der traditionell dem Stahlhelmflügel zuzurechnenden osthessischen CDU und Vorfeldorganisationen wie dem Rhönkreis einbringen sollte. Aus letzterem hat er u.a. Dr. Martin Moderegger gewonnen, den ehemaligen Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Fulda, der bei der Gründungsversammlung als eine Art Mittelding zwischen Bodyguard und Mädchen für alles fungierte.

Schulleiter Hofsommer, zeitweise auch Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Kreistag Hersfeld-Rotenburg, grollt der CDU seit den Querelen um seine Nominierung für die Landtagswahl 1995. "Wegen der dämlichen Quotierung hat man mir damals eine Frau vor die Nase gesetzt", erinnert er sich. "Das war, als hätte man den Pfarrer gegen eine Konfirmandin ausgetauscht." Als Zielgruppe der neuen Formation sieht er "Freiberufler, Landwirte, entschiedene Christen und Heimatvertriebene", kurz: den Kern der konservativ Gesinnten im Lande. Hofsommer, 1991-93 auch persönlicher Berater des thüringischen Kultusministers, sagte in seiner Eröffnungsansprache: Eine Partei, die auf ihrer Landesliste keinen Platz mehr für einen Alfred Dregger habe, dürfe sich nicht mehr konservativ nennen. Zustimmendes Nicken des CDU-Landtagsabgeordneten Josef Weber, 1993 Initiator des rechten CDU-internen Petersberger Kreises, der den Versammelten als persönlicher Freund des Fuldaer Bischofs Dyba, bekannt als "christlicher Fels in der Brandung", vorgestellt wurde.

Für prominente Mitstreiter und Redner aus den Reihen der Unionsparteien war gesorgt worden. Als wichtigste darunter wohl die brandenburgische Landtagsabgeordnete und ehemalige CDU-Landesvorsitzende Carola Hartfelder, die die Wende des Jahres 1989 als "angebliche" brandmarkte, da wir nunmehr einen "Staatssozialismus mit anderen Mitteln" hätten. An die Tradition müsse man wieder anknüpfen, an das Reich und an Preußen nämlich. Die Verteidigung gegen den Islam, die eine der Funktionen des Reiches gewesen sei, sei heute so notwendig wie damals. Das christliche Abendland sei bedroht und niemand helfe ihm. Der "Virus des Progressivgehabes" sei bereits tief in die Reihen der Union eingedrungen. Ihre Feindbestimmung dort war identisch mit der der anderen Redner: Heiner Geissler, Volker Rühe, der die Bundeswehr in Verruf bringe und "politisch korrekt" politisieren wolle, Norbert Blüm, Rita Süßmuth (als Musterbeispiel für Käuflichkeit), der designierte Kohl-Nachfolger Schäuble, da er den Euro gegen den Willen des Volkes

einführen wolle, und nicht zuletzt Roman Herzog, der die in ihn gesetzten Hoffnungen enttäuscht habe und zum Ausverkauf des Vaterlands beitrage.

Die Bundesregierung und ihre Mitglieder belögen das Volk ständig, so auch die Meinung des Hamburger CDU-"Rebellen" Heiko Peters, der für eine Entschädigung bzw. Eigentumsrückgabe an die zwischen 1945 und 1949 in der SBZ Enteigneten kämpft. Er werde inzwischen von seiner eigenen Partei mit strafbewehrten Unterlassungserklärungen verfolgt, die Springer-Presse verweigere den Abdruck von Inseraten. Nun, immerhin werden sie noch in der rechtsextremen Jungen Freiheit und im Ostpreußenblatt abgedruckt.

Wie Peters sagte auch Carola Hartfelder der neuen Gruppierung ihre volle Unterstützung zu. Sie will jedoch noch nicht beitreten, sondern zunächst innerhalb der CDU für eine Klimaänderung werben. Damit verhielt sie sich genauso abwartend wie Gastredner Christian Otte (Kaarst), Landesvorsitzender des Christlich-Konservativen Deutschland-Forums in NRW. Otte gehört zwar einer respektierten Partei, der CDU, an, widerlegt aber durch seine eigene Position Kappels und Hofsommers Behauptung, Radikale hätten in ihrer Gruppe nichts zu suchen. Bereits Ende 1994 hatte ihn CDU-Generalsekretär Hintze antisemitischer Äußerungen beschuldigt; der in Berlin agierenden Bürgerinitiative Besorgter Bürger, die ebenfalls durch antisemitische Passagen in einem Thesenpapier von sich reden gemacht hatte, sagte er in einem Brief vom 11. Juli 1997 seine Unterstützung zu.

Der Bundesgeschäftsführer des Christlich-Konservativen Deutschland-Forums, Bernhard Arnhold (Berlin), sah ebenfalls das Gespenst einer großen Koalition nach den Bundestagswahlen. Die "marode FDP" werde einen erneuten Einzug in den Bundestag ohnehin nicht schaffen, der CDU fehle somit ihr Koalitionspartner, und da sie bereits selbst "versozialdemokratisiert" (Kappel) sei, werde sie sich willig in die Arme der SPD werfen, wenn kein "konservatives" Angebot zur Verfügung stehe.

Sammlungsbewegung ohne "Radikale"?

Kappel und seine Freunde sind natürlich nicht so vermessen zu glauben, innerhalb eines knappen Jahres im Alleingang eine Partei mit reellen Erfolgsaussichten aus dem Boden stampfen zu können. Sie wollen vielmehr ihren Part bei der Zusammenführung der unzufriedenen rechten Flügel der Regierungsparteien mit den noch nicht als rechtsextrem gebrandmarkten Parteien rechts der Union beitragen. Diesen Kooperationswillen und diese Pläne strich auch Manfred Brunner, der Parteivorsitzende des neoliberalen Bund Freier Bürger, in seinem Grußwort an die Kirchheimer Versammlung heraus. Bereits im Januar solle es in Berlin zu einer Verschmelzung seines BFB, Kappels Offensive für Deutschland und anderer Gruppen kommen. Auf unsere Frage, ob diese Terminplanung in Zusammenhang mit dem Berliner Landesparteitag der FDP stehe, wo der ehemalige Generalbundesanwalt und Parteirechtsaußen Alexander von Stahl Landesvorsitzender werden will, antworteten sowohl Brunner als auch Kappel, daß man Stahl natürlich gerne für sich gewinnen wolle. Wenn er, wie zu erwarten, scheitert, erhöhen sich die Chancen für dieses Vorhaben. Mit Brunner, Kappel und von Stahl stünde dann eine Troika ehemaliger FDP-Funktionäre an der Spitze einer Partei deutlich rechts von der Union - dort, wo die FDP einst ihre Parteigeschichte begonnen hatte.

"Radikale von Republikanern, NPD oder gar DVU" sollen in der "konservativen Sammlungsbewegung" keinen Platz haben. Man werde ihre Aufnahme zu verhindern wissen, versicherte Kappel. Kern der Sammlungsbewegung sind allerdings Gruppierungen aus dem Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands, das bisher keinerlei Distanz zur extremen Rechten hat erkennen lassen. Mit deren Spitzen hatten Kappel und Brunner bereits am 12. Dezember in Weimar ein Koordinationstreffen durchgeführt. Sowohl die Deutsche Partei des Freiherrn Johannes von Campenhausen (Haunetal), der ebenfalls in Kirchheim einen Ehrenplatz in der ersten Reihe hatte, als auch die Deutsche Soziale Union und mehrere kleine Gruppen werden sich an dem zu Jahresbeginn zu gründenden Wahlbündnis beteiligen, dessen flächendeckende Kandidatur zur Bundestagswahl Hofsommer am 17. Dezember in einer Pressekonferenz in Bad Hersfeld ankündigte.

Zu den Befürchtungen Mechtersheimers, Kappels Projekt werde letztlich doch nicht zu einer wirklichen Sammlung führen, sondern die Spaltung eher vertiefen, mochte sich Manfred Brunner nicht äußern. Mit gutem Grund. Er weiß natürlich, daß das Sammlungsprojekt Spaltungen vertieft und festschreibt. Der Konflikt mit den Republikanern, die immerhin entscheidende Prozentpunkte bei Wahlen beitragen könnten, ist offenkundig vorprogrammiert. Was Ehrengast Baldur Springmann in einem Gespräch am Rande nicht verstehen konnte: "Im Grund ist man sich doch sehr ähnlich, man setzt nur die Nuancen anders."

In der Tat. Die Parolen Kappels und seiner Freunde über die "Ausländerschwemme", über den "Volksbetrug des Euro", die "Käuflichkeit der politischen Klasse" sowie die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft hätten auch bei den Republikanern den gleichen lebhaften Zuspruch gefunden wie bei der kleinen Fan-Gemeinde in Kirchheim. Nur mit der Polemik gegen den angeblich bestehenden "Versorgungsstaat" hätte ein Teil der REP-Klientel wohl Schwierigkeiten. Und ob dem Aushängeschild aller Ökofaschisten, Baldur Springmann, Kappels Aussagen über die in der Bundesrepublik herrschende "Ökohysterie" und dessen Eintreten für Biotechnologien sowie die Nutzung gentechnischer Manipulationen gefallen haben, darf getrost bezweifelt werden. Kappels simple Sicht der Dinge: Umweltschutz ja, aber nur wenn er die Wirtschaft nichts kostet und die "Kräfte des Marktes" nicht behindert.

Doch bereits bei dieser Versammlung wurde immer wieder offenkundig, daß nicht nur programmatisch nur geringe Unterschiede zur extremen Rechten bestehen, sondern daß auch die Distanzierungsschwüre ihr gegenüber so ernst wohl nicht gemeint sind. Daß Lothar Lauck (Kelkheim), heutiger Sprecher des Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands und zugleich des Staatspolitischen Clubs Rhein-Main, in früheren Jahren hessischer Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten und später Bundestagskandidat der Republikaner gewesen ist, machte ihn unter den Anwesenden jedenfalls nicht zum Außenseiter, sondern vielmehr zum gesuchten Gesprächspartner. Ein Funktionär der rechtsextremen Jugendorganisation Freibund e.V. konnte ungehindert seine Verbandszeitschrift "Na klar!" verteilen, und auch Hofsommers ehemaliger Kollege im Hersfelder Kreistag, der damalige Republikaner Friedrich Baunack, der inzwischen bei Mechtersheimers Deutschland-Bewegung gelandet ist, spendete freundlichen Beifall.

Rechte Fundamentalopposition

Es ist also ein Spagat, den die Kräfte um Manfred Brunner versuchen. Auf der einen Seite dient man sich der Union als künftiger Koalitionspartner an, um eine Große Koalition zu verhindern und um das angeblich fehlende konservative Element beizusteuern. Auf der anderen Seite muß man natürlich möglichst starke Wählersegmente des Wunschpartners abwerben, was nur durch eine Radikalisierung dessen Diskurses, ohne diesen grundsätzlich zu verlassen, erfolgreich sein kann. Dafür, daß sich die eigene Prognose, das Scheitern der FDP, erfüllt, will man sein möglichstes tun. Da man realistisch genug ist einzuschätzen, daß zumindest das erste Vorhaben nur eingeschränkt erfolgreich sein wird, muß man zugleich erfolgreich in den Wählerschichten der extremen Rechten, besonders der Republikaner, wildern. Zugleich muß man tatsächlich, wie angekündigt, darauf achten, daß die Sogkraft nicht auch die Funktionäre dieser Gruppierungen erfaßt, da dies wiederum kontraproduktiv für die Gewinnung der aus dem Konservatismus stammenden Personen wäre.

Ein Spagat hat oftmals den unerwünschten Nebeneffekt, daß er die Hosen zerreißt. Dies ist auch für den Sammlungsversuch Brunners und Kappels zu erwarten. Die geschickte Medienarbeit wird kaum die fehlende Substanz ersetzen, zumal sich selbst eigentlich sympathisierende Medien wie die Junge Freiheit umgehend skeptisch über die Erfolgsaussichten äußerten. Weitgehend handelt es sich um einen Honoratiorenklub - die Welt vermeldete süffisant die Anwesenheit zahlreicher Träger der Mitgliedsnadel des Lions Club -, dem es nicht besser ergehen dürfte als den zahlreichen Gründungsversuchen einer "Vierten Partei" seit Beginn der siebziger Jahre. Die einzige Ausnahme in dieser Kette der Mißerfolge stellten phasenweise die REPublikaner dar, da sie sich auf eine Fusion radikalisierter Konservativer und neofaschistischer Kräfte einließen. Als dieser innerparteiliche Waffenstillstand mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Rolf Schlierer aufgekündigt wurde, war es fast überall schnell mit den Erfolgen vorbei.

Zumindest für die nähere Zukunft muß wohl Alfred Mechtersheimers Einschätzung zugestimmt werden, daß der Versuch, "durch Parteien eine grundlegende politische Wende herbeizuführen", keine großen Chancen habe. Für ihn stellt die gegenwärtige Regierungskoalition unter Umständen ein größer Übel dar als eine mögliche "rot"-grüne Koalition, da sie "den Prozeß der Zerstörung des Landes" so betreibe, daß er "kaum angreifbar" sei. Dies erinnert an die Strategie des Front National in den vergangenen Jahren wie auch an Schönhubers Forderung einer Fundamentalopposition.

Schönhuber plädiert für einen "sozialen Patriotismus" als Leitideologie, im Klartext: für eine Rückbesinnung auf die ursprüngliche faschistische Ideologie. Seine Schlußfolgerung: "Die Geschichte lehrt, in Notzeiten gewinnen nicht die Sympathischeren oder Moderateren, sondern die in ihren Aussagen Härteren und Direkteren." Doch diese Linie, die auch von den Zeitschriften Nation + Europa sowie Europa Vorn geteilt wird, ist momentan vollkommen minoritär. Zulauf erhalten könnte sie nach den absehbaren Mißerfolgen der extremen Rechten bei

den Wahlen dieses Jahres. Denn dann gilt wieder die Abwandlung eines Sepp Herberger-Spruchs: "Nach der Wahl ist vor der Wahl".

Volkmar Wölk

14. Alte und "Neue" Rechte in Aufbruchstimmung. Wiederbelebung der "Sababurgrunden" u. Suche nach der "Systemalternative"

Die Wiederbelebung der "Sababurgrunden" und die Suche nach der "Systemalternative"

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:03

Die mäßigen Erfolge des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland sind nicht zuletzt auf das in diesen Kreisen vorherrschende Sektierertum zurückzuführen. Zu parteipolitischen Abgrenzungen hinzu kommen ideologische Unverträglichkeiten. Ein hochkarätig besetztes Seminar im November sollte Abhilfe schaffen. Auf der Sababurg referierten prominente Rechte aus fünf Ländern, um einen Beitrag zu einer zeitgemäßen "neurechten" Ideologie zu leisten und den "Aufbruch zu neuen Ufern" (Tagungsthema) vorzubreiten.

Um 1969 erlebte die 1964 gegründete neonazistische NPD ("Nationaldemokratische Partei Deutschlands") ihre Blütezeit. In sieben Landtage zog die Partei ein. Schon vor ihrem Niedergang - 1972 war sie in keinem Landesparlament mehr vertreten - begannen vorwiegend jüngere Aktivisten des deutschen Neofaschismus aus dem Umfeld der NPD und ihren oppositionellen Strömungen eine Strategiedebatte. Ihnen war klar, daß die Inhalte, mit denen in der Vergangenheit die Wahlerfolge erzielt worden waren, und die ausschließliche Orientierung an einer ideologischen Mischung aus NS-Nostalgie und Deutschnationalismus nicht mehr ausreichten, um den Herausforderungen der Gegenwart und dem veränderten politischen Klima gerecht zu werden. Die jeweiligen Führer kleiner lokaler Zirkel fanden sich deshalb halbjährlich zur inhaltlichen und strategischen Debatte zusammen. Ort des Geschehens: die Sababurg im Dreieck Göttingen - Hofgeismar - Kassel.

Es war der Geburtsort dessen, was in der Folgezeit - unter Bezug auf die Nouvelle Droite Frankreichs - in Deutschland als "Neue" Rechte bezeichnet wurde. Nationalrevolutionäre Kräfte um später bekannte Theoretiker wie Henning Eichberg, Sven-Thomas Frank (heute REP) oder Lothar Penz versuchten, dem Neofaschismus neue Themenfelder neben dem Nationalismus zu erschließen: Wirtschaftstheorien "jenseits von Kapitalismus und Kommunismus" ("Dritter Weg"), Ökologie oder Regionalismus ("Balkanisierung für jedermann"). Als Quellen dienten neben der Konservativen Revolution der Weimarer Zeit auch der stark durch die katholische Soziallehre geprägte Solidarismus der flämischen Nationalisten, der Europanationalismus eines Jean Thiriart oder der relativ erfolgreiche italienische Ordine Nuovo Pino Rautis, der an die Spätphase des historischen italienischen Faschismus, die Sozialrepublik von Salò, anknüpfte.

Rund ein Jahrzehnt hatte dieser Kreis intellektueller Kader erheblichen Einfluß bis in die Reihen der NPD - und dort besonders bei den Jungen Nationaldemokraten. Mitte der siebziger Jahre führten strategische Differenzen zu einer Spaltung und deutlicher Schwächung der nach Mitgliederzahlen ohnehin nie sehr starken Bewegung.

Die Entstehung der Grünen läutete das endgültige Ende ein. Etliche der nationalrevolutionären Kader engagierten sich dort und versuchten, praktische Politik ("Nicht links, nicht rechts, sondern vorn!") zu betreiben. Der Geist der Rebellion war vorüber, das einstmals ideologisch Gelernte nahezu vergessen. Wie die Alt-68er war man auch in diesen Kreisen in die Jahre gekommen. "Theorielos in die Praxis" hieß das neue (inoffizielle) Motto, das das Ende der Sababurgrunden einläutete. Der Versuch ihrer Wiederbelebung 1984 unter dem Leitthema "Bilanz der grünen Bewegung" blieb ein Strohfeuer; damals referierten u.a. Herbert Gruhl (ÖDP), Rolf Kosiek (ex-NPD) und Ursula Haverbeck-Wetzel (Weltbund zum Schutze des Lebens). Ein erneuter Anlauf, die ab 1989 jeweils in Berlin veranstaltete "Denkfabrik Europa der Völker", wurde wegen interner Mängel und antifaschistischer Proteste eingestellt. Eine längere Sendepause war angesagt.

Vom einstmals so hoffnungsfrohen nationalrevolutionären Aufbruch blieb allein die Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG) in Hamburg, die trotz offenkundiger Überalterung unverdrossen das "Junge Forum" mit einer Auflage von wenigen hundert Exemplaren und monatlich den Informationsdienst "DESG-inform" unters Volk brachte.

Für Europa -

gegen die USA

Die Sendepause dauerte bis zum Herbst 1997. Denn für den 22./23. November lud die DESG wieder einmal auf die Sababurg - alter Ort und alter Veranstalter. Und doch hatte sich vieles verändert. Waren es in früheren Jahren fast ausnahmslos deutsche Aktivisten gewesen, die als Referenten zur Verfügung standen, so gab man sich diesmal international. Zum Thema "Ein System siegt sich zu Tode oder Aufbruch zu neuen Ufern" standen fünf Referenten aus fünf Ländern zur Verfügung. Waren es früher fast stets die gleichen bekannten Gesichter gewesen, die für ein Wochenende zusammenkamen, so war in diesem Jahr eine neue Generation hinzugestoßen: eine, die sich auch bereits zu einer eigenen Organisation - "Synergon" - zusammengeschlossen hat, eingebettet in ein internationales Netzwerk - die "Synergies Européennes -, und nun als Mitveranstalter auftrat. Hatten in der Vergangenheit vorwiegend Themen aus dem Bereich des Nationalismus im Mittelpunkt der Debatten gestanden, so rückte nunmehr Europa ins Zentrum der Überlegungen. Wurde in früheren Zeiten noch vorsichtig auf den Anschein der Grundgesetztreue geachtet, so stand jetzt die notwendige Suche nach einer Systemalternative im Vordergrund. Die jüngsten Themenhefte des "Jungen Forums" unterstreichen diesen Wandel.

Wie wichtig die europäischen Freunde von Synergon und DESG diesen Versuch der Wiederbelebung nahmen, zeigt sich auch daran, daß der Synergon-Präsident, der Hamburger Burschenschaftler Marc Lüdders, den extra für eine kurze Begrüßungsansprache angereisten Präsidenten der Synergies Européennes, den Franzosen Gilbert Sincyr, willkommen heißen konnte. Sincyr, vor seiner Pensionierung leitender Angestellter eines deutschen Chemiemultis in Frankreich, war in der Vergangenheit sowohl als Spitzenfunktionär der "neurechten Denkfabrik" GRECE als auch als Parlamentskandidat für den Front National tätig gewesen.

Nicht fehlen durfte natürlich auch der eigentliche Kopf und Motor des Unternehmens Synergies Européennes, der aus Belgien kommende Generalsekretär Robert Steuckers, der in der Vergangenheit selbst im GRECE tätig gewesen war, bevor er sich 1993 mit dessen monomanem Führer Alain de Benoist zerstritt. Steuckers wirkte 1995 als Geburtshelfer bei der Entstehung von SYNERGON und wollte nun zum Thema "Zurück zur Politik - Reflexionen zum Werk Hermann Scheers" referieren. Der diplomierte Übersetzer Steuckers, Spezialist für die deutsche Konservative Revolution und besonders für deren geopolitische Theoretiker, wollte Alternativen aufzeigen - Alternativen zum Primat der Ökonomie, wie ihn z.B. der Bund Freier Bürger, die Mehrheitsströmung der REPublikaner oder die FDP vertreten. Für ihn ist klar, daß gemäß den Forderungen des Staatsrechtlers Carl Schmitt der Primat der Politik zu herrschen habe. Die Reduzierung des Staates auf die Rolle eines Instruments zur Optimierung der Verwertungsbedingungen der Ökonomie mache diesen handlungsunfähig in seinen wesentlichen Kernbereichen, nämlich der Außen- und der Verteidigungspolitik. "Mut zur Macht" sei gefragt, so die These in Anlehnung an den österreichischen General Heinrich Jordis von Lohausen, gefordert sei ein "Denken in Kontinenten". Neoliberalismus sei genau das Gegenteil - nämlich der sicherste Weg, die Vorherrschaft des Hauptfeindes, der USA, auf unabsehbare Zeit festzuschreiben.

Um Alternativen, die allesamt den Blickwinkel vom hergebrachten Nationalstaat hin zu einem als Reich entworfenen Europa erweiterten, ging es auch den anderen Referenten. Den Kontakt zu zweien von ihnen dürfte wiederum Steuckers vermittelt haben, da er sie aus seiner Zeit beim GRECE kennt. Der eine ist Jean-Paul Allard, Professor an der Universität Lyon III und dort Direktor des Instituts für Indoeuropäische Studien. Wie sein Vorgänger am Institut, Jean Haudry, ist auch Allard langjähriger Aktivist des Nouvelle Droite. Wie dieser hat er aber auch Verbindungen zum Front National. 1985 stand er im Mittelpunkt eines Skandals, da er zu der Prüfungskommission an der Universität Nantes gehörte, die dem Geschichtsrevisionisten und Altfaschisten Henri Roques für eine negationistische Arbeit über die "Gerstein-Protokolle" den Doktortitel mit der Note "sehr gut" zuerkannte. Sein eigenes Spezialgebiet ist und bleibt jedoch die Vor- und Frühgeschichte. Auch in der Zeitschrift seines Instituts sind inzwischen - wie bei der gesamten Nouvelle Droite - die früheren, biologistischen Positionen durch kulturalistische ersetzt worden. Ein gemeinsames indoeuropäisches kulturelles, sprachliches und spirituelles Erbe wird als historische Begründung für aktuelle Europakonzeptionen herangezogen. Dort, wo Carl Schmitt eine europäische Großraumpolitik inklusive einer Entsprechung zur Monroe-Doktrin als geopolitische Notwendigkeit definierte, leitet die Mannschaft um Allard eine europäische Identität vor allem aus der gemeinsamen fernen Vergangenheit her. Beide Ansätze ergänzen sich durchaus. Während allerdings Haudry sich wieder stärker an Benoist angenähert hat und seit Juli 1997 der Redaktion der "Eléments" angehört, sucht Allard eher die Nähe von Steuckers und hat mehrfach bei den Sommeruniversitäten der Synergies Européennes referiert. Ihm ging es um Alternativen zum (linearen)

Fortschrittsdenken, das in diesen Kreisen gleichermaßen dem Christentum, dem Liberalismus und den Sozialismus zugeschrieben wird. Thema von Allards Vortrag auf der Sababurg: "Der Sinn der Geschichte - Genealogie und Verwandlungen eines Mythos".

Der zweite alte Bekannte von Steuckers ist der Kroate Tomislav Sunic, gegenwärtig Kulturattaché seines Landes in Dänemark. Begonnen hat er seine Karriere als Professor für Politikwissenschaft in den USA. Schon in dieser Zeit versuchte er, beim US-amerikanischen Publikum für die "Neue" Rechte zu werben, und fand dafür prominente Mitstreiter. Zu seinem 1990 veröffentlichten Buch "Against Democracy and Equality. The European New Right" (Verlag Peter Lang) lieferte Prof. Paul E. Gottfried das Vorwort. Dieser Carl-Schmitt-Experte ist sowohl Mitherausgeber der aus der 68er-Bewegung in den USA entstandenen wichtigen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift "Telos" als auch Vertreter des publizistischen Flaggschiffs der Nouvelle Droite, der Jahresschrift "Nouvelle Ecole", in den Vereinigten Staaten. 1992 referierte er beim Kolloquium "Neue Weltordnung. Gibt es eine Alternative?" des nationalrevolutionären Third Way in London, 1994 gab er der italienischen "neu"rechten Zeitschrift "Futuro Presente" ein Interview über "die linken Ursprünge des Faschismus", 1995 schrieb er über die Rechte in den USA für die Bonner Zeitschrift "Etappe" um Heinz Theo Homann, Andreas Raithel und Günter Maschke.

Sunic mag gegenüber seinem Mentor Gottfried natürlich nicht zurückstehen. Nach seiner Rückkehr nach Europa wurde er zunächst Leiter der Informationsabteilung beim kroatischen Außenministerium. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob seine Referentenauftritte 1994 sowohl beim Jugendforum des Kongresses des Studienzentrums Weikersheim im Mai als auch bei dessen Hochschulwoche im September des gleichen Jahres zu seinen dienstlichen Pflichten zählten oder aber sein Privatvergnügen waren. Sicher ist allerdings seine wichtige Rolle innerhalb der europäischen "neuen" Rechten. Ob es sich um das nationale Kolloquium des GRECE 1993 handelte oder um dessen Sommeruniversität 1996, um die Freie Deutsche Sommeruniversität der Dissidenten der "Jungen Freiheit" oder um das "Geopolitische Symposium" im Collegium Humanum in Vlotho, um "Criticón" und die "Junge Freiheit" oder um belgische und russische "neu"rechte Zeitschriften - stets war Sunic in den vergangenen Jahren an vorderster Stelle der publizistischen Front zu finden. Auch den Mannen der deutschen Synergon ist der gegenwärtige Redakteur der "Eléments" und Repräsentant der "Nouvelle Ecole" in Kroatien kein Unbekannter. Am 23. Mai 1996 referierte er in Hamburg auf einer gemeinsamen Veranstaltung von Synergon und der Burschenschaft Germania; sein Thema: das deutsch-kroatische Verhältnis im 20. Jahrhundert.

Für eigenständige Militärpolitik

Einen Dolmetscher benötigte der perfekt deutsch sprechende Sunic nicht für seinen Vortrag "Die historische Dimension des Liberalismus: Vom totalen Markt zum totalen (globalen) Staat". Die Thesen von Sunic befanden sich durchaus in Übereinstimmung mit den analytischen Ansätzen, die in jüngster Zeit vor allem in den "Staatsbriefen" Hans-Dietrich Sanders vorgelegt worden sind. In den Ländern des Westens herrsche ein "Liberalextremismus" mit totalitären Zügen, der keine Alternativen dulde. Die Vergötzung des Marktes und des "freien Spiels der Kräfte" bedinge die Unterdrückung aller Positionen, die ein Primat der Politik einforderten. Unter dem Deckmantel des (ökonomischen) Liberalismus bilde sich ein (politischer) Totalitarismus heraus. Vorrangig sei deshalb die Erarbeitung von Alternativkonzeptionen auf beiden Gebieten. Immer wieder griff Sunic zur Veranschaulichung auf Beispiele aus seinen Erfahrungen in den USA zurück. Kommunitarismus (v.a. in der explizit rechten Variante eines Amitai Etzioni) und Bioregionalismus waren folgerichtig Begriffe, die immer wieder als mögliche Alternativen ins Spiel gebracht und durch das deutsche Publikum aufgegriffen wurden.

Konkreter in seinen Ausführungen wurde Heiko Möhring (Herne), ein ehemaliger Oberst der Bundeswehr im Generalstab, der bereits vor etlichen Jahren aus Protest gegen den militärpolitischen Kurs der Bundesrepublik und der NATO aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist. Moehring soll aus dem Bund Heimattreuer Jugend stammen (Der Rechte Rand Nr.17, 1992, S.9) und gehörte zur Führungsriege des Vereins für das Deutschtum im Ausland in NRW. 1988 wurde er Mitherausgeber der "Askania-Studiensammlung für Zeitgeschichte und Jugendforschung" im Askania-Verlag des ehemaligen HJ-Bannführers in Magdeburg, Herbert Taege (Lindhorst). Taege machte sich mit dieser Zeitschrift sowie mit einigen eigenen Buchveröffentlichungen einen Namen als Geschichtsrevisionist. Sein ehemaliger Mitstreiter Möhring dagegen versuchte, sich als Experte in Militärfragen zu profilieren. So referierte er im November 1992 beim 7. Marburger Diskurs der dortigen Burschenschaft Germania über "Die militärische Lage Deutschlands nach der Auflösung der Blöcke". Natürlich

findet sich seine Unterschrift auch bei den Protestierenden gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg" des Reemtsma-Instituts.

Auf der Sababurg sprach er über "Europa und die NATO". Besonders in der Diskussion wurde deutlich, daß auch bei dieser Fraktion der extremen Rechten zwei strategische Überlegungen im Widerstreit liegen. Die eine Position geht davon aus, daß die Osterweiterung der NATO Deutschlands Einfluß innerhalb des Bündnisses vergrößern werde, da die geographische Lage dies geradezu aufzwinge. Dagegen meinen die Vertreter der anderen Position, daß die durch die Erweiterung vertiefte Spannung gegenüber Rußland notwendig eine noch engere Abhängigkeit von den USA mit sich bringen werde. Die Osterweiterung der NATO sei also ein geschickter Schachzug der USA zu einer anhaltenden Fesselung der europäischen Verbündeten auch nach dem Zerfall des Warschauer Paktes. Die auch militärisch notwendige Abkoppelung von der Führungsmacht des Militärpaktes werde auf diese Weise auf unabsehbare Zeit verhindert, eine eigenständige, operative Außenpolitik im Interesse der europäischen Staaten somit sabotiert.

Statt des ursprünglich angekündigten Diplom-Volkswirts Klausdieter Ludwig (Münsing), des langjährigen solidaristischen Wirtschaftsexperten der DESG und Vielfachkader des deutschen Neofaschismus schon seit Mitte der fünfziger Jahre, referierte zum Thema "Der EURO - Kritik und Alternativen der Maastricht-Währungsunion" der österreichische "Aula"-Redakteur Gerhoch Reisegger. Der Informatik-Ingenieur und Unternehmensberater ist als ordentlicher Rechter natürlich auch Mitglied einer Burschenschaft, der Wiener Vandalia nämlich. In der "Aula" waren ihm in den letzten Jahren die strategischen Artikel zu EU und NATO sowie zu Europakonzeptionen, aber auch zur Kritik des Neoliberalismus in der Programmatik der FPÖ vorbehalten. Reisegger verdeutlichte, daß die "Neue" Rechte im Gegensatz zur neoliberalen und nationalistischen Fraktion des Neofaschismus eine Währungsunion nicht grundsätzlich ablehnt. Diese sei vielmehr notwendig, um dem Dollar als Leitwährung ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Die geplante Form des EURO sei allerdings mit gravierenden Mängeln behaftet und werde zu einer wirtschaftlichen Schwächung führen, die den Gegnern in der Triade, den USA und Japan, Positionsvorteile verschaffen werde.

Die gut fünfzig Teilnehmenden zeigten sich von den Vorträgen größtenteils angetan. Wie wichtig auch andere Fraktionen der extremen Rechten und das sympathisierende Umfeld diese Veranstaltung nahmen, zeigte die Anwesenheit der entsprechenden Prominenz. Siegfried Bublies, nationalrevolutionärer Verleger und Herausgeber der Zeitschrift "Wir selbst" aus Koblenz, tummelte sich ebenso auf der Sababurg wie das ökofaschistische Urgestein Baldur Springmann, der bei den Unabhängigen Ökologen Deutschlands ebenso zu finden ist wie im Umfeld von Alfred Mechtersheimer. Die FPÖ-nahe "Aula" lag ebenso aus wie die "Na klar!" des Freibund e.V., des aktiveren Spaltprodukts des Bundes Heimattreuer Jugend. Vergeblich versuchte die Gesell-Anhängerin und Heilpraktikerin Brigitte Cornelius, zeitweilig im Landesvorstand Bayern des neofaschistischen und revanchistischen Bundes für Gesamtdeutschland tätig, ihr Büchlein "Die zinsfreie Wirtschaftsordnung" unters Volk zu bringen und damit für eine andere alternative Ökonomie zu werben. Wo es um theoretische Entwürfe geht, da fehlen eben auch die Sektierer nie.

Pierre Krebs vom Thule-Seminar nutzte die Nähe seines Wohnortes Kassel, um immer mal wieder eine Gastrolle zu geben. Über Einfluß verfügt er in diesen Kreisen nicht. Ein Wochenende zuvor hatte in der Nähe von Kiel das erste Treffen seines "Elemente-Leserkreises Nord" stattgefunden. In erheblich kleinerem Rahmen und auf beträchtlich niedrigerem Niveau hatten er selbst und Jürgen Rieger zum Thema "Indo-europäische Naturreligion - Erbe als Zukunft" referiert. Organisiert hatte dieses Treffen der Student Andreas Rothmann (Kronshagen), schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender des ideologisch eher altbackenen Bundes für Gesamtdeutschland. Die Kontakte von Krebs zur jüngeren Generation der NPD und dieser nahestehenden Gruppen scheinen in den letzten Jahren intensiver zu sein als die zur europäischen "neuen" Rechten. Die Nouvelle Droite und Alain de Benoist ignorieren sein Treiben einfach. Die "Junge Freiheit" grollt ihm, da sie in seinem neuen Blättchen "Thule-Briefe" als systemhörig dargestellt wurde. In Kreisen von Synergon/DESG belächelt man Krebs etwas, wenn auch wohlwollend. Zwar vermerkt man positiv, daß er als erster 1994 die Charta der Synergies Européennes ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht hat, doch betrachtet man ihn zugleich als ideologisch unflexibel. Er verharre auf den Positionen der späten sechziger Jahre, so der nicht unberechtigte Vorwurf.

Neurechte Fundis und Realos

Es bleibt sicherlich abzuwarten, ob der erneute Anlauf zur Etablierung von "Sababurgrunden" zur "neu"rechten Ideologiebildung mehr hervorbringt als eine Eintagsfliege. Unübersehbar sind die deutlich ausgeweiteten Aktivitäten von Synergon in den vergangenen beiden Jahren, die nahezu symbiotische Kooperation mit den erfahrenen Kadern der DESG, die intensive Zusammenarbeit mit Burschenschaften und mit Vorfeldorganisationen aus dem Bereich der Ökologie, der heidnischen Spiritualität und aus dem Spektrum bündischer Jugendgruppen. Diese regen Aktivitäten und ihre Einbindung in ein funktionierendes europäisches Netzwerk lassen allerdings eher vermuten, daß eine neue Etappe in der Geschichte der deutschen "neuen" Rechten mit einer neuen Generation von Aktivisten begonnen hat. Zwar ist man, was Zulauf und Medieninteresse angeht, noch weit vom großen Vorbild GRECE entfernt, doch arbeitet man offenkundig daran, den Ruf als "dämlichste Rechte Europas" loszuwerden.

Einen aber haben sie als unbrauchbar zur Erreichung dieser Zielsetzung bereits herausgefiltert: den JF-Chefredakteur Dieter Stein. "Mangels geistiger Potentiale" und wegen seiner "intellektuellen Bescheidenheit" verstehe dieser die Erfordernisse der Zeit nicht, urteilt gnadenlos Jürgen Schwab (Burschenschaft Thessalia Prag zu Bayreuth), Mitstreiter der diesjährigen Sommeruniversität im Umfeld von Synergon und gerade erst zum Mitglied im Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Burschenschaft gewählt. Als Buchautor streitet er gegen "Die Meinungsdiktatur" (Nation Europa Verlag) in der Bundesrepublik. Dieser Meinungsdiktatur beuge sich auch Chefredakteur Stein in letzter Konsequenz, so Schwab. Eine Anbiederung an den politischen Mainstream wie bei der JF jedoch sei kontraproduktiv, ergänzt Winfried Knörzer (Nürnberg), einer der Initiatoren der Freien Deutschen Sommeruniversität. Notwendig sei vielmehr eine Fundamentalopposition, die sich nicht auf Parteien stütze, sondern auf eine vielfältige außerparlamentarische Bewegung - Alfred Mechtersheimer wird es mit Freuden vernehmen -, die auf den unterschiedlichsten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Feldern aktiv werden müsse. Man dürfe nicht davor zurückschrecken, Alternativen zur heutigen staatlichen Verfaßtheit Deutschlands zu denken.

Solche Einschätzungen markieren die Konfliktlinien bei der Herausbildung einer "Neuen" Rechten auch in Deutschland. Ohne Medien, die über den eigenen, deutlich beschränkten Kernbereich hinausreichen, ist die Außenwirkung reduziert. Die einzige Zeitung, die diese Aufgabe ansatzweise ausfüllen könnte, ist die "Junge Freiheit", da die Theorieblätter wegen ihrer geringen Auflage zu vernachlässigen sind. Das auflagenstärkste Blatt aber gerät, zusätzlich zu seinen finanziellen Schwierigkeiten, momentan unter doppelten Druck. Den einen geht die Hinwendung zum Neoliberalismus noch nicht weit genug. So will der Berliner FDP-Rechtsaußen Markus Roscher ein eigenes Wochenblatt auf den Markt werfen. Den anderen aber ist Dieter Steins Spielzeug entschieden zu seicht und gilt bereits als "herunterliberalisiert".

Es handelt sich also um die alte Auseinandersetzung zwischen "Real-" und "Metapolitikern". Parteien, auf die die JF setzt, so das Urteil der Metapolitiker, entwickelten stets ein Eigeninteresse, das dem Gesamtinteresse entgegenstehe. Für die noch zu schaffende Bewegung aber, die von ihnen favorisierte Organisationsform, sollen u.a. die Sababurgrunden die geeignete ideologische Basis liefern.

Jean Cremet

15. Rühe stellt sich vor seine Männer

Autor: Kt. · Rubrik: Bundeswehr; CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:25

Überraschende Wende im Skandal um die allzu vielen rechtsextremen "Einzelfälle" in der Bundeswehr: Verteidigungsminister Rühe ist mit Kohlscher Dummfrechheit und Dickärschigkeit zum Gegenangriff übergegangen. Jetzt sind forsche Parolen angesagt wie etwa: Man werde die Bundeswehr nicht mit Dreck bewerfen lassen. Parolen, die selbst etwas von dem rechtsextremen Geist an sich haben, zu dessen Schutz und Trutz sie jetzt vorgebracht werden.

Wer Rühe nach dem Bekanntwerden des Roeder-Skandals schon halbwegs im Ruhestand gesehen hatte, wurde wenige Tage später enttäuscht. Das erste, ganz offensichtlich von der Bundesregierung lancierte Signal war am 10. Dezember der Springer-Presse zu entnehmen, die sich dabei auf "Vermutungen aus Verteidigungskreisen" berief: Die zahlreichen Enthüllungen über die rechtsextremen Umtriebe in der Bundeswehr seien eine "Kampagne" gegen Rühe. Und: Wer habe, das Wahljahr 1998 vor Augen, denn wohl ein Interesse daran, Rühe "aus der Regierung herauszuschießen" und damit den Kanzler "aufs schwerste zu schwächen"?

Am 12. Dezember wurde der Parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, Klaus-Jürgen Hedrich (CDU) als Minenhund losgeschickt: Es handle sich um eine "gezielte Kampagne" von links. "Eine besondere Rolle" spielten dabei Medien und Personen, "die sich letztlich nie mit Deutschlands freiheitlicher, pluralistischer und demokratischer Grundstruktur" hätten anfreunden können. Ein Ministeriumssprecher assistierte seinem Staatssekretär: Hedrich habe "Erkenntnisse" dazu, sonst hätte er sich nicht so geäußert.

Starker Tobak, wenn man bedenkt, daß die Berichte vor allem vom Spiegel ausgegangen waren. Da fühlt man sich doch ein bißchen an 1962 erinnert, als Adenauer einen "Abgrund von Landesverrat" entdeckte und Augstein Gelegenheit bekam, in der Untersuchungshaft ausgiebig in der Bibel zu schmökern. Warum man ausgerechnet das Entwicklungshilfeministerium zu dieser Polemik vorgeschickt hatte, bleibt rätselhaft. Vielleicht hatte Hedrich bei der Verlosung das kürzeste Streichholz gezogen?

Nach dieser Gefechtsvorbereitung trat endlich Rühe selbst in die Frontlinie. Ein Truppenbesuch in Bad Reichenhall am 13. Dezember bot dem Minister Gelegenheit, "Schulterschluß mit der Truppe" zu demonstrieren und vor einer "Flut von Nachfolgegerüchten" zu warnen. "Das ist die Stunde von Gerüchtemachern und Provokateuren". - Gleichzeitig bezeichnete das Verteidigungsministerium die neuen Enthüllungen im Spiegel als frei erfunden. Den Medien gehe es nur darum, "mit nicht bewiesenen oder nicht beweisbaren Fällen" den Ruf der Bundeswehr zu beschädigen.

Am 15. Dezember trat Rühe als Redner vor die Offiziere der Führungsakademie der Bundeswehr und wiederholte noch einmal seine Äußerungen von der "Stunde der anonymen Gerüchtemacher und Trittbrettfahrer". Es gebe Leute, die diese Zeit nutzten, um "die Bundeswehr mit Dreck zu bewerfen", aber das werde er nicht zulassen.

"Alles Lüge!" ist zur neuen Generallinie des Verteidigungsministeriums geworden. Gegenüber dem traditionellen "Alles untypische Einzelfälle!" stellt das eine kühne, aber auch ein bißchen riskante Steigerungsform dar. Am 21. Dezember veröffentlichte die Bild am Sonntag als eidesstattliche Versicherung einen Bericht von Christian Krause (Sohn des Ex-Verkehrsministers) über seine Erlebnisse als Soldat in einer Fallschirmjägereinheit. Kurz gesagt: Nazi-Parolen waren an der Tagesordnung, bei Feiern wurde "auf den Führer" angestoßen, in geselliger Runde am Lagerfeuer schweifte die Phantasie der jungen Helden dann auch zum Judenvergasen ab.

Das Ministerium brauchte nur wenige Stunden, um zurückzuschlagen: 80 Soldaten der Einheit seien befragt worden, keiner habe die von Krause geschilderten Vorgänge bestätigen wollen. Krause habe also alles nur erfunden, ein Racheakt wegen einer Disziplinarstrafe sei das Ganze. Man erwäge jetzt gegen ihn strafrechtliche Schritte wegen Verleumdung und rate der BamS zum gleichen Schritt.

Erstens beruht dieses Dementi selbst auf einer Unwahrheit, denn immerhin vier Soldaten der Einheit haben inzwischen die Vorwürfe bestätigt. Zweitens ist die Methode der Beweisführung evident grotesk. Man kann das

gleiche Experiment unter Schülern, jungen Wehrpflichtigen oder Polizeibeamten machen: keiner war dabei, keiner hat was gehört, Keiner hat was gesehen, und gepetzt wird natürlich schon gar nicht. Je stärker der Gruppendruck ist und je größer die Zahl der tatsächlich an den Vorfällen Beteiligten ist, um so wahrscheinlicher ist genau dieses Ergebnis. Daß 80 Soldaten bestreiten, was fünf andere bezeugen, zeigt tatsächlich nur, wie tiefbraun dort die Jauche ist und wie schwer dagegen individuell anzukommen ist. Die Aussage von Krause, eine Beschwerde beim Vorgesetzten sei überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden, wird gerade durch diese eiserne Schweigegemeinschaft völlig plausibel und glaubwürdig.

Wer unter solchen Verhältnissen guten Glaubens junge Leute mit linkem Bewußtsein auffordert, in die Bundeswehr zu gehen, wie Ralf Fücks von den Grünen, handelt dumm und verantwortungslos. Denn die Gefahr ist groß, daß sie sich dort entweder anpassen oder vor die Hunde gehen. (Fücks selbst hat sich allerdings, ebenso wie der Autor dieses Artikels, den Streß gar nicht erst angetan!)

Rühes aggressive Reaktion auf den "Fall Krause", nämlich dem kollektiven Leugnen der Tatbeteiligten scheinbar blind zu vertrauen, den Hauptzeugen an den Pranger zu stellen, ihn menschlich zu diffamieren und ihm auch gleich noch ein Strafverfahren anzudrohen, demonstriert den neuen Kurs: Hatten Soldaten, die sich von den rechtsextremen Vorfällen und Sprüchen abgestoßen fühlen, schon bisher offensichtlich große Probleme, sich ihren Vorgesetzten oder gar der Öffentlichkeit anzuvertrauen, so wird die Einschüchterung nun noch einmal massiv gesteigert.

Dazu paßt genau, daß wegen eines Videos, in dem Soldaten ihre Gewaltphantasien in Szene gesetzt hatten, vermutlich nur ein einziger angeklagt werden wird: Derjenige, der das Video an einen Fernsehsender weitergab und damit entscheidend half, den Vorfall öffentlich zu machen. Die anderen hätten, so die Staatsanwaltschaft Zwickau, ja "nur unter Gleichgesinnten" agiert, und das sei nicht strafbar. Schöne Aussichten für die zahlreichen Hitler- und Nazi-Verehrer in der Bundeswehr, die bei ihren Saufsprüchen ja meist auch ziemlich unter sich sind.

Daß Rühe mit aller Kraft und jeder Demagogie eine Untersuchung der Stimmungen, Zustände und Vorgänge in der Bundeswehr verhindern will, versteht sich von selbst. Die Lacher sind ihm gewiß, wenn er sich in der Führungsakademie vor ein paar hundert Offiziere hinstellt und seine Freude kundtut, "daß hier keine Soziologen sind". Das ist die gleiche gewaltträchtige Männerkumpanei, mit der Generäle ihr augenzwinkerndes Verständnis äußern, daß es "eben nicht zugeht wie in einem Mädchenpensionat", wenn Soldaten sich in trauter Runde einen ansaufen und dann die Sau rauslassen. Aber Jungs, denkt daran: Treibt es nicht zu toll, und vor allem: Laßt euch nicht dabei erwischen! - So sind in Deutschland Generationen von jungen Männern aufgewachsen, und ein Ende scheint leider nicht abzusehen.

Die Untersuchung, die Rühe verhindern will, würde höchstwahrscheinlich ganz klar beweisen, daß die Bundeswehr eben doch nicht "nur" das Spiegelbild einer Gesellschaft ist, in der mindestens 20 Prozent der männlichen Jugendlichen starke rechtsextreme Tendenzen zeigen. Zu vermuten ist, daß der Querschnitt in der Bundeswehr noch weiter nach rechts verschoben ist. Vor allem aber würde eine Untersuchung darüber Auskunft geben, in welcher Weise genau diese militärische Männergemeinschaft wie eine Brutstation für sämtliche Dummheiten und Gemeinheiten wirkt, die individuell in den Köpfen schon vorhanden sind, aber in den Kasernen, vor allem unter Alkoholeinfluß, offener zum Ausdruck kommen als anderswo. Und es könnten sich Hinweise ergeben, inwieweit die neue Rolle der Bundeswehr mit "echten" Einsätzen im Ausland und die hemmungslos aggressive Werbung des Verteidigungsministeriums ganz besonders stark die spätpubertären Laiendarsteller der Videos von heute und die Mörder von morgen anziehen.

Kt.

Chronique scandaleuse

September 1992: Vor einem Ausländerwohnheim bei Cottbus grölen angetrunkene Soldaten rechtsextreme Parolen.

November 1992: Offiziere des Marineflieger-Geschwaders 5 in Kiel werfen eine Übungshandgranate gegen eine Unterkunft ausländischer Flüchtlinge. Im gleichen Monat werden in Wildflecken bei Bad Kissingen stationierte Zeitsoldaten als Tatbeteiligte bei ausländerfeindlichen Anschlägen ermittelt.

März 1993: In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt wird bei einer Polizei-Razzia in Wohnungen und Bundeswehr-Schlafräumen Material einer rechtsterroristischen Vereinigung sichergestellt.

Mai 1994: Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen sieben Soldaten des Bonner Wachbataillons (eine Formation, die bei offiziellen Anlässen wie Staatsbegräbnissen und Staatsbesuchen zur Choreographie gehört) wegen Volksverhetzung und ausländerfeindlicher Parolen. Das Verfahren wird später eingestellt.

Juni 1994: Ein Unteroffizier wird in Brandenburg als Chef der rechtsextremen "Wehrsportgruppe Dragon" verhaftet.

1996 verneint die Bundesregierung die Frage der Abgeordneten Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen), ob sich Bundesregierung und Verteidigungsministerium in Zukunft von der "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" distanzieren wollen. Dieser Traditionsverein ehrt regelmäßig auch SS-Leute.

Im Juni 1996 provozieren Soldaten eines Fallschirmjägerbataillons in Wildeshausen unter "Sieg Heil!"-Rufen und Nazi-Liedern Schlägereien mit der Dorfjugend.

17. März 1997: In Detmold ziehen neun Soldaten in Uniform mit Baseballschlägern unter ausländerfeindlichen Parolen provozierend durch die Stadt. Sie greifen zwei Türken und einen Italiener an und verletzen sie schwer. Es handelt sich um Wehrpflichtige, die sich freiwillig zum Einsatz bei der SFOR im früheren Jugoslawien gemeldet hatten und dafür ausgebildet wurden. Fünf der Täter werden zu Bewährungsstrafen zwischen sechs und 15 Monaten verurteilt.

4. Juli 1997: SAT 1 zeigt einen Videofilm aus dem Jahr 1996. Ein Dutzend Soldaten hatte sich auf dem Übungsplatz Hammelburg gegenseitig bei allerlei "dummen Streichen" gefilmt: Hinrichtungen, Vergewaltigungen, Folterungen. Angeblich handelte es sich um Wehrpflichtige, die eine Übung für einen Einsatz im früheren Jugoslawien abhielten.

Die Wehrbeauftragte urteilt später, der Vorfall haben "keinen rechtsextremistischen Hintergrund" gehabt. Soll wohl heißen: So benehmen sich ganz normale, durchschnittliche junge Deutsche als "Bürger in Uniform". Die Frau könnte recht haben.

August 1997: In Dresden stecken zwei Soldaten eine Unterkunft von italienischen Bauarbeitern in Brand.

22. Oktober 1997: SAT 1 zeigt einen vermutlich 1994 aufgenommenen Videofilm, in dem Soldaten im sächsischen Schneeberg mit "Hitlergruß" zu rechtsextremer Musik zu sehen sind. Im Dezember gibt die Staatsanwaltschaft Zwickau bekannt, daß der Vorfall vermutlich nur für einen der Beteiligten strafrechtliche Folgen haben wird: denjenigen, der das Video über einen Fernsehsender an die Öffentlichkeit gebracht hat.

Anfang November 1997: Es wird bekannt, daß die Staatsanwaltschaft gegen vier ehemalige Wehrpflichtige aus der Kaserne Bad Frankenhausen wegen rechtsextremistischer Betätigung ermittelt.

- Gleichzeitig bestätigt der MAD, daß in einer Berliner Kaserne rechtsextreme Schriften und Tonträger gefunden wurden.

Ende November/Anfang Dezember 1997: Auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel werden im Rahmen einer Ausstellung ganz offiziell Traditionsstücke der Wehrmacht gezeigt und das eigene Geschwader in die Tradition des Jagdgeschwaders gestellt, das sich beim Luftkrieg gegen England, beim Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und bei Einsätzen auf dem Balkan "ausgezeichnet" hatte.

Dezember 1997: Das Amtsgericht Verden verurteilt zwei Soldaten, die bei einer Feier in der Kaserne rechtsextreme Parolen und Lieder gegrölt hatten, zu Geldstrafen.

3. Dezember 1997: Das Verteidigungsministerium bestätigt einen Vorfall aus dem Jahr 1993. Damals hatten in der Franz-Josef-Strauß-Kaserne in Altenstedt sechs Fallschirmjäger in den Diensträumen einen fröhlichen Umtrunk abgehalten, bei dem Hitler-Bilder und die sog. Reichskriegsflagge natürlich nicht fehlen durften. Einer der Hitler-Verehrer war Mitglied der neu aufgestellten "Krisensonderkräfte", die als schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr für etwas speziellere Einsätze vorgesehen sind.

In einer Reportage aus der Kaserne belegt der Stern, daß es sich keineswegs um einen völlig aus dem Rahmen fallenden Vorfall auf der nach oben offenen Promille-Skala handelte: In der Kaserne hatte es,

wahrscheinlich schon seit Jahren, regelmäßig Feiern zu Traditionstagen der NSDAP und der Nazi-Wehrmacht wie "Führers Geburtstag", "Marsch auf die Feldherrnhalle" (9. November 1923) und dem Fallschirmjäger-Angriff auf Kreta (20. Mai 1941) gegeben. Razzien brachten neonazistisches Propagandamaterial und auch ein paar scharfe Kriegswaffen, angeblich aus Kroatien, zum Vorschein. Das Verteidigungsministerium bestätigt: Die meisten Vorwürfe seien "nicht neu", es werde ermittelt, ein Soldat sei bereits vom Dienst suspendiert worden.

Am 6. Dezember 1997 bestätigt das Verteidigungsministerium Berichte über einen Auftritt des seit über 25 Jahren aktiven rechtsextremistischen Propagandisten und Terroristen Manfred Roeder als Referent und Ehrengast in der Führungsakademie der Bundeswehr. Der Vorfall hatte sich 1995 zugetragen. Angeblich hatten die Verantwortlichen überhaupt nicht gewußt, wer Roeder ist, sondern waren einfach nur von seinem Eintreten für die "Ansiedlung von Deutschen in Ostpreußen" begeistert. - Als Sofortmaßnahme wurde der damalige kommandierende General der Führungsakademie vom Dienst suspendiert, und gegen den für Roeders Einladung verantwortlichen Oberst wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

10. Dezember 1997: Die Süddeutsche Zeitung berichtet, daß gegen den Vorsitzenden der sog. Marinekameradschaft, Ernst Pfefferle, ermittelt wird. Er hatte gemeinsam mit einem Fregattenkapitän eine Schriftenreihe "Kameraden zur See" herausgegeben, in der beispielsweise Traditionsereignisse wie "Führers Geburtstag" gewürdigt wurden und deutsche Dichtkunst wie das "Gebet für Führer, Volk und Vaterland" nachgedruckt wurde. In Pfefferles Blatt waren auch Aufsätze von aktiven Offizieren der Bundesmarine veröffentlicht worden. Ohne ihr Wissen, wie diese selbstverständlich beteuern.

11. Dezember 1997: Die Presse berichtet, daß an der Führungsakademie der Bundeswehr im März 1994 eine "Informationsveranstaltung" stattgefunden habe, an der auch ehem. Angehörige der Waffen-SS teilgenommen hätten.

15. Dezember 1997: Das Nachrichtenmagazin Focus berichtet von einem Vorfall, der sich im September 1996 im kroatischen Trogir zugetragen haben soll. Bei einer gemütlichen Feier im Mannschaftsheim waren 30 Soldaten des dortigen Bundeswehrlazaretts schnell bei "Sieg Heil!" und "Heil Hitler!" angekommen. Der Vorfall wird von einem amerikanischen Offizier bezeugt. Das Bundesverteidigungsministerium hat daraufhin wieder einmal die Beteiligten befragen lassen, die selbstverständlich alles bestreiten, womit als bewiesen gilt, daß nichts stattgefunden hat.

- Ebenfalls am 15. Dezember berichtet der Spiegel über geschmacklose antisemitische Aussprüche, die beim Besuch von Studenten der Bundeswehruniversität in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Neuengamme gefallen sein sollen. Das Bundesverteidigungsministerium reagiert blitzartig mit der Erklärung, man habe alle Teilnehmer dieser Besichtigung befragt; keiner habe so etwas gesagt oder gehört.

- In derselben Ausgabe des Spiegels wird berichtet, daß im Jahr 1990 eine rechtsextreme Studentengruppe zu einer Diskussion über die "deutsche Einheit" in der Führungsakademie der Bundeswehr eingeladen worden sei.

20. Dezember 1997: Die Presse meldet, daß die Bundeswehr wegen eines rechtsextremistischen Vorfalls ermittelt, der sich beim IFOR-Einsatz im früheren Jugoslawien im April 1996 ereignet haben soll. Anlaß war ein Spiegel-Bericht über ein neu aufgetauchtes Video, in dem ein deutscher Feldwebel im kroatischen Hafen Sibenik einen Brief mit aufgemalter Hakenkreuzfahne und eine Pappe mit der Aufschrift "Für Blut und Boden" präsentierte. Außerdem hatte lt. Spiegel ein Bundeswehrsoldat berichtet, daß es beim deutschen IFOR-Kontingent häufig Treffen mit rechtsextremer Musik gegeben habe.

21. Dezember 1997: Die Bild am Sonntag bringt in großer Aufmachung einen Bericht von Christian Krause, Sohn des kurzzeitigen, aus der Ex-DDR stammenden Bundesverkehrsministers Krause, über seine Dienstzeit im Fallschirmjägerbataillon 313 in Varel (Niedersachsen). Regelmäßig, zwei- bis dreimal im Monat, sei es in der Einheit zu "rechtsradikalen Ausschreitungen", das heißt enthemmter Hitler- und Nazi-Nostalgie unter Alkoholeinfluß, gekommen. Bei Manövern seien abends "in geselliger Runde am Lagerfeuer" Rufe nach Vergasung der Juden und Vertreibung der Ausländer aus Deutschland laut geworden. Ende Juli 1997 habe ein Kamerad diese Vorfälle bei seinen Vorgesetzten gemeldet, aber nichts sei daraufhin geschehen. Auch auf dem Rekrutenabschlußabend am 17. Dezember sei es wieder zu pro-nazistischen Szenen gekommen.

Blitzschnelle Reaktion der Bundeswehr: 80 Fallschirmjäger wurden befragt - alle beteuerten, sie hätten nichts gehört und nichts gesehen. Heeresinspekteur Helmut Willmann erklärt: "Die schweren Beschuldigungen lassen sich nicht aufrechterhalten." - Nun würden strafrechtliche Schritte gegen Christian Krause geprüft!

4. Januar 1998: Bild am Sonntag berichtet, daß Andreas Göschke, der in der gleichen Einheit wie Krause war, die von diesem beschriebenen Vorfälle bestätigt habe. Göschke war der von Krause erwähnte Soldat, der (wegen des Funds eines Ordners mit neonazistischem Material) Meldung gemacht hatte. Reaktion des vorgesetzten Hauptmanns lt. Göschke: "Er sagte mir, daß ich diesen Vorfall besser nicht gemeldet hätte, denn das würde nur zu unnötigem Ärger führen."

Zuvor hatte sich schon ein anderer Ex-Soldat aus der Kaserne in Varel bei der ARD gemeldet und berichtet, daß ihm bei einer Schießübung ein Unteroffizier gesagt habe: "Stell dir vor, das wäre ein Jude, dann triffst du auf jeden Fall."

Ebenfalls in der BamS vom 4.1.98 ist zu lesen, daß immerhin (lt. Untersuchungsbericht des Heeresinspekteurs) doch nicht alle der befragten Soldaten aus Varel die von Krause geschilderten Vorfälle bestritten hatten: Zwei Männer hatten sie bestätigt!

16. BRD weiterhin Spitze beim Rüstungsexport (Interview mit Otfried Nassauer)

Aktuelle Tendenzen beim internationalen Waffenhandel

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Rüstungsexport · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:22

"Der Waffenhandel boomt wieder", unter dieser Überschrift stand in den letzten Wochen wenig Erfreuliches zum Thema Rüstungsexport in der Presse. Nach Jahren mit rückläufigen Umsätzen, verzeichnete der Waffenhandel nach Angaben verschiedener Friedensforschungsinstitute in den Jahren 1995 und 1996 wieder Zuwachsraten.

Unbestritten ist, daß die USA seit einigen Jahren den Waffenhandel dominieren und parallel zu einem starken Einbruch bei den sowjetischen bzw. russischen Waffenlieferungen, die zuletzt aber wieder angestiegen sind, die NATO-Länder für mehr als dreiviertel aller Waffenlieferungen verantwortlich sind. Strittig ist dagegen die Rolle der Bundesrepublik. Nach Angaben von SIPRI, das die Großwaffen unter die Lupe nimmt und auch den Verkauf gebrauchter Waffen berücksichtigt, ist der deutsche Anteil an der Gesamtzahl zwar rückläufig, bewegt sich aber immer noch auf einem hohen Niveau (1995: 1,55 Mrd. Dollar; 1996: 1,46 Mrd. Dollar). Dagegen kommt z.B. das Londoner Institut für Strategische Studien (IISS) zu einem anderen Ergebnis: Danach ist der deutsche Marktanteil von 3,8 auf 1,6 Prozent zurückgegangen und hat ein Volumen von 0,6 Mrd. Dollar. Diese unterschiedlichen Zahlen sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß einmal die Großwaffenlieferungen und auch die Weitergabe überschüssiger Rüstungsgüter, ein anderes Mal die abgeschlossenen Geschäfte in die Statistik einfließen. Nach dem IISS-Jahresbericht liegt Großbritannien beispielsweise mit einem Marktanteil von 22,1% und mit Rüstungsgeschäften von 8,8 Mrd. Dollar hinter dem Hauptwaffenlieferanten USA (42,6% mit 17 Mrd. Dollar), sehr deutlich vor den weiteren Rüstungsexporteuren. 1996 abgeschlossene Rüstungsgeschäfte mit Saudi-Arabien schlagen hier besonders zu Buche.

Neben den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, die zu Zeiten des Kalten Krieges von NATO-Ländern auf der einen und der UdSSR auf der anderen Seite hochgerüstet wurden und seit vielen Jahren die Liste der größten Waffenimporteure anführen, ist mittlerweile Südostasien zu einem dynamischen, lukrativen Markt für Rüstungsexporteure geworden. Die Aufrüstung in dieser Region ist ein wichtiger Grund für den nun wieder zu beobachtenden Anstieg des Rüstungsexports, der Tendenzwende nach Jahren des Rückgangs beim internationalen Waffenhandel.

Naher und Mittlerer Osten

Bei den Empfängerländern führen bei der SIPRI-Statistik nach wie vor drei Länder dieser Region die Liste an: Saudi-Arabien, Türkei und Ägypten. Nach diesen Angaben hat in dem Zeitraum von 1992-1996 Ägypten Rüstungsgüter im Wert von 7,3 Mrd. Dollar (Rang 3) empfangen, die Türkei für 7,4 Mrd. (Rang 2) und Saudi-Arabien für 8,6 Mrd. (Rang 1). Mit Kuwait (Rang 11), Israel (Rang 12), Iran (Rang 16) und den Vereinigten Arabischen Emiraten (Rang 20) sind vier weitere Länder dieser Region unter den ersten 20.

Nach den Angaben im Jahresbericht des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) ist Saudi-Arabien mit noch erheblich größerem Abstand die Nr. 1 bei den Waffeneinkäufern: Mit Importen im Volumen von über neun Milliarden Dollar hat nach den IISS-Zahlen Saudi-Arabien dreimal soviel für die Rüstung ausgegeben, wie das zweitplazierte Ägypten. Bedeutende Rüstungsimporteure sind hier außerdem , wie auch bei SIPRI, Kuwait, Israel und die Türkei. Als besorgniserregend bezeichnet das Londoner Institut die Rüstungsausgaben Irans: Diese seien zwischen 1996 und 1997 um 40% gestiegen.

Die Region ist immer noch der weltgrößte Rüstungsmarkt: Seit vielen Jahren gehen etwa 30 bis 40 Prozent aller Waffenlieferungen in diese Krisenregion. Nach den IISS-Zahlen lag 1996 der Anteil bei 39,5%. Die unverändert anhaltende Hochrüstung in vielen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens wird dazu beitragen, daß diese Region, vor dem Hintergrund der bestehender Spannungen und z.B. den Bemühungen um die Vorherrschaft am Golf, auch zukünftig ein Pulverfaß bleibt.

Südostasien

Als ein wichtiger Faktor für den derzeitigen Trend, den Anstieg des Waffenhandels, gelten die Großaufträge der Golfstaaten infolge der für sie günstigen Ölpreise. Ein anderer Aspekt dieses Trends sind die Bestrebungen in einigen südostasiatischen Ländern, die Streitkräfte umfassend zu modernisieren. Nach dem Nahen und Mittleren Osten hat sich Südostasien zum größten Regionalmarkt entwickelt.

Die hier zu verzeichnenden Zuwächse bei den Militärausgaben machen gleich bei mehreren Ländern ein Plus mit zweistelligen Prozentzahlen aus und bestätigen den Ruf der Region als Rüstungsmarkt mit dem schnellsten Wachstum.

SIPRI bilanziert 1996 bei folgenden Ländern erhebliche Zuwächse: Taiwan von 1,3 Mrd. 1995 auf 3,2 Mrd. Dollar 1996; China von 0,9 Mrd. Dollar 1995 auf 1,9 Mrd. Dollar 1996; Indonesien von 0,48 Mrd. Dollar 1995 auf 0,54 Mrd. Dollar 1996. Für den Zeitraum 1992 - 1996 ergeben sich folgende Zahlen: Taiwan: 6,6 Mrd. Dollar (Rang 4), Japan 6,2 Mrd. Dollar (Rang 5), China 5,8 Mrd. Dollar (Rang 6), Südkorea 5,1 Mrd. Dollar (Rang 8). Mit Thailand und Indonesien sind zwei weitere Länder der Region unter den zwanzig größten Waffenimporteuren. Angesichts der massiven Aufrüstung Malaysias dürfte bald auch dieses Land zu den größten Waffenkäufern gehören.

Nach den IISS-Zahlen verzeichnete zwischen 1995 und 1996 Indonesien die drastischste Zunahme bei den Ausgaben zur Modernisierung der Streitkräfte: die Zahl stieg nach den Berechnungen des Londoner Instituts von 0,2 auf 0,7 Mrd. Dollar. Genau diesen Betrag hat laut IISS auch Thailand für Waffenimporte ausgegeben. Hier noch erwähnenswert sind diesen Berechnungen zufolge die Länder Singapur (0,4 Mrd. Dollar) und - in Übereinstimmung mit der von SIPRI angegebenen Tendenz - Malaysia (0,35 Mrd. Dollar).

Große Kasse mit deutschen Altwaffen

Nach einer im Mai 1997 vorgelegten Untersuchung des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) verkaufte Deutschland zwischen 1990 und 1995 gebrauchte Waffen für 6,3 Milliarden Dollar. Damit war es der zweitgrößte Exporteur von gebrauchtem Kriegsgerät und wurde weltweit nur von den USA übertroffen, die in diesem Zeitraum gebrauchte Waffen für 13 Milliarden Dollar exportierte. Weitere große Altwaffenexporteure waren nach Angaben des BICC Großbritannien (1,5 Mrd. Dollar), die Niederlande (1,1 Mrd. Dollar) und Rußland (0,7 Mrd. Dollar). Deutschland exportierte im großen Stil die Waffen aus ehemaligen Beständen der Nationalen Volksarmee (NVA): Von den NVA-Verkäufen und -Geschenken profitierten vor allem Indonesien, und die beiden NATO-Länder Griechenland und Türkei.

Diese Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung trug erheblich zur Erhöhung bestehender Spannungen bei und hatte sogar ganz direkt auch militärische Eskalationen zur Folge (das zeigt das Beispiel Türkei). Mit dem Verkauf von 39 Ex-NVA-Kriegsschiffen an Indonesien gewährte die Bundesrepublik einem Regime militärische Unterstützung, das als eines der grausamsten seit Ende des Zweiten Weltkrieges gilt: Unter der Herrschaft von Regierungschef Suharto wurden Hunderttausende Oppositionelle inhaftiert, gefoltert und ermordet. Allein auf dem völkerrechtswidrig besetzten Ost-Timor sind nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen etwa 250.000 Menschen infolge der Besetzung ums Leben gekommen. Auch die aktuelle indonesische Außenpolitik ist konfliktträchtig: Neben alten Grenzstreitigkeiten mit Nachbarländern, könnte sich zukünftig z.B. der Streit um die strategisch und wirtschaftlich interessanten Spratly-Inseln im Norden Borneos zuspitzen. In Malaysia wird vermutet, daß die Modernisierung der Marine dem Zweck dient, indonesische Interessen dort und auch an anderen unterseeischen Rohstoffvorkommen militärisch durchsetzen zu können.

Die Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei, die Überlassung von Kriegsgerät aus ehemaligen NVA-Beständen und die bis heute so umfangreich durch privatwirtschaftliche Waffengeschäfte fortgesetzten Rüstungshilfen an dieses Land, sind nicht anderes als die Anheizung eines aktuellen Krieges. Kurz nachdem die ersten NVA-Waffen an die Türkei ausgeliefert waren, tauchten diese im kurdischen Kriegsgebiet auf. Obwohl durch unzählige Zeugenaussagen, Fotos und Filmdokumente der vertragswidrige Einsatz deutscher Waffen gegen die Zivilbevölkerung des Landes belegt ist, sperrte sich die Bundesregierung gegen diese Erkenntnisse und war sogar zeitweise, noch vor den USA, der wichtigste Waffenlieferant der Türkei. Der Völkermord in Kurdistan wird bis heute maßgeblich unter Einsatz deutscher Waffen geführt. Und schließlich hat die Bundesregierung mit der Weitergabe der Altwaffen an die Türkei und Griechenland auch bei dem alten Konflikt zwischen diesen beiden Ländern eine Politik betrieben, die das Setzen auf militärische Stärke provoziert und die Gefahr einer Eskalation beinhaltet.

Thomas W. Klein

Der Autor ist Soziologe und in der Friedensforschung tätig; er war vier Jahre Geschäftsführer im Rüstungsexport-Archiv Idstein (KOMZI) und ist heute Presse- und Öffentlichkeitsreferent der KAMPAGNE GEGEN RÜSTUNGSEXPORT, Wiesbaden. Kontakt über Tel.: 0611/9102350 oder Fax: 0611/371838.

Was sind Rüstungsexporte?

Diese Frage zu beantworten ist nicht einfach. Neben den eindeutigen Waffenlieferungen, also dem Export von Panzern, Kriegsschiffen, Kampfhubschraubern und -flugzeugen usw. gibt es eine zunehmende Zahl weniger eindeutig definierbarer Güter. Neben den sogenannten Dual-Use-Güter sind das Komponentenzulieferungen und Subsysteme zur Modernisierung vorhandener Waffensysteme. Zum Rüstungsexport kommt ein Bereich hinzu, in dem Deutschland eine wichtige Rolle spielt: Rüstungsrelevanter Technologietransfer in Form von Entwicklungsunterlagen, Lizenzen, Ausbildung und Entsendung von Experten. Ebenfalls in diesem Zusammenhang relevant sind die staatlichen Militär-, Polizei- und Ausrüstungshilfen.

(Handlungs)perspektiven

Die Forderungen der Kampagnen und Initiativen gegen Rüstungsexporte haben zwei Stoßrichtungen. Zum einen wurden in der Vergangenheit z.B. Unterschriften gesammelt zur Unterstützung der Forderung "Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz". Der Vorschlag zur Änderung des Grundgesetzes lautet: "Der Export von Waren, Dienstleistungen und know-how, sofern deren ausschließlich zivile Verwendung nicht nachgewiesen wird, ist verfassungswidrig. Er ist unter Strafe zu stellen."

Wichtiger als gesetzliche Regelmechanismen, die in der Praxis häufig ohne Konsequenzen bleiben, ist ein anderer Punkt: In einer Zeit, in der Überlebensfragen der Menschheit wie Zerstörung der Lebensgrundlagen durch unsere Art des Wirtschaftens, Hunger und Verelendungen in vielen Ländern der Welt und Massenarbeitlosigkeit auf der Tagesordnung der Politik an erster Stelle stehen müßten, ist die fortgesetzte Verschwendung von Mitteln für milliardenteure Rüstungsprojekte (z.B. den Eurofighter) Teil einer herrschenden Politik, die in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen fatale Folgen hat. Für friedenspolitisch engagierte Menschen sollte deshalb ein Anliegen sein: Den Zusammenhang von Tod, Vertreibung, Flucht und Waffenexport in vielen Ländern der Erde herzustellen, und die in der Bundesrepublik stattfindende Vergeudung von Mitteln für teure Rüstungsprojekte und militärische Forschung auf der einen und den gesellschaftlichen Trend, der unter dem Schlagwort "Sozialabbau" gefaßt wird, auf der anderen Seite zu thematisieren.

BRD weiterhin Spitze beim Rüstungsexport

Interview mit Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS), zu den Rüstungsexporten Deutschlands. Das Interview führte Thomas Klein.

Nach dem Jahresbericht des internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) ist 1996 der deutsche Anteil am internationalen Waffenhandel auf 1,6% gefallen, hat insgesamt ein Volumen von nur noch 0,6 Mrd. Dollar. SIPRI kommt dagegen auf 1,46 Mrd. Dollar, hier ist im Vergleich zum Vorjahr die Zahl nur geringfügig zurückgegangen. Läßt sich aus diesen Zahlen vielleicht dennoch eine gemeinsame Tendenz herauslesen?

Die renommierten Rüstungsexportstatistiken sind kaum miteinander vergleichbar. Sie erfassen unterschiedliche Kategorien gelieferter Güter und bei der Preis- und Wertermittlung für Lieferungen neuer wie gebrauchter Waffen sind auch die Ansätze sehr unterschiedlich.

Generell kann man sagen: Die Bundesrepublik hat in den vergangen Jahren große Teile der Waffenarsenale der ehemaligen NVA verschenkt oder zu Schleuderpreisen abgegeben. Das war billiger als die Verschrottung und hat ihr einen Spitzenplatz unter den Exporteuren beschert. Ab 1995/1996 laufen diese Lieferungen aus - Deutschland fällt scheinbar wieder zurück.

Noch mal zugespitzt gefragt: Starker Rückgang der deutschen Rüstungsexporte oder Stabilisierung des deutschen Anteils auf hohem Niveau?

Ein wachsender Teil der deutschen Exporte sind Zulieferungen für in internationaler Kooperation gefertigten Waffensysteme. Werden solche Waffen exportiert, so tauchen sie in manchen Statistiken nur beim Exporteur

der kompletten Waffe auf, nicht aber bei den Lieferanten der Komponenten. Bei Computern wird das "Intel inside" gerne und werbewirksam bekanntgemacht. Das "Daimler inside" bei Militärfahrzeugen wird dagegen weder von Daimler-Benz noch von den meisten Statistiken extra erwähnt.

Festhalten kann man trotzdem: Die Bundesrepublik gehört natürlich weiter zu den größten Rüstungsexporteuren. Die Frage, ob auf Platz drei, vier, fünf oder sieben ist dabei letztlich sekundär. Die Bundesrepublik ist ein exportorientierter Staat, das gilt auch für den Bereich rüstungsrelevanter Güter und vor allem, wenn man die Dual-Use-Güter und Komponenten mit berücksichtigt.

Die USA ist seit Jahren beim internationalen Waffenhandel dominierend. Werden die EU-Länder und Rußland diese Dominanz in nächster Zeit zurückdrängen?

Die dominierende Rolle der USA wird auch zukünftig erhalten bleiben. Die EU kann den USA diese Rolle - zumindest im offenen Wettbewerb - kaum streitig machen; höchstens unter Zuhilfenahme massiver staatlicher Subventionen. Außerdem verfolgen die EU-Staaten rüstungspolitisch keine einheitliche Linie. Im Gegenteil: Sie konkurrieren heftig untereinander, und hinsichtlich wichtiger Technologiebereiche haben sie offensichtlich auch keine Strategie, längerfristig Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA anzustreben. Sie leisten sich z.B. einen technisch und preislich nicht wettbewerbsfähigen Eurofighter 2000 und binden damit einen Großteil ihrer Ressourcen. Die US-Industrie müßte eigentlich einen Dankesbrief schreiben: "Schön, daß Ihr Europäer freiwillig für 20 oder 30 Jahre in der militärischen Luftfahrtindustrie auf ernsthafte Konkurrenzfähigkeit verzichtet." Ein strategisch orientiertes Zusammengehen Europas mit Rußland zwecks Aufbrechens der dominanten Position der USA ist zur Zeit ebenfalls nicht zu erkennen. Daran wird in Rußland - eher spielerisch - leichter gedacht als in den EU-Staaten. Rußland wird übrigens seine Exporte in den kommenden Jahren steigern - das Tief der Umbruchsjahre ist vorbei.

Seit Anfang vergangenen Jahres gibt es zwischen Israel und der Türkei eine enge Zusammenarbeit im Rüstungsbereich. So ist z.B. bekannt geworden, daß beide Staaten gemeinsam die israelische Rakete Delilah bauen wollen und daß Israel die türkischen Luftwaffe modernisiert. Ist das eine regionale Besonderheit oder Beispiel dafür, wie zukünftig einzelne Länder in Krisenregionen die Abhängigkeit vom US-amerikanischen und europäischen "Waffen-Tropf" verringern werden?

Ja! Beide gewinnen etwas mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von ihren Hauptwaffenlieferanten Frankreich, Deutschland und den USA. Das ist sicher gewollt. Die Lieferländer verlieren damit einen Teil ihrer Einflußmöglichkeiten, z.B. die israelische Palästina-Politik oder die türkische Kurdenpolitik unter Druck zu setzen. Zugleich aber gilt: Beide, Israel und die Türkei, haben sich gegenseitig etwas zu bieten, technologisch, militärisch und sicherheitspolitisch. Durch die Zusammenarbeit stärken sie gegenseitig ihre jeweilige Regionalmachtrolle. Und beide wissen, daß gegen diese Zusammenarbeit ihre westlichen Partnerländer kaum laut protestieren können; im Gegenteil.

Eine letzte Frage: Dr. Hans-Joachim Gießmann vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik hat zu dem IISS-Jahresbericht angemerkt, daß heute viel weniger komplette Waffensysteme, dafür um so mehr Dual-Use-Güter verkauft würden. Hier sei die Bundesrepublik mit einem geschätzten Volumen von über 30 Milliarden Mark pro Jahr führend. Kannst Du diese Einschätzung bestätigen?

Herr Gießmann hat recht und benennt einen von drei - teilweise überlappenden - Aspekten, die verändernd auf die Struktur des Rüstungsmarktes einwirken: Dual-Use-Güter. Komponentenzulieferungen stellen einen zweiten Bereich dar. Diese sind teils ihrerseits wieder Dual-Use-Güter. Und drittens gewinnen Subsysteme zur Modernisierung vorhandener Waffensysteme - Stichwort moderne Elektronik - ökonomisch auf dem Weltrüstungsmarkt erheblich an Bedeutung. Israels Rüstungsindustrie hat diesen Markt für sich erkannt und erfolgreich genutzt. Für die deutsche Rüstungsindustrie sind Dual-Use-Güter-Exporte und Zulieferungen zu Rüstungsprodukten anderer Länder von erheblicher Bedeutung. Eine eindeutige Statistik, derzufolge man sagen könnte, Deutschland liegt auf Platz eins, drei oder fünf gibt es aber auch hier nicht.

Empfängerländer, +, +, +

Die 20 größten Empfängerländer von konventionellen Großwaffen für den Zeitraum 1992-1996 (Angaben in Millionen Dollar laut SIPRI)

, +, +, +

Rang, Land, 1996, 1992-96

1., Saudi-Arabien, 1.611 , 8.583

2., Türkei, 1.066 , 7.433

3., Ägypten, 803 , 7.320

4., Taiwan, 3.234 , 6.643

5., Japan, 679 , 6.233

6., China, 1.957 , 5.870

7., Griechenland, 274 , 5.426

8., Südkorea, 1.727 , 5.117

9., Indien, 1.317 , 4.859

10., Deutschland, 96 , 4.384

11., Kuwait, 1.363 , 4.110

12, Israel, 48 , 3.155

13., Thailand, 355 , 2.965

14., USA, 130 , 2.486

15., Spanien, 458 , 2.483

16, Iran, 437 , 2.389

17., Indonesien, 537 , 2.248

18., Finnland, 192 , 2.215

19., Canada, 137 , 2.191

20., Ver. Arab.

Emirate, 271 , 2.011

17. "Keine Mark für neue Minen"

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Rüstungsexport · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:24

Interview mit Dr. Wolfgang Menzel, Sprecher der Kampagne: Daimler-Minen-Stoppen - Keine Mark für neue Minen! während deren Pressekonferenz in Stuttgart am 9.12.97.

Herr Dr. Menzel, in Ottawa hat Außenminister Kinkel den Vertrag zur Ächtung der Anti-Personen-Minen unterschrieben. Für die Gruppen der Kampagne "Daimler-Minen-Stoppen" bleibt trotzdem noch Arbeit?

Ja, denn der Vertrag bezieht sich nur auf frei verlegte Anti-Personen-Minen. Alle Arten von Fahrzeugminen sind nicht einbezogen. Da diese Minentypen in künftigen Kriegen sowohl qualitativ als auch quantitativ eine immer bedeutendere Rolle spielen werden und z.B. in Bosnien bereits 30-40% aller Minenopfer auf das Konto von Fahrzeugminen gehen, bleibt auch nach Ottawa für die Landminenkampagne noch viel zu tun.

Das heißt: Ottawa ist ein Teilerfolg, andere Ziele wurden noch nicht erreicht. Wie geht es weiter?

Da die USA, China und Rußland bisher nicht unterschrieben haben, werden sie gegenwärtig in den Medien am meisten kritisiert. Doch wir dürfen nicht vergessen: Zahlreiche westliche Industrienationen, darunter die Bundesrepublik, verzichten nur deshalb auf Anti-Personen-Minen, weil die Militärs ihre Minensperrkonzepte geändert und auf hochmoderne und effektivere Panzer- oder Mehrfunktionsminen ausgerichtet haben.

Diese neue Entwicklung muß ins Blickfeld der Öffentlichkeit: Allein für die Entwicklung einer neuen Flächenverteidigungsmine sollen in den nächsten Jahren 252 Millionen Mark ausgegeben werden. Deshalb müssen jetzt die Vorbereitungen beginnen für eine Ottawa-Nachfolgekonferenz mit dem Ziel des Verbots von Fahrzeugminen.

Medico international hat mit der Aktion "Räumt die Mine" das Augenmerk auf die Situation in den minenverseuchten Ländern gerichtet. Warum jetzt eine Kampagne "Keine Mark für neue Minen"?

Es geht nicht an, daß die Bundesrepublik, die auf absehbare Zeit in keiner Weise militärisch bedroht sein wird, Unsummen in die Entwicklung und Beschaffung neuer Minensysteme steckt und den Ländern, in denen täglich Menschen von Minen zerfetzt, verkrüppelt und getötet werden, nur wenige Pfennige hinwirft. Die Aktion "Räumt die Mine" ist politisch wichtig, humanitär notwendig und auch erfolgreich - selbst wenn die Bundesregierung bislang nicht darauf reagiert hat.

Unsere Kampagne richtet sich konkret gegen einen deutschen Minenhersteller. Wir wollen Daimler-Benz durch gezielten öffentlichen Druck zur Aufgabe der Minenproduktion bewegen. Insofern unterscheidet sich unsere Kampagne von der Medico-Aktion. Gleichzeitig fordern wir mit einer Unterschriftenaktion von der Bundesregierung die drastische Steigerung der Mittel für ziviles Minenräumen. Hier ergänzt unsere Kampagne die Medico-Aktion.

Am 10. Dezember, dem Tag der Verleihung des Friedensnobelpreises, beginnt die neunmonatige Kampagne des Initiativkreises "Daimler-Minen-Stoppen - Keine Mark für neue Minen". Was ist in diesen neun Monaten geplant?

Wir starten eine Unterschriftenaktion mit der Forderung an die Bundesregierung: "Keine Mark für die Entwicklung und Produktion neuer Minen. Stellen Sie mehr Geld für die zivile Minenräumung bereit." Bis zum 1. September 1998 wollen wir mindestens 50.000 Unterschriften gesammelt haben und sie dem Außenminister übergeben. Es ist ein skandalöses Mißverhältnis, daß die Bundesregierung im kommenden Haushaltsjahr knapp 100 Millionen Mark für neue Minen, aber nur 18 Millionen Mark für zivile Minenräumung zur Verfügung stellt.

Gleichzeitig fordern wir von Daimler-Benz den Ausstieg aus der Minenproduktion. Wir haben einen Brief vorbereitet, den jede und jeder an Daimler-Chef Schrempp schicken kann. Wenn Schrempp daraufhin nicht bis zum 31. März 1998 eine entsprechende Absichtserklärung abgibt, setzen wir die Aktion mit einem Aufruf zur "Nichtzusammenarbeit" fort. Großkunden wie Kommunen, Rettungsdienste, Kirchen usw. sollen veranlaßt werden, keine neuen Dienstfahrzeuge der Marke Mercedes-Benz anzuschaffen, solange Daimler-Benz an der Minenproduktion festhält.

Daimler-Benz weist den Vorwurf der Minenproduktion zurück: Die Panzerabwehrrichtmine PARM trage nur aus historischen Gründen den Namen Mine, sei aber eigentlich so etwas wie eine Panzerfaust. Was sagen Sie zu diesem Statement?

Wer dabei ertappt wird, etwas Anrüchiges zu tun, streitet dies häufig zunächst einmal ab. Das ist normal. Daimler-Benz redet sich heraus. Der Industrie geht es darum, einen Makel loszuwerden, eben das schlechte "Image" der grausamen und unterschiedlos wirkenden Waffe Mine. Doch das wird nicht gelingen, denn auch Fahrzeugminen töten Zivilisten. Die Landminenkampagne fordert deshalb die Anwendung einer effektorientierten Definition, wie dies auch bei der Bundeswehr üblich ist. Aufgrund ihrer Wirkungsweise wird die PARM von der Bundeswehr übrigens den Landminen zugeordnet.

Wie realistisch ist es, daß die Daimler-Benz-Spitze in die gewünschte Richtung gedrängt werden kann?

Wer hätte vor drei Jahren geglaubt, daß wir Ende 1997 einen internationalen Vertrag haben werden, der alle Arten von frei verlegten Anti-Personen-Minen verbietet? Wenn es dem Druck der internationalen Landminenkampagne zu verdanken ist, daß das Ottawa-Abkommen zustande kam, dann kann es uns sehr wohl gelingen, einen einzelnen Konzern in dieser Sache zur Vernunft zu bringen.

Thomas W. Klein

Kontakt: Kampagne gegen Rüstungsexport Wiesbaden, Tel. 0611/9102350.

18. 10 Jahre "Out of area". Ursprung und Verlauf einer Debatte

Autor: Wolfram Rittmeyer · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:02

Im folgenden Artikel wird die bundesdeutsche Debatte der letzten zehn Jahre über "out-of-area" Einsätze der Bundeswehr in ihren Grundzügen nachgezeichnet, es werden die entscheidenden Schritte der Einsatzausweitung in Erinnerung gerufen und schließlich werden die hinter diesem Prozeß stehenden Interessen analysiert. Wir mußten den Artikel leider kürzen, insbesondere haben wir den umfangreichen Anmerkungsapparat und eine Auflistung aller out-of-area-Einsätze der Bundeswehr weggelassen. Der vollständige Text kann angefordert werden bei: ASE e.V., Wolfram Rittmeyer, Düesbergweg 9a, 48153 Münster, Tel./Fax: 0251/785392.

Aus der rechten Ecke der CDU/CSU kamen einzelne Forderungen nach einer Einsatzausweitung der Bundeswehr bereits in den Siebzigern und Anfang der Achtziger auf, und auch die USA bemühten sich in den Anfangsjahren der Reagan-Administration um ein stärkeres europäisches Engagement außerhalb des Beistandgebietes des Nordatlantik-Vertrages. Diesen Forderungen setzten sowohl die noch sozial-liberale als auch die frisch gekürte christlich-liberale Regierung, Beschlüsse des Bundessicherheitsrates (1) entgegen, die die bis dahin gängige Auffassung bekräftigten, daß Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Vertragsgebietes der NATO nicht zulässig seien. Hiermit sollten die Forderungen der USA abgeblockt, den Erzkonservativen in der CDU/CSU-Fraktion das Wasser abgegraben und eine weitere offene Flanke gegenüber der damals starken Friedensbewegung vermieden werden. Innerhalb der NATO einigte man sich auf eine Lastenverteilung zwischen den Staaten, die Out-of-Area tätig waren, und den anderen Bündnisstaaten.

1987: Der Tankerkrieg

Doch dieser NATO-interne Kompromiß hielt nur, bis 1987 der erste größere Out-of-Area-Einsatz der USA anlief. Infolge des sogenannten Tankerkrieges im Golfkrieg zwischen Irak und Iran entsandten die USA auf kuwaitische Bitten hin ein beträchtliches Aufgebot an Kriegsschiffen in den persisch-arabischen Golf, um die Öltanker vor militärischen Angriffen des Iran zu schützen. Bei diesem Einsatz traten von den USA so nicht erwartete Schwierigkeiten auf, die Forderungen aufkommen ließen, die Europäer möchten sich doch an dem Schutz des für sie viel wichtigeren Öls aus der Golfregion beteiligen. Konkret wurde die Entsendung von Minenräumbooten nachgefragt. Zunächst wurden diese auch an die Bundesregierung herangetragenen Bitten unter Verweis auf die Verfassungslage kategorisch abgelehnt. Doch geriet die Bundesregierung zweiseitig in die Enge: Zum einen kamen zahlreiche europäische Länder der US-amerikanischen Bitte nach, der BRD drohte eine sicherheitspolitische Abseitsstellung, und zum zweiten baute die US-Regierung von Anfang an eine Brücke: Sie bat auch darum - neben der Forderung nach der Entsendung von Kriegsschiffen - , den US-Aufmarsch logistisch zu unterstützen (Nutzung von Häfen, Flughäfen etc.) und die durch den Abzug von US-Schiffen in den Golf entstehenden Lücken im Bündnisgebiet durch europäische Schiffe zu schließen.

Auf dem G7-Treffen in Venedig sicherte Bundeskanzler Kohl denn auch derartige Unterstützungsmaßnahmen seitens der BRD zu. Doch erst nach einigen regierungsinternen Streitigkeiten einigte man sich letztlich auf einen Kompromiß, und im Herbst 1987 wurden schließlich drei Schiffe der Bundesmarine ins Mittelmeer verlegt, wo sie Aufgaben übernehmen sollten, die bis dahin US-amerikanische Schiffe hatten.

Das Ende des Konsenses

Zur gleichen Zeit liefen die von Wörner und anderen erzkonservativ-nationalistischen Politikern längst ersehnten ersten Schritte zur Aufweichung des Konsenses über den Einsatzrahmen der Bundeswehr an: Der Verteidigungsminister gab in Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt bereits im Frühjahr 1987 dem Führungsstab der Streitkräfte den Auftrag, über mögliche Einsätze von Bundeswehreinheiten in Krisengebieten nachzudenken. Vom Beschluß des Bundessicherheitsrates aus dem Jahr 1982 sollten sich die Militärs bei ihrem Nachdenken ausdrücklich nicht beeinflussen lassen.

Das daraufhin erstellte nichtöffentliche Papier der Militärs wich denn auch von der bisherigen Verfassungsinterpretation ab und sah nunmehr zwei für die Bundeswehr neue Einsatztypen als möglich an:

1. Bei völkerrechtswidrig verlegten Seeminen dürfe sich die Bundesmarine an einer Minenräumaktion beteiligen und

2. bei Bedrohungen deutscher Handelsschiffe durch Kriegshandlungen jenseits des NATO-Gebietes dürfe die Bundesmarine diese schützen, ggf. durch "Bekämpfung des gegnerischen Waffenträgers".

In Kenntnis dieses im Oktober fertiggestellten Papiers forderte der Kanzlerberater in Sicherheitsfragen, Horst Teltschik, schließlich in einem Interview, daß die Bundesrepublik "darüber nachdenken (müsse, W.R.), wie sie im stärkeren Maße internationale Verantwortung übernehmen" könne. Und in bezug auf die Verfassung fügte Teltschik hinzu, daß diese "viel mehr (!) Möglichkeiten zuläßt, als im Augenblick dargestellt wird."

Damit wurde erstmals direkt aus dem unmittelbaren Regierungsumfeld einer Einsatzausweitung das Wort geredet. Der regierungsinterne Konsens über den Einsatzrahmen der Bundeswehr war zerbrochen, und die Debatte um die Einsatzausweitung erreichte damit eine neue Qualität: Zuvor nur auf wenige konservative Kreise beschränkt, drang sie nach Teltschiks Äußerungen in die Regierung ein. Obwohl offiziell an der alten Position festgehalten wurde, war seit dem Interview Teltschiks die Position der Bundesregierung außenpolitisch kaum mehr tragbar. Jeder Verweis auf die Verfassung mußte seitdem als billige Ausrede angesehen werden. Bündnispolitisch hatte die Union damit die FDP in die Enge getrieben. Die vor allem mit der Person Genschers verbundene ablehnende Haltung der FDP gegenüber Out-of-Area-Einsätzen trieb diese international ins Abseits.

Seit diesem Interview verstummte die Debatte um eine Einsatzausweitung nicht mehr. Die Bundesregierung und besonders das Verteidigungsministerium machten sich daran, die Debattierenden durch immer neue Papiere und längst geschaffene Fakten vor sich her zu treiben.

SPD-Vorstoß

Bereits 1987 wußte der Spiegel zu berichten, daß auch innerhalb der SPD über erweiterte Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr nachgedacht würde. Allgemein ging die Argumentation innerhalb der SPD dahin, durch eine klarstellende Grundgesetzänderung Einsätze "nur im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen und zur humanitären Hilfeleistung" zu ermöglichen, damit aber jedweden weiteren Einsätzen einen Riegel vorzuschieben. Erst Mitte 1988 traten einzelne SPD-ler dann mit einem konkretisierten Vorschlag an die Öffentlichkeit, demzufolge friedenssichernde Maßnahmen und Einsätze gemäß Abschnitt VII der UN-Charta erlaubt werden sollten. Erstaunlich nicht nur die Berufung der außen- und sicherheitspolitischen Experten der SPD-Fraktion auf Abschnitt VII (2), weitaus erstaunlicher war noch die Begründung für den Vorschlag. Denn neben der Behauptung, damit weiteren Einsätzen einen Riegel vorschieben zu können, was gerade mit dieser Änderung eben nicht möglich gewesen wäre (3), formulierte der Kreis um Gansel und Bahr: "Unsere Initiative ist ein wichtiger sozialdemokratischer Beitrag für eine zusätzliche Sinngebung der Bundeswehr. Sie kann insoweit den gesellschaftlichen Konsens für die Rolle der Bundeswehr stärken und zur Identitätsfindung der Bundesrepublik beitragen." Angesichts einer solchen "Opposition" muß man sich nicht wundern, daß die Regierung im weiteren Verlauf leichtes Spiel hatte, ihre Vorstellungen durchzusetzen, auch wenn die SPD-Basis auf dem Münsteraner Parteitag diesem Vorhaben eine klare Absage erteilte.

Golfkrieg und Kommissionsempfehlung

Bereits aufgrund des Golfkrieges war die Diskussion erheblich intensiviert fortgeführt worden und die Positionen in Öffentlichkeit und Parteien hatten sich deutlich gewandelt: Wurden zunächst alle Out-of-Area-Einsätze seitens der Bevölkerung, der FDP und der SPD-Basis abgelehnt, wich diese Position nun einer Zustimmung zu UN-Blauhelmen, bei gleichzeitiger Ablehnung von Kampfeinsätzen selbst unter UN-Flagge. In dieser Situation nun legte die vom Bundestag mit den Stimmen der Koalition eingesetzte "Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr" 1991 ihren Abschlußbericht vor, der empfahl, die Bundesrepublik müsse verdeutlichen, "daß deutsche Sicherheit nicht allein durch Entwicklungen in Europa, sondern auch durch solche jenseits der geographischen Grenzen und jenseits des nordatlantischen Bündnisgebietes gefährdet werden kann" (Punkt 1 der Empfehlungen des Kapitels "Künftige Aufgaben, Aufträge und Struktur deutscher Streitkräfte") und fortfuhr, daß "deutsche Streitkräfte (..) sich künftig, sofern die Bundesregierung von den Vereinten Nationen dazu aufgefordert wird, an internationalen Einsätzen im Rahmen der UN-Charta beteiligen" sollten (Punkt 2) und dafür "organisatorische Voraussetzungen (..) zu

schaffen" (Punkt 5) seien. Eine Grundgesetzänderung wurde von der Kommission im übrigen nicht als erforderlich angesehen.

Verteidigungspolitische Richtlinien

Wenige Monate später legte der damalige Verteidigungsminister das sogenannte Stoltenberg-Papier vor, das in bezug auf den Einsatzrahmen den Kommissions-Empfehlungen folgt, jedoch einerseits eine vorherige Grundgesetzänderung als notwendig ansieht, während es andererseits deutsche Interessen und die diese bedrohenden Risiken weiter definiert als die Kommission (s.u.).

Doch erst mit Volker Rühe bekam die Bundeswehr den Mann an der Spitze des Verteidigungsministeriums, der gemeinsam mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr General Naumann die Einsatzausweitung in Wort und Tat intensiv vorantrieb. Im November 1992 legte Rühe die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vor, die weit konkreter noch als das Stoltenberg-Papier die Interessen und Risiken benennen, die die Bundeswehrplanung bestimmen. Und in bezug auf die Folgerungen für den Auftrag der Bundeswehr gehen die VPR eher noch über das hinaus, was bereits die Kommission empfahl. Erstmals tritt auch die Landesverteidigung in den Hintergrund. Statt dessen soll "Krisenmanagement (..) als künftige Schwerpunktaufgabe an die Stelle der bisherigen Ausrichtung auf die Abwehr einer großangelegten Aggression treten." Dieses Papier wurde offizielle Grundlage der weiteren Bundeswehrplanung. Alle weiteren Schritte der Bundesregierung beruhen im wesentlichen auf der Grundlage der VPR und sind letztlich konkrete planerische Umsetzungen der hier vorgelegten Politik.

Bundeswehrplan und Konzeptionelle Leitlinie

Bereits im Stoltenbergpapier und den VPR findet sich die grundlegende Neuerung in der Struktur der Streitkräfte: Die Zweiteilung in Krisenreaktionskräfte und Hauptverteidigungskräfte. Planerisch ausgestaltet wurde diese Zweiteilung erstmalig mit dem Bundeswehrplan '94 vom 15.12.1992. Hier wurden die Einheiten benannt, die künftig die Krisenreaktionskräfte ausmachen sollten, sowie zwei Brigaden, die zwar "ebenfalls den Krisenreaktionskräften zugeordnet, aber vorrangig für humanitäre und VN-Einsätze befähigt und dafür personell und materiell ausgestattet" werden sollen.

In der "Konzeptionellen Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr" wurden, basierend auf der reduzierten militärischen Personalstärke von 340.000 SoldatInnen, 50.000 SoldatInnen den Krisenreaktionskräften zugeordnet. Auch wurde hier erstmals die Wehrdienstregelung getroffen, daß nur Wehrpflichtige, die sich freiwillig für Krisenreaktionsaufträge melden, an diesen teilnehmen werden, und daß diese Wehrpflichtigen freiwillig länger dienen können, bis maximal 23 Monate. Auch wurde hier die Forderung nach einer eigenständigen nationalen Führungsstruktur und nach nationalen Aufklärungs- und Kommunikationsstrukturen bekräftigt. Die Konzeptionelle Leitlinie wurde von Volker Rühe unmittelbar nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 12.7.1994 erlassen.

Verfassungsgerichtsurteil

Dieses Verfassungsgerichtsurteil bedeutete den letzten wirklich großen Schritt hin zu der angestrebten Umstrukturierung der Bundeswehr. Das Urteil bedeutete einen Sieg für die Bundeswehr auf der ganzen Linie. Denn das Verfassungsgericht erklärte nicht nur Einsätze, die im Auftrage des UN-Sicherheitsrates vorgenommen werden, als verfassungsgemäß, sondern auch solche, die im Rahmen eines Systems, das "bei Angriffen von Außen zum kollektiven Beistand verpflichten soll" (d.h. NATO und WEU), vorgenommen werden. Damit werden so gut wie alle denkbaren Einsätze für verfassungsgemäß erklärt. Nicht gedeckt sind lediglich Einsätze im nationalen Alleingang oder in spontanen Allianzen, sofern diesen kein Beschluß eines Systems kollektiver Sicherheit oder kollektiven Beistandes zugrundeliegt. Die Regierung konnte jubeln - und sie tat es auch.

Die einzige Einschränkung, der sogenannte Parlamentsvorbehalt ist ein Witz, denn welche Koalitionsmehrheit wird tatsächlich gegen die Regierung stimmen bei einer, wie es im Zweifelsfall wohl heißen wird, grundlegenden Entscheidung von nationaler Bedeutung, oder wenn es gilt, die Welt vor einem "zweiten Hitler" (s. Golfkrieg) zu schützen.

Seit dem Verfassungsgerichtsurteil sind, mit Ausnahme des neugegründeten Kommandos Spezialkräfte, qualitativ keine neuen Forderungen oder Veränderungen vorgenommen worden. Im wesentlichen ging es im

Folgenden bis heute darum, den Umbau der Bundeswehr zu einer Kriseninterventionstruppe möglichst zügig und reibungslos zu gestalten und dabei den Haushaltskürzungen möglichst geschickt zu entgehen. Das Ressortkonzept zur Anpassung der Streitkräftestrukturen vom März 1995 und die drei Monate später erfolgende erneute Anpassung an die geänderte Haushaltslage verdeutlichen einerseits die Schwierigkeiten der Bundeswehr, mit knappem Haushalt den Aufbau der Krisenreaktionskräfte wie geplant zu realisieren, andererseits konkretisieren sie diesen Umbau und treiben ihn auf Kosten der Hauptverteidigungskräfte weiter voran. Für die Krisenreaktionskräfte werden nach wie vor neue gigantische Rüstungsprojekte aufgelegt, und sie genießen bei den Beschaffungsvorhaben klare Priorität. Die Haushaltskürzungen gehen allesamt zulasten der Hauptverteidigungskräfte.

Auch wenn es beharrlich geleugnet wird: die Bundeswehr ist bereits eine Zwei-Klassen-Armee, und es zeichnet sich ab, daß aufgrund der Haushaltslage, die sich durch die endgültige Entscheidung für den Eurofighter weiter verschlimmert hat, spätestens nach der nächsten Bundestagswahl die Wehrpflicht abgeschafft wird. Ein Erfolg ist das unter diesen Umständen aber wahrlich nicht!

Souveränitätsgewinn

Vor allem für Teile der CDU/CSU und der ihnen nahestehenden konservativen Medien/JournalistInnen lag der Hauptantrieb, einer größeren Rolle der Bundeswehr das Wort zu reden, darin, noch bestehende Souveränitätsbeschränkungen zu beseitigen. Dieses Motiv ist wesentlich für die Kräfte, die bereits in den Siebzigern und frühen Achtzigern einem "Out-of-Area-Engagement" das Wort redeten. Auch nach der vollständigen juristischen Wiedererlangung nationaler Souveränität verlor dieser Argumentationsstrang nicht seine Gültigkeit. Denn der erlangten Souveränität standen nach wie vor Einschränkungen entgegen - die Verfassung, die Meinung der Bevölkerungsmehrheit und nicht zuletzt die deutsche Geschichte. Insofern kam für weite Teile der CDU eine Beschränkung auf UN-Einsätze, gleich welcher Art, auch nicht in Frage. In ihren Augen hätte dies nur eine weitere Beschränkung des für sie erwünschten Spielraums bundesdeutscher Militär- und Außenpolitik bedeutet.

Nach der Vereinigung stand für diese Kreise schon bald nicht so sehr die Frage nach der Abstreifung jedweder Einschränkungen, sondern vielmehr die nach einer Erweiterung des bundesdeutschen Handlungsspielraums und einer Verbesserung der bundesdeutschen Machtposition in den internationalen Beziehungen im Vordergrund. Dazu gehören die Forderungen nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat (4), nach einer stärkeren militärischen Rolle der Europäischen Union, einer Stärkung des sogenannten europäischen Pfeilers in der NATO und mit beidem verbunden einer größeren Rolle der WEU sowie die engagierte Verfolgung sogenannter "nationaler Interessen" in Einzelfragen. Auch in den offiziellen Papieren und Verlautbarungen wird mit dem nationalen Anspruch nicht hinter dem Berg gehalten.

Um den Machtzuwachs zu erreichen setzt die Bundesregierung auf alle Karten: Eine Vielzahl von Organisationen und bi- bzw. multilateralen Verflechtungen sollen je nach Einzelfall aktiviert werden können, je nachdem, welche Organisation oder welches Bündnis für die eigenen Interessen gerade am geeignetsten erscheint. Und unbedingte Voraussetzung, die eigenen Interessen verfolgen und artikulieren zu können, ist, ggf. auch zum militärischen Einsatz bereit zu sein und Aufgaben zu übernehmen, die bis dato stets anderen überlassen wurden. Denn in der Tat, die bisherigen Bundesregierungen haben die militärische Stabilisierung des weltwirtschaftlichen und internationalen Systems nur zu gerne anderen überlassen. Wenn die jetzige Regierung behauptet, die Verbündeten entlasten zu wollen, geht es ihr in Wirklichkeit allerdings nicht um eine Entlastung, sondern vielmehr darum, ihre eigenen Interessen endlich auch nach eigenen Maßstäben zur Geltung bringen zu können.

Bündnispolitische Interessen

Wie schon bei der Darstellung über den Flottenaufmarsch im persisch-arabischen Golf ausgeführt, gab es von seiten der Verbündeten, allen voran der US-Regierung, massive und steigende Anforderungen an die Bundesregierung, sich an Out-of-Area-Aktionen zu beteiligen.

Für die Verbündeten lagen diese Forderungen aus zwei Gründen 1987/88 so dringend wie noch nie auf dem Tisch: Zum ersten war die Bundesrepublik zu einer der größten Wirtschaftsmächte aufgestiegen und schickte sich zusehends an, ihren wirtschaftlichen Einfluß in Machtgewinne umzusetzen. So wurde der Prozeß der Annäherung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft von der BRD stetig vorangetrieben und die EG

zunehmend von der BRD dominiert. Gerade nach Jahren der räumlichen Ausdehnung der EG wurde im Laufe der Achtziger von der Bundesregierung der Prozeß vorangetrieben, die EG zu einem weltpolitischen Faktor auszubauen und die wirtschaftliche und politische Integration zu vertiefen. Diese zunehmende wirtschaftliche Bedeutung der EG und hier besonders der BRD fiel zeitlich mit einem wirtschaftlichen Niedergang der USA zusammen. Reagans Hochrüstungspolitik wurde mit einem enorm gestiegenen Haushaltsdefizit erkauft, und die USA hatten zudem zusehends Handelspositionen gegenüber der EG/BRD und Japan räumen müssen, was beides zusammengenommen dazu führte, daß die US-Ökonomie nicht nur erstmals seit 1914 in eine Netto-Schuldnerposition geriet, sondern gar gleich zum weltgrößten Schuldner wurde. Angesichts dessen waren die veröffentlichte Meinung, die strategic community und die Regierung der USA nicht länger gewillt, weiterhin allein das eigene Militär für die Aufrechterhaltung des Weltwirtschaftssystems und der westlichen Dominanz militärisch eingreifen zu lassen.

Zudem wurde Mitte der Achtziger die jahrelang schlafende WEU auf Betreiben nicht zuletzt der Bundesregierung wiederbelebt und zunächst vor allem über die deutsch-französische Kooperation im Bereich der Sicherheitspolitik die Europäisierung der Sicherheitspolitik vorangetrieben. Aus diesen politischen und ökonomischen Gründen nahmen seitens der USA die Forderungen an die europäischen Verbündeten und hier ganz besonders an die bisher unter Verweis auf die Verfassung militärisch abstinente BRD massiv zu.

Der zweite Grund für die Verbündeten, mehr Engagement der BRD zu fordern, lag darin begründet, daß die bisherigen Bündnisleistungen der BRD im Gefolge der Ost-West-Annäherungen und erstmaliger realer Abrüstungsschritte zwar noch nicht direkt bedeutungslos wurden, aber doch nicht mehr die Priorität genossen, die ihnen bisher zukamen.

Andererseits gab es für die Bundesregierung ähnliche Gründe, diesen Anforderungen der Verbündeten gerade jetzt nachzukommen. Denn mit der gesunkenen Rolle des bisherigen NATO-Beitrags mußte anderweitig Ersatz geschaffen werden, wollte man nicht den eigenen Einfluß verlieren. Zudem mußte die Bundesregierung miterleben, wie an ihr vorbei das INF-Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion ausgehandelt wurde. Die Bundesregierung fürchtete einen Rückzug der US-Amerikaner und war auch daher eher denn je geneigt, den Anforderungen der US-Regierung entgegenzukommen und zumindest symbolisch Bündnistreue zu demonstrieren.

Wirtschaftliche Interessen und Legitimationskrise

Daß die Bundesregierung angesichts der hohen Rohstoff-Abhängigkeit und außenwirtschaftlichen Verflechtung der bundesrepublikanischen Wirtschaft ein Interesse an der Aufrechterhaltung des gegebenen weltwirtschaftlichen Systems und der Stabilität des internationalen Systems hatte und hat, liegt auf der Hand. Bis Mitte der Achtziger griff die BRD zur Stabilisierung des Systems hauptsächlich auf handels-, entwicklungs- und z.T. auf militärpolitische Mittel (Militär- und Polizeihilfe) zurück. Diese Mittel schienen konservativen CDU/CSU-Strategen schon lange nicht mehr genug und der bundesdeutschen Wirtschaftskraft nicht mehr angemessen. Angesichts der skizzierten Anforderungen seitens der Bündnispartner gewannen entsprechende Vorstöße an Bedeutung.

Diese Positionen wurden auch in den einschlägigen Strategie-Papieren aus dem Verteidigungsministerium übernommen. Ihre klarste Formulierung findet sich im Stoltenberg-Papier. Demzufolge gehört zu den "deutschen Sicherheitsinteressen" die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen."

Mit der deutlichen Annäherung der beiden militärischen und politischen Blöcke - verbunden mit den durch die Friedensbewegung geweckten Zweifeln an der bisherigen Militärstrategie - geriet die Bundeswehr in eine wachsende Legitimationskrise. In dieser Situation kamen die Überlegungen über UN-Einsätze den Bundeswehr-Oberen gerade recht. Die UN-Friedenstruppen bekamen 1988 den Friedensnobelpreis, und die Bundeswehr witterte ihre Chance, ihre verloren gegangene Legitimation wiederzuerlangen und zugleich das durch die Friedensbewegungen der Achtziger angeschlagene Image aufzupolieren.

Stärkung der UN und Hilfe in Konfliktlagen

Erst die Argumentation mit der "Hilfe für die Vereinten Nationen" brachte Bundeswehr und herrschende Sicherheitspolitik in die Offensive. (Ungewollte) Hilfsdienste leisteten dabei jene Kräfte, die mit ihrer

Argumentation pro UN-Einsätze tatsächlich nichts weiter verfolgten, als die UN stärken zu wollen, in bestimmten Konfliktsituationen eingreifen zu können, um die Not zu lindern, oder festgefahrene Bürgerkriege zu stoppen. Diese Argumentationsmuster fanden sich vor allem in Teilen der SPD und bei den Bündnisgrünen.

Für diese Argumentation gilt jedoch, daß sie angesichts der real vorfindbaren Interessenlage seitens der Regierung, der Militärs und Teilen der Industrie zumindest unglaublich naiv war und ist und daß diese humanitär orientierte Argumentation erheblich dazu beigetragen hat, der Regierung ihren Durchmarsch so leicht zu machen und dabei alles andere als humanitäre Ziele zu verfolgen. Der damalige stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke warnte bereits 1988: "Der Vorschlag (UN-Einsätze per Verfassungsänderung zu ermöglichen, dadurch aber gleichzeitig anderen Einsätzen einen Riegel vorzuschieben, W.R.) ist (..) außenpolitisch verfehlt. Außerdem ist er auch noch innenpolitisch treuherzig. In der internen Diskussion habe ich von Anfang an davor gewarnt, daß ein solcher Vorschlag keineswegs zu der geplanten Grundgesetzänderung führen, sondern lediglich die Hemmschwelle der bisher übereinstimmenden verfassungsrechtlichen politischen Ablehnung senken und beseitigen werde. Und so tönt es denn, wie vorauszusehen war, aus der Union (...) freudig zurück: der Vorschlag sei politisch ganz prima, aber eine Grundgesetzänderung sei gar nicht erforderlich, das ginge alles auch so. Und dabei solle der UNO-Einsatz natürlich nur der erste Schritt dazu sein, einen militärischen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Vertragsbereiches des Bündnisses allgemein zu ermöglichen. Der insoweit bereits eingetretene Schaden ist nicht mehr ungeschehen zu machen." Unglaublich, daß ehemalige Friedensbewegte wie auch SozialdemokratInnen und Bündnisgrüne diese Weitsicht nicht hatten und entsprechende Warnungen aus der Friedensbewegung, ja aus den Parteien selbst, wiederholt ignorierten.

Das fatale Vertrauen auf die Verfassung

Die Argumentationen gegen die Einsatzausweitung brauchen im ak sicherlich nicht dargestellt zu werden, doch muß an dieser Stelle auf einen politischen Fehler verwiesen werden: Denn der Hauptargumentationsstrang gegen eine Einsatzausweitung der Bundeswehr beruhte auf einer verfassungsrechtlich begründeten Ablehnung der Einsätze. Dies betraf sowohl die Friedensbewegung als auch weitaus stärker noch die Parteien und ParteipolitikerInnen von Genscher über linke SozialdemokratInnen bis hin zu dem überwiegenden Teil der Bündnisgrünen.

Es war m.E. ein großer politischer Fehler, die friedenspolitische Argumentation gegen eine Einsatzausweitung derart zurückzustellen und sich auf das dünne Eis der juristischen Argumentation zu begeben. Denn nur durch diese Verkürzung der möglichen Argumente gegen Bundeswehr-Einsätze konnte es nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil so scheinen, als wäre nun nichts mehr gegen Einsätze der Bundeswehr einzuwenden.

Sicher, die Friedensbewegung, die ihr nahestehenden Zeitschriften, wie auch zahlreiche Einzelaktionen und -gruppen vor Ort haben weitgehendere Argumentationsmuster gehabt und zu vermitteln versucht. Aber wir müssen uns letztlich doch zuschreiben, zumindest gedacht zu haben, daß das BVerfG-Urteil so schlimm schon nicht kommen werde, und uns zumindest auch auf die Ebene der Verfassungsargumentation eingelassen zu haben. Diesen Fehler wieder wett zu machen, scheint derzeit leider außerhalb der Fähigkeiten der antimilitaristischen Kräfte.

Wolfram Rittmeyer

Anmerkungen:

(1) Der Bundessicherheitsrat besteht aus dem Außenminister, dem Justizminister, dem Innenminister, dem Verteidigungsminister und dem Chef des Bundeskanzleramtes.

(2) Die in der Charta gar nicht vorgesehenen Blauhelm-Einsätze gelten als unter Abschnitt VI fallend.

(3) Der Golfkriegs-Einsatz war bekanntlich ein Einsatz gemäß Abschnitt VII der Charta.

(4) Zunächst wurde dieser Sicherheitsratssitz knallhart nur für sich selbst in Anspruch genommen. Erst in jüngerer Zeit wird etwas vorsichtiger argumentiert und neben der BRD auch noch Japan sowie je einem Land aus Afrika, Asien und Süd-/Mittelamerika ein UN-Sicherheitsratssitz zugedacht. Das hat nicht etwa damit zu tun, daß der Regierung die UN-Machtstrukturen nun plötzlich doch etwas ungerecht vorkämen, als vielmehr

damit, wohl nur noch über diesen sanfteren Weg das eigene Ziel durchsetzen zu können. Eine Erweiterung der ständigen Sitze im UN-Sicherheitsrat ohne Vetorecht wurde von der Bundesregierung wiederholt entschieden zurückgewiesen.

Weiterführende Literatur:

ASE/Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik (Hg.) 1993: Bundeswehr - längst out-of-area. Dokumentation, Everswinkel. Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden bei: ASE e.V., Wolfram Rittmeyer, Düesbergweg 9a, 48153 Münster, Tel/Fax: 0251-785392, a.s.e@uni-muenster.de, http://www.muenster.org/ase/index.htm. Portoerstattung (3,-DM) wäre nett!!!

Bauer, Harald 1988: Westeuropäisierung: Was ist dran?, in: ami 6/88: III-51(Y-31)-III-61(Y-41).

Berndt, Michael 1997: Deutsche Militärpolitik in der "neuen Weltordnung". Zwischen nationalen Interessen und globalen Entwicklungen, Münster.

BMVg/Bundesminister der Verteidigung (Hg.) 1993: Die Bundeswehr der Zukunft - Bundeswehrplan '94 -, Informationen zur Sicherheitspolitik, Januar 1993, Bonn.

BMVg/Bundesministerium der Verteidigung (Hg.) o.J. [1994]: Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn.

Dau, Klaus und Gotthard Wöhrmann 1996: Der Auslandseinsatz deutscher Streitkräfte. Eine Dokumentation des AWACS-, des Somalia- und des Adria-Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht, Heidelberg.

Falk, Rainer 1985: Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, Köln.

Forum Zukunft o.J. [1992]: Sicherheit eine Aufgabe von gestern? Ottobrunn.

Grässlin, Jürgen 1997: Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird, München.

Hippler, Jochen 1988: Westliche Flottenpräsenz im Persischen Golf und die Diskussion um Out-of-Area Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr, Arbeitspapier Nr. 6, Institut für Internationale Politik, Wuppertal (heutiger Sitz: Berlin).

Horlohe, Thomas 1988: Der Riese in der Krise, in: ami 6/88: III-37(Y-17)-III-46(Y-26).

Hubert, Hans-Peter 1990: Die Diskussion in der BRD um die Beteiligung der Bundeswehr an "UN-Friedenstruppen" 1988/89, DFSP-Info Nr. 5, Dokumentationstelle Friedens- und Sicherheitspolitik, Münster.

Nikutta, Randolph 1994: Der Einfluß der Öffentlichkeit auf die "Out-of-area"-Politik der Bundesrepublik Deutschland, in: Scherer, Klaus Jürgen und Ulrike C. Wasmuth (Hg.): Mut zur Utopie! Festschrift für Fritz Vilmar, Münster.

Pohl, Reinhard 1994: Out of Area, Heft 48 der Reihe "BRD + Dritte Welt", Kiel.

Pflüger, Tobias 1997: Die neue Bundeswehr. Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg?, Köln.

Reeb, Hans-Joachim 1990: Warum noch Streitkräfte? Ein Plädoyer für alte und neue Aufgaben, in: Informationen für die Truppe, 2/1990: 44-58.

Rittmeyer, Wolfram 1993: Die Bundeswehr unterwegs - auf der Suche nach dem Sinn, in: ASE 1993.

Rittmeyer, Wolfram 1995: Die "neue" Sicherheitspolitik der BRD, Arbeitspapier Nr.2, Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Everswinkel.

Thomas, Caroline o.J. [1992]: Die Bundesrepublik als "normale" militärische Mittelmacht. Out-of-Area-Einsätze der Bundeswehr, Hintergrundbroschüre, Netzwerk Friedenskooperative, Bonn.

Thomas, Caroline und Randolph Nikutta 1990: Bundeswehr und Grundgesetz. Zur neuen Rolle der militärischen Intervention in der Außenpolitik, Militärpolitik Dokumentation, Heft 78/79, Frankfurt/M.

Unabhängige Kommission für die künftige Aufgaben der Bundeswehr 1991: Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr. Abschlußbericht und Empfehlungen, Bonn, 24. September 1991; in der dem Bundestag vorgelegten Fassung (diese weicht von der inzwischen vorgelegten Buchfassung ab.)

19. Boat-People aus Kurdistan. Abschottung der EU ist kein Sandkastenspiel mehr

Autor: Büro Ulla Jelpke · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:26

Während die Deutschen unterm Tannenbaum saßen, suchten rund 1.200 Menschen, überwiegend KurdInnen, Zuflucht in Westeuropa. Sie vertrauten ihr Leben schrottreifen Schiffen und skrupellosen Fluchthelfern an und schipperten nach Italien. Zur "Flüchtlingswelle" hochgebauscht, entfaltet der Versuch dieser Menschen, Zuflucht in Europa zu finden, nicht nur in Italien, sondern in der gesamten EU und damit auch hierzulande eine politische Dynamik, die von der Linken, dem bürgerrechtlichen Spektrum und antirassistischen Gruppen nicht unterschätzt werden sollte.

Für die Strategen einer notfalls auch militärischen Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen jedenfalls ist nunmehr der Ernstfall eingetreten. In einer polizeilichen und propagandistischen Aktion sondergleichen treibt insbesondere das Bonner Innenministerium den Abwehrkampf der EU gegen "illegale Einwanderer" voran.

Ende Dezember 1997 endete die jüngste Invasion, die das türkischen Militär völkerrechtswidrigerweise in der UN-Sicherheitszone im Nordirak durchführte. Allein der letzte türkische Einmarsch im Oktober 1997 hatte die Vertreibung von 10.000 KurdInnen zur Folge. (Neue Zürcher Zeitung, 28.10.97) Nach Berechnungen der UN sind in den vergangenen fünf Jahren durch Kämpfe kurdischer Clans und die wiederholten Einmärsche der türkischen Armee in das Mandatsgebiet der UN rund ein Drittel der dortigen kurdischen Bevölkerung vertrieben worden.

Die Bundesregierung unterstützt das Vorgehen der Türkei nicht nur durch massive wirtschaftliche Hilfe und polizeiliche Ausbildung, sondern auch durch den Verkauf und die Überlassung militärischen Gerätes. Erst vor kurzem bürgte die Bundesregierung für eine Lieferung von Beobachtungs- und Aufklärungsgeräten zur mobilen Grenzüberwachung im Wert von 61,5 Mio. DM, die der Gouverneur von Diyarbakir in der BRD geordert hatte. (BT-Drs. 13/8564) Mit an den deutschen Ostgrenzen erprobter Technik soll die Flucht von Kurdinnen und Kurden aus dem Irak in die Türkei unterbunden werden.

Gleichzeitig verhandelt die Bundesregierung nach Erkenntnissen der grünen Bundestagsabgeordneten Amke Dietert-Scheuer mit Vertretern der mit der Türkei kooperierenden nordirakischen Kurdenpartei KDP. Diese Gespräche zielen zum einen auf die Unterbindung der Schleusung irakischer Kurdinnen und Kurden in die Türkei und auf die Schaffung einer vorgeblich "sicheren Fluchtalternative" im Nordirak (in dem Gebiet der KDP) durch die gezielte Vergabe von Geldern an die KDP für den Aufbau ziviler Auffang-Strukturen. Zum anderen soll auch ein Landweg geöffnet werden, auf dem über die türkisch-irakische Grenze nordirakische kurdische Flüchtlinge aus der Bundesrepublik in den Nordirak abgeschoben werden könnten.

Dies wird von der Bundesregierung allerdings bestritten. (BT-Drs. 13/8906)

Massenflucht

auf "Seelenverkäufern"

Seit 1996 fliehen zunehmend mehr Menschen aus dem türkischen bzw. irakischen Kriegsgebiet:

Am 25. November 1996 ertranken 289 Menschen - darunter viele KurdInnen, als ihr Flüchtlingsschiff "Youham" im Mittelmeer sank; im Juli 1997 ertranken 40 kurdische Flüchtlinge, als ihr Fluchtschiff aus der Türkei in Richtung Griechenland in der Ägäis unterging; im Oktober 1997 verhinderten 250 kurdische Flüchtlinge, daß das Schiff "Asiye Asa" von Schleusern vor der italienischen Küste versenkt wurde; am 2. November 1997 strandeten vor St. Maria di Leuca (Italien) das Schiff "Hussam Beirut" und mit ihm 769 kurdische Flüchtlinge; am 28. Dezember 1997 lief vor der kalabrischen Küste nahe Santa Caterina dello Ionio das türkische Schiff "Ararat" auf Grund. 825 zumeist kurdische Flüchtlinge konnten gerettet werden; am Neujahrstag 1998 schließlich wurden von dem führungslos vor dem italienischen Capo di Otranto fahrenden Schiff "Cometa" 386 mehrheitlich kurdische Flüchtlinge gerettet.

Generalmobilmachung

an der Flüchtlingsfront

Die Bundesregierung bezeichnet diese Massenflucht aus dem türkischen bzw. nordirakischen Kriegsgebiet als "illegale Zuwanderung". Unterstützung findet Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) hierbei wieder einmal bei der SPD: Nicht nur der niedersächsische Innenminister Günter Glogowski, auch der Außenpolitiker Karsten Voigt spricht sich kategorisch dafür aus, die Flucht von KurdInnen unter allen Umständen zu verhindern. Die regierungsamtliche Uminterpretation der Massenflucht in eine "illegale Zuwanderungsbewegung" hat enorme Auswirkungen auf die öffentliche Meinung.

Schon am 4./5. Dezember 1997 drängte Kanther auf der Tagung der EU-Innen- und JustizministerInnen, (s)ein "Sofort-Aktionsprogramm" anzunehmen, um "dem Migrationsphänomen (sic!) nahe am Ausgangsherd entgegenzutreten, wo es sich noch im Zustand der Beherrschbarkeit befindet und daher effizienter zu bewältigen ist". Damit ist aus Bonner Sicht natürlich nicht etwa die Einberufung einer internationalen Konferenz für eine friedliche und politische Lösung des Krieges in Kurdistan gemeint - ganz im Gegenteil.

Auf dieser Ratstagung der EU wurde ein 5-Punkte-Katalog zur Abwehr kurdischer Flüchtlinge verabschiedet: 1. Unterstützung Italiens und Griechenlands durch die Überlassung technischen Geräts zur Grenzüberwachung sowie von Verbindungsbeamten. 2. Schulungsmaßnahmen bei Botschaften und Konsulaten sowie Erinnerung der Transportunternehmen an die Sanktionsdrohung der EU gegen die Beförderung "illegaler Einwanderer". 3. Angleichung und Flexibilisierung der einzelstaatlichen Asylverfahren. 4. Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Fluchthilfe. 5. Verhandlungen mit beitrittswilligen Staaten in Südosteuropa.

Die Verabschiedung des 5-Punkte-Katalogs löste eine hektische Betriebsamkeit aus: Eine inzwischen bereits unübersehbare und damit faktisch unkontrollierbare Zahl informeller Treffen von Politikern, EU-Bürokraten und Polizisten wurde in den letzten Wochen organisiert, Ad-hoc-Gremien wurden neu eingerichtet:

Das Bundesinnenministerium schlug ein "unverzügliches Sondertreffen mit den an der Balkanroute gelegenen beitrittswilligen MOE-Staaten" (1) für deren "Einbindung in die Gesamtstrategie der EU" vor.

Die EUROPOL-Vorläuferorganisation European Drug Unit (EDU) wurde von den Innen- und JustizministerInnen der EU damit beauftragt, ein "Ad-hoc-Projekt zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung auszuarbeiten". Zusätzlich sollte die EDU "ein Netz aufbauen, das den einschlägigen Sachverständigen die Kontaktaufnahme oder Zusammenkünfte ermöglicht". Auch eine Erweiterung des EDU-Mandats auf die Bekämpfung von Organisationen professioneller Fluchthelfer wird erwogen. (FAZ, 6.1.98)

Auf dem Treffen des Schengener Exekutivausschusses am 15.12.1997 wurde die Einrichtung einer task force beschlossen, die möglichst häufig zusammentreten soll.

Am 8. Januar trafen sich "hochrangige Polizeibeamte" aus Italien, Frankreich, den Niederlanden, Griechenland, der Bundesrepublik und der Türkei in Rom, um einheitliche Maßnahmen gegen die "illegale Zuwanderung" zu besprechen. Wäre es hierbei zu keiner Einigung gekommen, war im Vorfeld bekannt geworden, sollte sogar kurzfristig eine Sonderkonferenz des Schengener Exekutivausschusses einberufen werden.

Österreich und Frankreich haben ihre grenzpolizeilichen Kontrollen zu Italien wieder eingeführt - obwohl die Kontrollen am Brenner erst vor wenigen Wochen nach dem Schengen-Beitritt Österreichs und Italiens gelockert worden waren.

Derweil arbeiten sämtliche Gremien zur Flüchtlingsabwehr der EU (CIREA und CIREFI) auf Hochtouren. (2) In die Arbeitsgruppe "Migration" der 3. Säulen, der europäischen Innen- und Rechtspolitik, wurden Sachverständige der (außen- und militärpolitischen) 2. Säule der EU in die Abschottungsbemühungen einbezogen. Und - das hat die Bundesregierung bereits im Oktober bekannt gegeben - das Thema "Abwehr kurdischer Flüchtlinge" wird auch Gegenstand der kommenden Beratungen des Weltwirtschaftsgipfels sein. (BT-Drs. 13/8906)

Flüchtlingsschmuggel - ein Mordsgeschäft

Um das Schicksal der kurdischen Flüchtlinge schert sich die EU indessen nicht. Sie strebt lediglich die Entpolitisierung und Kriminalisierung der Flucht von KurdInnen sowie die Intensivierung einer vorrangig polizeilichen und gegebenenfalls auch militärischen Bekämpfung derselben an.

Dabei wird inzwischen immer deutlicher, wer hinter dem organisierten Schmuggel kurdischer Flüchtlinge steckt. Der Vizechef der Anti-Mafia-Kommission des italienischen Parlaments stellte fest, daß es die türkische Regierung sei, die mit den Menschenhändlern zusammenarbeite: "Sie, die die Kurden unterdrücke, dulde das Fluchtgeschäft der türkischen Mafia und decke gleichzeitig den Drogenhandel." (FR, 3.1.98) Mit dem Leid der Flüchtlinge kann wegen der Abschottungspolitik der EU viel Geld verdient werden. Sollten Presseberichte zutreffen, daß pro Flüchtling 5.000 US-Dollar an die Fluchthelfer gezahlt werden müßten, ergäbe dies allein bei den in diesem Artikel erwähnten kurdischen Flüchtlingen einen Betrag von über 12 Mio. US-Dollar.

Derweil entdeckt Jürgen Gottschlich in der taz die Schurken ganz woanders: Ohne auch nur ein einzigen Beweis vorzubringen, wähnt er die PKK als Drahtzieher des Flüchtlingsschmuggels. (taz, 5.1.98) Seine Argumentation fußt allein auf der - unstrittigen - Tatsache, daß die PKK von der Internationalisierung des Kurdenkonflikts und der damit verbundenen Medienöffentlichkeit profitiert. Aber diese politische Erkenntnis ersetzt eine Beweisführung nicht.

Der kurdische PDS-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus, Giyasettin Sayan, hat bereits im November letzten Jahres auf die Verwicklung der sogenannten türkischen Staatsmafia (bestehend aus Drogenhändlern, Mitgliedern der faschistischen "Grauen Wölfe"/MHP , Polizei, Armee und Teilen des Staatsapparats bis in die Spitzen der türkischen Regierung hinein) in den Schmuggel kurdischer Menschen in die EU hingewiesen: "Vielfach landen die Erträge aus dem Flüchtlingsschmuggel am Ende wieder in den Kassen der Militärs - und finanzieren so die nächste Vertreibungswelle." (ND, 25. 11.97) Sayan stützt sich hierbei auf folgende Fakten:

- Auf Intervention italienischer Behörden wurde Ende September in Istanbul ein Flüchtlingsschiff von der türkischen Polizei am Auslaufen gehindert. Der Eigner dieses Schiffe sei der pensionierte Major der türkischen Armee und MHP-Mitglied, Abdurrahmen Durmus, gewesen. Diesem soll auch das Schiff "Asiye Asa" gehören. Dessen Kapitän, Hasan Bülbül, sei ebenfalls ein Mitglied der "Grauen Wölfe".

- Am 4. November 1997, zwei Tage, nachdem vor Kalabrien 769 kurdische Flüchtlinge gestrandet waren, verhaftete die dortige Polizei vier türkische und einen pakistanischen Staatsangehörigen. Die vier Türken sollen Mitglieder der türkischen Mafia sein.

- Auf der Suche nach den Schuldigen am Tode der 289 Flüchtlinge vom 25.11.1996 stellte der zuständige italienische Staatsanwalt fest, daß diese Menschen "von der türkischen Mafia buchstäblich ins Meer gekippt" worden seien.

- Die italienische Polizei und der dortige Geheimdienst SISMI sollen eine Liste von inzwischen 80 türkischen Staatsangehörigen zusammenstellt haben, die sowohl in den Drogen- als auch in den Flüchtlingsschmuggel verstrickt sein sollen.

Hilfloses Rudern der italienischen Regierung

Der italienische Staatspräsident Scalfaro sagte in seiner Neujahrsansprache: "Wenn Menschen kommen, weil sie verfolgt werden, müssen unsere Tore weit offen stehen." (FAZ, 2.1.98). Der zackigen Forderung des deutsche Innenministers, die italienische Regierung müsse "die sofortige Rückschiebung der zuletzt gestrandeten kurdischen Flüchtlinge" gewährleisten, widersprach der italienische Ministerpräsident Prodi: "Wir werden allen Kurden, die darum bitten, politisches Asyl geben." (taz, 2.1.98)

Die italienische Regierung kündigte an, für Menschen, die vor Krieg, Folter und Vertreibung fliehen, die Tore weit offenzuhalten und ihnen die Gewährung von politischem Asyl in Aussicht zu stellen. Gleichzeitig sprach sie sich für die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz für Kurdistan aus. Mit dieser Haltung bot sie dem deutschen Innenminister die Stirn, vor allem auch, weil sie eine europäische Lösung in der Flüchtlingsfrage verlangte.

Das Bemühen der italienischen Regierung verdient zunächst Respekt. Vor allem, wenn man die derartig aufgeputschte Stimmung in Rechnung stellt. Dennoch, Italien wird sich noch gehörig in dem Netz verheddern, das in der EU zur Abwehr von Flüchtlingen gesponnen worden ist. Erst vor wenigen Wochen ist Italien mit

stolzgeschwellter Brust dem Schengener Vertrag beigetreten. Dieser Vertrag jedoch wird dafür sorgen, daß Kanther - vollkommen rechtmäßig - alle kurdischen Flüchtlinge, die von Italien aus in die BRD gelangen, dorthin zurückschicken wird, weil Asylverfahren ausschließlich in dem EU-Land durchzuführen sind, das Flüchtlinge zuerst betreten haben. Ein "Rückführung" nach Recht und Gesetz gilt seit Oktober 1997 auch für diejenigen Flüchtlinge, die erfolgreich das Asylverfahren durchlaufen haben, denn sie genießen in der EU nur Reisefreiheit, aber kein Niederlassungsrecht in anderen EU-Staaten. Insofern könnten sie nur als TouristInnen nach Deutschland einreisen. Eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis bliebe ihnen allerdings verwehrt.

Und auch das Jammern des römischen Innenministers Napolitano, Bonn dürfe die kurdische Massenflucht "nicht einfach als Problem illegaler Einwanderung ansehen" (FR, 3.1.98), ist wenig überzeugend: Italien hat sämtliche Beschlüsse sowohl innerhalb der EU als auch von Schengen mitgetragen, in denen die Abwehr der "illegalen kurdischen Einwanderung" mit polizeilichen oder nötigenfalls auch militärischen Mitteln minutiös festgelegt worden ist.

Büro Ulla Jelpke

Anmerkungen:

1) MOE-Staaten: mittelosteuropäische Staaten.

2) CIRA: Gremium für eine gemeinsame Beurteilung der Menschenrechtslage in den Herkunftsstaaten.
CEREFI: Europäisches Zentrum für Information, Reflexion und Austausch im Zusammenhang mit dem Überschreiten der Außengrenzen und der Einwanderung.

20. Kriminalität ist keine Frage des Passes, sondern der gesellschaftlichen Integration

Autor: Mark Holzberger · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:19

Kohl und Kanther wollen das Thema Kriminalität im Allgemeinen, vor allem aber die vermeintlich höhere Kriminalität von Nichtdeutschen, ins Zentrum eines autoritären, polizeifixierten und auf das Schüren von subjektiven Kriminalitätsängsten ausgerichteten Bundestagswahlkampfes rücken. Ende 1996 gaben die Generalsekretäre von CDU und CSU auf einer Pressekonferenz den Startschuß: Sie wollten in der Frage der "Ausländerkriminalität" ganz bewußt ein gesellschaftliches Tabu brechen - und insbesondere den hohen "Ausländeranteil" an der "Organisierten Kriminalität" ins Zentrum ihrer Propaganda rücken.

Die SPD ihrerseits hatte - fünf Jahre nach den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen - nichts besseres zu tun, als im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf erneut mit Ausländerfeindlichkeit und der Angst vor Kriminalität auf Stimmenfang zu gehen. Dafür hat sie die Quittung erhalten: Das von der Sozialdemokratie umworbene WählerInnenklientel wählte lieber das rechtsextremistische Original als die sozialdemokratische Kopie.

Die Geister, die Schröder und Voscherau gerufen haben, wird die SPD nicht mehr los werden. Die Union wird es sich mit Sicherheit nicht nehmen lassen, eine womöglich in Fragen der "Inneren Sicherheit" plötzlich zögerliche SPD bis zu den Bundestagswahlen immer wieder auf neue als unzuverlässige Schlappschwänze in der Öffentlichkeit vorzuführen.

Das Vorgehen von Union und SPD ist nicht nur verlogen. Es ist auch zutiefst unverantwortlich gegenüber denjenigen Menschen, die in der BRD ohne deutschen Paß leben. Neonazis benutzen diese Hetzpropaganda nur allzu gern als regierungs-offizielle Begründung für ihre Anschläge: Im ersten Halbjahr 1997 gab es einen Anstieg rassistischer und antisemitischer Straftaten um 10%. Und allein für Oktober 1997 wurden 49% mehr fremdenfeindliche Straftaten verübt als im Vorjahresmonat.

Innenminister Kanther ließ in seiner Eigenschaft als deutscher Schirmherr des "Europäischen Jahres gegen Rassismus" keine Gelegenheit aus, um zu demonstrieren, daß "Ausländer" nichts anderes als lästige Gäste seien: angefangen bei der Einführung des Kindervisums, über die Verschärfung des Asylbewerberleistungesetzes sowie des Verbots politischer Betätigung, der erleichterten Abschiebung nichtdeutscher Straffälliger, die "Verschlimmbesserung" des Aufenthaltsrechts für nichtdeutsche Ehefrauen, der Blockade in der Frage der Doppelten Staatsangehörigkeit bis hin zu der ungebrochenen Abschiebewut gegenüber AlgerierInnen, PalästinenserInnen, VietnamesInnen und - nicht zu vergessen - den bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen.

Kriminalitätsfördernd ist das Vorgehen Kanthers im vergangenen Jahr, das kompromißlos darauf zielt, Nichtdeutschen die gesellschaftliche Integration und die politische Teilhabe am öffentlichen Leben zu verwehren. Denn die Spaltung der Gesellschaft in Bezug auf die politische Teilhabe ist neben der Verarmung der wesentliche Faktor für kriminelles Verhalten.

Die Tücken der PKS

Die alljährlich vom Bundeskriminalamt (BKA) herausgegebene Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) widmet in ihrem analytischen Teil der Erfassung nichtdeutscher Tatverdächtiger nicht weniger als 17 Seiten. Das verwundert angesichts dessen, daß dem BKA beispielsweise der Komplex der Wirtschaftskriminalität lediglich magere zwei Seiten wert ist. Ein Schelm, der da böses denkt!

Bei der Beschäftigung mit dem kriminellen Verhalten von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit muß zuallererst der Begriff der "Ausländerkriminalität" hinterfragt werden:

Was ist überhaupt kriminell? Daß das unerlaubte Überschreiten der bundesdeutschen Staatsgrenze durch eine nichtdeutsche Person eine Straftat darstellt, ist ja nicht gottgegeben. Und wer oder was sind eigentlich "die Ausländer"? Langjährig in der BRD lebende MigrantInnen bzw. deren hier geborene Kinder wird nach wie vor die Doppelte bzw. eine durch Geburt zu erwerbende deutsche Staatsangehörigkeit verwehrt. Im Gegensatz dazu wird zuziehenden AussiedlerInnen automatisch ein deutscher Paß in die Hand gedrückt.

Obwohl beide Gruppen im Hinblick auf ihre soziale Desintegration bzw. gesellschaftliche (Rand-) Stellung vergleichbar sind, werden Erstere von der PKS als "Nichtdeutsche" erfaßt. AussiedlerInnen werden hingegen als deutsche Staatsangehörige statistisch nicht gesondert ausgewiesen. (Tabelle 1)

Wenn die PKS für das Jahr 1996 von einem Ausländeranteil von 28,3% am Kriminalitätsaufkommen spricht, so ist Vorsicht angesagt: In der PKS werden nur die Straftaten erfaßt, die polizeilich registriert worden sind. Die PKS kennt keine Straftäter, sondern erfaßt lediglich Tatverdächtige. Ob diese auch tatsächlich die gesuchten Täter waren, darüber kann die PKS nichts aussagen.

Nur ein Bruchteil der in der PKS registrierten Delikte werden der Polizei dienstlich bekannt. Zum ganz überwiegenden Teil stammen sie aus Anzeigen der Bevölkerung. Fremdenfeindliche Vorurteile sowohl in der Bevölkerung, wie auch innerhalb der Polizei (nach dem Motto: Ein Ausländer muß es gewesen sein!) können zu einem diskriminierendem Anzeigeverhalten führen. Ein Blick in die Strafverfolgungsstatistik bestätigt dies: Während 30% aller deutschen Tatverdächtigen letztlich auch verurteilt werden, liegt dieser Anteil bei Nichtdeutschen nur bei 25% (bei Delikten gegen Leben und Gesundheit sogar nur bei 20%!). (1)

Die Behauptung der PKS, 1996 hätten 28,3% aller polizeilich erfaßten Tatverdächtigen keinen deutschen Paß gehabt, ist aber noch aus anderen Gründen zu hinterfragen: Denn letztlich werden hier "Äpfel mit sauren Gurken verglichen", um das Bild des Siegener Professors Rainer Geißler zu bemühen. Dieser hat ein mehrstufiges Verfahren entworfen, um der strukturellen Schieflage der PKS beizukommen:

Herausnahme der ausländerspezifischen Delikte. Gewisse Verstöße gegen das Ausländergesetz bzw. das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) werden vom deutschen Gesetzgeber als Straftaten angesehen. Hierzu zählt der "illegale Grenzübertritt" (1996: 51.800 Tatverdächtige), das unerlaubte Entfernen von AsylbewerberInnen vom zugewiesenen Wohnort (24.000 Tatverdächtige), Einschleusen von Nichtdeutschen (3.300 Tatverdächtige) bzw. das "Erschleichen einer Aufenthaltserlaubnis durch Scheinehe" (2.500 Tatverdächtige). Faktisch handelt es sich hier regelmäßig um gewaltlose Gesetzesübertretungen. Diese ausländerrechtlichen Verstöße machen rund ein Viertel der aller Nichtdeutschen angelasteten Straftaten aus. Da deutsche Staatsangehörige aber in aller Regel gegen das Ausländerrecht nicht verstoßen können, ist es statistisch schlechterdings unseriös, diese in einen Vergleich der von Deutschen und Nichtdeutschen verursachten Kriminalität einzubeziehen. Läßt man diese Übertretungen des Ausländer- und Asylverfahrensgesetzes weg, dann sinkt der Nichtdeutschen-Anteil in der PKS von 28,3% auf 21,8%.

Herausnahme der Kriminalität von AsylbewerberInnen. Die AsylbewerberInnen zugeschriebene Kriminalität bestand 1996 zu 76% aus ausländerrechtlichen Verstößen (26%), dem Fälschen von Pässen (10%), aus einfachem (Laden)Diebstahl (33%) und Schwarzfahren (7%). Diese Straftaten hängen zum einen unmittelbar mit der Flucht, der unzureichenden sozialen Absicherung sowie fehlender politischer Integration in diesem Land zusammen. AsylbewerberInnen machen 20% aller nichtdeutschen Tatverdächtigen aus.

Reduzierung des Vergleichs auf die Wohnbevölkerung. Die vom Statistischen Bundesamt erfaßte nichtdeutsche Wohnbevölkerung ist deutlich kleiner als die von der PKS erfaßten Zahl von Nichtdeutschen. In der PKS werden nämlich auch AsylbewerberInnen, StudentInnen, TouristInnen (bzw. Durchreisende) und die Gruppe der "Illegalen" (2) mitgezählt.

Um das kriminelle Verhalten von deutscher und nichtdeutscher Wohnbevölkerung vergleichbar zu machen, müssen deshalb nicht nur AsylbewerberInnen, sondern auch andere Gruppen "nichtdeutscher Tatverdächtiger" aus der PKS herausgenommen werden. TouristInnen stellen 9%, StudentInnen 7% und "Illegale" nicht weniger als 23% aller polizeilich registrierten nichtdeutschen Tatverdächtigen - zusammen also 40%. Der vornehmlich aus ArbeitsmigrantInnen bestehende nichtdeutsche Teil der hiesigen Wohnbevölkerung (ArbeiterInnen, Angestellte, Gewerbetreibende) wird gerade einmal für 20% aller Nichtdeutschen in die Schuhe geschobenen Delikte verantwortlich gemacht.

Berücksichtigung sozio-demografischer Besonderheiten. Einige sozio-demografischen Besonderheiten der nichtdeutschen Wohnbevölkerung führen regelmäßig zu statistischen Verzerrungen:

Nichtdeutsche leben als ArbeitsmigrantInnen weit häufiger in Städten als Deutsche. Dort ist das Kriminalitätsaufkommen aber regelmäßig höher als auf dem Land. Nichtdeutsche gehören (als AsylbewerberInnen und ArbeitsmigrantInnen) strukturell zu einem weit höheren Teil der sozialen Unterschicht

an. Zwar stieg die Zahl deutscher Familien, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Der Anteil sozialhilfeberechtigter nichtdeutscher Familien ist im gleichen Zeitraum um mehr als das Doppelte angewachsen. Die Armut nimmt zwar als Folge der neoliberalen Politik allenthalben zu, trifft aber Nichtdeutsche wesentlich öfter als Deutsche. Das Asylbewerberleistungsgesetz hat diese Problematik nochmals verschärft, indem AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge unter die Sozialhilfegrenze gedrückt worden sind. Der Anteil von Jugendlichen und speziell von männlichen Jugendlichen ist in nichtdeutschen Familien doppelt so hoch wie in deutschen. Der Anteil speziell von männlichen Jugendlichen am Kriminalitätsaufkommen ist jedoch bei deutschen wie bei nichtdeutschen deutlich höher als in jeder anderen Altersgruppe. (3)

Erst unter Berücksichtigung dieser regional-, alters-, geschlechts- und klassenspezifischen Effekte sind kriminal-statistische Vergleiche der nichtdeutschen Wohnbevölkerung mit den Deutschen mit ähnlichem Sozialprofil überhaupt möglich. Und dann zeigt sich: "Die Gefahr, daß eine kriminelle Handlung begangenen wird, ist unter Ausländern in vergleichbarer Soziallage deutlich niedriger als bei Deutschen." (4)

Die Kriminalisierung

von Flucht und Migration

Mit dem Ausbau der Festung Europa - also der quasi-militärisch gesicherten Abschottung Westeuropas gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen - erfolgte auch eine systematische Kriminalisierung derjenigen, die trotz der faktischen Abschaffung des Asylrechts versuchen, in die BRD zu flüchten.

In diesem Zusammenhang ist eine deutliche sprachliche Brutalisierung festzustellen. Wurden Flüchtlinge Anfang der 90er "noch" als "Asylanten" beschimpft, so werden dieselben Menschen heute als "illegale Einwanderer" oder kurz und knapp als "Illegale" denunziert und damit als Kriminelle stigmatisiert. (5)

Die staatliche Angstkampagne im Hinblick auf die Kriminalitätsbelastung durch Flüchtlinge sowie deren Schlepper und Schleuser verfängt insbesondere in den neuen Bundesländern. In breiten Bevölkerungsteilen, speziell in Gebieten nahe der Grenze zu Tschechien und Polen, besteht eine weitverbreitete Angst, daß Nichtdeutsche in Häuser einbrechen bzw. Autos stehlen.

Trotz aller Horrorszenarien gab sich die Bundesregierung (und damit der BGS!) auf Nachfrage hin unwissend. Weder die PKS des BKA noch die der Landeskriminalämter und ebensowenig die Strafverfolgungsstatistik enthalten Angaben zum Kriminalitätsaufkommen an den deutschen Außengrenzen. (6)

Nun denn: In den neuen Bundesländern leben deutlich weniger Nichtdeutsche als in den westlichen (1,7%; Bundesschnitt 1995: 8,8%). Besonders augenfällig ist die Tatsache, daß die an den Ostgrenzen gelegenen Länder (einschließlich Bayern!) von allen Bundesländern die höchste Differenz aufweisen zwischen den nichtdeutschen Tatverdächtigen mit und denen ohne Berücksichtigung von ausländerrechtlichen Verstößen (vgl. Tabelle 2). Die Nichtdeutschen zugeschriebenen Straftaten bestehen in den neuen Bundesländern also zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil aus gewaltlosen Gesetzesübertritten. (7)

Die "Ausländerkriminalität" wurde 1996 in den östlichen Bundesländern zu einem im Vergleich zum Westen ungleich höheren Anteil von eben jenen Personen verursacht, die inzwischen gemeinhin als "illegale EinwanderInnen" denunziert werden (vgl. Tabelle 3). Diesen Flüchtlingen und MigrantInnen konnte 1996 aber zu 97,5% nichts anderes als "illegaler Grenzübertritt" bzw. Paßfälschung vorgeworfen werden. (PKS 1996, S. 129) Die von ihnen verursachte Kriminalität hängt also unmittelbar und ausschließlich mit ihrer Flucht und Migration zusammen.

Aber:

die "Rumänenbanden"

1995 sorgten sogenannte Panzerknacker-Banden aus Südosteuropa für Schlagzeilen, die unter massiver Gewaltanwendung blitzschnell Einbrüche durchführten, abhauten und sich anschließend ins Ausland absetzten. Doch so schnell wie dieses Phänomen aufgetaucht war, so schnell war es auch wieder aus den Medien verschwunden - nicht aber aus den Köpfen, speziell in den neuen Bundesländern. Dort hält sich die Angst vor den "Rumänenbanden" unverdrossen.

Dabei hat die Bundesregierung im Juni 1997 (allerdings in einem internen Lagebericht) darauf hingewiesen, daß die 1996 "überörtlichen agierenden rumänischen Straftätergruppen" zugeschriebenen Delikte im Vergleich zum Jahr zuvor um 23,5% zurückgegangen seien und daß sich dieser Trend im Jahr 1997 fortgesetzt habe. Dies sei das Ergebnis polizeilicher Maßnahmen sowie bilateraler Absprachen mit rumänischen Behörden.

Das repressive und vorbeugende Vorgehen mag in diesem Fall erfolgreich gewesen sein. Dieses Kriminalitätsphänomen hatte mit Flucht und Migration letztlich auch nichts zu tun. Langfristig aber wird polizeiliches Vorgehen immer wieder ins Leere laufen, solange die zugrundeliegenden wirtschaftlichen und sozialen Ursachen für kriminelles Verhalten in den Herkunftsländern nicht beseitigt wird. Ein Indiz für diese Annahme ist nicht zuletzt die Entwicklung der Zahl von Tatverdächtigen aus anderen osteuropäischen Staaten. So läßt sich aus der PKS entnehmen, daß z.B. der Anteil polnischer Tatverdächtiger in den Jahren 1990-1996 von 14% auf 8,3% und der tschechischer Staatsangehöriger von 2,7% auf 1% zurückgegangen ist. Die ökonomische Stabilisierung dieser Länder trägt zur Reduzierung des durch deren Staatsangehörige verursachten Kriminalitätsaufkommen bei.

Aber: die "Mafia-Banden"

Als sich die Generalsekretäre der Unionsfraktionen, Peter Hintze und Bernd Protzner, in der eingangs erwähnten Pressekonferenz für einen "Tabubruch" bei der "Ausländerkriminalität" aussprachen, hatten sie insbesondere den überdurchschnittlich hohen Anteil von Nichtdeutschen im Bereich der sog. "Organisierte Kriminalität" im Sinn.

Tatsächlich kennt die PKS eine Tabelle "Straftaten(gruppen) mit hohem Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger". Diese Rubrik zeichnet folgendes Bild:

Auch hier ist zunächst zu fragen: was ist kriminell und um welche Gruppen von Nichtdeutschen handelt es sich hier? Zum ersten: Ohne das mit z.B. durch den Drogen- bzw. Frauenhandel verbundene menschliche Leid bagatellisieren zu wollen, so ist doch festzuhalten, daß die in der Tabelle zitierten absoluten Tatverdächtigenzahlen vergleichsweise niedrig sind. (8) Zum zweiten wird nicht klar, um welche Staatsangehörigengruppen es geht und welchen Aufenthaltsstatus die tatverdächtigen Nichtdeutschen hierzulande genießen, ja ob sie überhaupt jemals in der BRD gewesen sind. Bei den Delikten mit hohem Nichtdeutschen-Anteil handelt es sich ja durchweg um grenzüberschreitende Kriminalitätsphänomene, die eine Logistik im Ausland erfordern.

Dem Kern des Problems ist aber letztendlich nur beizukommen, wenn nachgefragt wird, was eigentlich unter "Organisiertem Verbrechen" verstanden wird. Bis heute gilt der herrschende Definitionsversuch als mißglückt. (9) Die Definition der OK ergibt sich im wesentlichen aus einem Katalog von Straftaten, die der OK zugerechnet werden. Diese Auswahl ist letztlich abhängig von politisch-ideologischen Prämissen und damit willkürlich. Die Delikte der OK entstammen dem klassischen Unterwelts-Mythos. Im Visier sind hierbei oftmals vorkapitalistischer Wirtschaftsformen wie die ursprüngliche Akkumulation (Schmuggel, Schutzgelderpressung) und der Merkantilismus (Drogenhandel). Diese Delikte entspringen einem spezifischen, desintegriertem gesellschaftlichem Milieu, in dem aufgrund seiner sozialen Randständigkeit deklassierte und ausgegrenzte Bevölkerungsschichten, also auch Nichtdeutsche, überrepräsentiert sind. (10)

Daß Delikte wie Steuer- und Subventions-, Anlage- und Konkursbetrug, Insidergeschäfte an der Börse, Korruption oder Umweltdelikte (aber auch die Aussperrung von Streikenden), also organisiert und arbeitsteilig begangene Handlungen des normalen Wirtschaftslebens, die der Profitmaximierung dienen, nicht der OK zugerechnet werden, hat allein ideologische Gründe. Würden diese Delikte der OK zugeordnet, würde nicht zuletzt auch der Anteil von Nichtdeutschen am Gesamtaufkommen der OK drastisch sinken, weil Nichtdeutsche in den Gesellschaftsschichten, in denen diese Delikte verübt werden, deutlich unterrepräsentiert sind.

Wesentliche Deliktbereiche, die der OK zugerechnet werden sind erst durch gesellschaftliche Regulierung entstanden. (11) Einstmals strafrechtlich unbeachtliches Handeln wird so künstlich zu einer Straftat. Dies läßt sich anhand des Phänomens der Fluchthilfe exemplarisch aufzeigen, die sich im Zuge des Aufbaus der Festung Europas binnen kürzester Frist zu eine der "größten Bedrohung der Inneren Sicherheit" mauserte, wie Kanther immer wieder feststellt.

Die Kriminalisierung

der Fluchthilfe

Zu Zeiten des Kalten Krieges galt die meist professionell betriebene Hilfe zur Flucht aus einem der "Ostblockstaaten" als rechtmäßiges Geschäft. Der Bundesgerichtshof stellte seiner Zeit sogar fest, daß ein Fluchthelfer die ihm zugesagten "Gebühren" notfalls auch gerichtlich von der geschleusten Person eintreiben könne. Dieselbe Handlung, nämlich das Einschleusen von Personen in die Bundesrepublik, unterlag in den letzten Jahren einem grundlegenden Bewertungswandel: Was früher den guten Sitten entsprach, wird heute als menschenverachtende Mafia-Tätigkeit dargestellt. (12)

Der PKS zufolge waren 1996 77% aller als "Schlepper und Schleuser" angezeigten Personen Nichtdeutsche (19% tschechische, je 11% polnische und jugoslawische sowie 10% türkische Staatsangehörige). Die Zuordnung der "Schlepper und Schleuserkriminalität" zur "Organisierten Schwerkriminalität" ist reine Stimmungsmache. Tatsächlich ist die Bundesregierung nicht in der Lage - oder nicht willens - Auskunft darüber zu geben, in wie vielen Fällen "Schleuser" z.B. Waffen eingesetzt haben, noch wie viele BGS-BeamtInnen bei ihrem Einsatz gegen "Schlepper" verletzt wurden (BT-Drs. 13/8232).

Die Bundesregierung verweist in diesem Zusammenhang auch auf die zunehmend unter tatsächlich unmenschlichen Bedingungen stattfindende Fluchthilfe. Immer wieder ersticken und ertrinken geschleuste Flüchtlinge und MigrantInnen. Sie leiden unter Hunger und Durst und ziehen sich im Zuge des Einschleusens immer wieder Erfrierungen zu. (BT-Drs. 13/7376) Aber: auch im Hinblick auf Flucht und Migration diktieren letztlich politische Entscheidungen - hier: die staatlichen Grenz"sicherungs"maßnahmen - die Umstände professioneller Fluchthilfe.

Das künstlich entstandene Kriminalitätsphänomen der "Schlepper und Schleuser" hat aber noch einen anderen Aspekt. Viele derjenigen, die bei ihrer Flucht bzw. Migration professionelle Hilfe in Anspruch nehmen müssen, können sich dies oftmals nicht leisten - wie auch, handelt es sich hierbei doch vielfach um Armutsflüchtlinge. Infolge dessen werden bei Abschluß der Fluchthilfe-Vereinbarung zum Teil Knebelverträge geschlossen, nach denen die Flüchtlinge bzw. MigrantInnen nach der Schleusung ihre Schulden durch illegale Tätigkeiten abarbeiten müssen. Das weiß auch die Bundesregierung: "Die auffallend hohe, sprunghaft angestiegene Ausländerquote beim Drogenhandel, Diebstählen, Wohnungseinbrüchen und illegaler Prostitution muß daher auch als mittelbare Folge der Schlepperkriminalität betrachtet werden", so ein Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium. (13)

Ein Schleifen der Festung Europa, die Wiederherstellung eines Asylrechts, das seinen Namen verdient und die Anerkennung, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist, sind die aussichtsreichsten Maßnahmen, um "Schleppern" und Schleusern" ihr unmenschliches Betätigungsfeld zu nehmen und auch die mit der professionellen Fluchthilfe verbundene Folgekriminalität überflüssig zu machen.

Wie umgehen mit Kriminalitätsängsten?

Wir stehen vor dem Problem, daß sich die Debatten um die Kriminalitätsentwicklung im allgemeinen und die der "Ausländerkriminalität" im besonderen regelmäßig einem rationalen Diskurs verschließen. Es erweist sich als weitgehend sinnlos, Kriminalitätsängste mit einem aufklärerischen Verweis auf die Tücken der polizeilichen Kriminalstatistik begegnen zu wollen.

Meine drei Thesen lauten:

1. Diese Angstkampagne wirkt auf der Ebene symbolischer Politik. Sie dient der konservativen Formierung der Gesellschaft.

2. Kriminalitätsängste und speziell die Angst vor kriminellen Ausländern sind nicht isoliert zu betrachten. Beide speisen sich aus sozialen Ängsten infolge wirtschaftlicher Ausgrenzung und politischer Frustration.

3. Eine aufklärerische Kriminalpolitik kommt nicht mit dem Verweis auf die politischen und sozialen Ursachen des Kriminalitätsaufkommens aus - in diesem Falle also darauf hinzuweisen, daß Kriminalität keine Frage der Staatsangehörigkeit, sondern Folge gesellschaftlicher Integration oder Ausgrenzung ist. Es geht darum, kriminalpolitische - und in diesem Fall auch antirassistische - Argumentationen in den Kontext von sozialer

Desintegration, und dem allmählichen Entzug legaler Formen politischer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu stellen.

Wo der rationale Diskurs aufhört bzw. ihm nicht mehr gefolgt wird oder gefolgt werden kann, beginnt der Bereich der Symbolik, der Mystik.

Im Zuge der globalen kapitalistischen Restrukturierung werden gesellschaftliche Prozesse als nicht mehr überschaubar bzw. als gesellschaftlich nicht mehr regulierbar dargestellt. Über die Logik der "Standortdebatte" werden neoliberale Deregulierung bzw. der Abbau des Sozialstaates sowie das Absenken ökologischer Standards als einzig wirksame wirtschafts- und sozialpolitische Handlungsoption angeboten.

Politisches Engagement von Einzelnen oder von Verbänden (wie den Gewerkschaften) für gesellschaftliche Steuerung solcher Prozesse - also z. B. für ein hohes Maß an Schutz der Umwelt und der sozial Schwachen - läuft mit dem staatlichen Hinweis auf die daraus resultierenden Belastungen für den jeweiligen Standort zusehends ins Leere. Eine derartige strukturelle Verwehrung politischer Teilhabe erzeugt unweigerlich politische Frustration - gerade bei denjenigen, die aufgrund ihrer sozialen Randständigkeit auf einen Sozialstaat - der diesen Namen auch verdient - angewiesen sind.

Gerade aus dem Zusammenwirken mit anderen Angstzustände, also sozialer Nöte und politischer Perspektivlosigkeit, kann die Furcht vor Kriminalität eine ganz neue Dynamik entwickeln.

In dieser Situation dient die herrschende Politik der "Inneren Sicherheit" als Mittel zum Umbau des Staates. So wie der Sozialstaat abgebaut wird, findet eine systematische Demontage der grundrechte-fundierten Verfassungsordnung statt. Es wird suggeriert, daß nur über den Abbau von Bürgerrechten (sei es über die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, des Schutzes der Wohnung bzw. der Kommunikationsfreiheit oder aber durch das Unterlaufen des Verfassungsgebotes für die Trennung von Polizei und Geheimdiensten) diese Gesellschaft vor den Folgen der neoliberalen Politik geschützt werden kann.

Bei der Verschleierung gesellschaftliche Prozesse kommt der Sprache besondere Bedeutung zu. Es zeigt sich, daß die Konservativen auf diesem Gebiet sehr erfolgreich sind: Mit der Abschottung Westeuropas gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen sollen Einwanderungsmöglichkeiten bis auf das allerletzte Schlupfloch geschlossen werden. Der quasi-militärische Aufbau der Festung Europa - so wird suggeriert - sei die unerläßliche Voraussetzung für Wohlstand und gesellschaftliche Stabilität - zumindest für die hier lebenden Menschen.

In der umstandslosen und brutalen Kriminalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen als "Illegale" und der Denunziation der professionellen Fluchthilfe als primäre Bedrohung der "Inneren Sicherheit" zeigt sich, wie sehr gesellschaftliche Prozesse entpolitisiert und in den Bereich des Strafrechts, ja des Staatsschutzes abgeschoben werden. Der gesellschaftliche Hintergrund von Flucht und Migration soll nicht mehr wahrgenommen, sondern nurmehr als Kriminalitätsproblem verstanden werden.

Dem kann nur durch eine soziale und bürgerrechtliche Politisierung der kriminalpolitischen Diskurses begegnet werden.

Mark Holzberger

Anmerkungen:

1) Auch der von Nichtdeutschen verursachte Schaden liegt weit unter dem, den deutsche Staatsangehörige durchschnittlich anrichten (Asylbewerber 900 DM, alle übrigen Nichtdeutschen 2.300 DM, deutsche Tatverdächtige hingegen 5.600 DM: Angaben nach: Pfeiffer, C.: "Das Problem der sog. ‚Ausländerkriminalität` - empirische Befunde, Interpretationsangebote und (kriminal-)politische Folgerungen", in: Schriftenreihe zum 19. Strafverteidigertag 1995, S. 255.

2) Hierzu zählen: Erwerbslose, nicht anerkannte AsylbewerberInnen und nach der Genfer-Flüchtlingskonvention anerkannte "de-facto-Flüchtlinge" und die große Gruppe der "Sonstigen".

3) Die aktuellen Steigerungsraten beim Aufkommen von Kinder- und Jugendkriminalität sind allerdings im wesentlichen von deutschen Kids verursacht worden. Nach einer Berechnung des BKAs ist deren Anteil seit 1993 um 50% angestiegen - wohingegen bei nichtdeutschen Kindern und Jugendliche lediglich ein Plus von

5% zu verzeichnen war. (Dörrmann, U.: "Zur aktuellen Entwicklung der Kinder- und Jugendkriminalität - Thesen und Daten", in: BKA "Kinder- und Jugendkriminalität", Wiesbaden 1997, S. 20)

4) Geißler, R: "Das gefährliche Gerücht von der hohen Ausländerkriminalität", in: Aus Politik und Zeitgeschichte 35/1995, S. 37.

5) Ein gutes Beispiel hierfür ist die Verleumdung ehemaliger vietnamesischer VertragsarbeiterInnen in der Ex-DDR. Zur Einstimmung der deutschen Bevölkerung auf die vorbereitete Massenabschiebung wurden die VietnamesInnen von Vertretern der Bundesregierung kurzerhand als "40.000 Illegale" beschimpft - mit der sicher nicht unbeabsichtigten Assoziation zur angeblichen "vietnamesischen Zigaretten-Mafia". Auf unsere Nachfrage, inwiefern sich diese 40.000 VietnamesInnen strafbar gemacht hätten, verwies die Bundesregierung lapidar darauf, daß die Abzuschiebenden lediglich ein legaler Aufenthaltstitel fehlen würde. (BT-Drs. 13/857)

6) BT-Drs. 13/8383. Da wußte es der Polizeioberrat im BGS, Eckehard Wache, schon besser. Auf einer Konferenz der Europa-Universität "Viadrina" in Frankfurt/Oder kam der BGS-Mann im Oktober 1996 zu folgender Feststellung: "Der deutsch-polnische Grenzraum ist auf dem besten Wege, seinen Anspruch auf eine regionale Besonderheit zu verlieren. Die Kriminalitätsbelastungen und -strukturen sind in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten vergleichbar, auch im deutsch-polnischen Grenzgebiet."

7) Die PKS weist - zumindest für die alten Bundesländer - auf Seite 121 darauf hin, daß bei bulgarischen, rumänischen, tschechischen und polnischen Staatsangehörigen die Diskrepanz zwischen den absoluten Tatverdächtigenzahlen und den von ausländerrechtlichen Verstößen bereinigten Angaben ebenfalls besonders hoch sind (Polen: 36%, Tschechien, 40%, Rumänien 54% und Bulgarien sogar 72%).

8) So wie überhaupt das Ausmaß der OK am gesamten Kriminalitätsgeschehen nicht überdramatisiert werden sollte. So machten die der OK zugerechneten Delikte gerade einmal 0,78% aller in der PKS erfaßten Delikte aus. Der Anteil der OK-Tatverdächtigen lag bei 0,37% und der geschätzte durch die OK verursachte Schaden betrug 2,7%. Angaben nach: Püttner, N.: "OK in amtlichen Zahlen - Über die Aussagekraft der Lagebilder", in: Bürgerrechte&Polizei/CILIP 1/97, S. 17f.

9) Vgl. Busch, H.: "OK- Vom Nutzen eines unklaren Begriffes", in: Demokratie und Recht 4/92. Wer die herrschende OK-Definition nicht versteht, kann sich mit einer Bemerkung des BKA-Präsidenten trösten, der resignierend feststellte, daß sie "selbst Eingeweihten nur in glücklichen Stunden verständlich ist". Zit. nach: Püttner, N. / Strunk, S.: "Passepartout für Polizei und Politik", in: Gössner R. (Hg.): "Mythos Sicherheit", Baden-Baden 1995, S. 56.

10) Holzberger, M.: "Das neue Zauberwort: Organisierte Kriminalität - ‚300%ige Profite und es existiert kein Verbrechen, das das Kapital nicht riskiert`", in: analyse & kritik Nr. 386, Juli 1994.

11) Z. B. Drogenprohibition, Handelsbeschränkungen für Waffen, Müll und Nuklearmaterial, Nichtanerkennung von Prostitution als Gewerbe, Tabak und Alkoholsteuer, Umweltauflagen, Arbeitsschutz und Tarifrecht. Vgl. Krasmann, S./Lehne, W.: "Organisierte Kriminalität im Windschatten der Globalisierung legaler und illegaler Märkte", in: Vorgänge März 1997, S. 106.

12) Vgl. Schmoller, K.: "'Schlepperei' und 'Ausbeuterische Schlepperei' - zwei neue Deliktstypen im österreichischem Strafrecht" - Vortrag am 2. deutsch-polnischen Symposium "Kriminalität im Grenzgebiet" an der Europa-Universität "Viadrina" Frankfurt/O. am 28. 11. 1997.

13) Rupprecht, R.: "Zuwanderung und Innere Sicherheit", in Angenendt, S. (Hg.): "Migration und Flucht", Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 342, Bonn 1997, S. 90.

Überarbeitete Fassung eines Referats, das bei der Tagung des BUKO-Arbeitsschwerpunktes "Rassismus" am 5. Dezember 1997 in Radevormwald gehalten wurde. Mark Holzberger ist Mitarbeiter im Büro der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke.

Tabelle 1:

Tatverdächtige Nichtdeutsche 1996

Anlaß des Aufenthaltes, Anteil (%)

ArbeiterInnen, 16,3

Gewerbetreibende, 2,6

AsylbewerberInnen, 19,8

TouristInnen, 8,7

StudentInnen / SchülerInnen, 7,2

Sonstige, 23,0

Quelle: PKS 1996, S. 124

Tabelle 2: Nichtdeutsche Tatverdächtige in den neuen Bundesländern

Land, Nichtdeutsche
Tatverdächtige
insgesamt (%), Nichtdeutsche
Tatverdächtige ohne
AuslG/AsylVfG (%), Differenz (%)

Meck-Pom, 12,0, 6,4, - 5,6

Brandenburg, 30,8, 15,3, - 15,5

Sachsen, 20,9, 9,7, - 11,2

Tabelle 3: Tatverdächtige im Vergleich alte und neue Bundesländer

Land, Asylbewer-
berInnen (%), Illegale (%), TouristInnen (%), Sonstige (%), Summe (%)

neue Länder, 18,8, 45,5, 17,1, 13,3, 94,7

alte Länder
(incl. Berlin), 19,9, 18,2, 7,4, 24,5, 70,0

Quelle: PKS 1996, S. 126

Tabelle 4: Nichtdeutsche und OK

Delikt, Nichtdeutsche
Tatverdächtige insgesamt, Quote (%)

Fluchthilfe, 2.426 , 77

Bandenmäßiger Drogenanbau
bzw. -handel, 480 , 72

Kokainimport, 616 , 54

Heroinschmuggel und-handel, 7.198 , 48

Menschenhandel, 512 , 47

Quelle: PKS 1996, S. 118

21. Sterilisation im Handumdrehen. Mit Chinacrin feiert die Bevölkerungspolitik neue Erfolge

Autor: Annette Will · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:01

Das überholte Malariamittel Chinacrin ist wieder in Gebrauch: als Mittel zur chemischen Sterilisation von Frauen. Mehr als 100.000 Frauen in zahlreichen Ländern der Dritten Welt sind auf diese Weise bereits sterilisiert worden. Einfach anzuwenden, spottbillig, schnell, irreversibel - Chinacrin ist das ideale Instrument für bevölkerungspolitische Massenanwendungen.

In den 70er Jahren probierte ein chilenischer Wissenschaftler, Dr. Jaime Zipper, ob das Malariamittel Chinacrin, das als gewebeverklebende Substanz bekannt war, nicht auch für Sterilisationen von Frauen geeignet sei. Er injizierte Chinacrinlösungen in die Gebärmutter von chilenischen Frauen und beobachtete, ob sie danach wieder schwanger wurden.

Dr. Zipper stellte sich mit diesen Versuchen in die Nachfolge von KZ-Ärzten, die ähnliche Versuche mit internierten Frauen machten. Damals benutzten die Ärzte Formaldehyd und andere aggressive Substanzen oder Röntgenstrahlen, um Eileiter und Gebärmutter zu beschädigen und die Frauen unfruchtbar zu machen. Die Nazis suchten ein Sterilisationsmittel, das hochwirksam, billig und einfach anzuwenden war, um die "Fortpflanzungsfähigkeit der Feinde des Deutschen Reiches zu zerstören". (1) In diesen Versuchen wurden zahlreiche Frauen gequält, verstümmelt und getötet. Diese Experimente werden heute zwar allgemein verurteilt, aber die Suche nach solchen Sterilisationsmitteln geht weiter.

Dr. Zipper hatte anfänglich Schwierigkeiten. Viele Frauen litten unter massiven unerwünschten Wirkungen, unter anderem weil die Injektionslösung aus der Gebärmutter in den Bauchraum lief. Mit der finanziellen Unterstützung von Family Health International (FHI), einer bevölkerungspolitischen Organisation aus den USA, entwickelte Zipper sogenannte Pellets, kleine Kapseln, die sich in der Gebärmutter nach zehn Minuten auflösen und die Chinacrinlösung freisetzen. Zipper entwickelte diese Methode weiter, die heute in verschiedenen Ländern der Dritten Welt angewendet wird (siehe Kasten), teilweise unter dem Deckmäntelchen von wissenschaftlichen Versuchen, teilweise illegal - manchmal mit Duldung der Behörden. In keinem Land der Welt ist Chinacrin als chemisches Sterilisierungsmittel zugelassen.

Zwei Männer

sterilisieren für Amerika

Dr. Stephen Mumford und Dr. Elton Kessel, zwei ältere Herren aus North Carolina, haben ihr Leben dem Kampf gegen die wachsende Bevölkerung in der Dritten Welt verschrieben. Sie sind davon überzeugt, daß Überbevölkerung in der Dritten Welt einen hohen Migrationsdruck auslöse, und daß die Vereinigten Staaten selbst zu einem Dritte-Welt-Land würden, wenn nicht strenge Anti-Immigrationsgesetze erlassen werden. (2) Die Fruchtbarkeit von Frauen des Südens stellt in ihren Augen ein nationales Sicherheitsrisiko für die USA dar. Sie erhalten von der Anti-Immigrationsbewegung finanzielle Unterstützung für ihren weltweiten Chinacrin-Sterilisierungskreuzzug. In einem englischen Dokumentarfilm, der im November 1995 im BBC ausgestrahlt wurde (3), ist zu sehen, wie Mumford und Kessel im Keller eines netten Vorstadthäuschens in North Carolina Chinacrin lagern und versenden. Sie bereisen die ganze Welt mit ihrem Koffer, in dem die kleinen Pellets zu tausenden Platz haben. An ihren Zielorten besuchen sie ÄrztInnen und Kliniken, demonstrieren den Gebrauch der Sterilisationsmethode, werben neue AnwenderInnen an.

Neuerdings tauchen sie auch auf Ärztekongressen und Frauenkonferenzen auf und gestalten Informationsstände, an denen sie ihre Methode vorstellen. Da - nach ihrer Argumentation - Chinacrin eine sichere, kostengünstige und effektive Verhütungsmethode ist und somit Frauenleben rettet, entfalten sie eine gewisse Überzeugungskraft.

Wissenschaftlicher Schein

Zum Aufpeppen ihres Ansehens und ihrer wissenschaftlichen Respektabilität haben beide Herren ein Institut gegründet. Dr. Mumford ist der Präsident des Center for Research on Population and Security

(Forschungszentrum für Bevölkerung und Sicherheit), im wesentlichen ein Zwei-Männer-Verein. Man beachte den Namen: Die nationale Sicherheit gehört zum Programm. Dr. Kessel reist mal als Generalsekretär der International Federation for Family Health (Internationale Föderation für Familiengesundheit), mal als Direktor des International Fertility Research Programmes (Internationales Forschungsprogramm über Fruchtbarkeit) durch die Welt; letzteres ist auch nur ein Ein-Mann-Betrieb.

Das Forschungszentrum für Bevölkerung und Sicherheit wird von rechten Gruppen und der Anti-Immigrationsbewegung in den USA finanziert. (4) Mumford und Kessel leiten Geld weiter an ÄrztInnen in Chile, Bangladesh und Indien, um weitere "Versuche" mit Chinacrin zu ermöglichen. Mittlerweile gibt es ein reges internationales Netzwerk aus verschiedenen Organisationen, teilweise Briefkastenfirmen oder anderen Ein-Personen-Betrieben, aber auch Kliniken und Arztpraxen, die sich für Chinacrin einsetzen.

Das Beispiel Indien

In Bangalore, einer indischen Metropole, hat der CHIP Trust (Contraceptive and Health Innovations Project Trust, Stiftung für Verhütungsmittel- und Gesundheitsinnovationen) an alle ÄrztInnen der Stadt ein Werbeschreiben mit einer Chinacrin-Probe (ausreichend für die Sterilisation einer Frau) versandt. Darin heißt es, der CHIP Trust sei "eine gemeinnützige Organisation, die von nationalen und internationalen Organisationen gefördert würde" und sich für innovative Methoden der Familienplanung einsetze. Angeboten wurden neben Chinacrin auch RU 486 (ein Abtreibungsmittel) sowie Depo Provera (eine hormonelle Dreimonatsspritze).

Chinacrin ist in Indien als Mittel zur Sterilisation nicht zugelassen. Die Aktivitäten des CHIP Trust sind somit illegal, werden aber behördlicherseits geduldet. Geduldet werden auch die sogenannten "Versuche", die ÄrztInnen mit Chinacrin durchführen, obwohl sie niemals bei der Arzneimittelbehörde beantragt wurden. Sie werden durch die bereits erwähnte International Federation for Family Health des Herrn Kessel finanziert. Ein indischer Dokumentarfilm, The Yellow Haze (Der gelbe Dunst), zeigt, daß Frauen, im Glauben, sie erhielten eine Spirale, Chinacrin verabreicht wurde. Daraufhin haben die Indische Demokratische Frauenvereinigung sowie MitarbeiterInnen des Zentrums für Sozialmedizin der J. Nehru-Universität angekündigt, die beteiligten ÄrztInnen zu verklagen und ein totales Anwendungsverbot von Chinacrin zu erwirken. (5) Die rechtlichen Chancen stehen gut, aber die politischen? Schließlich konnte Chinacrin lange Zeit problemlos ohne behördliche Intervention verabreicht werden, obwohl es illegal ist.

Alles zum Wohle der Frauen

Was macht Chinacrin so überzeugend, daß es wenigen Menschen und Organisationen gelang, in kurzer Zeit eine weite Verbreitung, internationale Beachtung, eine hitzige wissenschaftliche Debatte sowie die Sterilisation von über 100.000 Frauen zu erreichen?

Argument 1: Besser als eine chirurgische Sterilisation Die chemische Sterilisation sei wesentlich risikoärmer und kostengünstiger als die operative und nicht lebensbedrohlich. Sie kann ohne entsprechende Gesundheitsdienste (Klinik, OP-Saal, Anästhesie) von angelerntem Personal ambulant oder in einer Praxis durchgeführt werden. Sie kostet nur ein Bruchteil einer operativen Sterilisation.

Die unerwünschten Wirkungen (Krämpfe, Fieber, Juckreiz, gelber scharf riechender Ausfluß, Veränderungen der Menstruation) seien nur geringfügig und vorübergehend. Nach zwei Monaten seien die Frauen beschwerdefrei bis auf geringfügige Änderungen bei der Monatsblutung. Eileiterschwangerschaften (6) seien nicht vermehrt aufgetreten.

Die bislang im Vergleich zur operativen Methode geringere Erfolgsquote (je nach Versuch zwischen drei und dreizehn Schwangerschaften auf 100 Sterilisierungen) sei der mangelnden Übung geschuldet: Je mehr Einführungen eine AnwenderIn vornehme, desto höher sei die Erfolgsquote. Desweiteren hätten viele Frauen nur eine Verabreichung von Chinacrin erhalten, die im Regelfall nicht ausreiche.

Argument 2: Für Frauen nur Vorteile Sterilisationswillige Frauen in den Ländern der Dritten Welt haben oft keine Möglichkeit, sich sterilisieren zu lassen. Sei es, daß Mann und Familie dagegen sind, oder sie kein Geld haben, oder keine Klinik in der Nähe ist oder kein Bett frei ist. Chinacrin löse all diese Probleme: Eine Frau könne sich nun ohne das Wissen ihres Mannes oder ihrer Familie sterilisieren lassen, man sieht von außen

nichts. Es geht schnell, dauert nur ein paar Minuten und ist so einfach wie das Einsetzen einer Spirale. Es ist kostenlos. Es ist keine Operation und deshalb risikoärmer.

Argument 3: Es rettet Frauenleben Millionen von Frauen haben ihre Familienplanung abgeschlossen, haben aber keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Wenn man berücksichtigte, wieviele Frauen im Kindbett sterben, habe die Nicht-Anwendung von Chinacrin viele Todesfälle zur Folge. (Hier gibt es verschiedene "Berechnungsbeispiele".)

Chinacrin ist gefährlich ...

KritikerInnen der Methode finden diese Argumente völlig inakzeptabel. Es sprechen sowohl medizinische, politische technologiekritische und feministische Gründe gegen Chinacrin.

Enormes Mißbrauchspotential: Gerade weil es keiner Gesundheitsdienste bedarf, weil es jede angelernte Person durchführen kann, gerade weil es billig und schnell geht, ist Chinacrin das ideale Instrument für Massensterilisierungen aus bevölkerungspolitischen Motiven.

Es gibt jetzt schon zahlreiche Beispiele dafür, daß Frauen nicht darüber aufgeklärt wurden, daß es sich um eine experimentelle Methode handelt, die noch nicht zugelassen ist, daß sie an einem Versuch teilnehmen. Der Mißbrauch ist Teil der Methode und nicht, wie Mumford und Kessel behaupten, ein Problem von Familienplanungsprogrammen der entsprechenden Länder, für die das Mittel nichts könnte. Die Bemühungen, eine hohe Sterilisationsrate mit nur einer Anwendung zu erreichen, zielen ausdrücklich auf Massenanwendungen. Damit unvereinbar ist eine umfassende Information, medizinische Voruntersuchungen und Nachbetreuung der Frauen.

Daß es sich um ein bevölkerungspolitisches Kontrollinstrument handelt, ergibt sich auch aus den Finanzierungsverflechtungen, die eingangs dargestellt wurden.

Verletzung medizinischer Standards: Chinacrin wurde bereits massenhaft angewendet, bevor überhaupt Untersuchungen zur Giftigkeit, zur potentiellen Schädigung der Leibesfrucht, und zur Kanzerogenität durchgeführt wurden. Grundlegende medizinische Standards für die Entwicklung eines neuen Arzneimittels oder Verhütungsmittels wurden nicht eingehalten. FHI, die die Entwicklung von Chinacrin in Chile finanzierten, hat vor zwei Jahren die entsprechenden ersten Laboruntersuchungen durchgeführt (mit Finanzierung von USAID). Und das auch nur, weil die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sich für einen Anwendungs- und Versuchsstop aussprach, solange diese Untersuchungen nicht durchgeführt seien.

Drei Reagenzglasversuche ergaben, daß Chinacrin mutagen ist. Ein Versuch am lebenden Tier ergab aber keine Kanzerogenität. Um diese widersprüchlichen Ergebnisse zu klären, müßten umfassende Tierversuche durchgeführt werden, die laut FHI 8 Millionen Dollar verschlängen und mehrere Jahre dauerten.

Auch bei der Durchführung der sogenannten Studien in Ländern der Dritten Welt (klinische Versuche, Feldversuche), wurden eine Reihe von medizinischen Standards verletzt. Den Frauen wurde nicht mitgeteilt, daß es sich um einen Versuch handelt. Auch in den Fällen, in denen eine schriftliche Einverständniserklärung vorlag, gab es diese Täuschung. Häufig kam es zu keiner systematischen Nachbeobachtung der sterilisierten Frauen. Ein Arzt meinte: "Wenn die Frauen Probleme gehabt hätten, wären sie wiedergekommen. Da sie nicht gekommen sind, hatten sie keine Probleme." Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die Erfassung von unerwünschten Wirkungen und Folgeschäden.

Wirkungen von Chinacrin unbekannt: Medizinisch ist völlig unklar, welche Wirkungen Chinacrin hat. Vernarbung des Eileitergewebes und Tubenverschluß sind dokumentiert. Da es sich aber um eine unspezifische Entzündung handelt und auch die Gebärmutter selbst betroffen ist, kann niemand kontrollieren, wo und wie genau Gewebe geschädigt wird und was damit passiert. Chinacrin passiert problemlos die Plazenta und gelangt in den Fötus. Es ist völlig unklar, was es dort anrichtet, falls eine bereits schwangere Frau Chinacrin verabreicht bekommt oder falls die behandelte Frau schwanger wird. Ungeklärt ist auch, welche Auswirkung die Entzündungsreaktion auf bereits bestehende virale Infektionen, Geschlechtskrankheiten oder Tumore hat, oder ob Infektionen dadurch sogar gefördert werden könnten.

Eileiterschwangerschaften sind lebensbedrohlich. Ihr angeblich sehr geringes Auftreten nach Anwendung von Chinacrin ist nicht glaubhaft, da bei den meisten Versuchen keine ausreichend lange Nachbeobachtung

erfolgte. Eine Langzeitstudie in Chile zeigte, daß die Schwangerschaftsraten mit der Zeit zunahmen. Nach 10 Jahren gab es eine höhere Versagerquote (der Sterilisation) als beispielsweise nach fünf Jahren. Dies könnte darauf hinweisen, daß sich der Körper regeneriert und der Verschluß der Eileiter womöglich wieder durchlässig wird.

Chinacrin rettet kein Menschenleben: Frauen sterben nicht während einer Schwangerschaft oder Geburt, weil sie keine Verhütungsmittel hatten, sondern weil ihnen keine ausreichende medizinische Betreuung zur Verfügung steht. Das schräge Weltbild: "Verhütung rettet Leben, Schwangerschaft tötet" ist bei Bevölkerungskontrolleuren weit verbreitet. Sie vergleichen die Risiken eines Verhütungsmittels oft mit den Risiken einer Schwangerschaft anstatt mit den Risiken eines anderen Mittels. Dabei unterstellen sie, daß sterilisationswillige Frauen, wenn sie z.B. kein Chinacrin erhalten, gar nicht verhüten würden. Sie unterstellen ebenfalls, daß gar keine anderen Verhütungsmittel erhältlich sind. Ihre Nutzen-Risiko-Bewertung ist deshalb von vorneherein einseitig.

Interessant ist hierbei auch die patriarchale und rassistische Umwertung von Schwangerschaft. Die Gebärfähigkeit von Frauen wird nicht als leben-schaffend dargestellt, sondern als leben-bedrohend. Verhütungsmittel verhüten somit in erster Linie nicht die Entstehung neuen Lebens, sondern den Tod der Frau. In diesem Weltbild sind fruchtbare Frauen nicht gesunde Frauen, sondern gefährdete, die Mumford, Kessel & Co. mittels Sterilisation "retten".

Perfide ist die Argumentation mit dem Elend der Frauen. Weil die Gesundheitsversorgung so schlecht ist, heißt es, darf man keine hohen Ansprüche stellen, und ein Doppelstandard bezüglich medizinischer Unbedenklichkeit, so Kessel, sei gerechtfertigt (schließlich rettet man Menschenleben). Die feministische Kritik an Chinacrin denunziert er als westliche Arroganz und behauptet, die KritikerInnen würden Frauen töten, während er auf der Seite des Lebens sei. (7)

... und abzulehnen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist aus medizinischer Sicht der Einsatz von Chinacrin, sei es in sogenannten Versuchen oder als reguläre Familienplanungsleistung, strikt abzulehnen. Methodisch einwandfreie und vollständige Versuchsreihen an Tieren und danach an Frauen mögen die offenen Fragen klären. Aus feministischer Sicht ist Chinacrin aber - auch wenn es sich als relativ risikoarme Methode herausstellen sollte - völlig unakzeptabel, gerade wegen seiner scheinbaren Vorzüge: der einfachen Verabreichung, billigen Produktion, schnellen Sterilisation. Denn wir leben in einer Welt, in der die Gebärfähigkeit von Frauen im Süden zur globalen Bedrohung des Planeten oder als nationales Sicherheitsproblem eines reichen Industrielandes deklariert wird. In vielen Ländern der Welt laufen Bevölkerungskontrollprogramme zur Unterdrückung der Vermehrung bestimmter Volksgruppen, und es sind eben nicht nur zwei verrückte amerikanische Männer, die auf einen Sterilisierungskreuzzug ziehen, sondern es handelt sich um eine weitverbreitete politische Doktrin. Auch wenn während der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo verlautbart wurde, es sei nun ein neues Zeitalter angebrochen, in dem die Frau und ihre reproduktive Gesundheit im Mittelpunkt stünde.

Annette Will,

BUKO Pharma-Kampagne

Anmerkungen:

1) Heinrich Himmler, zitiert in: Susanne Heim, Ulrike Schaz: Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung - Kritik einer Debatte. Verlag der Buchläden Schwarze Risse und Rote Straße, Berlin 1996, S. 69

2) The Human Laboratory, BBC documentation by Debora Cadbury. ausgestrahlt am 6. November 1995

3) ebenda

4) Mohan Rao: Quinacrine "trials" and the national security questions in the USA. Women's Global Network for Reproductive Rights (WGNRR) - Newsletter, No 57, 1997, S. 57

5) Sanjay Kumar: Sterilisation by quinacrine comes under fire in India. The Lancet, 17. Mai 1997

6) Eileiterschwangerschaften sind lebensgefährlich. Sie können beispielsweise durch einen unvollständigen Verschluß der Eileiter eintreten.

7) Fawn Vrazo: New sterilization tack a savior or a menace? Seattle Times, 4.12.1993

Dieser Artikel erschien zuerst im Pharma-Brief (Nr.4/97), dem Rundbrief der BUKO Pharma-Kampagne. Wir bedanken uns für die Abdruckgenehmigung.

Was ist eigentlich Chinacrin?

Chinacrin, englisch Quinacrine, wurde in den 20er Jahren entwickelt und war jahrzehntelang als Malariaprophylaxe und -therapeutikum in Gebrauch. Wegen seiner hohen Toxizität und zahlreicher Nebenwirkungen wurde es später, als besser verträgliche Mittel auf den Markt kamen, nicht mehr eingesetzt. Chinacrin hat heutzutage eine therapeutische Rechtfertigung nur noch bei Giardiasis, einer Parasiteninfektion. (1)

Zur Sterilisation werden 7 Pellets à 36mg Chinacrin (insgesamt 252 mg) mit Hilfe eines leicht veränderten Spiralenapplikators tief in die Gebärmutter eingeführt. Dort lösen sie sich auf, und das Chinacrin entzündet die Gebärmutterwände und die Eileiter. Während die Gebärmutter sich mit der nächsten Menstruationsblutung erneuert, sklerotisieren und vernarben die Eileiter und werden so verschlossen. Damit dieser Verschluß vollständig ist, sollte Chinacrin zweimal im Abstand von einem Monat verabreicht werden. Während dieser Zeit ist eine zusätzliche Verhütung notwendig.

In manchen Ländern wird auch mit der gleichzeitigen Verabreichung eines Anti-Prostaglandins und Schmerzmittels experimentiert. Diese Mittel sollen die Krämpfe und Schmerzen verhindern, die die Frauen erfahren, und die Zuverlässigkeit von Chinacrin steigern. Es wird auch daran gearbeitet, die Zuverlässigkeit so zu verbessern, daß eine einmalige Verabreichung genügt.

Die Behandlung dauert nur wenige Minuten und ist für die Frauen kostenlos. Die Verabreichung ist relativ einfach: Es wurden bereits Hunderte von medizinischen Fach- und Hilfskräften sowie Hebammen angelernt. Es bedarf keinerlei Gesundheitsdienste, um diese Art der Sterilisation durchzuführen.

Chinacrin wird zu Zeit in den folgenden Ländern eingesetzt: Indien, Bangladesh, Philippinen, Vietnam, Pakistan, Indonesien, China, Ägypten, Iran, Kroatien, Chile, Venezuela, Costa Rica. Mindestens 100.000 Frauen wurden damit bislang sterilisiert.

Quelle:

1) Goodman and Gilman's: The pharmacological basis of therapuetics, 9. Auflage, 1996

22. Direktive: Abschieben! Wie der Abschiebestopp für irakische Kurden aufgehoben wird

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:32

Irakische Kurden wurden im Herbst diesen Jahres bitter enttäuscht. Nach oft lebensgefährlicher Flucht und langem Aufenthalt in Aufnahmelagern glaubten sie, in der Bundesrepublik ungefährdet leben zu können. Nun aber erhielten viele von ihnen ein Schreiben der Behörde, die wohl fälschlicherweise den Titel Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge trägt. Darin kommt unmißverständlich das Abschiebeinteresse der Behörde zum Ausdruck: "Bezüglich Ihrer Anerkennung als Asylberechtigter in der Bundesrepublik wurde aufgrund der zwischenzeitlich geänderten Situation in Ihrem Heimatland gemäß §73 Asylverfahrensgesetz ein Widerrufverfahren eingeleitet. Es ist beabsichtigt, Ihre Anerkennung zu widerrufen und festzustellen ..., daß keine Abschiebehindernisse nach § 53 Ausländergesetz vorliegen".

Der menschenverachtende Zynismus, mit dem deutsche Behörden vorgehen, wird daran deutlich, daß obiges Schreiben verfaßt wurde, als die türkische Armee erneut in den Nordirak einmarschierte. Splitterbomben und Napalm wurden gegen Zivilisten eingesetzt, und die irakische Armee drohte eine Invasion an. Die Situation im Nordirak hat sich seitdem in allen asylrelevanten Bereichen latent verschlechtert. Die Ablehnung der Asylgesuche der irakischen Kurden sind eindeutig allein auf politische Entscheidungen in Bonn zurückzuführen.

Gegenwärtig sind die irakischen Kurden die zweitgrößte Gruppe von Flüchtlingen in der BRD, die einen Antrag auf Asyl stellen. In den letzten Jahren stieg die Anzahl aller Flüchtlinge aus dem Irak von 1.246 im Jahre 1993 auf 13.043 im Jahre 1997 (bis November). Zudem nahm - laut Angaben des Bundesinnenministeriums - die Anzahl der bei der sogenannten illegalen Einreise aufgegriffenen irakischen Flüchtlinge von 1.546 (1996) auf 4.087 zu. Anlaß genug, um für die bekannte Paranoia bei deutschen Politikern und Bürokraten zu sorgen.

Dabei liegen die Ursachen dieser Entwicklung nach deren Ansicht weniger in der dramatischen Entwicklung des Krieges in Kurdistan und Nordirak. Schuld sei vielmehr die durch "Schleuserbanden organisierte" "besorgniserregende" Zunahme des "Zustroms von Einwanderern aus Irak". (Bericht der Bundesregierung vom 4./5.12.97)

Zweigleisiges Vorgehen

Das Ziel der Bundesregierung und insbesondere von Innenminister Kanther ist die weitere Verringerung der offiziellen Flüchtlingszahlen. Auch in diesem Fall wird die mittlerweile bekannte Strategie gefahren. Einerseits wird auf europäischer Ebene ein "Sofort-Aktionsprogramm" ausgearbeitet, um die "Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen" an den Grenzen zu "intensivieren". Andererseits sucht das Bundesinnenministerium nach Möglichkeiten, irakische Flüchtlinge abschieben zu können.

Die meisten irakischen Flüchtlinge bekamen bis 1997 das sogenannte "kleine Asyl" nach §51 des Ausländergesetzes. Dieser Aufenthaltsstatus kann aufgehoben werden, wenn die Verfolgung bzw. Bedrohung im Herkunftsland nicht mehr besteht. Die Politik der Bundesregierung läuft seit einigen Monaten darauf hinaus, den neu ankommenden Flüchtlingen das "kleine Asyl" zu verweigern. Ihnen wird nur noch eine kurzfristige Duldung (nach § 55 AuslG.) zugestanden. Als geduldete Flüchtlinge haben sie kein Recht auf eine Arbeitserlaubnis und können innerhalb eines Monats abgeschoben werden. Allerdings fehlt bislang noch die Möglichkeit, sie direkt abzuschieben, da es keine offene Landverbindung in den Nordirak gibt.

Seit über einem Jahr führt die Bundesregierung deshalb Verhandlungen mit Vertretern kurdischer Parteien im Krisengebiet, der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Die DPK hat im Herbst 1997 zugesagt, zukünftig abgelehnte kurdische Asylsuchende aufzunehmen. Offiziell bestreitet die Bundesregierung aber, daß solche Verhandlungen stattfinden. Ansonsten müßte sie nämlich eingestehen, mit einem nicht demokratisch legitimierten Parteichef asylrelevante Abmachungen getroffen zu haben und beiden Parteien staatsähnliche Funktionen zuzuerkennen.

Die Begründungen der Ablehnungsbescheide, die die irakischen Flüchtlinge seit Herbst 1997 erhielten, sprechen aber trotz aller Dementis der Bundesregierung eine andere Sprache. Dort werden die vorhandenen Schutzmöglichkeiten in den von DPK und PUK kontrollierten Gebieten betont und wird von einer "inländischen

Fluchtalternative" gesprochen, die es in den von DKP und PUK verwalteten Gebiete gäbe. Dies steht aber im krassen Mißverhältnis zu Meldungen über die Verfolgung von irakischen Kurden. Der UN-Koordinator für Hilfsmaßnahmen im Irak berichtete im Oktober 1997, daß in den letzten fünf Jahren durch Kämpfe der KDP und PUK etwa ein Drittel der Bevölkerung des Nordiraks vertrieben worden sei. (Reuter, 15.10.97) Irakische Kurden und irakische Oppositionelle haben faktisch keinen Schutz vor Verfolgung. Ende August 1996 wurden über 100 Mitglieder des oppositionellen "Iraqui National Congress" (INC) von KDP-Einheiten und irakischen Truppen exekutiert. Verschleppungen von Oppositionellen im Nordirak durch irakische Sicherheitskräfte zeigen, daß es auch dort keinen Schutz für sie gibt.

Auf europäischer Ebene übt die BRD Druck auf die Schengen-Staaten aus. Bei einem Treffen der EU-Innen- und Justizminister am 5./6. Dezember 1997 wurde über ein "Sofort-Aktionsprogramm mit Zeitrahmen und Erfolgskontrolle" diskutiert. Die "ausufernden aktuellen Folgen des irakischen Zuwanderungsstroms" müßten eingedämmt werden, heißt es dort. Der Migration sei am "Ausgangsherd" entgegenzutreten, dort befände sie sich noch im "Zustand der Beherrschbarkeit" und sei "effizienter zu bewältigen". Auf dem Treffen wurde deshalb beschlossen, die Grenzkontrollen in Griechenland und Italien zu verstärken sowie dort aufgegriffene Flüchtlinge erkennungsdienstlich zu behandeln und die Daten zu speichern. Außerdem soll auf die Türkei eingewirkt werden, damit sie ihre Kontrollen von Ausreisenden verschärft. Einer Abschiebung von irakischen Kurden, heißt es auch hier, stünde lediglich die Weigerung Jordaniens im Wege, als Transitland für Abschiebungen zu fungieren.

Im Irak gilt allein das Stellen eines Asylantrages im Ausland als schwere Straftat. Sollte es also der Bundesregierung gelingen, nicht nur Kurden in den Nordirak, sondern auch Iraker in den Zentralirak abzuschieben, wäre dies nicht nur ein weiterer der unzähligen Skandale, sondern die endgültige Liquidierung der Reste des bestehenden Asylrechts. Dann, so meinte kürzlich ein Iraker, wäre es fairer, die Betroffenen gleich hier zu erschießen. So erspare man ihnen wenigstens die Folter.

ch.

23. Migrationsbewegungen und Grenzregime in der Ukraine

Autor: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Berlin · Rubrik: Ukraine · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:11

Die Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) recherchiert und veröffentlicht seit einigen Jahren zu den Folgen der bundesdeutschen und europäischen Flüchtlings- und Abschiebepolitik. Im Juni 1996 hatte war sie für einige Wochen in der Ukraine. Dort führte sie Gespräche mit Flüchtlingen, Nichtregierungsorganisationen und staatlichen Stellen. Für die Schengen-Staaten zählt die Ukraine seit 1996 zu den "Viertstaaten". Seitdem wird aus der BRD über Polen in die Ukraine abgeschoben. Die Festung Europa hat so die Ukraine erreicht.

Der vorliegende Text ist ein stark gekürztes Kapitel aus dem Buch der FFM "Ukraine. Vor den Toren der Festung Europa. Die Vorverlagerung der Abschottungspolitik"

MigrantInnen

in der Ukraine

Seit den 60er Jahren gibt es in der Ukraine Migrationsbewegungen von bis dahin unbekanntem Ausmaß. Einerseits boten neben Moskau auch Kasachstan und die baltischen Länder jungen UkrainerInnen interessante Möglichkeiten, eine Lebensperspektive außerhalb der Ukraine aufzubauen. Andererseits kamen aus anderen Republiken der Sowjetunion Hunderttausende in die ukrainischen Großstädte, deren Einwohnerzahl zwischen 1961 und 1989 um 6,6 Millionen wuchs.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete schlagartig sowohl die Auswanderung von UkrainerInnen in andere GUS-Länder als auch die Landflucht. Seit 1992 ziehen in der Ukraine mehr Menschen aus den Städten zurück aufs Land als umgekehrt - ein weltweit äußerst ungewöhnlicher Vorgang. Der Hintergrund ist der Verfall der Überlebensökonomie in den Millionenstädten. Die höheren Einkommen in der Großindustrie und dem staatlichen Dienstleistungssektor, die zwischen 1961 und 1989 6,6 Millionen Menschen in die ukrainischen Städte gezogen haben, gehen deutlich zurück.

Seit 1994 ist die Ukraine - auch unter Berücksichtigung der massiven Rückwanderung von UkrainerInnen aus anderen GUS-Ländern - ein Emigrationsland geworden. Die Zahl der EmigrantInnen ukrainischer Staatsbürgerschaft, die das Land in den letzten drei Jahren verlassen haben, wird auf eine Million geschätzt. Die meisten sind nach Westen gegangen. Auf dem legalen Weg der behördlich genehmigten Aussiedlung haben bis 1996 300.000 Personen, hauptsächlich "ethnische Deutsche" und Juden (1), die Ukraine vor allem in Richtung Israel, die USA und die BRD verlassen. Die Frage, wieviel Personen in Zukunft Richtung Westen auswandern werden, wird in westeuropäischen Auftragsstudien vor allem im Rahmen von Bedrohungsszenarios aufgeworfen. Die entsprechenden Schätzungen - es sollen bis zu 500.000 Personen jährlich sein - sind daher mit äußerster Vorsicht zu betrachten. Als sicher aber gilt, daß der Wunsch nach Emigration, in Abhängigkeit von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, in den nächsten Jahren fortbestehen wird. (2)

Die Emigration nach Polen, die sicher umfangreicher ist als die in andere Länder, ist statistisch überhaupt nicht erfaßt. Die Pendelmigration nach Polen, die visumfrei und mit einem auf dem Schwarzmarkt erwerbbaren Voucher (Einladung) zu bewerkstelligen ist - also eine halblegale Aufenthalts- und Arbeitsform - hat schwer schätzbare Ausmaße angenommen. Die Rede ist von 80.000 bis 600.000 UkrainerInnen in Polen. Jährlich fahren etwa vier Millionen UkrainerInnen zu touristischen oder anderen Zwecken nach Polen. Im Juni 1996 vereinbarten die Präsidenten der Ukraine und Polens, daß die Voucher-Pflicht in Polen in Zukunft entfallen soll, der genaue Zeitpunkt dafür steht aber noch nicht fest. Im Gegenzug wurde die zukünftige Aufhebung der Visapflicht für polnische BürgerInnen in der Ukraine vereinbart.

Die ukrainische Pendelmigration nach Belarus und in die Russische Föderation soll inzwischen über 1,1 Millionen Personen umfassen. Ganze Scharen von Bus- und LKW-FahrerInnen aus Kyiv (Kiew), Kharkiv (Charkov), Sumy und Cernihiv (Chernigov) sind nach dem Zusammenbruch der Löhne in die Städte der russischen Föderation übergesiedelt, ebenso Bergarbeiter in die nahegelegene russische Rostov-Region.

Ferner gibt es aufgrund von Arbeitsanwerbeverträgen eine sechs- bis achtmonatige Arbeitsmigration nach Chile, Argentinien und Australien.

Im internationalen europäischen Vergleich zeichnet sich die Ukraine nicht nur durch eine sehr hohe innerstaatliche wie internationale Mobilität aus, sondern darüber hinaus auch durch den weitgehenden Zusammenbruch staatlicher Kontrollstrukturen wie des Meldewesens und durch eine Heterogenität der Sprachen und Kulturen. Neben den Minderheiten (3) leben 11-12 Millionen russophone Personen in der Ukraine, die sich nicht gern als "Minderheit" bezeichnen lassen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind zahlreiche Menschen aus anderen Staaten der GUS in die Ukraine übergesiedelt, darunter viele der unter Stalin deportierten Krim-Tataren und Flüchtlinge aus Konfliktzonen der ehemaligen Sowjetunion. Neben den bis 1993 zurückgekehrten 250.000 Krim-Tataren sind auch 10.000 Armenier, Bulgaren, Griechen und Deutsche zu erwähnen. Nach dem Krieg zwischen Armenien und Aserbeidschan und dem verheerenden Erdbeben in Armenien kamen 15.000 bis 20.000 Menschen, von denen 12.000 offiziell als Flüchtlinge registriert wurden. Später kamen Flüchtlinge aus dem Nordkaukasus und Tadschikistan hinzu. 1992 flohen 60.000 Menschen aus der Republik Moldova nach Odessa. Von den 45.000 Personen, die im Jahre 1993 einen Flüchtlingsstatus bei den ukrainischen Behörden beantragten, kamen 35.000 aus der GUS. Russen, Ukrainer und Armenier waren die größten Volksgruppen.

Die Rücksiedlungs- und Minderheitenpolitik in der Ukraine ist in starker Bewegung und hat noch keine endgültigen politischen und rechtlichen Umrisse. Staatsangehörigkeiten und Autonomien von Regionen und Minderheiten gelten als noch ungeklärt. Nach Angaben der Regierung sind es 60.000, laut Organisationen der Krimtataren sind es 176.000 Personen, die noch keine ukrainische Staatsbürgerschaft erhalten haben. Diese Menschen verwirken z.B. ihre usbekische Staatsangehörigkeit, wenn sie - nach Definition des usbekischen Rechts - mehr als fünf Jahre im Ausland gelebt haben. Sie werden deshalb in den kommenden Jahren de-jure staatenlos. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge aus den GUS-Staaten in der Ukraine derzeit auf eine Million geschätzt.

Neben diesen MigrantInnen mit ungesichertem Status leben hunderttausende ukrainische Staatsangehörige in flüchtlingsähnlicher Situation: Ungefähr 150.000 Personen wurden in der Folge des Cornobyl (Tschernobyl) Desasters zu "international displaced people". Über 1,4 Millionen UkrainerInnen sind aus ehemaligen UdSSR-Republiken in die Ukraine übergesiedelt. (4) Hinzu kommen die Flüchtlinge aus dem fernen Ausland, die Transit-MigrantInnen aus Asien, Afrika, Rußland und dem Kaukasus, die sich vor allem in Kyiv, Kharkiv und an der Westgrenze zur Slowakei aufhalten.

Der Leiter des Staatskomitees für Nationalitäten und Migration, Evtoukh, unterscheidet in seiner Studie (5):

- StudentInnen aus Vietnam, China, Nordafrika, Senegal u.a., die ihren Weg nach Westen suchen, nachdem sie einen ukrainischen Universitätsabschluß gemacht haben;

- ArbeiterInnen aus Südostasien, die nach 2-5 jährlicher Kontraktarbeit in der Ukraine das gleiche Ziel anstreben, und schließlich die

- "real transit migrants", über deren Zahl und Zusammensetzung keine Statistik Auskunft gibt.

Nach einer Studie der International Organization for Migration (IOM) wird die Ukraine von vier wesentlichen Transitrouten berührt (6):

- von Südost- und Zentralasien über Rußland oder die Ukraine nach Westeuropa (aus Afghanistan, Bangladesh, China, Indien, Pakistan, Sri Lanka, Vietnam),

- aus dem Mittleren Osten (aus Iran, Irak, Jordanien, Syrien, Türkei),

- aus Angola, Äthiopien, Marokko, Nigeria und Somalia. Die Reise geht gewöhnlich über die Türkei und den Iran in die transkaukasischen Staaten der GUS und von dort aus weiter nach Moskau oder Kyiv,

- AfrikanerInnen, AraberInnen und KurdInnen benutzen auch den direkten Luftweg aus dem Libanon.

Das Grenzregime

Die ukrainischen Grenzangelegenheiten werden zentral bei der Regierung in Kyiv koordiniert. Wie in vielen Lindern Osteuropas sind die Grenzbehörden aufgeteilt in zwei verschiedene polizeiliche bzw. militärische

Apparate. So gibt es das "Staatskomitee für die Grenzsicherheitsangelegenheiten", dem die politischen Leitungsfunktionen und die Organisation von Abschiebungen zugeordnet sind, und den Grenzschutz, der für die Kontrolle der grünen Grenze, die Suche nach illegalen Grenzgängern und ihre Verhaftung zuständig ist. Da in der Ukraine für Hunderttausende die Staatsbürgerschaft nicht geklärt ist, das Land in über sieben Jahrzehnten Sowjetunion an den längsten Grenzabschnitten keine Kontrollen durchgeführt hat und nun neue bilaterale Verhältnisse zu seinen Nachbarstaaten aufbaut, verwundert es nicht, daß an den Grenzen in hohem Maß Willkür und ganz unterschiedliche Grenzregime herrschen. (7)

Faktisch vollzieht sich der Aufbau neuer Grenzbehörden in der Ukraine in ziemlich ungeordneten Bahnen, denn auch diese staatlichen Institutionen sind an der Basis von Zerfall gekennzeichnet. Es gibt einen mehrmonatigen Lohn- und Soldrückstand und viele Wehrpflichtige desertieren. (8) Die illegale Einreise wird, mit dem Stereotyp der "organisierten Kriminalität" belegt, auch in der Ukraine zum Feindbild der Grenzschützer. Der Stellvertretende Leiter der Konsularabteilung im ukrainischen Außenministerium, Herr Bunder, dem die Visapolitik untersteht, zeichnete im Juni 1996 folgendes Bild: Die Ukraine als "Pufferzone zwischen Europa und der ‚Dritten Welt` könnte zum "Depot für illegale Migranten" werden. "Rauschgift, Mafia und Terror als Bedrohung aus dem Nahen Osten und aus Afrika" seien die größten Gefahren, die über die Grenzen in die Ukraine hineindrängten. Zum Zweck der Migrationsbekämpfung werde unter aktiver Beteiligung der Konsularabteilung z.Z. ein Visumsetikett ausgearbeitet, das ab 1997 in den Paß eingeklebt werden müsse. 1996 sei eine "Restrukturierung der Paß- und Visapolitik aufgrund einer neuen internationalen Gefahrenlage" eingeleitet worden.

Vladimir Jakobtschuk, der Stellvertretende Abteilungsleiter für Migrationsangelegenheiten im Innenministerium, berichtete: "Zur Zeit wird in der Präsidentschaftsadministration die Frage diskutiert, wie ein automatisiertes Kontrollsystem der Ein- und Ausreise aussehen kann. Wenn z.B. ein Ausländer am Flughafen Boryspil in Kyiv eintrifft, dann wird sein Paß in einen Computer eingelesen, so daß man diese Information in einem anderen Grenzort oder in Kyiv finden kann, wenn man das braucht. Auch wird derzeit im Auftrag des Präsidenten geprüft, wie wir einen übergreifenden Migrationsdienst in der Ukraine aufbauen können. In einem solchen Migrationsdienst könnten alle Stellen miteinander verbunden werden: die Abteilung Paß und Registrierung im Innenministerium, das Ministerium für Migrationsangelegenheiten, das sich mit Flüchtlingen beschäftigt, das Arbeitsministerium, in dessen Kompetenz die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für Ausländer fällt, das Grenzschutzkomitee, das die Paßkontrolle ausübt."

Aber trotz all dieser Träume von einer Kontrolle westlicher Machart kann man bisher davon ausgehen, daß die Einreise in die Ukraine ein relativ kleines Problem für Transitflüchtlinge und -migrantInnen darstellt. Die Ausweisdokumente können häufig weder bei der Einreise noch beim Migrationsbüro auf Echtheit überprüft werden.

Viele Personen aus anderen Kontinenten reisen über den Kyiver Flughafen Boryspil ein, wo zahlreiche Direktflüge aus asiatischen und afrikanischen Ländern ankommen. Verfügten sie bei der Einreise nicht über eine schriftliche Einladung eines ukrainischen Staatsbürgers, so konnten sie noch bis zum letzten Jahr an jeder Grenzstation oder am Flughafen für 50 Dollar ein Touristenvisum erhalten, das für drei Tage gültig war. Allerdings ändert sich die Visapolitik am Kyiver Flughafen Boryspil immer wieder: Im Juni 1996 schloß das Visa-Büro am Flughafen Kyiv die Visa-Ausgabe z.B. für Somalier, auch Addis Abeba und Moskau geben Somaliern keine Visa mehr.

"Die Besonderheit der umfangreichen Visa-Vergabe am Flughafen hängt mit der begrenzten Zahl ukrainischer Auslandsvertretungen zusammen", so der Kyiver UNHCR-Mitarbeiter Christoph Bierwirth. "Und da es gerade in afrikanischen Staaten kaum Auslandsvertretungen gibt, sind auch zum Beispiel Geschäftsreisende auf die Erteilung von Geschäftsvisa am Flughafen angewiesen. Die Praxis ist in den letzten drei, vier Monaten strenger geworden, was die Vergabe von Touristenvisa angeht. Das war bis Januar die Haupteinreisemethode irakischer Kurden, meist über die Türkei, vereinzelt über Jordanien kommend. Jetzt geht es wohl fast nur noch mit Geschäftsreisevisum gegen entsprechende Bezahlung, da gibt es aber auch Geschäftsreisevisa für Familien mit vier Kindern im Paß."

Einmal im Land, müssen die Flüchtlinge Polizeirazzien und gelegentliche Festnahmen über sich ergehen lassen. Aber, und das ist die andere Seite der Medaille, es gibt bisher noch kein systematisches Abschiebesystem. Vielen auf dem Landweg Abgeschobenen gelingt die Rückkehr in die Ukraine. Sie werden

einfach in den Zug zurück nach Moskau gesetzt, aber niemand kontrolliert, wo sie aussteigen. Damit soll keinesfalls verharmlost werden, daß andere Abschiebungen aus der Ukraine oftmals Abschiebungen in die Verfolgerstaaten ("Refoulement") sind und damit für viele der Abgeschobenen lebensbedrohliche Gefahr sind.

Die Grenzen zu GUS- Ländern und Rumänien

Vladimir Jakobtschuk wies darauf hin, daß die Kontrollen an den Grenzen innerhalb der GUS aufgrund der visafreien Einreisemöglichkeiten für alle GUS-BürgerInnen, für ChinesInnen, NordkoreanerInnen, MongolInnen, VietnamesInnen und andere nicht mit dem westlichen Grenzregime vergleichbar seien. (9)

Die ukrainisch-russische Grenze ist noch nicht definitiv abgesteckt, erst im August 1996 begannen ukrainisch-russische Verhandlungen über die genaue Grenzfestlegung. Die Ostgrenzen sind daher durchlässig, die TransitmigrantInnen können aus Rußland relativ problemlos mit der Bahn einreisen. Die Einreise auf dem Landweg ist auch über andere GUS-Länder - Belarus und die Republik Moldova - recht unproblematisch, sowohl über die offiziellen Grenzstellen als auch über die grüne Grenze. Diese Grenzen werden nicht durchgängig überwacht.

Hinsichtlich der Festnahmen beim Einreiseversuch in die Ukraine machte Vladimir Jakobtschuk folgende Angaben: "Im ersten Halbjahr 1996 wurden 663 Personen aus Südostasien, die illegal in die Ukraine einreisen wollten, an der Grenze aufgegriffen, aus Mittelasien und dem Nahen Osten 300 Personen, aus Afrika etwa 350 Personen."

Im Sommer 1995 hat die ukrainische Regierung eine leichte Verstärkung des ostukrainischen Grenzschutzes beschlossen. Dies wurde außenpolitisch begründet: Es gehe darum, so ließ der Kommandant der ukrainischen Grenzschutztruppen, Wiktor Bannych, verlauten, der Ausbreitung von Konflikten in der Region nach der Verschärfung der Lage im Nordkaukasus vorzubeugen.

Die Einreise über die ukrainische Südwestgrenze zu Rumänien ist zwar schwieriger als über die GUS-Länder. Es gibt dort inzwischen einen doppelten Grenzzaun, und eine latente Militarisierung wegen strittiger Territorialfragen hat mehr Aufmerksamkeit auf diese Grenze gelenkt, aber dennoch ist sie nach westlichen Maßstäben relativ durchlässig. Jakobtschuk sagte zu Festnahmen von illegal einreisenden Bürgerinnen der südlichen und nördlichen Nachbarländer in den ersten fünf Monaten des Jahres 1996: "Aus Moldova: 3.170 Personen; aus Litauen: 130, und etwa 50 Personen aus Rumänien." (10)

Nach Berechnungen ukrainischer Behörden stehen enorme Investitionen zur Grenzziehung und -aufrüstung an, es fehlen aber die Mittel. Die einfache Grenzmarkierung kostet pro Kilometer 40.000 Dollar, die Einrichtung eines überwachbaren Grenzgebietes pro Kilometer 183.164 Dollar. 4.579 Kilometer offene GUS-Grenze hat die Ukraine, bei einer Gesamtlänge der ukrainischen Grenzen von 8.126 km mit 254 Grenzübergangspunkten.

Die Westgrenze

Relativ engmaschige Kontrollen gibt es an den ukrainischen Westgrenzen zu Ungarn, der Slowakei und Polen, jedoch sind auch diese Grenzen nicht hermetisch zu schließen. Im Jahre 1993 wurden angeblich 17.614 Personen bei dem Versuch, die Westgrenzen illegal zu überqueren, festgenommen (nach einer anderen Statistik sind es 9.086 Personen). 1995 sollen es 9.787 Personen gewesen sein. Bezogen auf die ersten fünf Monate des Jahres 1996 nennt der stellvertretende Abteilungsleiter des "Staatlichen Komitees für Grenzschutz", Alek Golovatsch, folgende Zahlen: "Nur in diesem Jahr sind bis jetzt aus verschiedenen Gründen etwa 6.000 ausländische Bürger an der ukrainischen (West-, d.V.) Grenze festgenommen worden. 67 Personen hatten fremde Pässe, die ihnen nicht gehörten, und 554 hatten Fälschungen." Die tatsächliche Zahl der illegalen Grenzüberquerungen ist unbekannt.

Werden Flüchtlinge an der Grenze aufgegriffen, so werden sie inhaftiert, die meisten Festgenommenen berichten über Schläge und Mißhandlungen. In der Regel werden sie nach 10 Tagen wieder freigelassen, nach Kyiv gebracht oder in den Zug nach Moskau gesetzt, aus dem sie aber auch rasch wieder aussteigen können. Sie müssen dann aber das Glück haben, seriöse Fluchthelfer zu haben und diese auch wiederzufinden, sonst ist ihr Geld und damit ihre Chance vorerst dahin. Nach Verlust ihres Geldes versuchen sie mühsam monate- und manchmal jahrelang für einen neuen Fluchtversuch zu sparen. Auch legal Ausreisende anderer Kontinente erleiden manchmal das gleiche Schicksal. So berichtete eine NGO, die sich an der Grenze sozial engagiert, von einer Gruppe Nigerianer, die, von Moskau kommend, versuchte, nach Westeuropa auszureisen.

Sie hatten sowohl die nötigen Transitvisa für die Ukraine als auch Schengener Visa für Italien. Doch die ukrainischen Grenzer nahmen ihnen die Pässe ab und schickten sie zurück nach Kyiv. (11)

Solange die Flüchtlinge in der informellen Ökonomie untertauchen, halten sie sich überwiegend in der Hauptstadt auf. Um einen Weg zur Überquerung der Grenze ausfindig zu machen, reisen sie in die westliche Ukraine. Mit genügend Geld ist es nicht schwer, auf den Märkten Fluchthelfer und Grenzschmuggler zu finden. Während die Reise vom Herkunftsland in die Ukraine die meisten Flüchtlinge etwa 1.000 Dollar gekostet hat, müssen sie für den weiteren Weg nach Westeuropa 1-3.000 Dollar ausgeben.

Für organisierte Gruppen ist es leicht, die Grenzer zu bestechen. Die Fahrt mit der Eisenbahn kann an der westukrainischen Grenze wegen der langen Wartezeiten durch Umladen der Waggons auf die in Ost- und Westeuropa unterschiedlich breiten Fahrgestelle gut unterbrochen werden. Nach einem Fußmarsch geht es auf der anderen Seite mit der Bahn weiter. Oder sie werden mit Bussen an die grüne Grenze gefahren und überqueren sie zu Fuß. Eine andere und billigere Möglichkeit ist das gefährliche Verstecken im Motor- oder Gepäckraum von Bussen oder Lastwagen.

Die ukrainische Westgrenze zu Polen und der Slowakei ist zugleich die Außengrenze der GUS. Im Unterschied zu Belarus, wo die Grenztruppen zusammen mit russischen Grenzsoldaten die Grenze kontrollieren, lehnt die ukrainische Regierung die Stationierung russischer Grenzkontrolltruppen ab und baut ein selbständiges Grenzregime an der ukrainischen Westgrenze auf. Auf bilateraler Ebene werden die Grenzkontrollfragen mit den westlichen Nachbarländern im Paket mit Werkvertragsregelungen und Rückübernahmeverträgen verhandelt. Die westukrainische Grenze wird derzeit sichtbar aufgerüstet.

Neben der länderübergreifenden Koordination (BRD-Polen-Ukraine) der Grenzschutz- und Polizei-"Operationen" hat die deutsche Bundesregierung mit der Ausstattung des westukrainischen Grenzschutzes und der Polizei der Stadt und Region Kyiv begonnen. Sie werden seit Herbst 1996 mit Fahndungstechnik aus der BRD ausgerüstet (12). Die Hilfe richtet sich vor allem gegen die angeblich die BRD bedrohende "Schleuserkriminalität" und die "Kfz-Verschiebungen". Grundlage ist ein bilaterales Abkommen zur Bekämpfung der sogenannten organisierten Kriminalität von Februar 1995. Impulse für die Neustrukturierung der Grenzkontrollen gehen von internationalen Konferenzen aus, wie beispielsweise von der "Regionalen Konferenz über illegale Migration" (27.-29.1.1997 in Kyiv), die das Helsinki-Büro der IOM organisierte.

Da die illegale Grenzüberschreitung nach Polen oder in die Slowakei schwieriger geworden ist, bewegen sich viele Flüchtlinge und MigrantInnen monate- oder gar jahrelang längs der vorgelagerten Außengrenzen der EU, von Belarus in die Ukraine nach Rumänien und umgekehrt. Christoph Bierwirth vom UNHCR sagte uns dazu: "Es gibt da erstaunlicherweise dieses Phänomen, daß Personen aus Rumänien nach Kyiv kommen, weil sie meinen, die Nordroute über Weißrußland-Polen sei leichter. Auf der anderen Seite gehen Personen, die über Weißrußland nicht weiterkommen, dann über Kyiv nach Rumänien, über die Südschiene Odessa-Moldawien-Rumänien. Also da gibt es ein - beim Fußball würde man sagen, ein Hin- und Herschießen von Flanken auf die verschiedenen Flügel, wo es dann aber nicht vorangeht."

Nach Angaben eines ehemaligen Polizisten aus Luanda, der in Kyiv festsitzt, seien 500 bis 1.000 Dollar nötig, um in Richtung Westen loszufahren. Die Hauptschwierigkeit sei das Dokument, nicht die Reise. Iraner berichteten uns, daß es ohne Hilfe schwierig sei, über die westukrainische Grenze zu kommen. Derzeit betrage der Preis 3.500 Dollar pro Person für das Erreichen der Tschechischen Republik. Ein iranischer Flüchtling in Kyiv sagte uns folgendes: "Es ist sehr schwer, die Grenze zu überschreiten. Aber wenn jemand vermittelt, wenn du Beziehungen zu einem Migrationsbeamten an der Grenze hast, dann kannst du ohne Schwierigkeiten rübergehen. Das ist dasselbe Prinzip wie bei allen Razzien in der Ukraine, die zur Zeit stattfinden. Wenn jemand z.B. damit handelt, daß er Leute nach Westeuropa schickt und Familienangehörige hat, die an der Grenze arbeiten, dann regeln und arrangieren die alles, nehmen allerdings viel Geld dafür. Normalerweise kostet das mehr als 3.500 Dollar - pro Person - bis nach Deutschland. Bis in die tschechische Republik kostet es 3.000 Dollar. Aber wir haben nicht so viel Geld."

Die Verschärfung der westukrainischen Grenzkontrollen wirkt sich auf die Fluchthilfe-Preise aus. "Der Preis für die Weiterwanderung ist in den letzten Jahren doch erheblich gestiegen, unter 1.000 Dollar bis Polen geht fast nichts mehr. Die Methoden ändern sich immer, es gibt auch mal so Wochen-Methoden, die ‚in` sind, bestimmte Transit-Tickets, die man bei bestimmten Schaltern wieder eintauschen kann, mit dem

Transitflug-Ticket hat man dann schon ein Visum für Polen bekommen, aber das ändert sich wirklich alle paar Wochen, das veraltet auch sehr schnell. Wie hoch die Zahlen sind? Ich würde sagen fünfstellig, die Gesamtzahl der Transitpersonen fünfstellig im Jahr." So erzählte Christoph Bierwirth.

Die Verhinderung der Ausreise aus der Ukraine durch die Grenzer gehört zu den schwer erklärbaren Skurrilitäten, die sich nicht einfach aus dem Interesse des ukrainischen Grenzregimes ableiten lassen. So berichtete uns Christoph Bierwirth: "Das Gros des ukrainischen Grenzschutzes ist an den Westgrenzen stationiert, und aus westlicher Sicht ist schwer nachzuvollziehen, daß in der Ukraine die Hauptaufgabe im Moment im Verhindern der illegalen Ausreise besteht, das spiegelt sich auch im Strafmaß. Das ist nicht sehr logisch, aber das ist eben so, und Sie haben, ich muß das sagen, oft das Dilemma, daß jemand sagt, ich will jetzt, weil ich hier keinen Status bekomme, die Ukraine illegal verlassen. Er wird geschnappt, und wenn er Glück hat, zurückgeschickt nach Kyiv. Und in Kyiv wird er dann, weil er illegal in der Ukraine verblieben ist, wieder für kurze Zeit festgenommen und bestraft. Selbst wenn er ein Ausreisevisum hat, kann er damit nicht nach Polen, weil die Polen ihm natürlich vorher kein Visum gegeben haben. Wir haben dieses Dilemma in noch skurrileren Situationen. Wir haben Personen, für die wir in Kooperation mit der deutschen Botschaft eine Familienzusammenführung organisieren konnten. Die Person hat kein Ausreisevisum aus der Ukraine oder hat gar keinen Paß, nur von der deutschen Botschaft einen Blattpaß, ein Laissez-Passer zur einmaligen Einreise zum Zweck der Familienzusammenführung, das aber nicht als Reisedokument durch die Ukraine anerkannt ist. Die Person geht zum Flughafen, sie darf nicht ausreisen, obwohl die Ausreise und die Aufnahme in einem anderen Land sichergestellt ist, sie fährt zurück nach Kyiv und der nächste Polizist greift sie auf und bestraft sie wegen illegalen Aufenthalts in der Ukraine. Das ist leider so, und das passiert leider nicht selten. Es ist klar festzustellen, daß die verschiedenen Akteure der ukrainischen Migrationspolitik hier noch keine voll abgestimmte Politik betreiben. Wir pochen seit Monaten darauf, daß wir ein kostenfreies Ausreisevisum für Personen bekommen, für die wir Familiennachzug in andere Länder oder freiwillige Repatriierung organisieren."

Aus Interviews

mit Flüchtlingen

Ein Kurde aus dem Irak: "Am 4. Mai 1994 bin ich aus dem Gefängnis Bakhadshur ausgebrochen, in Suleymaniye. Nach 10 Tagen bin ich aus Suleymaniye geflohen, in die Stadt Zakho, denn über diese Stadt geht die einzige Schmugglerroute, auch für illegale Menschen. Von Zakho gab es eine direkte Reisemöglichkeit, versteckt in einem Fahrzeug, nach Ankara. Am 20. Mai 1994 bin ich beim UNHCR in Ankara gewesen. Sie bestellten mich für einen Termin im Juni und fragten mich dann 72 Stunden lang aus. Danach sagten sie mir, ich müßte warten, bis der Bescheid fertig ist, der wurde aber nicht fertig. Statt dessen wurde ich im Distrikt Uz verhaftet. Nach vier Tagen wurde ich in den Iran nach Diyadin abgeschoben, wir waren 72 Personen, einige von uns Iraner. Ich war mit einer Person namens Bagh Dishiuz zusammen untergebracht, er hatte eine schwangere Frau und ein Kind. Am 3. Juli 1994 richteten die iranischen Behörden ihn in Merhadat hin. Das habe ich von seinem Bruder erfahren, mit dem ich zusammengelebt habe. Später bin ich über Diyadin, durch einen dieser Checkpoints der Cezirzy Botan (Cizre) entwischt. Ich blieb in der Türkei in Diyadin, im August kam ich dann wieder nach Ankara, und wurde nochmals vom UNHCR angehört. Sie fragten mich, warum ich im Juli nicht vorbeigekommen bin, und ich erklärte, daß ich von der türkischen Regierung abgeschoben worden war. Sie erklärten mir, daß sie nur für die iranischen Kurden Papiere besorgen, nicht aber für die irakischen Kurden.

Im Dezember 1994 erreichte mich meine Frau. Sie hatte einen irakischen Paß benutzt. Ich habe eine Bescheinigung, auf türkisch, daß meine Frau mit einem falschen Paß angekommen ist. Dann wurde ich erneut von den türkischen Behörden verhaftet. Ich kam mit Bestechung wieder heraus. Im Januar 1995 flogen wir nach Kyiv. Im Februar 1995 mußte ich 2.000 Dollar an die ukrainischen Behörden zahlen, weil ich am Stadion mit Zigaretten gehandelt habe. Die Ukraine ist kein sicheres Land und hat keine Menschenrechte. Vor drei Tagen (im Juni 1996, d.V.) habe ich meine Frau in Richtung Deutschland losgeschickt. Über ihr Schicksal habe ich bis jetzt nichts erfahren. Sie reist mit russischen Leuten. Wir haben nicht genug Geld, deswegen bleibe ich erstmal hier."

Eine iranische Frau mit Tochter: "Ein Jahr bin ich jetzt hier in Kyiv. Ich habe ein paar Landkarten, das ist alles. Damit wollte ich den Weg über die Grenze finden. Wir sind 18 Stunden lang gelaufen. Wir wollten zu Fuß rüber

und haben einen 18-stündigen Marsch auf uns genommen. Meine Tochter ist zehn Jahre alt. Ich wurde dreimal an der Grenze festgenommen. Das erste Mal wurden wir an der ukrainisch-polnischen Grenze festgenommen. Wir sind bis nach Polen hinüber gekommen. Aber leider wurde jemand von uns bemerkt, und wir wurden alle festgenommen. Acht Tage saßen wir in Haft, an einem schlimmen Ort. Das war eine unterirdische Zelle, die polnischen Polizisten mißhandelten uns und gaben uns nur Brot und kalten Tee. Das zweite Mal wurden wir in der Stadt Uhorod festgenommen. Auch da wurden wir von der Grenzpolizei acht Tage in Haft gesteckt, auf der ukrainischen Seite. Dann wurden wir nach Kyiv zurückgebracht. Die erste Grenzüberschreitung - nach Polen - war vor einem Jahr, kurz nach unserer Ankunft in der Ukraine. Der dritte Grenzfluchtversuch war im Dezember (1995, d.V.), vor Weihnachten. Den zweiten Grenzüberschreitungsversuch machten wir genau eine Woche nach dem ersten. Wir waren zurück nach Kyiv gebracht worden und haben sogleich unsere erneute Abfahrt vorbereitet.

Ich hoffe nach wie vor auf das Glück, über die Grenzen zu kommen, denn hier haben wir keine Zukunft. Kinder brauchen Erziehung und Schule, in der ganzen zivilisierten Welt haben die Kinder ein Recht darauf. Aber in der Ukraine respektiert das niemand. Ich habe auch in Polen keinen Asylantrag gestellt, denn dort wollte ich nicht bleiben. Als wir damals nach der Haft in Polen an die ukrainische Grenzpolizei übergeben wurden, kamen wir dort einen Tag in Haft, und die ukrainische Grenzpolizei schlug uns. (Sie weint.) Ich hoffe, daß ich mit meiner Tochter bis nach Westeuropa durchkomme, denn ich möchte meine Tochter nicht hier in diesen Ländern sterben sehen."

Forschungsgesellschaft Flucht

und Migration, Berlin

Anmerkungen:

1) Von 480.000 Juden und Jüdinnen (1989) der Ukraine sind inzwischen ungefähr ca. 270.000 ausgewandert. Kanada und Australien haben die Grenzen gegenüber Juden aus der Ukraine inzwischen geschlossen, abgesehen von der Familienzusammenführung. In der Regel dauerte es bis eineinhalb Jahre, bis von der entsprechenden jüdischen Gemeinde eine Aufnahmeerklärung ausgestellt wurde. - Israel hat mit Genehmigung der ukrainischen Regierung 1994 20.600 Personen aufgenommen, in der 1. Hälfte 1995 8.600; die USA 1994 17.100, 1. Hälfte 1995 5.800; die BRD 1994: 6.100, 1. Hälfte 1995 4.200. Laut Auskunft der Abteilung Aussiedler des Innenministeriums der BRD kamen von 1992 bis 1996 15.660 Aussiedler aus der Ukraine.

2) vgl. Shamshur, Oleg und Malinovska, Olena: Die Ukraine als Sende- und Zielland vom Migranten. In: Morokrasic, Mirjana und Rudolf, Hedwig (Hg.): Wanderungsraum Europa. Menschen und Grenzen in Bewegung. Berlin 1994, S. 149-165.

3) Als gut organisiert gelten die ehemals deportierten und nun rückkehrenden KrimtatarInnen, deren Zahl sich in der Ukraine von 47.000 Personen im Jahr 1987 auf 250.000 Personen im Jahr 1996 erhöht hat; die Zahl der UngarInnen in der Ukraine: 200.000 Personen; was die Zahl der RumänInnen in der Ukraine betrifft, bewegen sich die Schätzungen zwischen 145.000 und 500.000 Personen. Hinzu kommen weitere ehemals deportierte und nun rückkehrende Gruppen: (Krim-) Bulgaren, Armenier, Deutsche.

4) Nach Angaben der letzten Volkszählung, die 1989 stattfand, wohnen 14-16 Millionen UkrainerInnen außerhalb der Ukraine.

5) Evtoukh, Volodymyr: Contemporary Migrations in the Ukraine. In: F. Heckmann, W. Bosswick (Hg.): Migration Policies: A Comparative Perspective, 1994, S.243-247.

6) Migration Information Programme. Transit Migration in Ukraine. IOM, Budapest August 1994, S.39 f.

7) Im Februar 1996 ist das Regierungsdekret "Über die Regeln für die Einreise von Ausländern in die Ukraine, ihre Ausreise aus der Ukraine und ihre Transitfahrt durch die Ukraine" erlassen worden, das die faktischen Zustände an den Grenzen zum Teil legalisiert. Ein neues Gesetz, das die Staatsbürgerschaft regelt, wird seit Anfang 1997 in parlamentarischen Ausschüssen beraten.

8) Im Sommer 1995 mußten die ukrainischen Militärbehörden, denen auch Aufgaben der Grenzüberwachung zufallen, eingestehen, daß in der Ukraine 10.500 Wehrdienstverweigerer amtlich gesucht würden. Den Flüchtigen drohen Strafen bis zu drei Jahren (NZZ 13.7.1995).

9) Außerdem gibt es spezielle Abkommen über visafreie Einreise und Ausreise mit Polen, der Slowakei und Ungarn.

10) 1995 soll mehr als die Hälfte der wegen Grenzverletzung Festgenommenen aus asiatischen Ländern stammen.

11) Nach mündlichen Angaben von Gregory Galan, Direktor der ADRA (Adventist Development and Relief Agency Ukraine) in Kyiv, im Juni 1996.

12) Kievskaia Pravda 18.7.1996, und: Innenpolitik 5/96, 8.11.1996, S. 15.

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration: Ukraine. Vor den Toren der Festung Europa. Die Vorverlagerung der Abschottungspoltik, Berlin, Göttingen 1997, 139 Seiten, DM 12,-

24. Der Antikommunismus lebt. Frankreich debattiert über "85 Millionen Opfer des Kommunismus"

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:21

Seit Erscheinen des Livre noir du communisme ("Schwarzbuch des Kommunismus"; siehe obenstehende Buchvorstellung) dreht sich in Frankreich ein bedeutender Teil der öffentlichen Debatte um die "85 Millionen Opfer des Kommunismus". Auf diese Zahl hatte der Leiter und Herausgeber des Sammelbands, Stéphane Courtois, die Opfer des "Kommunismus an der Macht" addiert.

Courtois, ein ehemaliger Maoist, wundert sich in seinem Vorwort darüber, daß heute noch "revolutionäre Gruppen in aller Legalität aktiv" sein dürften. Gleichzeitig verwahrt er sich bei öffentlichen Auftritten gern dagegen, daß seine Arbeit irgendetwas mit Politik zu tun habe. "Unsere Arbeit als Historiker", so Courtois, "darf sich nicht nach der politischen Meteorologie richten". Auch zeigte er sich bei einem Fernsehauftritt auf France 2 am 7. November 1997, dem 80. Jahrestag der Oktoberrevoltion, "sehr überrascht" darüber, daß man ihm die - seit dem Sommer von der extremen Rechten aufgebrachte - Forderung nach einem "Nürnberger Prozeß des Kommunismus" unterstelle: "Wir sind keine Richter oder Staatsanwälte, (sondern) Historiker."

Doch in seinem Vorwort taucht der Bezug auf Nürnberg und die dort vorgenommene Definition des "Verbrechens gegen die Menschlichkeit", die auf die kommunistischen Taten angewandt werden müsse, mindestens sechsmal auf. Und in einem Gespräch mit dem reaktionären Figaro-Magazine bezieht sich Courtois auf den aktuell in Bordeaux stattfindenden Prozeß gegen Maurice Papon, der beschuldigt wird, zwischen 1942 und 1944 als Generalsekretär der dortigen Präfektur die Deportation von 1.700 Juden organisiert zu haben. Courtois wirft der FNDIRP - einer Vereinigung von ehemaligen Deportierten - vor, sie würde dort als zivile Klägerpartei auftreten, "obwohl" sie in der Vergangenheit Komplizin kommunistischer Verbrechen gewesen sei und 1949 (!) die UdSSR verteidigt habe. Die Parallelität zwischen Nazi-Holocaust und "kommunistischem Terror" scheint für ihn bereits zur Selbstverständlichkeit geworden zu sein: Wer damals nicht von der UdSSR reden wollte, so seine Logik, habe heute kein Recht, von der Deportation jüdischer Kinder zu sprechen.

Das liberal-konservative Parteienbündnis UDF widmete sich auf einer Vorstandstagung am 22.11.1997 dem ideologischen Kampf gegen die Linke unter besonderer Berücksichtigung des "Schwarzbuchs des Kommunismus". Zu dieser Sitzung war auch UDF-Mitglied Jean-Marc Varaut geladen, der in Bordeaux Maurice Papon als Wahlverteidiger zur Seite steht. Varaut hatte bereits am 29.2.1996 einen seitenlangen Gastbeitrag in Le Monde veröffentlicht, in dem er Papon als "Sündenbock der Kommunisten" in Schutz nahm. Der Jurist, der ursprünglich aus dem Milieu rechtsextremer Studenten kommt, gehörte 1965 dem Unterstützungskomitee des rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Jean-Louis Tixier-Vignancourt an. Geleitet wurde dieses Komitee von Jean-Marie Le Pen. Später machte sich Varaut als Rechtsanwalt des UDF-Gründers und Ex-Staatspräsidenten Giscard d`Estaing einen Namen.

Den Rechtsextremen des Front National fällt es nicht ganz leicht, die Hetze der Bürgerlichen noch zu überbieten. Zu einer Veranstaltung mit dem hochtrabenden Titel "Nürnberger Tribunal des Kommunismus", die der katholisch-fundamentalistische Flügel des Front National am 9.11.1997 in Paris zelebrierte, steuerte Bernard Antony eigene Zahlen bei: "Nicht 85 Millionen, wie manche aus was weiß ich für revisionistischen Gründen behaupten, sondern 200 Millionen Tote" habe der Kommunismus gekostet. Dem Wahn scheinen keine Grenzen mehr gesetzt.

Turbulenzen in der Nationalversammlung ...

Das Schwarzbuch verursachte nicht nur in der Presse großen Wirbel: Alle landesweit erscheinenden Blätter widmeten ihm durchschnittlich vier Seiten; die positivsten Kommentare kamen von der linksliberalen Libération und dem sozialliberalen Nouvel Observateur, während es die rechtskonservative Presse aus dem Hause Hersant wie Le Figaro schon immer gewußt haben will. Auch auf politischer Ebene schlägt das Buch gehörige Wellen, auf denen die bürgerliche Opposition zu surfen versucht - schließlich gehören drei Minister des Kabinetts Jospin der KP an. Der Vorsitzende der christdemokratischen Formation im liberal-konservativen Parteienbündnis UDF, Francois Bayrou, wedelte von seinem Abgeordnetensitz aus mit dem "Schwarzbuch" in

der Hand in Richtung Regierungsbänke; sein Fraktionskollege Michel Voisin richtete eine Anfrage an den Premierminister, um "die Verantwortung jener festzustellen, die diese Greuel unterstützt haben." Jospin erklärte daraufhin seine "totale Verurteilung" des GULAG, erinnerte aber zugleich daran, daß auch die französische KP ihn, "wenn auch verspätet", verurteilt habe und daß sie "die Lehren aus ihrer Geschichte gezogen habe". Zugleich erinnerte er daran, daß die KP "1945 an einer aus der Résistance hervorgegangenen Regierung, geführt von dem General de Gaulle", teilgenommen habe.

Auf Jospins Anmerkung hin, es sei "kein Zufall, daß ein UDF-Abgeordneter diese Anfrage stellt und kein Gaullist", zog die UDF geschlossen aus dem Sitzungssaal aus - während die Abgeordneten des neogaullistischen RPR, der Partei von Chirac und Juppé, sitzenblieben. Es macht sich bemerkbar, daß die französische Geschichte auch auf der Rechten ihre Spuren hinterlassen hat - Gaullisten und Kommunisten waren schließlich nicht nur gemeinsam die Hauptträger der Résistance, sondern standen sich jahrzehntelang als "verfeindete Brüder" in der französischen Politik am nächsten. (Beide traten für einen französischen Patriotismus mit antiamerikanischen Zügen und für eine starke Intervention des Staates in die Wirtschaft ein.)

... und im Fernsehen

Am 3. Dezember wurde das Thema auch im Abendprogramm des öffentlichen Fernsehens aufgegriffen: In der Debattensendung La Marche du siècle von Jean-Marie Cavada diskutierten Stéphane Courtois, der ehemalige französische GULAG-Insasse Jacques Rossi, der ehemalige Gorbatschow-Berater Andrei Gratschew, KP-Chef Robert Hue und der Sänger Jean Ferrat, ein langjähriger interner Kritiker der französischen Kommunisten. Der Moderator versuchte eine Art Tribunal für den KP-Sekretär zu veranstalten und ihm Distanzierungen zu entlocken ("Verurteilen Sie heute ohne Abstriche Lenin?"). Hue verurteilte zwar die begangenen "Monstrositäten", betonte aber, daß der Kommunismus für ihn davon völlig loszulösen sei und daß er an "eine Zukunft für den Kommunismus glaube". Jean Ferrat sollte in der Sendung zum Kronzeugen gemacht werden. Von ihm wurde ein altes Lied aus dem Jahre 1980 eingespielt, worin er den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, den KP-Chef Marchais befürwortet hatte, sowie die vorausgegangenen Interventionen in Ungarn und der CSSR verurteilte. Am Ende fragte Ferrat den Moderator, wann er eine Sendung zum Schwarzbuch des Kapitalismus zu machen gedenke: "200 Millionen Kinder arbeiten in der Welt, 40.000 sterben täglich an Hunger!" Woraufhin der in die Defensive gedrängte Moderator entgegnete: "Wir haben schon eine Sendung zur Kinderarbeit gemacht ... und zu den Anti-Personen-Minen ... und ..."

Die Legitimität von Gesellschaftsveränderung

Am folgenden Abend erschien Le Monde mit einem außergewöhnlich langen Leitartikel des Chefredakteurs Jean-Marie Colombani, der zunächst daran erinnerte, daß seine Zeitung bereits Ende der 40er Jahre über stalinistische Verbrechen berichtet hatte. Man müsse sich also von frisch Bekehrten wie Courtois - die ihre, in Wirklichkeit alten, Erkenntnisse als sensationelle Enthüllungen verkauften - keine Lehren erteilen lassen. Gleichzeitig schreibt Colombani: "Mit der selben Methode, oder eher: derselben Bedenkenlosigkeit (mit der die "Verbrechen des Kommunismus" zusammenaddiert werden; Anm. B.S.) wäre es ebenfalls einfach, ein ‚Schwarzbuch des Kapitalismus` zu entwerfen, indem man die Millionen Tote der Schlächterei 1914-18, der diversen Kolonialmassaker - von Algerien über Indochina bis Madagaskar -,(...) der vietnamesischen, laotischen und kambodschanischen Bevölkerung, die unter den Bomben amerikanischer B-52 dezimiert wurden usw., zusammenzählt."

Am Ende seines sechsspaltigen Leitartikels kommt Colombani zu dem Schluß: "Aus dem tragischen Scheitern des Kommunismus können zwei Lehren entstehen: entweder (die), daß man jedes Vorhaben beenden muß, das den Anspruch erhebt, die Gesellschaft zu verändern (...). Oder jene, daß, wenn man eine solche Veränderung weiterhin für gerecht und notwendig hält, man die Idee akzeptiert, daß ein solches Bestreben illegitim wird, sobald die Freiheit zu ihrem ersten Opfer wird."

Daß es Stéphane Courtois exakt darum geht, Gesellschaftsveränderung generell für terroristisch und illegitim zu erklären, machte er schon am 13. November in einem Interview mit dem Figaro deutlich. Auch die französische KP hätte sich der "Verbrechen des Kommunismus" mitschuldig gemacht: "Erinnern wir daran, daß die französische KP im Herbst 1947 aufstandsähnliche Streiks organisierte und die Verantwortung für das Entgleisen des Expresszuges Paris-Lille in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember 1947 trägt. Bilanz: 16 Tote und rund 30 Verletzte!"

Den Absichten ihrer Initiatoren zum Trotz zeichnet sich die aktuelle französische Debatte dadurch aus, daß auch im bürgerlichen Lager - deutlich stärker als in den Reihen der Neubekehrten - Zwischentöne vorhanden sind, die zumindest den Versuch der Gesellschaftsveränderung als legitim anerkennen. Es steht zu befürchten, daß die Debatte im heutigen Deutschland eine völlig andere Wendung nehmen würde. Eine deutsche Übersetzung des "Schwarzbuchs" ist bereits angedroht. Sie soll dieses Jahr im Piper-Verlag erscheinen.

Bernhard Schmid, Paris

25. Abrechnung mit der Revolution. Stéphane Courtois und das Schwarzbuch des Kommunismus

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:17

Pünktlich zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution erschien in Frankreich eine "Verbrechensbilanz des Kommunismus" seit der Machtübernahme der Bolschewiki. Elf Historiker trugen zur Entstehung dieses Livre noir du communisme ("Schwarzbuch des Kommunismus: Verbrechen, Terror, Repression") bei. Die Mehrzahl unter ihnen sind ehemalige Maoisten und Trotzkisten aus der linksradikalen Generation von 1968. Ihre Arbeit, die stolze 848 Seiten umfaßt, versteht sich als umfassende Übersicht über die Machtausübung durch kommunistische Parteien. Es enthält Kapitel über die UdSSR (Nicolas Werth); über die Komintern, vor allem die gegen Linke gerichtete Repression während des Spanischen Bürgerkriegs (Stéphane Courtois und Jean-Louis Panne); über den Terrorismus (Remy Kauffer); über Polen (Andrzej Paczkowski) und die anderen Länder des östlichen Europas (Karel Bartosek); über den Kommunismus in China, Kambodscha, Laos und Vietnam (Jean-Louis Margolin); über Nordkorea (Pierre Rigoulot); über Kuba und Lateinamerika (Pascal Fontaine); über den "Afrokommunismus" (Yves Santamaria) und Afghanistan (Sylvain Boulouqe).

Schon vor Erscheinen des Buches kam es zu erheblichen Spannungen zwischen den Verfassern. Streit entzündete sich an der ideologischen Grundthese, die der Herausgeber Stéphane Courtois, vor allem in dem von ihm verfaßten Vorwort, zu verbreiten trachtet. Ursprünglich war das Vorwort Francois Furet zugedacht, dem Ex-Kommunisten und Historiker, der 1994 ein Buch mit dem Titel Le passé d`une illusion ("Die Vergangenheit einer Illusion") herausbrachte: seine Abrechnung mit dem von der revolutionären "Heilserwartung" notwendigerweise erzeugten Terror - eine Theorie, die er allmählich auch auf die Französische Revolution 1789 ausweitete. Furet, der mit dem deutschen Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte in Verbindung stand, starb im Juli 1997.

Der für Furet eingesprungene Stéphane Courtois beschreibt sich in einem Interview mit dem stockkonservativen Figaro-Magazine (15.11.1997) als "maoistischen Vollzeit-Aktivisten" aus der Gruppe "Vive la Révolution". In seinem Resümee-Vorwort versucht Courtois die Gesamtbilanz der kommunistischen Verbrechen zu ziehen. Dabei kommt er auf eine Summe von "85 bis 100 Millionen Toten des Kommunismus". Ohne jede Unterscheidung stellt er die Opfer von Hungersnöten (wie 1932/33 in der UdSSR oder 1959-61 in der VR China) als "Opfer des kommunistischen Systems" auf dieselbe Stufe wie die Opfer von Zwangsarbeit oder von gezielter staatlicher Repression. So kommt er unter dem Strich zu einer extrem kriminellen Bilanz "des Kommunismus", der scheinbar aus einer ansonsten friedlichen und idyllischen Welt brutal heraussticht. Man fragt sich, wieso der Kommunismus dennoch jahrzehntelang Millionen Menschen als Ausweg aus den Problemen dieser Welt erscheinen konnte.

Würde man Courtois' Methode auf die übrige Welt, auf den Kapitalismus und ihm vorausgegange gesellschaftliche Systeme anwenden, so käme man unweigerlich auf eine um das Zigfache höhere "Opferbilanz". Denn Hunger und soziales Elend waren vor den Revolutionen in Rußland und China so verbreitet, daß sie die Grundlage für die Zustimmung von Millionen Menschen zum kommunistischen "Experiment" bildeten. Und der massive Einsatz von Zwangsarbeit etwa in der stalinistischen UdSSR bildet nur das auf einen Zeitraum weniger Jahrzehnte beschränkte Gegenstück zur historischen Entwicklung in den Metropolenländern des Kapitalismus, deren Reichtum auf die jahrhundertealte Geschichte von Kolonialeroberungen, Sklavenhandel und "ungleichem Tausch" basiert.

Stéphane Courtois jedoch betrachtet die schwarze "Bilanz des Kommunismus" isoliert und schließt daraus auf den zentralen Stellenwert "des Verbrechens" in der kommunistischen Ideologie: "... die kommunistischen Regime haben das Verbrechen zu einem wahrhaftigen Regierungssystem erhoben." Der Autor des Vorworts schreckt auch vor dem von Ernst Nolte bemühten Vergleich des Kommunismus mit dem Nazismus, den Holocaust ausdrücklich eingeschlossen, nicht zurück: "Hier kommt der Klassen-Genozid dem Rassen-Genozid gleich. Der Hungertod eines ukrainischen Kulaken-Kindes, das vom stalinistischen Regime bewußt dem Hunger überlassen wurde, ‚wiegt genauso viel` wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Getto, das vom Naziregime dem Hunger überlassen wurde. (...) Die Fakten zeigen, daß die kommunistischen Regime Verbrechen begangen haben, die ungefähr 100 Millionen Menschen betreffen, gegenüber ungefähr 25

Milliionen beim Nazismus. Diese simple Feststellung muß zumindest zu einem vergleichenden Nachdenken anregen über die Ähnlichkeit zwischen einem Regime, das ab 1945 als das kriminellste des Jahrhunderts betrachtet wurde, und dem kommunistischen System, das bis 1991 seine internationale Legitimität bewahrte und bis heute in bestimmten Ländern an der Macht ist und Anhänger in der gesamten Welt behält." Die Kommunisten in allen möglichen Ländern werden auf diese Weise zu Komplizen eines Verbrechersystems gestempelt, natürlich auch die französische KP, die von Courtois ausdrücklich erwähnt wird.

Die beiden Mitautoren Jean-Louis Margolin und Nicolas Werth, die immerhin zwei der wichtigsten Kapitel beigesteuert haben (über die VR China und über die UdSSR), weisen diese Betrachtungsweise jedoch zurück. In einem ganzseitigen Artikel in Le Monde vom 14.11.1997 antworten sie Courtois: "Der Kommunismus an der Macht beging nicht konstant Massaker. (...) Das Massenverbrechen stellt zwar einen Skandal in der Geschichte des Kommunismus dar, es füllt aber nicht seinen gesamten Horizont aus. Es war nicht universell: man findet es kaum im Fall von Kuba, Nicaragua oder einiger Länder des östlichen Europas. Dort, wo es stattfand, tat es dies in zeitlich eng begrenzten Abschnitten, außer in Kambodscha, wo Pol Pot jedoch nur vier Jahre an der Macht blieb." Ferner müsse unterschieden werden zwischen bewußter Repressions- und Vernichtungsabsicht einerseits, die in manchen Zeitabschnitten nicht zu bestreiten sei, und andererseits "dogmatischem Utopismus, überzogenen Abgaben, Realitätsmißachtung der politischen Eliten, (...) die zu den großen Hungersnöten in der UdSSR und der VR China (...) führten."

Bernhard Schmid, Paris

26. Aufruhr im Schrebergarten. Die Debatte im und ums Hamburger Schanzenviertel

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Medien; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:15

Im Hamburger Schanzenviertel, an der Schnittstelle der Bezirke Mitte, Altona und Eimsbüttel, leben ca. 4000 Menschen. Mit 241 Personen pro Hektar ist das Viertel überdurchschnittlich dicht bewohnt, d.h. Frei- und Grünflächen sind Mangelware. Der MigrantInnenanteil an der Bevölkerung ist mit ca. 34% überdurchschnittlich hoch. Das Schanzenviertel ist auch ein überdurchschnittlicharmes Viertel: 1995 lebten über 11% der BewohnerInnen von Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt); von 100 Kindern unter 7 leben 27 von Sozialhilfe, und bei denjenigen zwischen 7 und 18 Jahren sind es immerhin 16%. Das preisbereinigte Durchschnittsbruttoeinkommen im Jahr betrug 1992 für das Schanzenviertel ca. 28.000 DM (zum Vergleich einige Elbvororte: Nienstedten 128.425 DM, Blankenese 104.946 DM). Während das Durchschnittseinkommen im Schanzenviertel von 1980 bis 1992 um magere 1.600 DM gestiegen ist, ist es in Nienstedten und Blankenese um 35.400 DM bzw. 34.100 DM geradezu explodiert.

Das Schanzenviertel galt und gilt als "multikulturell" und politisch eher linksliberal. Dies nicht nur wegen des traditionell hohen Anteils an Grünen-WählerInnen, sondern auch wegen des Gewichts, das die autonome Linke hier Anfang der 90er Jahre gehabt hat. Die Besetzung und Durchsetzung des Stadtteilkulturzentrums "Rote Flora" oder der Widerstand gegen den Musical-Impresario F. Kurz wurde damals von einem breiten Bündnis aus dem Stadtteil heraus getragen, das weit über das autonome Spektrum hinaus reichte. Und gegen "Kommerzkultur" und das "Phantom der Oper" war auch militanter Widerstand gegen die Polizei breit akzeptiert. Neben der Hafenstraße war das Schanzenviertel das Hamburger Gegenstück zu Kreuzberg und erzielte bereits damals als "Autonomenhochburg" bundesweite Medienaufmerksamkeit. Im Sommer 1997 - während des Hamburger Bürgerschaftswahlkampfs - war das Schanzenviertel erneut Objekt einer ungeheuren Medienkampagne. Diesmal jedoch nicht wegen brennender Barrikaden und Straßenschlachten mit der Polizei, sondern weil "ein liebenswerter Stadtteil am Abgrund steht" (Hamburger Abendblatt, 8.7.1997): "Jetzt bringt die Drogenszene einen links-alternativen Stadtteil aus der Balance." (Spiegel, 26/1997)

Im Sommer 1995 exekutierte der Hamburger Senat sein "Handlungskonzept St. Georg": Mit polizeilicher Repression hart am Rande der Legalität, mit Platzverweisen, Gebietsverboten, Ingewahrsamnahmen und Abschiebungen sollte die offene Drogenszene am Hauptbahnhof zerschlagen werden. Dies gelang bis heute nicht. (1) Statt dessen wurden Teile der Szene in andere Stadtteile vertrieben, vor allem in die nähere Umgebung des Sternschanzenparks im Schanzenviertel. Dieser Park hat eine lange Tradition sowohl als Treffpunkt von schwarzen Jugendlichen als auch als Handelsplatz für Haschisch und andere Cannabisprodukte. Im Zuge der staatlichen Vertreibungspolitik kam es seit 1995 zu einer Verfestigung eines überwiegend von Schwarzen betriebenen Kokainhandels sowie zur Etablierung einer (relativ kleinen) offenen Kokain- und Heroinszene im Schanzenviertel. Der ebenfalls Ende 1995 neu eröffnete Druckraum "Fixstern" ist relativ schnell an seine Leistungsgrenzen gestoßen, so daß sehr bald Wartelisten eingeführt werden mußten. Dies ist sicher auch ein Grund, warum ab 1995/1996 verstärkt DrogenkonsumentInnen im Straßenbild des Schanzenviertels auftauchten. 1996 kam es das erste Mal zu Auseinandersetzungen um den Schanzenpark. Die Bürgerinitiative "Sternchance. Erste Hilfe für die Sternschanze" mobilisierte gegen "Dealer" und "sexistische Anmache". Zusammen mit der Polizei wurde ein Fest im Park organisiert, mit dem die "bösen Geister vertrieben" und der "Park zurückerobert" werden sollte. Seitdem steht dort eine mobile Wache, ist die Polizeipräsenz ausgeweitet worden und werden die schwarzen Jugendlichen mit Kontrollen, Platzverweisen und Gebietsverboten schikaniert. Der Drogenhandel hat sich zunehmend in die Wohnstraßen des Viertels verschoben. Im Sommer 1997 wurde die Polizeipräsenz noch einmal verstärkt.

Medienhype Schanzenviertel

Gleichzeitig eskalierte im Bürgerschaftswahlkampf die Medienhetze: "Im Drogenpark" (Hamburger Abendblatt, 8.7.1997), "Sternschanze: Polizei-Schlag gegen Drogendealer" (Die WELT, 5.7.1997), "Hasch, Koks und Anmache", "Spießrutenlauf durchs Dealer-Spalier" (Spiegel, 26/1997), "Ausländer-Wut auf Ausländer: Kriminelle raus!" (Morgenpost, 14.7.1997), "Wem gehört der Schanzenpark?" (TAZ, 14.7.1997) lauteten einige der Headlines. Nicht nur die großen lokalen Meinungsmacher wie das Hamburger Abendblatt und die

Hamburger Morgenpost, auch taz und Spiegel hatten sich auf das Schanzenviertel eingeschossen. Und nie war es einfacher, ins Fernsehen zu kommen: Vor dem S-Bahnhof Sternschanze lauerten die Kamerateams auf Sensationen. Talkshows - auch unter freiem Himmel - hatten Hochkonjunktur. Es ging um "Ausländerkriminalität", "offene Drogenszene" und immer wieder um "schwarze Dealer". Gleichzeitig entstand in den letzten vier Wochen vor der Wahl eine hochpolitisierte Situation: Eine Veranstaltung jagte die nächste, alle waren äußerst gut besucht und Orte teilweise heftiger Debatten. Ende September konnte von einem "Stadtteilplenum in Permanenz" im Schanzenviertel gesprochen werden, das in der letzten Woche vor der Wahl teilweise sogar auf die offene Straße verlegt wurde: Während autonome Gruppen "Informationstage gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung" organisierten, bereitete eine AnwohnerInneninitiative "Susanne Bartels" (2) einen Laternenumzug gegen Dealer vor. An zwei Tagen kam es mitten im Schanzenviertel auf einer Kreuzung zu einem unentwirrbaren Auflauf heftig aufeinander einredender Menschen.

Die Medien entwerfen das Zerrbild eines Stadtteils im Belagerungszustand: DrogenkonsumentInnen und Dealer erobern erst den Schanzenpark und besetzen anschließend die Straßen des Viertels. Es bleibt nur die Flucht: "Statt der Drogenszene zieht sich nun das Bürgertum aus dem Schanzenviertel zurück." (Spiegel, 26/1997) Besonders sensationell und prickelnd ist dabei, daß jetzt offenbar auch für Linke und Liberale die Schmerzgrenze erreicht zu sein scheint: "Selbst liberale Linke rufen unverhohlen nach der Polizei, die aufräumen soll", weiß das Hamburger Abendblatt und berichtet weiter: "Die Dealer müssen raus, fordern sie." Der Spiegel bringt die angebliche Stimmung wie folgt auf den Punkt: "Wenn es an die Kinder geht, um die persönliche Sicherheit, die mühsam erarbeitete Existenz, verkehrt sich die Toleranz der liberalsten Bürger in Ablehnung und Wut." In der Medienberichterstattung wird das Schanzenviertel mit seiner politisch linksliberalen Szene im Handumdrehen zum Kronzeugen für polizeiliche Repression, Vertreibung und Abschiebung von Flüchtlingen und der offenen Drogenszene. In spiegelverkehrter Weise wird dieses Zerrbild der bürgerlichen Medien von Teilen der autonomen und antinationalen Szene übernommen. So ist für konkret der gesamte Stadtteil "dem rassistischen Wahn verfallen", und angeblich "geht im Viertel mittlerweile Pogromstimmung um". (3)

Die Realität im Schanzenviertel sieht jedoch erheblich nüchterner aus. Eine Pogromstimmung hat es nicht gegeben. Trotz verschiedener Angriffe auf Schwarze ist es auch in den Phasen zugespitzter Debatten und öffentlicher Auseinandersetzung nicht zu organisierten "Bürgerwehren" o.ä. gekommen. Selbst die (im übrigen multiethnisch zusammengesetzte) "Initiative Susanne Bartels", deren Aufruf "Wir bauen eine Schanze gegen Dealer" für massive antirassistische Gegenmobilisierung bis hin zu Boykottaufrufen sorgte, spricht sich in ihrem Flugblatt ausdrücklich gegen "Law and Order", gegen Ausgrenzung und gegen eine rassistische Vereinnahmung ihres Protestes gegen "Dealer" aus. (4) Damit sollen bedenkliche und untragbare Formulierungen und Äußerungen nicht geleugnet oder verharmlost werden. Egal ob bei Deutschen, KurdInnen, TürkInnen, AfrikanerInnen: Es gab und gibt rassistische Denkmuster und Verhaltensweisen im Schanzenviertel, und zwar über alle Ethnien hinweg. Aber von einer Pogromstimmung ist das Viertel weit entfernt. Der Stimmenanteil von über 40%, den die Grünen hier bei der letzten Bürgerschaftswahl erzielt haben, spricht eher für ein Bedürfnis nach einer einigermaßen liberalen Umgehensweise mit dem "Dealer- und Drogenproblem".

Sozialrassismus als Ausgrenzungskonzept ...

Die Medienhetze ist ein Beispiel für die mediengestützte Konstruktion einer Gemeinschaftsideologie gegen sozial abweichendes Verhalten, gegen sichtbares Elend und gegen zurechtgezimmerte "Problemgruppen": "Das Viertel kippt um", "das Viertel" und "die anderen". Gleichzeitig ist das Schanzenviertel ein Experimentierfeld für die angestrebte "Sicherheitspartnerschaft ‚Bürger und Polizei`": Aus Polizeikreisen wird denn auch als eigentlicher Erfolg der Einsätze im Schanzenviertel die neue Akzeptanz der Uniformierten bewertet und nicht der Druck auf die Drogenszene. Damit gewinnen die Ereignisse um das Schanzenviertel aber durchaus eine Bedeutung, die weit über das Wahlkampfgetöse hinausgehen. Sie stehen im Zusammenhang mit einer verschärft repressiven Form von Sozial- und Ordnungspolitik als sozialer Kontrolle, die abweichendes Verhalten und Verelendung unsichtbar machen will. In Hamburg wie auch in anderen Städten wird dabei massiv auf Ausgrenzungs- und Vertreibungsversuche gesetzt. Diese Politik wird seit längerem begleitet von einer Ideologie der Ausgrenzung und Spaltung: Law and Order, "Sauberkeit", "Unwirtlichkeit der Städte" und "subjektive Bedrohungsgefühle" werden zusammengerührt zu einer

Kampfansage gegen alle diejenigen, die nicht zur "Gemeinschaft der Leistungswilligen und Steuerzahler" dazugehören können oder wollen. (5) Vor diesem Hintergrund weist z.B. die Gruppe Blauer Montag zu Recht auf die Notwendigkeit hin, "den staatlichen und medialen Angriff auf Dealer und Schwarze als Angriff auf sozial abweichendes und renitentes Verhalten generell und als Element umfassender sozialer Kontrolle zu entschleiern." (6) Die Gruppe erinnert in diesem Zusammenhang an das berüchtigte "Bettler - Papier" des Hamburger Senats und betont die sozialrassistische Komponente von Vertreibungspolitik in Hamburg: "Der Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsmechanismus richtet sich allgemein gegen sozial unerwünschte Merkmale (...), und auch der jetzige Law and Order - Diskurs macht sich immer wieder an unterschiedlichen sozialen ‚Problemfällen` fest (Bettler, Sprayer, Crash-Kids, DrogenkonsumentInnen, Jugendliche/Jugendkriminalität, MigrantInnen...)."

Und: "Die Reduktion auf Rassismus verkürzt das Problem." (7)

Diese Position hat der Gruppe aus autonomen und antinationalen Kreisen (z.B. Gruppe Demontage) den Vorwurf der "Blindheit gegenüber Rassismus" eingetragen. (8) Sie homogenisiere von Ausgrenzung und Unterdrückung betroffene Gruppen zu "ideellen Gesamtbetroffenen" und verleugne "Rassismus als eigenständiges Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnis": "Die Angriffe auf schwarze Menschen am Bahnhof Sternschanze sind rassistisch motiviert, auch wenn im Schanzenviertel noch eine Reihe anderer Ausgrenzungsmechanismen existieren." (9) Zunächst einmal wechselt diese Kritik die Ebenen. Während der Blaue Montag den Begriff des Sozialrassismus zur umfassenden Charakterisierung staatlicher Ausgrenzungspolitik benutzt, "um in der Diskussion die gesamte soziale Dimension der Konflikte ... in den Blick zu bekommen", betont die Kritik "den Rassismus der Bürger". Dabei wird weder zwischen staatlichem Rassismus noch zwischen einzelnen rassistischen Verhaltensweisen und Äußerungen differenziert.

... oder "Rassismus der Bürger"?

Für die individuellen Verhaltensweisen im Schanzenviertel kann ein durchgängiges rassistisches Motiv oder ein "rassistischer Konsens" - zumindest im Sinne eines gefestigten rassistischen Weltbildes - bezweifelt werden. In den unmittelbaren und direkten Auseinandersetzungen auf Stadtteiltreffen und Veranstaltungen oder in der Konfrontation auf der Straße machen sich rassistische Denk- und Verhaltensweisen - auch die offenen und aggressiven - zwar an der Person des "schwarzen Dealers" fest. Dabei geht es aber in aller Regel um die Dealerei und nicht so sehr um die Hautfarbe. Wenn die AnwohnerInneninitiative "Susanne Bartels" eine Schanze gegen "alle (Dealer), gleich welcher Nationalität und Hautfarbe" bauen will (10), so gibt es keinen Grund, etwas anderes zu vermuten. Das Dealen und die offene Drogenszene sind mittlerweile die eigentlichen politischen Themen im Schanzenviertel.

Dort kulminieren die sozialen Konflikte an der Drogenszene und der "Dealerproblematik" und werden gleichzeitig auf diese reduziert. Für viele dient die Figur des "schwarzen Dealers" als Projektionsfläche für die verschiedensten Probleme (fehlende Kinderspielplätze, Lärm und gefährlicher Autoverkehr, Schmutz, offene Drogenszene). Während der offenen Debatten im Schanzenviertel ist z.B. oft die Klage über zu weite Wege für die Kinder bis zum nächsten Spielplatz zu hören gewesen, verbunden mit Angst wegen des dichten Autoverkehrs. Und anschließend wurde unvermittelt gefragt, warum die Polizei denn nichts gegen "die schwarzen Dealer" mache. Vermittelt über rassistische Formulierungen und Denkweisen werden hier soziale Bedürfnisse und Ansprüche z.B. nach Ruhe, nach Sicherheit für Kinder und nach Entspannung artikuliert. Diese Bedürfnisse als "egoistische Betroffenheit und Selbstmitleid", "Wohnidylle" oder "Wohlstandschauvinismus" zu denunzieren (11), ist nicht nur ignorant, sondern verbaut auch jede Chance, die rassistische Vermittlung dieser Bedürfnisse zu durchbrechen.

"Mit denen da draußen reden wir nicht!"

Hinter der Diskussion um "Sozialrassismus" oder "Rassismus" steht aber vor allem eine Kontroverse über das politisch-strategische Verhalten von Linken in Auseinandersetzungen wie denen im Schanzenviertel. In ihrem Versuch, den "ideellen Gesamtbetroffenen" als Konstrukt zu entlarven, betont die Gruppe Demontage, daß Rassismus auch noch die am meisten ausgegrenzten gesellschaftlichen Gruppen spaltet. (12) Das ist nun freilich eine Plattitüde. Die entscheidende politische Frage ist doch eher, ob und wie diese Spaltungen überwunden werden können! Daß rassistisches Verhalten ebenso wie Ausgrenzungs- und Vertreibungsforderungen kritisiert und angegriffen werden müssen, ist selbstverständlich. Aber in der

Verkürzung auf einen ausschließlich antirassistischen Blickwinkel und die Zuspitzung auf "den Bürgermob" "wird die staatlich produzierte Spaltung in ‚die` und ‚wir` spiegelverkehrt nachvollzogen." (13) Wie berechtigt diese Kritik ist, zeigt sich, wenn in der Roten Flora von einigen autonomen AntirassistInnen die BewohnerInnen des Schanzenviertel nur noch "die da draußen" genannt werden. Oder wenn in konkret durchgängig von "Wahnsinnigen", "Psychopathen" und "paranoiden Neurotikern" gesprochen wird. (14) Dies ist symptomatisch für eine Politik der eigenen Identitätsbildung durch Abgrenzung sowie für eine negativ bestimmte Homogenisierung "der anderen". Die Gruppe Demontage bringt ein solches Politikverständnis kategorisch auf den Punkt: "Ein ‚Stadtteil-Dialog` mit Menschen, die nicht klar gegen Rassismus und Ausgrenzung Position beziehen, kann keine politische Strategie sein." (15) Wenn dieser Satz wirklich ernst gemeint ist, so beinhaltet er ein Verständnis von Politik, Agitation und Intervention ausschließlich als Entlarvung und Kommentierung von außen. Geredet werden kann dann nur in einem erlauchten Kreis Gleichgesinnter.

Die "neue Angst"

im Schanzenviertel

Die Akzeptanz des Staates und insbesondere der Polizei als "Konfliktlösungsinstanz" hat sehr viel mit der Vereinzelung und nicht-kollektiven Verarbeitung dieser Konflikte und auch mit der Schwäche linker Strukturen zu tun. Am Beispiel Berlins beschreibt Uwe Rada die "neue Angst der BerlinerInnen". (16) Er interpretiert die Unsicherheit, die Angst und das Bedrohungsgefühl als Ausdruck von Kommunikationslosigkeit und nicht mehr vorhandener Konflikt- und Angstbewältigungsmöglichkeiten (z.B. genügend Geld und genügend erschwingliche Wohnungen, um wegzuziehen). Vor allem letzteres ist dabei in hohem Maße eine Klassenfrage. Beides - die Kommunikationslosigkeit und die fehlenden Möglichkeiten, sich tatsächlich oder vermeintlich bedrohlicher Lebensumstände zu entziehen oder sie zu bewältigen - trifft auf das Schanzenviertel auch zu. Das "Bürgertum", welches das Schanzenviertel verläßt, ist genauso Fiktion, wie das "Yuppi-Gesindel", das sich zunehmend breitmacht. Weder an der Bevölkerungsstruktur noch an der relativen Armut des Viertel hat sich in den Jahren 1990 bis 1996 etwas Grundsätzliches geändert.

Um es deutlich zu sagen: Das ist keine Entschuldigung für rassistische Äußerungen und Verhaltensweisen oder für die Unterstützung von Ausgrenzung und Vertreibung. Auch im Schanzenviertel gibt es das Geschäftsinteresse von Einzelhändlern an Vertreibung und Säuberung. Während in der Innenstadt Obdachlose und BettlerInnen als geschäftsschädigend ausgemacht werden, sind es im Schanzenviertel (schwarze) Dealer. Die sozialen Gruppen sind andere, aber das Vertreibungsinteresse aus geschäftlichen Gründen ist dasselbe. Aber gerade in der direkten Auseinandersetzung im Schanzenviertel hat sich gezeigt, daß es sich bei diesen rassistischen Denk- und Verhaltensweisen i.d.R. um reaktionäre Formen der Vermittlung sozialer Konflikte handelt und daß diese reaktionären Vermittlungsformen auch aufgebrochen werden können. Und es zeigt sich auch, daß rassistisches Verhalten je nach Klassenlage unterschiedlich motiviert ist: Das rassistische Verhalten eines um seine Kundschaft fürchtenden Einzelhändlers ist ein anderes als das der alten Frau, die "schwarze Dealer" für den Dreck in der Susannenstraße verantwortlich macht.

Die Gruppe Blauer Montag hat vor diesem Hintergrund vorgeschlagen, die unmittelbare, direkte und unvermittelte Debatte und Konfrontation im Stadtteil im Rahmen eines regelmäßigen Stadtteiltreffens zu organisieren. Das meinte sowohl die AnwohnerInnen als auch die "Objekte" der Debatte, die DrogenkonsumentInnen und schwarzen Jugendlichen. Dabei ging es weder um einen gemütlichen "Dialog" noch um die "blinde Akzeptanz jedweden Verhaltens oder um die illusionäre Harmonie auch noch mit dem letzten Arschloch" . (17) Allerdings werden keine "klaren antirassistischen Positionen" für eine politische Debatte vorausgesetzt: "... wer dabei dieses ‚wir` und ‚uns` eigentlich ist, wird sich erst in einem solchen Diskussionsprozeß zeigen." (18) Es ist bedauerlich, daß dieser Vorschlag nicht aufgenommen worden ist. Während bei autonomen Gruppen eher das Abgrenzungsinteresse im Vordergrund stand, haben die sozialen Einrichtungen und sozialpolitischen Initiativen eher auf Stellvertreterpolitik gesetzt. Ihnen ging es in erster Linie um die politische Vermittlung der Konflikte auf die staatliche Ebene (Verhandlungen mit Bezirken, Behörden, der Polizei und politischen Parteien) und nicht um eine selbstorganisierte Basisstruktur.

Und jetzt?

Der Pulverdampf im Schanzenviertel hat sich verzogen. Die AnwohnerInnen sind wieder stumm geworden. Die Initiative "Susanne Bartels" hat sich aufgelöst. Die Polizei hält die "offene Drogenszene" nach wie vor in

Bewegung und verfolgt Dealer und Junkies bis auf die Treppen der Roten Flora. Unter autonomen Gruppen wird eine intensive Debatte um eigene drogenpolitische Positionen geführt. Die Forderung nach einer Reform des Betäubungsmittelgesetzes wie auch der Freigabe/Legalisierung von Drogen findet im Viertel breite Zustimmung. Die Diskussion konzentriert sich jetzt auf den Vorschlag von Drogenhilfeeinrichtungen, die offene Szene und damit auch den Drogenhandel nicht zu "zerstreuen", sondern unter polizeilicher Aufsicht an bestimmten Orten zu akzeptieren. Der Vorschlag geht von der einfachen Wahrheit aus, daß abhängige DrogenkonsumentInnen auf "ihre Dealer" überlebensnotwendig angewiesen sind. Er ist damit als liberale Antwort auf die weitverbreitete Haltung gedacht, DrogenkonsumentInnen zwar helfen zu wollen, gegen "Dealer" aber rücksichtslos und repressiv vorzugehen.

Am 8. November haben sich die schwarzen Jugendlichen mit einer selbstorganisierten Demonstration zu Wort gemeldet: Unter dem Motto "Rechte für afrikanische Flüchtlinge in Deutschland! Unser Leiden geht weiter in Hamburg" haben sie ihre Forderungen nach Arbeitsmöglichkeiten und Ausbildung, nach Freizügigkeit und gegen die fortwährende Polizeischikane zum Ausdruck gebracht. Die Auseinandersetzungen im Schanzenviertel waren dabei für sie eher nebensächlich. Daß diese Demo überhaupt zustandegekommen ist, ist bereits ein Erfolg und Beweis für die Möglichkeit der Selbstorganisation. Ob sich aus dieser Demonstration Anknüpfungspunkte für kontinuierliche Diskussionen und gemeinsames Handeln zwischen deutschen Linken und den schwarzen jugendlichen Flüchtlingen entwickeln werden, bleibt abzuwarten.

Dirk Hauer

Anmerkungen:

1) Z.Z., direkt zu Beginn der neuen rot-grünen Koalition, startet die Innenbehörde einen erneuten Versuch, mit polizeilichen Maßnahmen Händler und KonsumentInnen vom Bahnhofsvorplatz zu vertreiben.

2) benannt nach der Susannen- und der Bartelsstraße, zwei Straßen im Kern des Schanzenviertels

3) Ebermann/Trampert: "Voodoo im Schanzenpark", konkret, 12/1997; wenn die Autoren, obwohl im Schanzenviertel wohnend, ihre Kenntnisse über das Viertel lediglich aus den Artikeln der bürgerlichen Presse (lediglich die BILD-Zeitung wird als Quelle verschmäht) beziehen, braucht man sich in der Tat über nichts zu wundern.

4) "Schanzenblatt", Flugblatt der Bürgerinitiative "Susanne Bartels", 18.9.1997. Es ist in hohem Maße demagogisch, wenn in der konkret nur die in alt-deutscher Schrift gesetzte Überschrift dieses Flugblatts abgedruckt wird und dadurch faschistisches Gedankengut suggeriert wird.

5) Der Zusammenhang von Ausgrenzungspolitik und Gemeinschaftsideologie ist ausführlich beschrieben in "Soziale Zonierung des öffentlichen Raums: Ideologie und Praxis von Vertreibungspolitik in Hamburg" (ak Nr. 398 und "Nichts ist unwirtlicher als die Wirklichkeit" (ak Nr. 403)

6) Gruppe Blauer Montag, "Thesen zur Situation im Schanzenviertel", September 1997, abgedruckt in Lokalberichte Hamburg, Nr. 22, 23.10.1997

7) ebd.

8) Gruppe Demontage: "Jenseits von Eden. Zur Diskussion um die Situation im Schanzenviertel", in Lokalberichte Hamburg, Nr. 23, 6.11.1997

9) ebd.

10) "Schanzenblatt", a.a.O.

11) Äußerungen aus: "Schluß mit dem Polizeiterror!" (Erklärung zum Brandanschlag auf die mobile Polizeiwache am Sternschanzenbahnhof) und "Das Schanzenviertel ist kein Schrebergarten" (Flugblatt autonomer Gruppen zu den "Informationstagen gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung")

12) Gruppe Demontage, a.a.O.

13) Gruppe Blauer Montag, a.a.O.

14) Dieser Jargon der Psychatrisierung gegenüber unbequemem Denkens oder Verhalten ist um so erschreckender, da sich die Autoren und ihre Zeitschrift ansonsten viel auf ihre kritische Sensibilität gegenüber "deutschen" Traditionen einbildet.

15) Gruppe Demontage, a.a.O.; richtig absurd wird diese Position, wenn man sich vor Augen hält, daß etliche derjenigen, die jetzt eine Parole wie "Wir bauen eine Schanze gegen Dealer" als Ausgeburt des Rassismus kritisieren, vor noch nicht allzu langer Zeit Plakate mit dem Slogan "Dealer verpißt Euch" verklebt haben.

16) Uwe Rada, "Hauptstadt der Verdrängung. Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole", Berlin/Göttingen 1997

17) ebd.

18) ebd.

27. Allzu einfache Wahrheiten. Ein Bildband der Initiative "Kunst und Kampf"

Zum Bildband der Initiative "Kunst und Kampf"

Autor: Ul., Nürnberg · Rubrik: Autonome; Antifaschistischer Kampf; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:09

Beim Anblick des bunten Werbeprospektes der Gruppe "Kunst und Kampf" (KuK), der mir aus einer Nummer der ak entgegenflatterte, schoß mir der Schreck in die Glieder. Der Auslöser war die Reproduktion eines Ölgemäldes aus dem Buch "Kunst als Widerstand" von Bernd Langer. Es erinnerte mich in Form und Stil spontan an ältere Hefte der Zeugen Jehovas, die mir bei verschiedenen Gelegenheiten in die Hände gefallen waren. Ich ließ mich hinreißen anhand des beworbenen Buches zu überprüfen, ob ich das Vorurteil revidieren muß oder aber zu einem Urteil verdichten kann.

Wie kommt es, daß die Abbildung einer Szene autonomer/antifaschistischer Militanz bei mir Assoziationen an den Wachturm evoziert, der doch himmlische Harmonie illustriert?

In dem Gemälde Bernd Langers wird bis ins kleinste Detail die idealisierte Vorstellung antifaschistischen autonomen Handelns und des dazugehörigen Lebensgefühls durch typische Gesten und Kleidung dargestellt. Auch die Gegner, also die Nazis, werden durch schwarz-braune Uniformen, Armbinden, Gürtelschnallen und andere Accessoirs zweifelsfrei kenntlich gemacht. Wer die Gewinner und Verlierer des dargestellten Scharmützels sind, ist ebenso eindeutig: Die feigen Nazis unterliegen den entschlossenen au-tonomen Antifas. Wie bei den Zeugen Jehovas gibt es nur gut und böse, und zu den Siegern kann man nur gehören, indem man sich ohne wenn und aber auf die Seite des Guten schlägt. Ist es denn möglich, daß Teile der Linken 1997 sich mit solch einfachen Wahrheiten zufrieden geben können?

Sonderangebot für Wohlstandsautonome

Die ersten sechs Kapitel des aufwendig gestalteten Buches beschwichtigten mich etwas. Dort findet sich eine Kurzzusammenfassung linksradikaler Politik seit der Nachkriegszeit. Sie soll helfen, die politischen Bezugspunkte und Ursprünge der Göttinger Gruppe "Kunst und Kampf" zu verorten, deren Mitglied der Künstler und Autor Bernd Langer ist. Diese Bilanz ist allerdings in einem derart sachlich-distanzierten Stil abgefaßt, wie ich ihn sonst nur aus Texten bürgerlicher Politikwissenschaftler kenne. Daß dieser Stil - bewußt oder unbewußt - ein Kunstgriff des Autors ist, ging mir erst im Verlauf der weiteren Lektüre auf. Es stellt sich nämlich heraus, daß er nicht nur seine eigene autonome Geschichte, was er im Vorwort erwähnt, sondern auch zu einem guten Teil seine eigenen Kunstwerke beschreibt. Der distanzierte Stil erlaubt es Langer, neben sein Werk zu treten und quasi wie ein Museumskurator oder Kunsthistoriker Bildanalyse und Kunstbetrachtung zu betreiben.

Ganz im Sinne bürgerlicher Kunstrezeption werden die abgebildeten einzelnen Plakate mit genauen Angaben zur Auflage und Technik versehen. Zu einem Plakat werden beispielsweise folgende Angaben gemacht: "A2, Handsiebdruck, Tuschezeichnung, grau, schwarz, rot oder grün, etwa 140 Ex., März 1987."

Auch eine weitere Attitüde, die im bürgerlichen Kunstbetrieb gang und gäbe ist, wird nicht ausgelassen: In der Verlagswerbung wird eine Vorzugsausgabe mit vierfarbigem Siebdruck, numeriert und limitiert, angeboten. Die Ausgabe für Wohlstandsautonome kostet stolze 148,-DM. Wie sich dies mit dem propagierten "antagonistischen Verhältnis zur herrschenden Kultur" verträgt, bleibt mir schleierhaft.

Einfache Wahrheiten

von schlichten Gemütern

Das politische Anliegen der "Antifa-M-Strömung", der die Gruppe "KuK" nahesteht, eine politische Organisierung zu betreiben und außerdem für breitere Bündnisse fähig zu werden, ist ein an sich begrüßenswerter Ansatz. Dafür Begriffe wie "neue revolutionäre Kunst- und Kulturinterpretation" und die Forderung nach Stärkung des "eigenkulturellen Impulses" zu bemühen, erscheint mir jedoch eine Schublade zu hoch gegriffen. Statt einfach zu sagen, daß in Kultur und Politik Selbermachen Spaß macht und auch die

Leute bei der Stange hält, wird im Kapitel IX (Die KuK-Symbole) seitenlang pseudowissenschaftlich über Symbole schwadroniert.

Was die von KuK postulierte "allgemeinverständliche Formsprache" betrifft, ist sie oft so einfach, daß sich die Naivität der Macher selbst entlarvt. So ist z.B. ein Plakat abgebildet, auf dem im Hintergrund das Foto einer brennenden Straßenbarrikade zu sehen ist, davor stilisiert drei angreifende vermummte Autonome. Darunter steht in großen Lettern: "Schluß mit dem Terror". Ja nun, mit welchem Terror? Es fehlt nur noch der Zusatz "Polizeipräsidium Niedersachsen", dann wäre ein Hetzplakat des Staates fertig. Doch auch ohne diesen Zusatz werden Betrachter, die nicht zur radikalen Linken gehören, der Intention der Plakatmacher kaum folgen können.

Selbstbespiegelung

einer sehr kleinen Gruppe

Wenn für den Staat nicht nur die politischen Aktionen, sondern auch die kulturellen Hervorbringungen der Antifa-M-Strömung ein rotes Tuch sind, ist dies noch lange kein Indiz für deren subversive Gefährlichkeit. Wie Kunst bzw. Kunstschaffen gesellschaftlich wirken kann, ob dadurch überhaupt Bewußtsein geschaffen bzw. verändert werden kann, wäre eine interessante Diskussion. Aber die in dem Band "Kunst als Widerstand" dokumentierten Straßenaktionen erinnern beim besten Willen nur an Agit-Prop-Aktionen, wie sie in der KPD der zwanziger Jahre und in Anknüpfung daran im "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" eine lange Tradition hatten - obwohl dieses Verständnis von Agit-Prop von der Gruppe KuK explizit abgelehnt wird: "Kunst funktionalisieren zu wollen, führt zu ei-nem reduzierten Kunstbegriff, der Kunst zur Propaganda degradiert". Dabei werden gleich hervorragende Künstler wie Grosz und Heartfield mit über Bord geworfen.

Der anspruchsvolle Titel des Buches "Kunst als Widerstand" läßt mehr erwarten als das, was der Untertitel "Plakate, Ölbilder, Aktionen, Texte der Initiative Kunst und Kampf" ankündigt. Kunst als Widerstand artikuliert sich meines Erachtens nicht nur durch eine kleine Gruppe einer linken Strömung, die sich zwar mit der Entwicklung der politischen Kunst auseinandergesetzt hat, aber linke Kunstschaffende außerhalb ihres eigenen engen Spektrums nicht wahrnimmt. Plakatkünstler wie Staek oder Volland, FotografInnen wie Günter Zint und Bettina Flitner oder ein Bildhauer wie Hridlicka tragen meiner Meinung nach in ihrer aufklärerischen Wirkung ungleich mehr als alle im Buch dokumentierte KuK-Kunst zur linken "Widerstandskultur" bei. Es ist schade, daß das KuK-Anliegen einer "revolutionären Kunst- und Kulturinterpretation" nicht nur die genannten, sondern alle anderen linken und aufklärerischen Ansätze rechts liegen läßt.

Nach der Lektüre des Buches scheint mir, daß in der Gruppe KuK die einfachen Wahrheiten ähnlich beliebt sind, wie beim großen Rest der Gesellschaft. Anstatt zu neuen Diskussionsansätzen aufzubrechen, wird lediglich die Selbstbespiegelung eines Teils der autonomen Szene zelebriert - dies allerdings in Vierfarbdruck und mit der Sonderfarbe Gold auf dem Umschlag. Damit das bezahlbar blieb, ließ der Verlag Pahl-Rugenstein bei ehemaligen sozialistischen, jetzt nur noch armen Brüdern in Ungarn produzieren.

Ul., Nürnberg

Bernd Langer, Kunst als Widerstand, (Pahl-Rugenstein) Bonn 1997, 240 S., DM 48.-

28. Reinrassige Arier mediterranen Typs. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 4: Rassismus, Antisemitismus und Judenverfolgung

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:06

In den letzten beiden Teilen unserer Serie über den italienischen Faschismus ging es um dessen Aufstieg zur Macht und die innenpolitische Konsolidierung der Diktatur. Teil 3 endete mit dem "Plebiszit" von 1934, durch das das Regime den Gipfel seiner Popularität erreichte. Der vierte Teil behandelt die Lage der Juden während des Faschismus - ein Thema, das im italienischen "Historikerstreit" (vgl. Teil 1 in ak 407) besonders umstritten ist.

Die Verfolgung der Juden war kein vordringliches Anliegen des italienischen Faschismus. Während das Programm der NSDAP vom 24.2.1920 den Juden alle möglichen Strafen androht (u.a. Ausbürgerung, Enteignung, Berufsverbot, Todesstrafe für "Wucherer", Unterdrückung der Presse und der Religionsausübung) findet sich in den zur gleichen Zeit entstandenen Programmen der italienischen Faschisten nichts dergleichen. Erfolgte also der antisemitische Schwenk von 1937/38 auf Druck des überlegenen deutschen Partners? Wußten die italienischen Faschisten nicht, was sie taten, als sie 1938 ihre "Rassengesetze" (leggi razziali) verkündeten? Der deutsche Publizist Erich Kuby, philofaschistischer Neigungen völlig unverdächtig, schreibt über Mussolinis Deutschland-Besuch im September 1937: "Auf dieser Deutschlandreise infiziert sich Mussolini mit dem Gift des deutschen Judenhasses..." (1)

Nun ist der Antisemitismus kein "Gift"; der nazistische Rassenwahn "befällt" allenfalls Menschen mit entsprechender Disposition und solche, die aus ihm Gewinn ziehen. Beides gilt für Mussolini und den italienischen Faschismus. Der von den Faschisten proklamierte "totalitäre Staat" wollte auch das Denken der Menschen nivellieren. "Glauben, gehorchen, kämpfen" war seine Devise; die etwa 40.000 italienischen Juden waren als potentielle Abweichler, ja Antifaschisten besonders verdächtig - insbesondere die Zionisten. Als Angehörige "zweier Vaterländer" betrachtete Mussolini sie voller Mißtrauen, auch zu Zeiten, als er sich noch als Förderer eines jüdischen Staates gebärdete; Chaim Weizmann und Nahum Goldmann überraschte er 1934 mit der lächerlichen Äußerung: "Ich bin selber Zionist." (2) Dem Zionisten Jacobson teilte er im selben Jahr - ganz in der Pose des Weltpolitikers - mit, er habe "schon mit den Arabern gesprochen". Die seien mit einem jüdischen Staat in Palästina einverstanden, vorausgesetzt, daß nicht Jerusalem, sondern Tel Aviv Hauptstadt würde.

In der aktuellen Debatte um den Charakter der faschistischen Rassengesetze (vgl. ak 407) wurde zu Recht darauf verwiesen, daß die italienischen Juden bereits 1923 zu Staatsbürgern zweiter Klasse wurden: Durch die Schulreform (Riforma Gentile) wurde der katholische Religionsunterricht obligatorisch. Die hier begonnene Verständigung des Faschismus mit dem Vatikan bereitete die Lateranverträge von 1929 vor, in denen der Katholizismus zur alleinigen Staatsreligion erklärt wurde. (vgl. ak 409)

Die ideologische Vereinheitlichung wurde ab 1933 um eine "rassische" Komponente ergänzt: Verboten wurden Ehen und eheähnliche Gemeinschaften von ItalienerInnen und AfrikanerInnen aus den Kolonien. Die ethnischen Minderheiten in Italien - in Südtirol, dem Aosta-Tal und in Istrien - wurden zwangsweise "italianisiert". Partei und Presse propagierten nun ein "italienisches Rassebewußtsein". Es war "kein Platz mehr für unterschiedliche Identitäten", schreibt der Historiker Brunello Mantelli, " - man gehörte zur Nation oder zu ihren Feinden. In diesem Sinne war der Nationalsozialismus nichts anderes als ein bis zu extremer Konsequenz gesteigerter Faschismus." (3) Die Ausgrenzung und Entrechtung der Juden rechtfertigte Mussolini als - angeblich zeitlich begrenzte - volkspädagogische Maßnahme, um die "Nation" gegen einen Feind zusammenzuschließen. Diese Politik war Voraussetzung für die Deportation und Ermordung Tausender italienischer Jüdinnen und Juden, nachdem die Deutsche Wehrmacht im September 1943 Italien besetzt hatte.

Deutsche "Doktrinen"

und "mediterrane Arier"

Anders als der Nationalsozialismus betrieb der Faschismus keine systematische Eskalation antijüdischer Maßnahmen. Namentlich Mussolini verstand es, wenn ihm das nützlich erschien, sich als Freund und Beschützer der Juden aufzuspielen. So erklärte er 1932 gegenüber dem deutschen jüdischen Publizisten Emil Ludwig: "Antisemitismus existiert nicht in Italien. Die jüdischen Italiener haben sich als Bürger stets bewährt und als Soldaten tapfer geschlagen. Sie sitzen in hervorragenden Stellungen an Universitäten, in der Armee, in den Banken. Eine ganze Reihe sind Generäle ..." (4) Zu diesem Zeitpunkt fand Mussolini es offensichtlich opportun, sich vom gewalttätigen Antisemitismus der NSDAP abzugrenzen. Zwei Jahre später, nach dem Putschversuch der österreichischen Nazis, verhöhnte er die nazistischen Rassentheorien als "gewisse Doktrinen" eines barbarischen Volkes, dem er die römische Kultur zu Zeiten Cäsars, Vergils und Augustus' gegenüberstellte.

Auch andere Würdenträger des Regimes fanden wenig Gefallen an einem weltanschaulichen Antisemitismus: Noch im Dezember 1937 schrieb Außenminister Galeazzo Ciàno, Mussolinis Schwiegersohn, in seinem Tagebuch: "Die Juden überschütten mich mit anonymen Schimpfbriefen, in denen sie mir vorwerfen, ich hätte Hitler ihre Verfolgung versprochen. Falsch. Niemals haben die Deutschen über dieses Argument zu uns etwas gesagt. Auch glaube ich nicht, daß es für uns richtig wäre, in Italien eine antisemitische Kampagne loszulassen. Das Problem existiert bei uns nicht. Die Juden sind wenig an Zahl und, von Ausnahmen abgesehen, in Ordnung ..." Niemals dürfe man die Juden "als solche" verfolgen - "vielleicht sind die Juden in kleinen Dosen (!) notwendig für die Gesellschaft, wie die Hefe für den Brotteig notwendig ist." (5)

Die von Ciàno erwähnten Befürchtungen der Juden waren dennoch nicht unbegründet. Seit Mussolinis Deutschland-Reise im September 1937 wurden Rassismus und Antisemitismus zentrale Themen der faschistischen Agitation und Propaganda. In eilfertiger Anpassung an den nazistischen Rassenwahn wütete Mussolini nach seiner Rückkehr aus Deutschland: "Es muß in den Kopf hinein, daß wir keine Mongolen, keine Hamiten und keine Semiten sind. Und wenn wir also nicht von einer dieser Rassen abstammen, sind wir doch offensichtlich Arier und kommen von den Alpen her, vom Norden. Folglich sind wir reinrassige Arier mediterranen Typs". (6)

Nach dem Novemberpogrom in Deutschland war Mussolini völlig "auf Linie". Ciàno notierte am 12. November 1938: "Er billigt bedingungslos die von den Nazisten angewandten Maßnahmen. Er sagt, daß er in der gleichen Lage noch mehr tun würde." (7) Gleichzeitig widersetzte er sich der Forderung des Hardliners Starace, alle Juden aus der faschistischen Partei auszuschließen.

Antijüdische Kampagnen

Wenn es auch im Agieren der Person Benito Mussolini einen krassen und datierbaren Bruch - vor und nach seinem Deutschlandbesuch 1937 - zu geben scheint, dann trifft das für die faschistische Partei insgesamt und die italienische Presse nicht zu. Es kann auch nicht von einem linear anwachsenden Antisemitismus gesprochen werden, eher von einem widersprüchlichen Prozeß mit verschiedenen Akteuren und begrenzten Perioden, in denen mal das eine und mal das andere Element dominierte. Letzteres ist vor allem an Hand der italienischen Presse der dreißiger Jahre nachvollziehbar, die ihre Linie nicht zuletzt nach dem jeweiligen Stand der italienisch-deutschen Beziehungen ausrichtete. So schreibt Renzo De Felice über das Jahr 1935: "Entsprechend den Hochs und Tiefs, in diesem Fall den Tiefs, der italienisch-deutschen Beziehungen, mäßigten auch die Zeitungen, die in den Jahren zuvor über die Juden hergezogen waren, ihre Angriffe." (8)

Mit der Verbesserung des Verhältnisses zu Deutschland nahm der öffentlich verbreitete Antisemitismus wieder zu. Das am häufigsten gebrauchte "Argument" war "der jüdische Ursprung des Bolschewismus" oder die zumindest "massive Beteiligung der Juden daran". Die Jesuiten bemühten sich in ihrem Organ La civiltà cattolica um die Abgrenzung des katholischen Antijudaismus vom rassistisch begründeten Antisemitismus der Nazis. Die Turiner Tageszeitung La Stampa aus dem FIAT-Konzern hetzte: "Wenn der faschistische Staat totalitär ist, kann er nicht zulassen, daß eine privilegierte Gruppe von Bürgern - unter dem Schutz besonderer Gesetze und unter dem Vorwand der Wohltätigkeit und der kulturellen Verbindung mit dem Ausland - wahre außenpolitische Handlungen begeht, die sich nicht an den italienischen Interessen, sondern an denen des Weltjudentums orientieren ... Wenn der faschistische Staat totalitär ist, darf er nicht länger tolerieren, daß die italienische Kultur, wie es jetzt geschieht, durch das Judentum verunreinigt wird ..." (9)

Lumpensammler

und Minister

Die antisemitische Kampagne zeigte in weiten Teilen der Bevölkerung wenig Wirkung. Die Integration der Juden in die Gesellschaft war zwischen 1870 und 1938 "durchgreifender erfolgt als beinahe irgendwo sonst auf der Welt", schreibt Raul Hilberg. (10) Jüdische Männer konnten nicht nur in Handel, Gewerbe, Kultur und Wissenschaft Karriere machen, sondern auch in Politik und Armee - General Emanuele Pugliese wurde 1902 gar Kriegsminister. Die Mehrheit der italienischen Juden konnte Anfang dieses Jahrhundert dem aufstrebenden Mittelstand zugerechnet werden. Dazu hat ihr hoher Bildungsstand wesentlich beigetragen: 1861 waren nur 5,8% der Juden, dagegen 54,8% der Gesamtbevölkerung Analphabeten gewesen.

Eine Sonderstellung nahmen die römischen Juden ein. Die Bewohner des Ghettos, die kurz vor dessen Aufhebung im Jahre 1870 eine Bittschrift an den Papst richteten, schilderten darin ihre elende Lage und die Tätigkeiten, mit denen sie ihren Lebensunterhalt verdienen mußten. Sie seien "Gepäckträger, Lumpensammler, Streichholzhändler, Laufburschen, Käufer alter Schuhe, Wasserträger und nie etwas anderes." (11) Die römischen Juden bildeten die größte jüdische Gemeinschaft des Landes. Die Volkszählung von 1938 registrierte fast 13.000 Juden in Rom, 10.000 in Mailand, 6000 in Triest und 4000 in Turin. Mehr als 90% der insgesamt gezählten 47.000 Juden lebten in Nord- und Mittelitalien. 85% der italienischen wie auch der ausländischen Juden lebten in Großstädten.

Unter den von Mussolini seit 1919 in den fasci italiani di combattimento zusammengefaßten ehemaligen Frontsoldaten waren auch Juden. Bei der Gründung der faschistischen Partei im November 1921 unterzeichneten fünf von ihnen das Programm; 193 der 746 jüdischen Mitglieder der faschistischen Partei im Jahre 1922 behaupteten, am "Marsch auf Rom" teilgenommen zu haben. Bis 1933 wuchs die Zahl der jüdischen Faschisten auf 5.000: etwa 10% der italienischen Juden waren Mitglieder der faschistischen Partei - ein Anteil, der ziemlich genau dem der italienischen Gesamtbevölkerung entsprach.

Selbstverständlich standen erhebliche Teile der jüdischen Bevölkerung Italiens dem Faschismus kritisch bis ablehnend gegenüber. Später schlossen sich Juden in größerer Zahl dem bewaffneten antifaschistischen Widerstand an. Etwa 700 Juden, darunter der Schriftsteller Primo Levi, kämpften als Partisanen gegen die deutsche Besatzungsmacht und die italienischen Faschisten.

Die Rassengesetze

und ihre Anwendung

Von Mussolinis rassistischen Ausfällen nach seinem Deutschlandbesuch 1937 verging noch mehr als ein Jahr bis zur Verkündung der leggi razziali, der Rassengesetze. Vorausgegangen war im Mai 1938 die Veröffentlichung eines Manifestes rassistischer Professoren, das Mussolini eigenhändig redigiert hatte. Nach den Rassengesetzen war ein Jude kein Italiener. Die Gesetze sahen eine Reihe von schikanösen, teilweise die Juden in ihrer beruflichen Existenz gefährdenden Maßnahmen vor, darunter ihren Ausschluß aus Armee, Partei- und Beamtenapparat. Verboten war ihnen künftig auch die Leitung bzw. Inhaberschaft von Rüstungsbetrieben und Unternehmen mit mehr als 100 italienischen Beschäftigten. Grundeigentum durften sie maximal im Werte von 20.000 Lire besitzen, landwirtschaftliches Eigentum bis 5000 Lire. Hilberg weist darauf hin, daß diese Verordnungen einschneidende Folgen hatten, "weil in Italien eine vergleichsweise hohe Anzahl von Juden ihren Lebensunterhalt als Regierungsangestellte und Landwirte bestritten." (12)

Hinzu kamen weitere Einschränkungen. Verboten waren Ehen zwischen Juden und "Italienern" und die Beschäftigung nichtjüdischer Hausangestellter durch Juden. Nachfolgende Verordnungen regelten den Ausschluß der Juden von Schulen und Universitäten und den Meldezwang. Alle nach dem 1. Januar 1919 erfolgten Einbürgerungen von Juden wurden widerrufen. Von diesen Bestimmungen ausgenommen waren u.a. Kriegsveteranen und Altfaschisten sowie deren Kinder, Enkel, Eltern und Großeltern. Wurden sie doch diskriminierenden Maßnahmen unterworfen, konnten sie mit einiger Aussicht auf Erfolg bei den Behörden Einspruch einlegen.

Daß die diskriminierenden Gesetze einstweilen nur in Teilen angewandt wurden, hängt weniger mit dem "typisch italienischen Schlendrian" zusammen als mit der fehlenden antisemitischen Verhetzung der Bevölkerung, die Staatsdiener eingeschlossen. Raul Hilberg erinnert an eine in Ciànos Tagebüchern festgehaltene Episode, die belegt, daß selbst ein Reaktionär wie König Vittorio Emanuele III., der Mussolini zur

Macht verholfen hatte, die antijüdischen Maßnahmen keineswegs begrüßte: "Als die beiden ersten Gesetzestexte (der leggi razziali; Anm. Js.) angefertigt waren, kam es zu einer Unterredung zwischen Benito Mussolini und jenem Mann, ohne dessen Unterschrift keine antijüdische Verordnung in Kraft treten konnte: König Viktor Emanuel. Dreimal im Verlauf dieser Unterredung bemerkte der König, daß er ‚unendliches Mitleid mit den Juden` empfinde." (13)

Unterschrieben hat er dann doch. Im Unterschied zum König empfanden viele ItalienerInnen nicht nur Mitleid, sondern übten praktische Solidarität, indem sie Juden versteckten oder ihnen zur Flucht verhalfen.

Exil im faschistischen Italien

Geholfen wurde auch den zahlreichen ausländischen Juden, die im Lande Zuflucht gesucht hatten. Das faschistische Italien wurde ab 1933 für tausende deutscher Juden nicht nur Durchgangsstation auf dem Wege in die USA oder nach Palästina, sondern auch Land eines dauerhaften - und zunächst vergleichsweise erträglichen - Exils. Im April 1933 gab das italienische Außenministerium der Botschaft in Berlin bekannt, deutsche Emigranten dürften nach Italien einreisen, "soweit es sich nicht um Personen handelt, die aktiv in gegen den Faschismus gerichteten Parteien tätig waren." (14) Andere Einreise- oder Aufenthaltsbeschränkungen gab es bis zur Annexion Österreichs durch die Deutschen im März 1938 nicht. Richtschnur dieser vergleichsweise liberalen Ausländergesetzgebung war, "daß Italien als ein Land mit einem großen Auswandererüberschuß Aufnahmeerleichterungen und Arbeitsmöglichkeiten bieten mußte, um die eigenen Staatsangehörigen im Ausland vor Repressalien zu schützen." (15)

Ein weiteres Motiv bestand darin, ausländisches Kapital ins Land zu holen. Entsprechend war die Ausübung eines selbständigen Gewerbes auch für Einwanderer weitgehend freigestellt. Schwieriger war die Arbeitsplatzsuche für Arbeiter und Angestellte. Die mit der Verkündung der Rassengesetze verfügte Ausweisung aller ausländischen Juden zum 12. März 1939 wurde nicht offen, aber de facto zurückgenommen. Zwei Wochen vor dem Stichtag wurde - ebenfalls aus ökonomischen Gründen - ein Touristenvisum geschaffen, das vermutlich 5000 Juden im letzten Moment die Flucht aus dem Nazireich ermöglichte.

Gleichzeitig führten verschiedene Maßnahmen dazu, daß die Lebensbedingungen der exilierten Juden immer schlechter wurden:

- Im Juni 1937 wurde der NSDAP-Auslandsorganisation gestattet, in den Polizeipräsidien der zehn wichtigsten Städte "Vertrauensleute" zu stationieren, deren Aufgabe u.a. die Bespitzelung jüdischer Emigranten war.

- Im Mai 1938 wurden aus Anlaß von Hitlers Staatsbesuch in Italien ca. 500 Menschen, von denen ein erheblicher Teil Juden waren, in Haft genommen.

- Das mit dem Stichtag der Ausweisung, dem 12. März 1939, wirksam gewordene Arbeitsverbot führte zu rascher Verarmung der ausländischen Juden, auch wenn einige illegale Gelegenheitsarbeiten wie Sprachunterricht oder Haushaltshilfe von den Behörden geduldet wurden.

Eine dramatische Verschärfung der Lage brachte die unmittelbar nach Italiens Kriegseintritt im Juni 1940 verfügte Internierung nicht nur der Staatsangehörigen der Kriegsgegner, sondern auch der deutschen, polnischen, tschechischen und staatenlosen Juden im Alter von 18 bis 60 Jahren. Neben den campi di concentramento (Konzentrationslagern) gab es eine sogenannte "freie Internierung", etwa in schwer zugänglichen Bergdörfern. Die vom deutschen Außenministerium ab Anfang 1943 geforderte Auslieferung der Internierten wurde durch den Einspruch von Militärs und italienischem Außenministerium verhindert. Mussolini war mit der Deportation der Juden schon zu diesem Zeitpunkt grundsätzlich einverstanden.

Besatzungstruppen verhindern Deportationen

Zu schweren Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kriegsverbündeten Deutschland und Italien führte die Frage der Behandlung der Juden in den gemeinsam besetzten Gebieten Frankreichs, Kroatiens und Griechenlands. Das Vorhaben der deutschen Besatzungstruppen und Polizeiorgane, die Juden in die Vernichtungslager zu deportieren, wurde von der italienischen Armee und den zuständigen Behörden, das Außenministerium eingeschlossen, zum Teil mit Erfolg sabotiert. Nach der gemeinsamen Besetzung der bis dahin freien Zone Frankreichs im Herbst 1942 wurden die von den Italienern verwalteten Gebiete um Grenoble

und das Département Alpes Maritimes (Hauptstadt Nizza) Zufluchtstätte für Juden verschiedener Nationalitäten.

Vielen Juden italienischer Abstammung eröffnete sich so die Möglichkeit, die Grenze nach Italien zu passieren. 2000 bis 3000 polnische Juden wurden von der italienischen Vierten Armee bei Grenoble festgenommen und damit vor der Deportation nach Auschwitz bewahrt. Mussolini, der sich gegenüber den deutschen Verbündeten für die "falsche Humanitätsduselei" seiner Generäle entschuldigte, war gleichwohl nicht in der Lage, deren hinhaltendem Treiben Einhalt zu gebieten. Die mit den Deutschen abgestimmte Umsiedlung von Juden aus Nizza und der Küstenregion führte im Ergebnis zu deren Rettung. Die Listen der immer wieder auf die italienische Sabotage hinweisenden Dienststellen der Gestapo weisen aus, "daß in den drei Monaten nach dem verhängnisvollen 8. September 1943, als das ganze Gebäude des italienischen Schutzes zusammenbrach, nur drei Transporte aus Drancy nach Auschwitz gegangen sind." (16)

Ähnlich agierte die italienische Besatzungsarmee in Kroatien. Im Sommer 1942 erklärte General Roatta, der bei der Bekämpfung der Partisanen keinerlei Rücksichten kannte, "die Ehre der italienischen Armee würde es nicht erlauben, 4000 bis 5000 Juden, die in Dubrovnik und Mostar Asyl gesucht hatten, zu deportieren." (17) Außenminister Ciàno verfolgte die Taktik, Juden "mit einer Bindung an die eingegliederten Gebiete" internieren zu lassen und damit vor der Deportation zu retten. 2000 kroatische Juden wurden auf die Insel Arbe (Rab) gebracht. Die meisten von ihnen konnten sich in die von den Partisanen kontrollierten Gebiete retten oder auf Fischerbooten nach Süditalien entkommen. Im Januar 1944 wurden 400 ältere Menschen, die auf der Insel geblieben waren, von den Deutschen deportiert und ermordet.

In Griechenland gelang einer größeren Zahl von Juden die Flucht in das italienisch besetzte Gebiet südlich von Larissa. Auch Juden in den von den Deutschen besetzten Gebieten konnten gerettet werden. (18)

Deportationen "unter den Fenstern des Papstes"

Mit den Niederlagen der Achsenmächte in Stalingrad und El-Alamein wurde das Ende des Faschismus eingeleitet. Nach der Landung der Alliierten auf Sizilien und Absetzbewegungen bürgerlicher Kräfte vom Regime wurde Mussolini am 25. Juli 1943 vom faschistischen Großen Rat abgesetzt. Der sich anschließende Staatsstreich, der seit langem vorbereitet worden war, von der Armee getragen und vom König unterstützt wurde, brachte die Einsetzung einer Militärregierung unter Marschall Badoglio. Mussolini wurde verhaftet, seine faschistischen Spießgesellen bemühten sich einstweilen, möglichst wenig aufzufallen. Auf den Straßen feierten die Menschen die Befreiung - zu früh.

Die naheliegende Erwartung der italienischen Juden, daß jetzt die Rassengesetze unverzüglich für nichtig erklärt würden, erfüllten sich nicht. "Man konnte nicht zu einer offenen Aufhebung der Rassengesetze kommen, ohne sich in eine heftige Konfrontation mit den Deutschen zu begeben", rechtfertigte sich Badoglio in seinen Memoiren. (19) Nach der Verkündung des Waffenstillstands zwischen Italien und den Alliierten am 8. September 1943 besetzten deutsche Truppen zwei Drittel des Landes, befreiten Mussolini und stellten ihn an die Spitze der Marionettenregierung der Repubblica Sociale Italiana, deren Sitz nach Salò an den Gardasee verlegt wurde. Die Regierung Badoglio begab sich unter den Schutz der alliierten Truppen nach Salerno. Italien war in zwei Besatzungszonen geteilt.

In dem von den Deutschen besetzten Teil wurde die Ausrottung der Juden ab Oktober 1943 entschlossen in Angriff genommen. Die im August 1938 vorgenommene Zählung der Juden wurde jetzt zu einer entscheidenden Voraussetzung für die Durchführung des nazistischen Mordprogramms. SS-Hauptsturmführer Theo Dannecker, der für die zügige Verhaftung der römischen Juden sorgen sollte, stützte sich dabei auf Material, das ihm vom italienischen Innenministerium zur Verfügung gestellt wurde. Am 16. Oktober 1943 löste er dann, ausgehend vom jüdischen Viertel, dem ehemaligen Ghetto, die erste Razzia in Rom aus.

1259 Personen, vor allem Frauen und Kinder, wurden festgenommen. Nach der Freilassung von Nichtjuden und Ehepartnern und Kindern aus "Mischehen" wurden die übrigen 1007 Menschen vom römischen Bahnhof Tiburtina in einem Güterzug mit 18 Waggons nach Auschwitz deportiert.

Die Haltung des Vatikans zu den Deportationen war widersprüchlich. Daß es der Mehrheit der in Rom ansässigen Juden gelang, sich während der ersten Razzia versteckt zu halten, ist auch darauf zurückzuführen, daß der Vatikan vielen von ihnen Unterschlupf gewährte. Andererseits gab es keinen öffentlichen päpstlichen

Protest gegen die Deportationen "sozusagen unter den Fenstern des Papstes" (Ernst von Weizsäcker) - ein Umstand, der die Nazis von einer ernsten Sorge befreite. Von Weizsäcker, Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, damals deutscher Botschafter beim Vatikan und ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt, meldete am 17. Oktober 1943 erleichtert nach Berlin: "Der Papst hat sich, obwohl dem Vernehmen nach von verschiedenen Seiten bestürmt, zu keiner demonstrativen Äußerung gegen den Abtransport der Juden aus Rom hinreißen lassen." Der seit 1939 amtierende Pius XII. alias Eugenio Pacelli habe "auch in dieser heiklen Frage alles getan, um das Verhältnis zu der deutschen Regierung und den in Rom befindlichen deutschen Stellen nicht zu belasten." (20)

Am 28. Oktober meldete von Weizsäcker an das Auswärtige Amt, die Frage eventuellen päpstlichen Protestes gegen die Deportationen von italienischen Juden könne als "liquidiert" betrachtet werden. Es folgten Razzien in Florenz, Mailand und anderen norditalienischen Städten. Mit zwei Transporten aus Florenz und Bologna sowie Mailand und Verona wurden im November und Dezember weitere tausend Juden nach Auschwitz gebracht.

Kein "nennenswertes Ergebnis"?

Die von der deutschen Botschaft in Salò mit erarbeitete "Charta von Verona", die den Delegierten der faschistischen Parteiorganisationen Norditaliens im November 1943 zur Zustimmung vorgelegt wurde, enthielt neue antijüdische Verordnungen. "Die Angehörigen der jüdischen Rasse gelten als Ausländer und sind für die Dauer des Krieges feindlicher Nationalität", hieß es da unter Punkt 7 in dem insgesamt 18 Punkte umfassenden Programm. Diese Bestimmung, schreibt Liliana Picciotto Fargion, bedeutete praktisch "die Verpflichtung der Polizei, den Nationalsozialisten eine entsprechende Anzahl von Juden für die Deportationen zu überstellen." (21)

Aus Sicht der Nazis hatten die ersten beiden Monate von Danneckers Tätigkeit in Rom kein "nennenswertes Ergebnis" (wörtlich!) gebracht. Eichmanns Dienststelle in Berlin prüfte nun, welche Möglichkeiten die Charta von Verona "für eine im Hinblick auf die Judenfrage fruchtbarere Arbeit als in der Vergangenheit" (22) bieten könnte. Ende Januar 1944 wurde ein auf die Verhaftung und Verschleppung der italienischen Juden spezialisiertes Referat der Gestapo mit Sitz in Verona geschaffen. Die Organisierung der Deportationen wurde der Praxis in den anderen Staaten unter deutscher Besatzung angeglichen. Ab Sommer 1944 wurden auch Ehepartner und Kinder aus "Mischehen" deportiert.

Zu den in der Statistik als "auf verschiedene Weise umgekommen" ausgewiesenen 303 italienischen Juden gehören auch jene, die am 24. März 1944 in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom erschossen wurden. Dieser Terrorakt ging direkt auf einen "Führerbefehl" zurück. Nachdem einen Tag zuvor 33 Mann einer deutschen Polizeikompanie in der Via Rossella in Rom durch einen Bombenanschlag getötet worden waren, wurden "zur Vergeltung" zehnmal so viele Italiener, genau 335 Menschen, unter ihnen mehr als 70 Juden, ermordet. (vgl. diverse ak-Artikel zum Prozeß gegen Erich Priebke, zuletzt ak 405)

Organisator dieses Massenmordes war der SS-Obersturmbannführer Kappler, der schon am 26. September 1943 die deutsche Schreckensherrschaft mit einem ebenso genialen wie unmenschlichen Schachzug eröffnet hatte: Falls die römischen Juden ihm nicht innerhalb von 36 Stunden 50 Kilogramm Gold übergeben würden, sollten 200 jüdische Geiseln erschossen werden. Wie ein Ausweg aus dieser verzweifelten Lage gefunden wurde, beschreibt Raul Hilberg so: "Renzo Levi von der Delasem (ein Komitee zur Unterstützung jüdischer Emigranten; Anm. Js.) wurde in den Vatikan gesandt, um über eine Anleihe von 15 Kilo zu verhandeln, und der Papst gab sein Einverständnis. Am Ende war der Beistand des Vatikans nicht mehr nötig. Italienische Männer und Frauen aus dem Volke kamen, um ihre Spenden abzuliefern, und alles in allem kamen 80 Kilo zusammen." (23)

Von Italien aus sind seit Oktober 1943 6416 italienische und ausländische Juden deportiert worden. Die Zahl der Überlebenden betrug 820. Hinzugerechnet werden müssen die 1820 Deportierten von den Inseln Rhodos und Kos, die seit dem Vertrag von Lausanne 1924 als italienische Staatsbürger galten, und die im September 1943 über die italienische Grenze gezogenen 328 Juden aus Südfrankreich, die von Borgo San Dalmazzo aus nach Auschwitz gebracht wurden. Von insgesamt 8564 Deportierten wurden 7555 ermordet; 1009 kehrten zurück. Zur Einordnung dieser Zahlen in den internationalen Vergleichsmaßstab schreibt Picciotto Fargion: "Schätzungen zufolge sind etwa 19% der gesamten jüdischen Bevölkerung von 1943 deportiert worden. Wenn der Völkermord in Italien an den Juden, so furchtbar er auch war, nicht die Zahlen anderer westeuropäischer

Länder erreichte, so ist dies auf zwei Faktoren zurückzuführen: Italien geriet ab Herbst 1943 überwiegend in die Hände der Alliierten, deshalb waren die zu diesem Zeitpunkt einsetzenden Deportationen nicht mehr so effektiv. Zum anderen half das solidarische und freundschaftliche Verhalten eines großen Teils der italienischen Bevölkerung vielen Juden, sich verstecken und überleben zu können." (24)

Tullia Zevi, Vorsitzende der jüdischen Gemeinden Italiens, führt die Hilfsbereitschaft auch auf das in Italien herrschende "heilige Gesetz des Ungehorsams" gegen "ungerechte oder perverse Befehle" zurück. Allerdings sei dieser Ungehorsam viel zu spät wirksam geworden: "Die Italiener haben kaum wahrgenommen, was einem absolut integrierten Teil der Bevölkerung geschah. Erst als sie die Konsequenzen, die Resultate der Infamie, die die Rassengesetze darstellten, bemerkten, das heißt, als sie von den Deportationen und von dem Mord an den Juden wußten, erst da haben sie ‚nein` gesagt." (25)

Mittäter des nazistischen Völkermordes

In der Gegenüberstellung zur NS-"Judenpolitik" könnte die Politik des Faschismus leicht als "relativ gemäßigt" erscheinen. Für die NSDAP war die Verfolgung der Juden von Anfang an wesentlicher Programmpunkt; seit 1933 wurde der antisemitische Terror systematisch gesteigert. Gegen die "Endlösung der Judenfrage", die Ermordung der europäischen Juden, gab es in Staat und Partei nicht einmal minimalen Widerstand.

Unter den Mitgliedern der italienischen faschistischen Partei dagegen waren sowohl Antisemiten als auch Juden. Mussolini hatte in dieser Frage keine festen Überzeugungen. Die von ihm initiierte antisemitische Wende schien politisch opportun: "Arisches Rassenbewußtsein" sollte dem italienischen Volk "nationale Identität" bringen; die Verkündung der Rassengesetze bedeutete den demonstrativen Schulterschluß mit Deutschland, an dessen Seite im kommenden Krieg Eroberungen gemacht werden sollten.

Der italienische Faschismus trägt nicht nur Verantwortung für die Ermordung der italienischen und der aus Italien deportierten ausländischen Juden; seine Rassengesetze legitimierten darüberhinaus den deutschen Rassenwahn, der sechs Millionen Juden das Leben kostete.

Daß die Zahl ermordeter italienischer Juden vergleichsweise gering blieb, ist kein Verdienst des Faschismus, sondern des Widerstands gegen ihn. Die antisemitische Hetze seit 1937 hatte im Bewußtsein der italienischen Bevölkerung, Teile der Eliten eingeschlossen, nicht den vom Regime gewünschten Effekt. Zu loben sind die Italienerinnen und Italiener, die vielen Juden das Leben retteten. "Mildernde Umstände" für den Faschismus dürfen daraus nicht hergeleitet werden.

Js.

Anmerkungen:

1) Erich Kuby: Verrat auf deutsch. Wie das Dritte Reich Italien ruinierte; Frankfurt am Main und Westberlin (Ullstein) 1987, S. 71

2) Renzo De Felice: Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo. Turin (Einaudi) 1961, S. 185

3) Brunello Mantelli: Il regime fascista 1925-1940; Milano (Fenice 2000), S. 19

4) zitiert bei Eberhardt Schmidt: Ins Ghetto zurück. Das Schicksal der italienischen Juden im Faschismus. In: Giorgio Bassani: Erinnerungen des Herzens. Herausgegeben von Eberhard Schmidt. München (Piper) 1991, S. 87

5) Galeazzo Ciàno: Tagebücher 1937/38; Hamburg (Krüger) 1949, S. 61

6) zitiert bei Giovanni De Luna: Mussolini. Reinbek (Rowohlt) 1978, S. 106

7) Ciàno: a.a.O., S. 278

8) De Felice: a.a.O., S. 238

9) La Stampa, 29.5.1937, zitiert bei De Felice: a.a.O., S. 251

10) Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 2. Frankfurt am Main (Fischer) 1990, S. 703

11) zitiert bei Léon Poliakov: Geschichte des Antisemitismus, Band 3. Worms (Heintz) 1979, S. 176

12) Hilberg: a,.a.O., S. 707

13) ebd., S. 706; Ciàno: a.a.O., S. 287

14) zitiert bei Klaus Voigt: Die jüdische Emigration in Italien. Ein Überblick. In: Deutsche Forschungsgemeinschaft: Die Erfahrung der Fremde. herausgegeben von Manfred Briegel und Wolfgang Frühwald. Bonn und München (VCH Acta humaniora) 1988, S. 13

15) Voigt: a.a.O., S. 14

16) Gerald Reitlinger: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945. Westberlin (Colloquium) 1979, S. 368

17) zitiert ebd., S. 416

18) Der italienische Widerstand gegen den Holocaust wird ausführlich dargestellt in dem Buch von Jonathan Steinberg: Deutsche, Italiener und Juden; Göttingen (Steidl) 1992

19) zitiert bei Liliana Picciotto Fargion: Italien. Die Annäherung an die nationalsozialistische Judenpolitik ab 1938. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München (Oldenbourg) 1991, S. 200

20) zitiert bei Hilberg: a.a.O., S. 715f.

21) Picciotto Fargion: a.a.O., S. 204

22) zitiert ebd., S. 205

23) Hilberg: a.a.O., S. 713

24) Picciotto Fargion: a.a.O., S. 215)

25) Lea Rosh/Eberhard Jäckel: Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. Deportation und Ermordung der Juden, Kollaboration und Verweigeruung in Europa; Hamburg (Hoffmann und Campe) 1991, S. 265

29. Gehilfen des Völkermordes. Ein Nachtrag zum italienischen "Historikerstreit" - Interview mit Michele Sarfatti

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:07

Im vergangenen Jahr wurde die Diskussion um den Charakter der faschistischen Judenverfolgung neu angeheizt: In einem Fernsehinterview nannte Vittorio Emanuele von Savoyen, der Enkel des letzten italienischen Königs, die faschistischen Rassengesetze "nicht so schrecklich" (vgl. ak 407). Der Historiker Michele Sarfatti, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Mailand, antwortete in einem Interview der Wochenzeitung L'Espresso, das wir leicht gekürzt dokumentieren.

Mario Scialoja: Der Erbe des Hauses Savoyen hat mit seiner Behauptung, die faschistischen Rassengesetze seien "nicht so schrecklich" gewesen, allgemeine Empörung hervorgerufen. Aber weit verbreitet ist die von dem Historiker Renzo De Felice vertretene These, Mussolinis Antisemitismus und die Judenverfolgung im Faschismus seien "nach italienischer Art" gewesen, eher schwache Manifestationen ohne Substanz.

Michele Sarfatti: Die Judenverfolgung in Italien war ein totalitäres Phänomen, mit einem niedrigen Grad von Gewalt bis 1943, aber mit einem bemerkenswerten Erfolg aus Sicht des Regimes. Es war eine Verfolgung, die extreme Härte erreichte. Seit 1938 wurden die "Personen jüdischer Rasse" vollständig vom öffentlichen Dienst und von den Schulen ausgeschlossen, fast völlig von den freien Berufen und immer mehr aus der privaten Arbeit. In einigen Bereichen waren die italienischen Gesetze sogar härter als die nazistischen oder nahmen diese vorweg: Wie im Bereich der Schule, wo seit dem 5. September alle jüdischen Schülerinnen und Schüler hinausgejagt wurden, während sie in Deutschland noch bis zu einer bestimmten Quote (1,5%; Anm. Js.) zugelassen waren. Mit dem Ausschluß der jüdischen Offiziere aus der Armee erklärten der Faschismus und das Königshaus die mit dem Risorgimento begonnene historische Phase für abgeschlossen.

Für De Felice war der Antisemitismus dem Faschismus nicht eigen, sondern Mussolini akzeptierte ihn, um der nazistischen Politik gefällig zu sein.

In Wahrheit zeigt De Felice, daß die rassistischen italienischen Gesetze nicht von Hitler aufgezwungen wurden, sondern freiwillig von Mussolini eingeführt wurden, um sich dem Nazismus anzupassen. Aber man muß noch weiter gehen: Die italienische Rassengesetzgebung krönt einen weitgehend endogenen Reifeprozeß, der sich seit 1922 mit dem Austausch der Führungsschicht, der Abschaffung des Rechtsstaats und der Konstruktion eines katholischen und intoleranten Italien entwickelte.

Wann beginnt konkret der faschistische Antisemitismus?

Die Wende reift 1935/36, während des Krieges in Äthiopien. In dieser Zeit wird die Entscheidung gefällt, zu einer direkten Verfolgung der Juden überzugehen. Hier handelt es sich aber um einen noch unerforschten Prozeß, in dem eher ein pragmatischer Antijudaismus als ein ideologischer Antisemitismus vorzuherrschen scheint.

Verschiedene Historiker meinen, daß die Faschisten, nachdem sie viele Juden im Lager Fossoli (bei Modena in der Emilia-Romagna; Anm. Js.) interniert hatten, versuchten, ihre Deportation aus Italien zu verhindern.

Das ist nicht wahr. Denn auch 1944, als die Deutschen aus dem italienischen Lager nach Auschwitz und Bergen-Belsen deportierten, schickten die Behörden der Italienischen Sozialrepublik (RSI) weiter italienische Juden nach Fossoli.

Was waren ab 1938 die Absichten der Faschisten gegenüber den Juden?

Es gab unterschiedliche Pläne bezüglich der italienischen und der ausländischen Juden, aber Mussolinis Ziel war einzig und allein: aus Italien ein Land ohne Juden zu machen. Aber Italiens Eintritt in den Krieg und die Schließung der Grenzen verhinderten die Durchführung dieses Plans, und die Juden saßen in einem Land fest, das sie nicht haben wollte. In dieser neuen Phase entstehen die Verfügungen über die Internierung der ausländischen Juden und die Zwangsarbeit der italienischen Juden.

Wann ging der Faschismus dazu über, das Leben der Juden zu bedrohen?

Formal nach dem 8. September 1943 (Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten; Anm. Js.). Aber schon in den vorangegangenen Monaten wurden die Voraussetzungen für die blutige Wende geschaffen. Im Mai/Juni 1943 wurde beschlossen, alle kräftigen Juden in vier Internierungslagern zur Zwangsarbeit zusammenzufassen. Die schwerwiegendste Entscheidung war der Befehl vom 15. Juli 1943, der Nazi-Polizei die deutschen Juden zu übergeben, die sich in den italienisch besetzten Gebieten Frankreichs befanden. Mit diesen Handlungen erreichte die faschistische Diktatur - noch vor Ausrufung der RSI - die dünne Scheidewand zwischen der Verfolgung der Juden in ihren Rechten und der Bedrohung ihres Lebens.

Und Mussolini wußte, was mit den Juden geschah, die den Deutschen ausgeliefert wurden?

Wir wissen, daß Mussolini zwischen Sommer 1942 und Anfang 1943 von italienischen Informationsdiensten präzise Informationen über die Massenerschießungen und über den Gebrauch von Gas als Mordwaffe bekommen hat.

L'Espresso, 15.5.1997; Übersetzung: Js.

30. Das Massaker von Kragujevac. Das Gedenkmuseum "21. Oktober" zeigt eine Ausstellung in Deutschland

Autor: Franz-Karl Hitze · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:23

Kragujevac bedeutet für das alte wie für das neue Jugoslawien das gleiche wie Oradour für Frankreich, wie Lidice für Tschechien oder Babi Yar für die Ukraine. Mit dem Namen Kragujevac verbindet sich in der Geschichtschreibung über den Zweiten Weltkrieg die Erinnerung an den vieltausendfachen Mord an unschuldigen Menschen durch Soldaten der Hitler-Armeen.

Dragan Jovanovic kommt aus Kragujevac. Er ist in der mittelserbischen Stadt zur Schule gegangen und jetzt Direktor des dortigen Gymnasiums. Heute reist Jovanovic mit der Ausstellung "Kragujevac - Oktober 1941" durch Deutschland. In dieser Ausstellung des Gedenkmuseums Kragujevac werden - erstmalig in der BRD - Originaldokumente über die grausamen Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Kragujevac gezeigt.

Als Jovanovic vier Jahre alt war, überfiel die deutsche Wehrmacht ohne Kriegserklärung am 6. April 1941 das Königreich Jugoslawien und marschierte anschließend in Griechenland ein. Dadurch wollte Deutschland seine Südostflanke für den Feldzug gegen die Sowjetunion absichern. In Kragujevac waren zeitweise zwei Infanterieregimenter der Deutschen Wehrmacht stationiert.

Doch schon im Mai 1941 rief eine Gruppe von Offizieren und Soldaten des geschlagenen jugoslawischen Heeres das serbische Volk zum Aufstand auf. Am 22. Juni 1941 forderte die kommunistische Partei Jugoslawiens die Völker des ganzen Landes in einem offenen Aufruf zum Aufstand gegen die deutschen Okkupanten auf. Ihr Anführer war Josip Broz Tito, der Generalsekretär des ZK der KPJ. Überall im Lande verübten die Aufständischen Sprengstoffanschläge auf die Nachschublinien der Wehrmacht. Schon im September wurde ein großes Gebiet in Serbien befreit. Das deutsche Oberkommando wurde nervös.

Keitels Geisel-Mord-Befehl

Die örtlichen Kommandeure verhängten drastische Maßnahmen gegen die Bevölkerung. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, erließ am l6. September I941 mit Billigung Hitlers den berüchtigten Geisel-Mord-Befehl. Dieser Befehl und ein Großfoto Keitels bilden den Anfang der Ausstellung, die insgesamt 33 Bildtafeln umfaßt.

In diesem geheimen Befehl heißt es, daß die "Kommunistische Widerstandsbewegung (...) mit drastischen Mitteln" zu ersticken sei. Dabei sei zu bedenken, "daß ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann." Dann wird der Mordbefehl eindeutig: "Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muss in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50 bis 100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muss die abschreckende Wirkung noch erhöhen."

Obwohl der Befehl geheime Kommandosache war, wurde den Kommandeuren der Armeen, Korps und Divisionen befohlen, dafür zu sorgen, daß diese "Grundsätze allen militärischen Dienststellen bekannt gegeben wird." Der kommandierende General in Serbien, Franz Böhme, ein ausgesprochener Günstling Hitlers, ergänzte und verschärfte am 10. Oktober 1941 diesen Befehl. Zu erschießen waren "a.) für jeden getöteten oder ermordeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen (Männer, Frauen oder Kinder) 100 Gefangene oder Geiseln, b.) für jeden verwundeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen 50 Gefangene oder Geiseln". Auch dieser Befehl ist in der Ausstellung zu lesen: ein weiteres Beweisstück für geplante Verbrechen der Deutschen Wehrmacht.

Massenerschießungen

Von Anfang September bis Anfang Dezember I941, als Böhme kommandierender General in Serbien war, sind 26.000 Männer Frauen und Kinder erschossen oder erhängt worden. Viele Dörfer wurden niedergebrannt und

dem Erdboden gleich gemacht. Es wurden Massenerschießungen in Belgrad, Sabac, Draginac, Kraljevo und auch in Kragujevac durchgeführt.

Anlaß für die Erschießungen in Kragujevac waren die deutschen Verluste an der Straße von Kragujevac nach Gorny Milanovac. Diese Ortschaft war zuvor durch Tschetniks und Partisanen Titos von deutschen Truppen befreit worden. Dabei hatten die Jugoslawen deutsche Soldaten gefangengenommen. Nach mehreren Versuchen, sie zu befreien, brannte ein deutsches Bataillon des aus Kragujevac den Ort Gorny-Milanovac am 16. Oktober nieder. Bei Ljuljak wurde die Einheit in heftige Kämpfe mit den Partisanen verwickelt. Dabei wurden 10 deutsche Soldaten getötet und 26 verwundet. Laut Befehl Böhmes mußten dafür 2.300 Bürger Serbiens erschossen werden. Das war der Auslöser für die Mordorgie der deutschen Faschisten in Kragujevac.

Am 17 Oktober erließ Major Otto Desch die Anordnung, gemäß dem Befehl Böhmes Erschießungen vorzunehmen. Zuerst wurden in Kragujevac 70 Juden festgenommen und erschossen. In den umliegenden Dörfern wurden 427 Männer und Frauen ermordet. Kragujevac wurde von der Außenwelt abgesperrt, so das niemand mehr die Stadt betreten oder verlassen konnte. Am 20. Oktober begannen Massenverhaftungen der Bürger von Kragujevac. Die Menschen wurden aus ihren Häusern auf die Straßen getrieben oder in Geschäften und Fabriken festgenommen. In der Ausstellung sind zahlreiche Fotografien von dieser Tragödie, die von deutschen Soldaten aufgenommen wurden.

Die Bilder von den Leichenbergen am Rande der Stadt lassen den Besucher erschaudern. Unter den am 20. Oktober verhafteten Menschen waren über 300 Schüler der fünften bis achten Klassen des Kragujevacer Gymnasiums, sowie 15 Lehrer und zwei Direktoren, die man direkt aus dem Unterricht herausgeholt hatte. Sie wurden am 21. Oktober 1941 bei Sumarica erschossen. Die Schüler, die verschont geblieben sind, haben sich in den folgenden Wochen spontan den Partisanen angeschlossen. Während des Krieges sind 177 dieser ehemaligen Schüler gefallen. So läßt sich auch die Zahl "über 400 "erklären, die in den letzten Jahrzehnten durch die Medien ging.

Zeugen der Verbrechen

Zivonyin Jovanovic, der als Zeuge dieses Verbrechens in Kragujevac vor dem Nürnberger Tribunal erschien, berichtete von 7.000 Mordopfern in Kragujevac. Das Nürnberger Alliierte Gericht akzeptierte diese Zahlenangabe. In anderen Quellen Serbiens ist von 3.000 bis 8.000 Erschossenen die Rede. Stanisa Brkic vom Gedenkmuseum "21. Oktober" sagt, daß in Kragujevac am 19. Oktober 427, am 20. Oktober 115 und am 21. Oktober 2.236 Menschen von den MG-Garben der deutschen Wehrmacht niedergemäht wurden. In diese Zahlen sind die Ermordeten in den umliegenden Dörfern der mittelserbischen Industriestadt n i c h t einbezogen.

Auch Dragan Jovanovic war Zeuge der Verhaftungswelle. "Ich kann mich heute noch genau an die Brutalität der deutschen Soldaten erinnern, wie sie Bürger der Stadt zwischen 16 und 60 Jahren als Geiseln zusammentrieben. So mancher wurde, wo man ihn ergriff, an Ort und Stelle erschossen."

60 Menschen konnten vor den Erschießungskommandos fliehen und überlebten diese Hölle.

Franz-Karl Hitze

Franz-Karl Hitze ist Co-Autor des Buches "Deutsche bei Titos Partisanen 1941-1945 - Kriegsschicksale auf dem Balkan in Augenzeugenberichten und Dokumenten" (vgl. Rezension in ak 408).

Die Ausstellung wird in den nächsten Wochen in Aschaffenburg gezeigt, ab 5. Februar ist sie in Dresden zu sehen.

31. Taxifahrer als "Schlepper" kriminalisiert

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak410/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:29

Im März 1997 wurden in Zittau zwei Taxifahrer wegen Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt nach Artikel 92a Ausländergesetz zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt. (siehe ak 405) Anfang Dezember folgte schließlich die Verurteilung eines weiteren Fahrers zu zwei Jahren und zwei Monaten Knast. Dies war im "Jahr der Taxiurteile" (Sächsische Zeitung, 3.12.97) die höchste Strafe. In Berufungsverhandlungen wurden die Urteile in der Regel bestätigt, wie es die neuesten Urteile vom 16.12.1997 und 9.12.1997 zeigen.

Rund ein Drittel der DroschkenkutscherInnen im sächsischen Landkreis Löbau-Zittau haben ein Verfahren anhängig. Ihnen wird Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt vorgeworfen, denn sie haben Flüchtlinge ohne Aufenthaltspapiere aus der grenznahen Region an andere Orte - z.B. Bautzen oder Berlin - gefahren bzw. fahren wollen.

Den TaxifahrerInnen müsse klar gewesen sein, daß sie "illegale Flüchtlinge" befördern, so die Standardargumentation seitens des Gerichts. Falls es Unklarheiten gebe, könnten sie den Bundesgrenzschutz (BGS) um Hilfe bitten. Der BGS hatte in der Vergangenheit die Taxifahrer mit Flugblättern zur Unterstützung aufgerufen. "Nehmen Sie keine offensichtlich illegal eingereisten Personen in Ihrem Taxi mit!", wurde den FahrerInnen nahegelegt. In einem Artikel des "Taxi Journal Region Halle/Leipzig" wurden den KutscherInnen sogar konkrete Anleitungen gegeben: "Bei Aufnahme von Fahrgästen sei auf das äußere Erscheinungsbild zu achten". Sollten äußere Auffälligkeiten den Verdacht zulassen, daß die Person keine gültigen Papiere habe, "sollte der Fahrer im eigenen Interesse die Möglichkeit der Information an den Bundesgrenzschutz oder eine Polizeidienststelle nutzen."

Die TaxifahrerInnen stecken in einer Zwickmühle. Weigern sie sich, Fahrgäste mitzunehmen, dann verstoßen sie gegen das Personenbeförderungsgesetz, deren Beförderungspflicht für alle Menschen gilt. Selbstverständlich haben die DroschkenkutscherInnen keine Befugnis, Ausweise oder sonstige Papiere ihrer Fahrgäste zu kontrollieren. Sitzen bei Kontrollen des BGS oder des Zolls Menschen ohne gültige Papiere in der Taxe, machen sich die FahrerInnen aber strafbar.

Letztendlich zielen diese Maßnahmen aber auf alle Nichtdeutsche im grenznahen Gebiet. Mittlerweile haben sie an der deutsch-polnischen Grenze große Schwierigkeiten, befördert zu werden. Wenn sie dennoch eine Taxe bekommen, dann kommt es schon einmal vor, daß sie erst zur Personenkontrolle zum BGS gebracht werden und dann zum Fahrtziel. So werden die KutscherInnen zu Gehilfen für den BGS. Die Personenbeförderungspflicht ist für Nicht-Deutsche bzw. alle, die so aussehen, nur noch eingeschränkt gültig.

Die TaxifahrerInnen sind durch ihre Kriminalisierung enorm eingeschüchtert. Kein Wunder, schaut man sich die Begründungen der Justiz genauer an. Hier läßt sich der unbedingte Verfolgungswille erkennen. So wurde z.B. den Angeklagten in der Verhandlung im März vorgerechnet, daß nur etwa 1.000 Ausländer im Landkreis leben. Davon seien rund 400 Studenten und die restlichen 600 Asylsuchende. Da beide Gruppen keine hohen Einkommen hätten, schlußfolgerte das Gericht, könnten sie sich keine weiten Taxifahrten leisten.

Eine unrühmliche Rolle bei den Verfahren spielt der Kronzeuge Steffen Döring. Er war im Taxigewerbe tätig und wurde 1996 zu einer Haftstrafe wegen Unterstützung von illegalem Aufenthalt verurteilt. Nach eigenen Aussagen war er einer der Drahtzieher im "Schleppergeschäft". Seine vergleichsweise geringe Strafe hat er sich anscheinend dadurch erkauft, daß er sich bei späteren Verfahren als Kronzeuge zur Verfügung stellt. Der Geläuterte denunziert in Prozessen regelmäßig seine ehemaligen KollegInnen. Dabei kann er in aller Regel nicht mit Detailwissen aufwarten. Mit seinen "Insider"-Kenntnissen über das "Schleppergeschäft" trägt er dazu bei, daß das Gericht seine Indizienketten zimmern kann.

In der Berufungsverhandlung gegen Bernd Ludwig vom Dezember '97 vor dem Landgericht in Görlitz wartete die Staatsanwaltschaft mit einer weiteren Variante auf. Neben dem Kronzeugen Steffen Döring bot sie kurzfristig eine 100seitige Expertise des BGS auf. Diese sollte anscheinend den BGS-Beamten, die als Zeugen im Verfahren auftraten, als Argumentationshilfe dienen. Die hatten nämlich erhebliche Gedächtnislücken.

Wie nicht anders zu erwarten war, schenkte das Gericht den Aussagen des Kronzeugen und des BGS Glauben. Die Darstellungen des Angeklagten und der drei Flüchtlinge, die seinerzeit befördert wurden, waren für das Gericht unglaubwürdig. Vielmehr unterstellte das Gericht, daß der Angeklagte und die Zeugen ihre Aussagen abgesprochen hätten.

KollegInnen protestieren

Aus Solidarität mit den kriminalisierten KollegInnenen organisierten TaxifahrerInnen aus Zittau, Berlin und Hamburg einen Konvoi nach Görlitz. Am 16.12.97, dem Tag der Berufungsverhandlung von Bernd Ludwig, wollten sie eine Protestkundgebung vor dem Gericht abhalten.

Die Generalversammlung der Hamburger Taxengenossenschaft "das taxi" hatte Anfang November eine Resolution verabschiedet, die sich gegen die "Instrumentalisierung von TaxifahrerInnen für die rassistische Politik deutscher Behörden" richtet. Ausdrücklich wurde betont, daß sie sich nicht zwingen ließen, an der Ausgrenzung, Kriminalisierung und Verfolgung anderer Menschen teilzunehmen. Die Genossenschaft "das taxi" ließe sich auch nicht durch Androhung von Haftstrafen zur Hilfsexekutive zwingen. Unterzeichnet war die Resolution mit Solidaritätserklärungen für die von staatlicher Repression betroffenen Kollegen und Kolleginnen und die von Abschiebung betroffenen Flüchtlinge.

Diese Forderungen gingen der Görlitzer Taxizentrale, die zuvor ihre Teilnahme am Konvoi erklärt hatte, zu weit. Ihnen fehlte eine klare Abgrenzung von der "organisierten Schlepperkriminalität". Sie distanzierten sich kurzfristig von den Protestaktionen in Görlitz. Auch konnte der Konvoi nicht die vorgesehene Strecke fahren, die Verwaltungsbehörden in Görlitz befürchteten ein Verkehrschaos. Die geplante Kundgebung vor dem Landgericht wurde ebenfalls nicht erlaubt. Aber dies ließen sich die DroschkenkutscherInnen nicht verbieten. Sie veranstalteten eine spontane Kundgebung, bei der sie die "Görlitzer Erklärung" verlasen.

ch.

Görlitzer Erklärung

Seit etwa zwei Jahren werden Taxifahrer und Taxifahrerinnen im grenznahen Bereich zu Polen und Tschechien vom Bundesgrenzschutz und der Justiz belangt, wenn sie Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung befördern. Sie werden der "Schleusertätigkeit" beschuldigt.

Wir, die unterzeichnenden Taxifahrerinnen und Taxifahrer, erklären hiermit:

1. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Pässe unserer Fahrgäste zu kontrollieren. Und wir haben auch kein Interesse daran, dies in Zukunft zu können.

2. Die Beförderungspflicht des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr - dazu gehören auch Taxis) gilt für alle Menschen. Gegen geltende Gesetze verstößt nicht, wer alle Menschen befördert, sondern wer dazu aufruft, eine bestimmte Gruppe von Menschen von der Beförderung auszuschließen.

3. Zu viele Flüchtlinge haben bereits, gerade an der östlichen Grenze Deutschlands, ihr Leben verloren: durch Ertrinken, Erfrieren, Ersticken. Viele ausländische Menschen nehmen ein Taxi, weil sie in den anderen öffentlichen Verkehrsmitteln um Leib und Leben fürchten.

Deshalb werden wir auch in Zukunft Menschen "ausländischen Aussehens, mit schlechten Deutschkenntnissen, viel Gepäck, nasser Kleidung" etc. zu den geltenden Beförderungsbedingungen zu ihrem Fahrtziel bringen. Alles andere wäre unterlassene Hilfeleistung.

4. Wir möchten daran erinnern, daß zum Beispiel die seinerzeit vor den Nazis flüchtenden Menschen zum großen Teil "illegal" in die Schweiz eingereist sind und auf die Hilfe der Menschen dort angewiesen waren.

Für uns gilt: Kein Mensch ist illegal!

Wir fordern die sofortige Einstellung aller Strafverfahren gegen Taxifahrer und Taxifahrerinnen wegen angeblicher "Schleusertätigkeiten".

32. Quelldatei 01bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak410/01bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:01bu

Schnelle, einfache und kostengünstige Sterilisationsmethoden, wie die chemische Sterilisation mit Chinacrin für Frauen, bergen ein enormes Mißbrauchspotential. Sie sind das ideale Instrument für Massensterilisationen aus bevölkerungspolitischen Motiven. Welche Gefahr sie darstellen, wird deutlich, wenn mensch sich vergegenwärtigt, daß auch operative Sterilisationen, die wesentlich aufwendiger und auch schmerzhaft sind, massenhaft angewandt werden, zum Teil auch ohne Einwilligung der Frauen. Die Laparoskopie ist eine solche operative Sterilisationsmethode, die z.B. in Indien häufig angewandt wird. Einem Frauengesundheitsbuch ist zu entnehmen, daß die Laparoskopie normalerweise unter Vollnarkose und nur durch speziell ausgebildetes Personal durchgeführt wird. Dicht unterhalb des Bauchnabels wird ein kleiner Schnitt gemacht, durch den Luft in den Bauch gepumpt wird, um die Eileiter besser sichtbar werden zu lassen. Dann wird das Laparoskop (ein spezielles Endoskop) eingeführt, um die Eileiter direkt sehen zu können. Entweder durch das Laparoskop oder durch einen weiteren Schnitt wird eine Pinzette oder ein Ätzstift eingeführt; damit werden die Eileiter durchgetrennt, abgeschnürt oder verätzt. Danach wird die Wunde genäht.

Die Fotos auf dieser und der folgenden Seite, die im Dezember 1996 in einem sogenannten Lap-Camp in Dattapulia (West Bengalen, Indien) aufgenommen wurden, zeigen eine andere Realität. Die Operationen verliefen in einer Durchgangszimmeratmosphäre. Der Arzt sterilisiert innerhalb von nur drei Stunden 210 Frauen. Die Frauen, die zuvor alle eine Nummer auf die Stirn geklebt bekamen, erhielten weder eine Voll- noch eine Lokalanästhesie. Die Krankenschwester spritzt hier ein Beruhigungsmittel und Tetanus.

33. Quelldatei 05.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak410/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:05

LeserInnenbriefe ... LeserInnenbriefe

Betr.: Verlorner Posten im Freiheitskriege, ak 409

Heinrich Heine war Jude

Fast alle Nachrufe dieses Jahres (gemeint ist 1997; ak), die auf Heinrich Heine ergehen, würdigen zu wenig, daß er nicht nur Jude war, sondern sich auch als solcher verstand. Leider auch der Eurige. Immerhin tragt Ihr seiner geradezu prophetischen Weitsicht im Politischen durch das Zitat aus "Religion und Philosophie in Deutschland" Rechnung. Es bleibt zu bedenken, daß Heine zeit seines Lebens die Bibel bei sich trug.

Zunächst hatte Heine sich der auf die Physis zielenden Angriffe der Antisemiten im Deutschland nach Napoleon zu erwehren. Fichte redete von Liquidation, und Platen wollte Heine, den "nach Knoblauch stinkenden Juden", aus der Literatur verbannen. Nicht schön, aber verständlich im duellierenden Zeitgeist, daß sich Heine mit einem Hieb auf die Homosexualität des Angreifers revanchierte.

In seinen späten Geständnissen fand Heine zu einem erstaunlichen Verständnis der Bibel und der Rolle des Judentums in der Geschichte. "Ja, den Juden, den die Welt ihren Gott verdankt, verdankt sie auch dessen Wort, die Bibel; sie haben sie gerettet aus dem Bankrott des römischen Reiches, und in der tollen Raufzeit der Völkerwanderung bewahrten sie das teure Buch, bis es der Protestantismus bei ihnen aufsuchte und das gefundene Buch in die Landessprachen übersetzte und in alle Welt verbreitete." Für Heine war Jesus der, "der der Welt das jüdische Bürgerrecht gegeben hat".

Wichtig daran ist, daß der Zusammenhang der Bibel mit Revolution, Demokratie und Sozialismus für Heine konstitutiv blieb. Für ihn war es das "als Weltheiland gekreuzigte Judentum", das für diese Ziele am meisten zu leiden hatte. Als einen dieser Leidenden sah er auch sich selber, "der die blutige Dornenkrone und die schwere Kreuzeslast kaum ertrüge, wenn er nicht dann und wann ein heiteres Vaudeville (volkstümliches Lied, Singspiel; ak) trällerte und Späße risse über die neuesten Pharisäer und Sadduzäer. Die kolossalen Schmerzen wären nicht zu ertragen ohne solche Witzereißerei und Persiflage."

Übrigens kann man jetzt darüber nachlesen in dem von Klaus Briegleb im November 1997 veröffentlichten Buch "Bei den Wassern Babels. Heinrich Heine, jüdischer Schriftsteller in der Moderne." Hierin beklagt der Herausgeber sämtlicher Schriften Heines (Hanser, 12 Bände) den "faden Positivismus" der gängigen Heine-Rezeption und vergleicht die Vereinnahmung Heines in das Projekt der Moderne, wie während der Jubiläumsfeierlichkeiten, mit "jener Doktrin zu Beginn des 19. Jahrhunderts, gegen die Heine sein Lebenswerk gesetzt hat: Das Judentum müsse in der Egalité aufgehoben werden." (a.a.O., S. 415)

K.-P. Lehmann

In dem Artikel zum 200. Geburtstag von Heinrich Heine ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Der Artikel "Antisemitismus in der Romantik", auf den mehrmals verwiesen wird, erschien nicht in ak 205 sondern in ak 405. Die Redaktion.

Betr.: Ein Jahrzehnt "konkret", ak 409

Instrumente der List

Als ein Schüler des Zenon von Elea, einer süditalienischen Kolonie Athens, in das Zentrum des Kolonialreichs kam, erzählte er den dortigen Gelehrten von den Paradoxien seines Lehrers, auch von der, welche das Prinzip der Bewegung in Frage stellte. - Nachdem er geendet hatte, stand Diogenes auf, ging schweigend einige Schritte umher und setzte sich unter dem Beifall seines Gefolges wieder hin.

Diogenes war der Führer der Kyniker. Später nannte mensch eine der Grundformeln des Zynismus "solvitur ambulando". Zynisch ist die Reaktion der Herrschenden auf das, was sie nicht verstehen wollen und die Menge nicht verstehen soll. Dem Zynismus klatscht die Menge den Beifall, den das Gefolge inszeniert. Die Beherrschten, die dem Beifall fernbleiben, reagieren auf die brutal und zynisch einherkommende Dummheit mit List (die "métis" der Schildkröte, die den Achill besiegt). Sarkasmen, Parodie und Ironie sind Instrumente

der List. "konkret" verhält sich sarkastisch angesichts der seit 1989 rapide fortschreitenden Alphabetisierung des Gefolges. - Lebten wir auf dem zivilisatorischen Stand der Schweiz, würde die Ironie der WOZ ausreichen. So aber benötigen die "Schildkröten" beides, ak und "konkret".

A. Koeppe

Betr.: "Ein Glücksfall, kein Modell",

ak 408

Tatsächlich ein Modell

... Der Artikel von Js. ist als Diskussionsbeitrag gekennzeichnet und von daher auch prinzipiell zu begrüßen. Jedoch ist die schematische Vereinfachung der Problematik etwas ärgerlich. Die Oktoberrevolution als "Glücksfall" zu bezeichnen, ist schon eine kleine Provokation - dies war sie sicher nicht, sondern sie war das Ergebnis jahrelanger vorrevolutionärer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Als weltpolitisches Ereignis war diese Revolution auch Ausdruck und Ergebnis einer Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen in ganz Europa, sie war die praktische Anwendung des Marxismus durch die organisierte und disziplinierte Kraft der Bolschewiken, und sie war auch ein Ergebnis der Tragödie des 1. imperialistischen Weltkrieges.

Ich nehme an, daß die Bezeichnung "Glücksfall" sich auf die vielleicht objektiv günstigen Umstände in Rußland bezieht (Revolution von 1905, Sturz des Zarismus in der Februarrevolution etc.), aber auch diese Umstände sind nicht vom Himmel gefallen, sondern waren Ergebnis eines langen Kampfes gegen die Unterdrückung.

In diesen Kämpfen bildeten sich revolutionäre Eliten und eine große Anzahl überzeugter und marxistisch bewußter Revolutionäre, die in der Lage waren, dem Kampf eine überzeugende Stoßrichtung zu geben. Und in diesem Sinne ist die Oktoberrevolution auch tatsächlich ein Modell und nicht "kein Modell" wie es im Titel steht. Natürlich nicht zur direkten Anwendung für unsere derzeitige gesellschaftliche Situation - das dürfte selbstverständlich sein.

Zurück zum Artikel.

Ich halte es inzwischen tatsächlich für absolut überflüssig, in einem Drittel des Artikels eine Polemik gegen die wahrhaftig himmelschreienden doktrinären Dummheiten der ehemaligen DDR-Propaganda bzw. ihrer Nachbeter in Form der DKP zu führen. Bei so viel hohler Phrase fällt es leicht sich abzugrenzen - aber wen interessiert das noch? Ich meine, diese Zeilen hätte man sinnvoller füllen können, z.B. indem man einmal die Frage aufwirft, warum die der Oktoberrevolution nachfolgende Politik ein dermaßen - milde ausgedrückt - niedriges Niveau erreichen konnte. Und wann und wodurch ist diese religiös anmutende An- und Nachbeterei entstanden und hat das eigene Denken ersetzt und die Wahrheit verschüttet?

Auf weitere "Schieflagen" in diesem Artikel will ich zur Zeit nicht eingehen - ich würde mich freuen, wenn auch andere Leser dieses Thema aufgreifen.

Die Oktoberrevolution ist die bisher weitestgehende praktische Anwendung des wissenschaftlichen Marxismus gewesen - ihr Niedergang und ihre Fehler haben die gesamte kommunistische Politik beeinflußt und geprägt - letztendlich auch die Politik der K-Gruppen in den Siebzigern. Es reicht eben nicht aus, sich vom "Realsozialismus" abzugrenzen oder den "Stalinismus" zu verurteilen, das ist einfach und gehört schon zum guten Ton. Die Aufgabe ist vielmehr zu klären, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte. Dann werden wir sicher auch im wesentlichen die Frage beantworten können, warum die K-Gruppen so sang- und klanglos eingegangen sind und so viele ehemalige Genossen den Kampf aufgegeben haben. Für mich ist dieses Thema jedenfalls noch nicht erledigt.

Wir müssen uns darauf einstellen, daß die bürgerliche Ideologie anläßlich des bevorstehenden Wechsels ins nächste Jahrtausend noch einmal eine groß angelegte ideologische Generalabrechnung mit dem Sozialismus und der Ideologie des Marxismus-Leninismus führen wird, wie wir es im Zuge des Zusammenbruchs der realsozialistischen Staaten im großen und bei historischen Daten wie z.B. des achtzigjährigen Jubiläums der Oktoberrevolution im kleinen erlebt haben.

Darauf sollten sich die Reste der aktiven Linken einstellen, indem sie sich ihrerseits Klarheit verschaffen über die großen Siege und die noch größeren Niederlagen des vergangenen Jahrhunderts. Dies ist keine

Selbstbefriedung im stillen Kämmerlein, sondern Voraussetzung für die Zukunft - damit wir nicht glauben sondern wissen.

Gegenüber den unzähligen Opfern der Aufstände und Revolutionen, der Bürgerkriege und der faschistischen und militärischen Konterrevolution stehen die Reste der Marxisten in der Verantwortung. Wir müssen die Fehler eingestehen und daraus lernen, damit die vielen Opfer der sozialen Kämpfe und insbesondere die der vielen kämpferischen Revolutionäre nicht umsonst waren.

Und wir sollten den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten nicht immer nur als historische Niederlage und Rückschritt, sondern auch als Fortschritt sehen, da dieses System im Prinzip ohnehin keine Daseinsberechtigung mehr hatte - zumindest nicht, solange es sich mit dem Titel "Sozialismus" schmückte. Somit sollten wir dem Kapitalismus dankbar sein und die Chance zum unbeschwerten Aufräumen nutzen, nicht um irgendwelche bürgerlichen Ideologen zufriedenzustellen und abzuschwören, sondern um mit Klarheit und Wahrheit das Bekenntnis zum Marxismus zu erneuern.

Ich würde mich freuen wenn die ak-Redaktion und die Leser diese Diskussion vertiefen würden - ich wäre gern bereit, daran mitzuarbeiten.

Mit solidarischem Gruß

Werner

34. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak410/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:27

Stadtentwicklung

als sozialer Angriff

Postmoderne Stadtplanung wie auch Strategien der Säuberung innerstädtischer "Visitenkarten" werden immer mehr zu Instrumenten im globalen "Standortwettbewerb" der Städte. Damit dienen sie gleichzeitig der Ausgrenzung und der sozialen Kontrolle. In ihrer Herbstausgabe widmet sich die Zeitschrift Arranca! schwerpunktmäßig dem "neuen Gesicht der Stadt". Sie setzt damit den Schwerpunkt "öffentlicher Raum, Umstrukturierung und Stadtentwicklung" aus der vorletzten Ausgabe fort. Ingo Bader leitet das Thema mit einem ausführlichen Beitrag zur politischen Ökonomie der postfordistischen Stadt ein und vergleicht dabei die neuen Entwicklungen in Berlin mit Los Angeles. Trotz ihrer Unterschiedlichkeit sind beide Metropolen auf ihre Art prototypisch: Los Angeles als "Global City" und zersiedelte Metropolenregion und Berlin als "Metropole alten Typs" auf dem Weg zur neuen Weltstadt. Hans Stubbe untersucht am Beispiel des Berliner Stadtteils Prenzlauer Berg die Rolle der Linken bei der sog. Umstrukturierung. Der Westblick wie die Szene-Fixiertheit habe die autonome Linke daran gehindert, die Umgestaltung als sozialen Angriff zu begreifen, den Widerstand vor Ort wahrzunehmen und in die Auseinandersetzungen einzugreifen. Auch D. Uncker spürt der Produktion und Nutzung des städtischen Raums als Gegenstand sozialer Konflikte nach. Er beschreibt den ungeschminkten Klassencharakter der Aneignungsbedingungen und -möglichkeiten städtischer Räume und plädiert für eine Wiederaneignung der Städte als Ansatz für eine linke Stadtpolitik. Der Schwerpunkt wird ergänzt durch Beiträge zu den Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet, zur Stadtentwicklung in Ostdeutschland sowie zum Zusammenhang von öffentlichem Raum und sozialer Säuberung in Brasilien. Weitere Themen des Heftes sind u.a. die Sans-Papiers-Bewegung in Frankreich, die Zapatisten und die Soli-Bewegung, die Lage in Kolumbien sowie ein Briefwechsel zwischen Klaus Viehmann und Hanna Mittelstädt zu Viehmanns vielbeachteter Kritik an der Autobiographie Inge Vietts.

Arranca! Nummer 13, Herbst 1997, 62 Seiten, 6DM, S. Schmidt, Gneisenaustr. 2a, 10961

Die CIA im Kalten Krieg

In der letzten Nummer hat die Zeitschrift GEHEIM eine Artikelserie über CIA-Operationen gegen die Volksdemokratie CSSR gestartet. GEHEIM hat die Serie von der in Prag erscheinenden linken Zeitschrift Postmark Praha übernommen und will damit auf die skrupellosen Methoden des CIA im Kalten Krieg hinweisen: "Es ist jetzt klar, daß wir uns einem unversöhnlichen Feind gegenübersehen, dessen erklärtes Ziel die Weltherrschaft ist, mit welchen Mitteln und zu welchen Kosten auch immer", heißt es in einem Geheimbericht des CIA aus dem Jahre 1951, den die Redaktion in ihrer Vorbemerkung zu der Artikelserie zitiert: "Bis heute anerkannte Normen menschlichen Verhaltens gelten nicht mehr. Wir müssen lernen, unsere Feinde zu untergraben, zu sabotieren und zu zerstören, und zwar mit Methoden, die cleverer, ausgefeilter und effektiver sind als jene, die man gegen uns anwendet." Im ersten Artikel dieser Serie geht es um die "Operation Splinter Factor". Der nicht genannte Autor wärmt hier die umstrittene These des britischen Journalisten Steward Stevens auf, die Säuberungswelle der fünfziger Jahre in den europäischen Volksdemokratien sei vom CIA ausgelöst worden. Mit dem Vorwurf, sie hätten Kontakte zu den angeblichen CIA-Agenten Herman und Noel Field gehabt, wurden damals nicht nur Spitzenfunktionäre der tschechoslowakischen KP verhaftet und teilweise zum Tode verurteilt; es gab zahlreiche weitere Verhaftungen und Hinrichtungen auch in Ungarn, Polen und Bulgarien. Stevens hat für seine Anschuldigungen gegen den CIA nur sehr dürftige Belege: Er stützt sich vor allem auf Aussagen des Doppelagenten Juzef Swiatlo. Kritik an Stevens' 1975 erschienenem Buch enthält der GEHEIM-Artikel nicht, auch werden keine neuen Quellen genannt. Aber für Leute mit Sinn für Verschwörungstheorien und intelligente Politkrimis ist die "Operation Splinter Factor" ein spannendes Thema.

GEHEIM Nr. 4 (23. Dezember 1997), 27 Seiten, 8,50 DM, GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel. 030/69401039, Fax 69401041

Auf Ossietzkys Spuren

32 Seiten dick und so groß wie ein Schulheft ist die neue Wochenschrift Ossietzky. Auch sonst ähnelt sie äußerlich ihrem Vorbild, der Weltbühne. An die Tradition der Weltbühne, deren Profil in der Weimarer Republik vor allem von Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky geprägt worden ist, will Ossietzky anknüpfen. Das dürfte freilich schwerfallen. Das Editorial der Null-Nummer wirkt fade mit seinen Klagen über Geldmangel im Kulturbereich und darüber, daß bunte Reklamebilder umsonst ins Haus kommen, während man für das bilderlose Ossietzky vier Mark bezahlen muß. Ossietzky startet mit Larmoyanz statt Biß und läßt eine klare Zielsetzung vermissen. Das Programm des neuen Blattes - "Gegen nationalistischen und rassistischen Dünkel. Gegen alle Ideologien, die soziale Ungleichheit zu rechtfertigen versuchen. Für die universalen Menschenrechte" - ist allgemein bis nichtssagend. Allerdings sind etliche Artikel der Null-Nummer besser, als es das Editorial vermuten läßt. Norman Paech zeigt, daß nach Kronzeugenregelung, Kontaktsperregesetz, finalem Todesschuß und Lauschangriff in Juristenkreisen jetzt auch die Legalisierung der Folter diskutiert wird. Rolf Gössner zeichnet nach, wie in der BRD nicht erst seit dem "Deutschen Herbst" die staatliche Aufrüstung nach innen vorangetrieben wurde. Reinhard Kühnl kündigt eine Artikelserie über den historischen Hintergrund der heutigen deutschen Europa-Politik an. Im Abschnitt "Bemerkungen", einem Sammelsurium von Kürzestartikeln, übt sich Felix Mantel in höchst amüsanter Sprachkritik. Weitere Beiträge haben Daniela Dahn, Peter Turrini, Dietrich Kittner u.a. beigesteuert. Man darf gespannt sein, was das HerausgeberInnen-Team um Eckart Spoo (pensionierter Niedersachsen-Korrespondent der Frankfurter Rundschau) künftig zu bieten hat. Mit Spoo haben sich der Anwalt und Publizist Rolf Gössner, der Soziologe Arno Klönne, der konkret-Autor und ehemalige Spiegel-Kolumnist Otto Köhler und der Faschismusforscher Reinhard Kühnl zusammengetan.

Ossietzky. Wochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft, Distel Verlag, Heidelberg, 32 Seiten, 4 DM

505 Jahre Kolonialismus

Was hat sich in den letzten Jahrzehnten im Verhältnis zwischen der EU und dem "Rest der Welt südlich unserer Kirchtürme" verändert? Die Ungleichheit zwischen Europa und seinen ehemaligen Kolonien ist geblieben. Und, so die provokante These der Redaktion der Blätter des IZ3W, diese Kontinuität der Beziehungen soll auch in den nächsten 500 Jahren bestehen bleiben. Nach Ansicht der AutorInnen veränderten sich nur die Herrschaftsinstrumente. Daß die politischen und ökonomischen Interessen weiter wirken, ist nichts Neues. Auch nicht, daß Gleichheit und Gerechtigkeit im herrschenden Sprachgebrauch nur Floskeln sind. In der Dezember-Ausgabe der Blätter des IZ3W geht es um ein meist vernachlässigtes Thema: die EU-Politik in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Artikel geben einen guten Überblick über die gegenwärtige EU-Politik, von einer generellen Einschätzung der "Nord-Süd-Politik" der EU über die Zukunft des Lomé-Abkommens bis hin zum Pilotprojekt einer gemeinsamen Außenpolitik gegenüber den Maghreb-Staaten, um die Bedrohungen Migration, Drogen und Islamismus abzuwehren. Ergänzt wird der Themenschwerpunkt mit zwei Artikeln zum aktuellen Geschehen: den Bemühungen des ugandischen Präsidenten Museveni, einen Kurs der regionalen Integration und Marktwirtschaft zu fahren; und Walden Bellos Erläuterungen zur Krise in der einstigen Wachstumsregion Südostasien.

Blätter des IZ3W Nr. 226, Ausgabe Dezember 1997, 50 Seiten, 8 DM, Blätter des IZ3W, Postfach 79020 Freiburg i. Br.

35. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak410/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:31

Kalender

Brandanschlag in der Lübecker Hafenstraße

Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus veranstaltet im Rahmen einer Aktionsreihe für das Bleiberecht der Hafenstraßenopfer einen Diskussionsabend über die Ermittlungen, den Prozeß und das Urteil zum Brandanschlag Hafenstraße. Mit Gabriele Heinicke, der Verteidigerin von Safran Eid.

Lübeck, 17.1., 19.00 h, Otto-Passarge-Saal, Gr. Burgstr. 51, Hinterhof

Migrantinnen in der Bundesrepublik

Nora Räthzel untersucht in ihrem Vortrag "Migrantinnen in der Bundesrepublik. Zum Verhältnis von Sexismus und Rassismus" die sozioökonomische Situation von Migrantinnen in Deutschland und fragt, warum es gegen deren offensichtliche Diskriminierung keinen nennenswerten Widerstand gibt. "Dominanz muß sich nicht in direkter Unterdrückung äußern. Eine Äußerungsform kann Gleichgültigkeit gegenüber der Lage der ‚fremden Frauen` sein". Am selben Abend (18.15 h, Raum S) stellt sich der Lehr- und Forschungsschwerpunkt "Geschlechterverhältnisse - Frauenforschung" der Hochschule für Wirtschaft und Politik vor.

Hamburg, 19.1., 19.15 h, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9

Euthanasie

Im Rahmen der Film- und Veranstaltungsreihe "Medizin und Faschismus" wird der Film "Der Pannwitzblick" gezeigt, eine Arbeit der Medienwerkstatt Freiburg (1991, 90 Min.) über die Ausgrenzung von geistig und körperlich behinderten Menschen. Einleitung und Diskussion: Udo Sierck.

Hamburg, 22.1., 19.00 h, Cafe Knallhart, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9

Berlin 1848

Rüdiger Hachtmann hat die erste Gesamtdarstellung der Revolution von 1848 in Berlin vorgelegt, das neben Paris und Wien Hauptschauplatz der europäischen Erhebungen war. Hachtmann untersucht die vielfältigen politischen Strömungen der Zeit, die Klubs, Berufsverbände und gewerkschaftsähnlichen Verbände, die Bürgerwehr und das Verhalten der staatlichen und städtischen Obrigkeiten. Er erklärt die politischen Einstellungen, Mentalitäten und Handlungsmuster von Arbeitern, Handwerkern und Bürgern in ihrem soziokulturellen Kontext. Eine Buchvorstellung, die spannend werden dürfte.

Hamburg, 27.1., 19.30 h, HeineBuch, Schlüterstr. 1

Renaissance der Totalitarismustheorie

Um den Forschungsverbund SED-Diktatur und die Renaissance der Totalitarismustheorie geht es in einer von der Antifa-Aktion Berlin, dem Kritischen Fachschaftsbund, der Freien Universität Berlin, dem AStA der FU und konkret vorbereiteten Veranstaltung. Es referieren Peter Steinbach, Wolfgang Wippermann und Uwe-Jens Heuer.

Berlin, 29.1., 18.00 h, FU Berlin, Silberlaube, HS 2

Antifaschistische Geschichtspolitik

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Bund der Antifaschisten veranstalten aus Anlaß des 65. Jahrestages der faschistischen Machtübertragung eine geschichtspolitische Konferenz mit Heinrich Fink, Alfred Hausser, Kurt Pätzold, W. Wette und Wolf Wippermann. Workshops und Diskussionen zur Frage, wie man auf den Geschichtsrevisionismus ultrakonservativer und neofaschistischer Kräfte reagieren kann, ergänzen die Vorträge.

Anmeldungen an VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel. 0511/331136, Fax 3360221.

Kassel, 30.1.-31.1., Beginn 19.00 h, Gesamthochschule, Holländischer Platz

Gegen die Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft

Anläßlich des 65. Jahrestages der Machtübertragung an die Faschisten veranstaltet der Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und dem Umland eine Demo, die vor allem auch gegen das "Nationale Infotelefon Rheinland", eine der zentralen Schaltstellen der deutschen Neonazi-Szene, gerichtet ist.

Düsseldorf, 31.1., 12.00 h, Schadowplatz

Auschwitz und die NS-Medizin

Ernst Klee, Autor des Standardwerkes ",Euthanasie` im NS-Staat", schildert in seinem neuesten Buch "Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer" Karrieren von Medizinern, die PatientInnen, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge zu Menschenversuchen mißbrauchten und nach 1945 wieder Universitätslehrstühle oder Chefsessel von Pharma-Unternehmen besetzten. In seinem Vortrag geht er auf das System der medizinischen Forschung im NS-Staat ein.

Hamburg, 4.2., 19.00 h, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, Hörsaal

Konflikt um den Castor-Transport nach Ahaus

Im Frühjahr soll im Ahauser Brennelemente-Zwischenlager hochradioaktiver Müll aus dem AKW Neckarswestheim eingelagert werden. Die Grünen als Anti-Atom-Partei übernehmen durch ihre Beteiligung an der Landesregierung und dadurch, daß die polizeiliche Leitung für den Castor-Einsatz bei dem "grünen" Polizeipräsidenten von Münster liegt, Verantwortung für die Durchsetzung des Transports. Eine Diskussionsveranstaltung mit Hubert Wimber ("grüner" Polizeipräsident, Münster), Roland Appell (Fraktionssprecher der grünen Landtagsfraktion), VertreterIn von INFAM (Initiativen für ein atomfreies Münsterland) und einem Vertreter der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Essen, 17.2., 20.00 h, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

36. Einfach, schnell, billig:Chemische Sterilisation

CD-Datei: daten/aksuche/ak410/bevtit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:bevtit

Auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo war viel von "reproduktiven Rechten", vom "empowerment" der Frauen die Rede. Das angestrebte Ziel hinter diesen Schlagworten ist die Reduzierung des Bevölkerungszuwachses, die durch eine Verbesserung der Situation der Frauen erreicht werden soll.

Doch für viele Frauen hat sich die Realität wenig geändert. Noch immer sind sie Zwangsmaßnahmen ausgesetzt. Noch immer werden Sterilisationen oder andere Verhütungsmaßnahmen ohne Wissen oder Zustimmung der Betroffenen durchgeführt. Derzeit wird an der Entwicklung einer einfachen, billigen und schnellen chemischen Sterilisationsmethode gearbeitet: das ehemalige Malariamittel Chinacrin wird zur Sterilisation von Frauen erprobt. Obwohl es nirgendwo zugelassen ist, wurden damit schon mehr als 100.000 Frauen in der "Dritten Welt" sterilisiert. In Indien z.B. wird das von den Behörden geduldet.

Seite 20

37. Die Rechten blasen zum Sammeln

CD-Datei: daten/aksuche/ak410/rechte.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:rechte

Auf 15 Prozent schätzen die deutschen Rechtsextremen ihr bei Bundestagswahlen gewinnbares Potential. Daß sie es bisher nicht annähernd ausschöpfen konnten, liege an ihrer Zersplitterung. So unternehmen sie denn zum wiederholten Male den Versuch, eine "konservative Sammlungsbewegung" auf die Beine zu stellen. Gesucht werden "charismatische" Führer mit Ausstrahlung ins rechtsbürgerliche Milieu, eine schlagkräftige Organisation und einprägsame Slogans, die sich von denen der etablierten Parteien erkennbar unterscheiden.

Bisher hat es nicht den Anschein, als könnten die Rechten bis zum Wahltermin im September diese Probleme lösen. Der hessische Landtagsabgeordnete Heiner Kappel, der vor kurzem aus der FDP austrat, tönt zwar großsprecherisch von "mehr als 5 Prozent", die er mit seinen Gesinnungsgenossen erreichen wolle. Die von ihm gegründete "Offensive für Deutschland - Die Freiheitlichen" will er aber gegen die "Radikalen" von REPs, DVU und NPD abgrenzen. So produziert diese "Sammlungsbewegung" neue Spaltungen, wie Alfred Mechtersheimer kritisiert. Er und auch der ehemalige REP-Vorsitzende Schönhuber setzen eher auf rechte "Fundamentalopposition".

Seite 10

Im rechtsextremen Lager kommen zu parteipolitischen Abgrenzungen ideologische Unverträglichkeiten hinzu. Ein hochkarätig besetztes Seminar im November sollte hier Abhilfe schaffen. Auf der Sababurg referierten prominente Rechte aus fünf Ländern, um einen Beitrag zu einer zeitgemäßen "neurechten" Ideologie zu leisten und den "Aufbruch zu neuen Ufern" vorzubereiten. In Sababurg-Kreisen arbeitet man fieberhaft daran, den Ruf als "dämlichste Rechte" Europas loszuwerden. Seite 11

38. Großer Lauschangriff

CD-Datei: daten/aksuche/ak410/tit04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:410:tit04

Die Bonner Koalition und die SPD sind sich einig: Der Große Lauschangriff soll Gesetz werden. Die Zustimmung der SPD wird benötigt, weil der Große Lauschangriff eine Grundgesetzänderung notwendig macht. Unsicher ist allerdings noch, ob im Bundesrat eine Zweidrittel-Mehrheit für die Verfassungsänderung zustande kommt, weil die rot-grünen Landesregierungen der Änderung nicht zustimmen wollen. In der strittigen Frage, ob jede Person abgehört werden darf, ließ man verlautbaren, es sei ein "Kompromiß" gefunden: Geistliche, StrafverteidigerInnen und Abgeordnete dürfen nicht abgehört werden. Bei Personen in anderen Berufen mit Zeugnisverweige- rungsrecht, z.B. ÄrztInnen, NotarInnen, SteuerberaterInnen, Drogenberate- rInnen oder JournalistIn-nen, soll das Abhören nur dann nicht erlaubt werden, wenn die gewonnenen Erkenntnisse vor Gericht voraussichtlich nicht verwertet werden dürfen. Eine gutachterliche Stellungnahme von Rolf Gössner Seite 4